G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

„Es ist die Aufgabe der Europäer, ihre Verbündeten wieder zur Vernunft zu bringen“
Interview mit Admiral Antoine Sanguinetti

Gert Greune
Sicherheit durch atomwaffenfreie Zonen?

Georg Herde
Polen im Visier

Herbert Kröger
Die Staatsbürgerschaftsproblematik aus der Sicht der DDR

Joachim Hetscher
Instandbesetzen statt Kaputtbesitzen

Axel Troost
Der Streit um die Staatsverschuldung

Dieter Teufel
Atomkraftwerke lösen das Ölproblem nicht

4 ’81

April 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1981

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1981 385

KOMMENTARE UND BERICHTE

Für Wolfgang Abendroth ..... *Helmut Ridder* 388

Kriegsgefahr in Mittelamerika und der Karibik ..... *Horst-Eckart Gross* 390

„Wollt Ihr Euch im Dritten Weltkrieg hinschlachten lassen? Wollt Ihr für Amerika sterben? Ich sage: Wehrt Euch!" Karl Becherts „Aufruf an alle Bürger Europas" als politisches Vermächtnis 395

HAUPTAUFSÄTZE

„Es ist die Aufgabe der Europäer, ihre Verbündeten wieder zur Vernunft zu bringen" ..... *Admiral a. D. Antoine Sanguinetti im Gespräch mit Gerhard Kade* 397

Sicherheit durch atomwaffenfreie Zonen? ..... *Gerd Greune* 413

Polen im Visier
Zur Einmischung von Medien, Parteien und Politikern der Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten Polens ..... *Georg Herde* 425

Politische und völkerrechtliche Aspekte der Staatsbürgerschaftsproblematik aus der Sicht der DDR ..... *Herbert Kröger* 446

Instandbesetzen statt Kaputtbesitzen
Zur Bewegung gegen die Wohnungsnot ..... *Joachim Hetscher* 460

Der Streit um die Staatsverschuldung ..... *Axel Troost* 467

Atomkraftwerke lösen das Ölproblem nicht
Die Stromwirtschaft betreibt die Ausweitung der Energieverschwendung ..... *Dieter Teufel* 483

MEDIENKRITIK

Butterfly im Schlachthaus ..... *Uwe Naumann* 491

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Arbeitsmarkt 1981 – eine Zwischenbilanz ..... *Jörg Goldberg* 492

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Resolutionen sozialdemokratischer Parteitage und Gremien zum „Nachrüstungs"-Beschluß und zur Sicherheitspolitik: Antrag des SPD Landesvorstandes Baden-Württemberg zum „Nachrüstungs"-Beschluß an den Landesparteitag – beschlossen am 20./21. März 1981 (Wortlaut); Resolution des Unterbezirkparteitags der SPD Münster vom 27. März 1981 zur „Nachrüstung" und zum „Krefelder Appell" (Wortlaut); Resolution des Unterbezirkparteitags der SPD Köln vom 15. März 1981 zu Frieden und Abrüstung (Auszug); Auszug aus dem Antrag des SPD Unterbezirks Bonn (A 14: Schwerpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik in den 80er Jahren) an den Bezirksparteitag der SPD Mittelrhein am 28. März 1981; Resolution des Bezirksparteitags der SPD Mittelrhein vom 28. März 1981 zur Sicherheitspolitik und zur „Nachrüstung" (Wortlaut) 495

Oberweseler Erklärung der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) vom 21. März 1981 zum „Krefelder Appell" und zur Abrüstung (Wortlaut) 501

„Technokratisches Gleichgewichtsdenken als Motor der Aufrüstung" – Interview des „Kölner Stadt-Anzeigers" vom 24. März 1981 mit Dr. Erhard Eppler (Auszug) 502

„Atomarer Selbstmord auf Raten" – Interview der Illustrierten „stern" vom 26. März 1981 mit Dr. Alfred Mechtersheimer (Wortlaut) 503

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 4/1981

Herausgegeben von

GERHARD KADE
WILFRIED FRHR. V. BREDOW — REINHARD KÜHNL — HERMANN RAUSCHNING
RUDOLF HICKEL — JUTTA MENSCHIK — HELMUT RIDDER
JÖRG HUFFSCHMID — REINHARD OPITZ — GERHARD STUBY
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN

Mitbegründet von

GERHARD GOLLWITZER
HILDE BENTELE — HANS RHEINFELDER — KARL GRAF V. WESTPHALEN
HERMANN ETZEL — ROBERT SCHOLL — ERNST WOLF
FRITZ STRASSMANN

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats März 1981

1. 3.– *Iran/Irak.* Eine Vermittlungsmission der Islamischen Konferenz bemüht sich in Teheran um die Beendigung der Kampfhandlungen zwischen beiden Staaten. Der Ausschuß, dem auch der PLO-Vorsitzende Arafat angehört, trifft mit Ayatollah Khomeni zusammen, der jedoch jeden Kompromiß mit der Regierung des Irak ablehnt. Später werden Einzelheiten des Vermittlungsvorschlages bekannt: Waffenstillstand mit Garantie durch die islamischen Staaten; Einsatz einer islamischen Friedenstruppe; Rückzug der irakischen Truppen aus dem Iran; Verhandlungen unter Vermittlung der islamischen Staaten.

2. 3. – *UNO.* Mit einer Debatte über die Zukunft Namibias wird die 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1154f.) wieder aufgenommen. Die Versammlung bestätigt mit 112 gegen 22 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Beschluß ihres Mandatsprüfungsausschusses, Südafrika von der Teilnahme auszuschließen. Zum Abschluß der Debatte fordert die Versammlung mit 125 Stimmen bei 13 Enthaltungen den Sicherheitsrat auf, umfassende Sanktionen zu verhängen, um die südafrikanische Regierung zur Beendigung der illegalen Besetzung Namibias zu veranlassen.

– *UdSSR.* Der 26. Parteitag der KPdSU (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 3/1981, S. 259) wählt in geschlossener Sitzung das Zentralkomitee, dem 319 Vollmitglieder (bisher 287) und 151 Kandidaten (bisher 139) angehören. Die Zusammensetzung von Politbüro (14 Mitglieder und 8 Kandidaten) sowie Sekretariat (10 Mitglieder) bleiben unverändert. Generalsekretär Breschnew, der in seinem Amt bestätigt wird, hält am 3. 3. das Schlußwort. (Zum 25. Parteitag vgl. „Blätter", 3/1976, S. 235 und 4/1976, S. 357).

3. 3. – *USA/El Salvador.* Die amerikanische Regierung gibt die Entsendung weiterer Militärberater nach El Salvador bekannt und bewilligt außerdem die Erhöhung der Militärhilfe von 10 auf 35 Mio. Dollar.

4. 3. – *UdSSR/Polen.* Nach Beendigung des 26. Parteitages der KPdSU kommt es in Moskau zu einer Begegnung zwischen einer sowjetischen und einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation. Neben den Parteisekretären Breschnew und Kania nehmen auch die Ministerpräsidenten Tichonow und Jaruzelski teil. Die Nachrichtenagentur TASS meldet, die sowjetische Delegation habe die Überzeugung geäußert, daß es den polnischen Kommunisten gelingen werde, den „Lauf der Ereignisse zu wenden" und die Gefahren für die sozialistischen Errungenschaften in Polen zu beseitigen.

5. 3. – *KSZE.* Trotz des auf den 5. März d. J. festgesetzten Abschlußdatums der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gehen die Beratungen in Madrid weiter. Der sowjetische Delegationsleiter Iljitschew hatte am 3. 3. nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärt, seine Regierung sei bereit, den Anwendungsbereich für vertrauensbildende Maßnahmen bis zum Ural zu erweitern. Nach Ansicht der UdSSR müßten vertrauensbildende Maßnahmen aber alle 35 KSZE-Staaten, also auch die USA und Kanada, betreffen.

7. 3. – *BRD/UdSSR.* Bundeskanzler Schmidt erhält einen Brief von Generalsekretär Breschnew, in dem dieser den außenpolitischen Teil seiner Rede vor dem 26. Parteitag der KPdSU (vgl. die Auszüge in „Blätter", 3/1981, S. 373ff.) erläutert. Einzelheiten werden nicht bekannt. Regierungssprecher Becker erklärt in Bonn, entsprechende Schreiben seien auch anderen Regierungen zugegangen.

9.–10. 3. – *USA/BRD.* Auf Einladung von Außenminister Haig hält sich Bundesaußenminister Genscher in Washington auf, wo er auch mit Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, Verteidigungsminister Weinberger und führenden Kongreßabgeordneten zusammentrifft. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklären Haig und Genscher, Thema ihres Meinungsaustausches seien weltweite, multiregionale und bilaterale Probleme gewesen. Genscher weist noch einmal auf die Gültigkeit des „Doppelbeschlusses" der NATO vom Dezember 1979 (Text in „Blätter", 1/1980, S. 108ff.) hin.

– *CDU.* In Mannheim findet der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union statt. Mit 689 von 709 Stimmen wird Helmut Kohl als Parteivorsitzender bestätigt.

11. 3. – *Chile.* General Augusto Pinochet tritt eine zweite achtjährige Amtszeit als Präsident an (vgl. „Blätter", 10/1973, S. 1030). Pinochet setzt gleichzeitig eine neue Verfassung in Kraft, die ihm weitreichende Vollmachten und die Option für eine dritte Amtszeit einräumt. Der seit 1973 geltende Ausnahmezustand wird erneut verlängert.

15. 3. – *DDR/BRD.* Am Eröffnungstag der Frühjahrsmesse in Leipzig treffen der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker und Staatssekretär Bölling, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR (vgl. „Blätter", 3/1981, S. 258), am Messestand der Salzgitter AG zu einem Gespräch zusammen. Honecker äußert bei dieser Gelegenheit, beide Seiten sollten dafür Sorge tragen, „daß Spannungen nicht auf ökonomische Beziehungen durchschlagen und den Gesamtbeziehungen zum Schaden gereichen". – Am 18. 3. führen Honecker und Bölling in Berlin ein weiteres Gespräch über „beiderseits interessierende Fragen", wie es in einer Mitteilung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik heißt.

18. 3. – *Vatikan.* Kardinalstaatssekretär Casaroli empfängt Farouk Kaddoumi, der in der Palästinensischen Befreiungsorganisation für die Außenbeziehungen zuständig ist. In einer Presseerklärung des Vatikan heißt er, Casaroli sei daran interessiert gewesen, die Auffassungen der PLO über die Lage im Nahen Osten und die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts aus erster Hand kennenzulernen.

19. 3. – *USA/China.* Präsident Reagan führt im Weißen Haus ein Gespräch mit hohen chinesischen Diplomaten, darunter mit dem Botschafter in Washington, Chai Zemin. An der

Zusammenkunft, auf der bilaterale und internationale Fragen besprochen werden, nehmen u.a. Vizepräsident Bush, Sicherheitsberater Allen, Außenminister Haig und mehrere Berater des Präsidenten teil.

19.–20. 3. – *Polen/BRD.* Bundesaußenminister Genscher konferiert in der polnischen Hauptstadt mit Außenminister Czyrek. Weitere Gesprächspartner des Bundesaußenministers sind Parteisekretär Kania, Staatspräsident Jablonski und Ministerpräsident Jaruzelski. Vor der Abreise Genschers nach Warschau hatte das Bundeskabinett beschlossen, den Bürgschaftskredit für Polen auf 150 Mio. DM zu erweitern.

22. 3. – *Österreich.* Das ungarische Parteiorgan „Nepszabadsag" veröffentlicht ein Interview mit Bundeskanzler Kreisky. Auf eine entsprechende Frage antwortet der Bundeskanzler: „Da Sie um die konkrete Bedeutung der Rede Breschnews gefragt haben (vgl. „Blätter", 3/1981, S. 373ff.) . . . Es ist richtig und gut, daß in einer solchen Zeit, in der sehr viel von der ‚Politik der Stärke' geredet wird, Breschnew einen Ton angeschlagen hat, der jedenfalls nicht dazu führt, daß die Türen noch stärker zugeschlagen werden, als es manchmal schon scheint. Ich glaube, daß er damit jene Kräfte gestärkt hat, die es auch in der heutigen amerikanischen Administration gibt, die auch nicht alle Türen zuschlagen wollen. Und so will ich nicht leugnen, daß diese Rede ein positiver Beitrag ist."

23.–24. 3. – *EG.* Ohne Einigung über die Mehrzahl der Tagesordnungspunkte (so die EG-Fischerei-, Agrar- und Stahlpolitik) geht in Maastricht (Niederlande) der 19. Europäische Rat zuende. Der Gastgeber, der niederländische Ministerpräsident Van Agt, erklärt vor der Presse, die Zusammenkunft habe den Charakter eines gemeinsamen Nachdenkens über eine Reihe ungelöster Fragen gehabt.

24. 3. – *USA/UdSSR.* Sowjetbotschafter Dobrynin sucht Außenminister Haig im State Department auf. Nach dem Treffen äußert Dobrynin vor der Presse, es habe sich um den Beginn eines Dialoges gehandelt, der fortgesetzt werden solle. – Am 25. 3. schreibt die „Prawda", die USA seien dabei, eine neue beispiellose Steigerung des Wettrüstens herbeizuführen. Die Sowjetunion wünsche im Interesse beider Völker eine Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

26. 3. – *Großbritannien.* Vier Mitglieder früheren Labourregierungen gründen in London eine Sozialdemokratische Partei (Social Democratic Party/SDP). Neben den vier Gründungsmitgliedern Roy Jenkins, Shirley Williams, David Owen und William Rodgers (vgl. „Blätter", 2/1981, S. 129) gehören neun weitere ehemalige Labour-Abgeordnete und ein bisheriges Mitglied der konservativen Unterhausfraktion der neuen Partei an, die u.a. die Abschaffung des Mehrheitswahlrechts und die Einführung des Verhältniswahlrechts anstrebt.

29. 3. – *Polen.* Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) befaßt sich in Warschau mit der inneren Lage des Landes. Unmittelbarer Anlaß der Sondersitzung ist ein Aufruf der Gewerkschaft „Solidarität" zum Generalstreik am 31. d.M., der mit dem Einschreiten der Miliz gegen die Besetzung eines örtlichen Verwaltungsgebäudes in Bydgoszcz (früher Bromberg) am 19. 3. begründet wird. In dem Bericht des Politbüros erklärt dessen Mitglied Kazimierz Barcikowski, in der Gewerkschaft gebe es antisozialistische und zum politischen Abenteurertum neigende Kräfte, denen die Idee einer „schleichenden Konterrevolution" vorschwebe. Der Plan eines Generalstreiks sei höchst gefährlich und verantwortungslos. Dem Bericht schließt sich eine umfassende und zum Teil kontroverse Diskussion an. Das Plenum lehnt die Rücktrittsangebote der Politbüromitglieder Stefan Olszowski, Tadeusz Grabski sowie Roman Ney ab, spricht dem Politbüro einstimmig das Vertrauen aus und bekundet die Unterstützung für den bisherigen Kurs der Regierung Jaruzelski. Die aufgetretenen gesellschaftlichen Konflikte müßten mit politischen Mitteln gelöst werden. Nach weiteren Verhandlungen zwischen einer Delegation der Regierung und der Gewerkschaft unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski und Gewerkschaftsvorsitzenden Walesa wird am 30. 3. eine Vereinbarung unterzeichnet und anschließend der Generalstreik abgesagt.

30. 3. – *USA.* Bei einem Revolverattentat auf Präsident Reagan vor dem Hilton-Hotel in Washington werden der Präsident sowie drei seiner Begleiter verletzt. Als Täter wird der 25jährige John Hinckley aus Denver (Colorado) festgenommen, von dem es in Pressemeldungen heißt, er sei in früheren Jahren Mitglied der nationalsozialistischen Partei in den USA gewesen. Die Regierungsgeschäfte übernimmt vorübergehend Vizepräsident Bush.

Für Wolfgang Abendroth

Am 2. Mai wird er fünfundsiebzig, ein Bürger der Deutschen Republik, die ihn nicht ehren kann, weil sie nicht ist. Sie ist nicht, weil sie nicht werden und sein durfte, obwohl sie – diesmal, nämlich nach dem unconditional surrender nicht nur der faschistischen Ausgeburt, sondern immerhin auch des ganzen staatlich-institutionellen Schoßes deutscher Republikfeindlichkeit – eher hätte werden und sein können als je zuvor. Sie durfte es nicht, weil der atlantische Ratschluß, kurz gesagt, dahin ging, den Krieg mit den Mitteln der Politik fortzusetzen, unter entsprechendem Partnerwechsel die weltweite Front des Humanismus gegen seine barbarischen Verräter zu verwandeln in eine antirevolutionäre, die diesseits das ideologische Potential jenes Anti-Demokratismus regenerieren, jenseits den Frühstart zum realen Sozialismus provozieren und durch das deutsche Spaltungselend Europa und die Welt immer weiter vergiften mußte. So ist es, während die Bundesrepublik Deutschland das Kontinuum der alten Ideologien und Mentalstrukturen hütet und seine juristischen Fiktionen mit Zähnen und Klauen verteidigt, an den Mitbürgern der ideellen Deutschen Republik zu gratulieren.

Dabei soll hier von den fünfundsiebzig der fünfunddreißig Lebensjahre gedacht werden, die das hiesige Wirken Wolfgang Abendroths umfaßt, das sich natürlich aus seinem bis in die Kindheit zurückreichenden Ja zum aktiven Tragen politischer Verantwortung entfaltet (worüber die von B. Dietrich u. J. Perels aufgezeichneten und in der edition suhrkamp 1976 herausgegebenen Gespräche mit ihm Auskunft geben) und das sich bei weitem nicht darin erschöpft, „Ein Leben in der Arbeiterbewegung" und für dieselbe zu sein.

Daß die Schrumpfung des Wahrnehmungshorizonts und der Sensibilität der Etablierten auch zu Lasten „altmodischer" Tugenden geht, die er mit Recht und unbeirrt für unverzichtbar hält, hat der Mentor Abendroth auch da erfahren müssen, wo er am wenigstens neurotische Verdrängungssucht und Berührungsangst als schlechten Lohn für gewissenhafte Treue erwarten mochte. Doch das ist nur ein Zwischenposten in der Bilanz und nicht ein von ihr ausgewiesenes Ergebnis. Denn eben diese „altmodischen" Tugenden sind einer der wichtigsten Schlüssel der nachgerade „unwahrscheinlich" anmutenden, vielfältig auf die ganze gesellschaftliche Szene zurückwirkenden und nun schon fast zwei Generationen der akademischen Jugend bewegenden Erfolge des Lehrers Abendroth – Tugenden und zugleich auch wissenschaftliche und politische Haltungen: die ständige Offenheit für das Argument auch eines unfairen Gegners, die Honorierung von Anstand mit Anstand und Kooperation, die jeder Selbstgerechtigkeit widerstreitende Einsicht in die eigene Irrtumsfähigkeit und die Bereitschaft, Irrtümer einzugestehen, die vom wissenschaftlichen Ethos bestimmte strenge Observanz der Grenze zwischen Taktik und Opportunismus, die Verbannung der gegen Widerspruch und Besserung immunisierenden Sprache der Superlative und ihres Gestus. Die stürmischen professoralen Konflikte um Abend-

roth in Marburgs universitärem Wasserglas waren zumeist gegen ihn geführte kleinkarierte Isolierungsfeldzüge der akademischen Provinz und gediehen auf dem Holz, aus dem – die volkstümliche Spruchweisheit ist da unvollständig – nicht zuletzt auch die Schäbigkeit erwächst (ohne deren Wuchern die geschichtsverfälschende Lebenslüge der Bundesrepublik nicht hätte groß werden können).

Wer sich darüber klar werden will, was sich unter dem maßgeblichen Einfluß von Wolfgang Abendroth an der geistigen Situation und dem politischen Bewußtsein der westdeutschen Jungakademiker verändert hat, muß sich die zu Beginn der 50er Jahre bestehende Lage vergegenwärtigen. Die Studenten waren immer noch eine leidlich brave, ziemlich fleißige, vielfach indolente und politisch bewußtlose Masse von Konformisten, die nicht über die Rekonstruktionsziele hinauszublicken vermochten und sich nach der Väter Weise in den restaurierten Hochschulstrukturen einrichteten. „Normaler" Hochschullehrernachwuchs war kaum vorhanden und die Rückberufung von den Nazis vertriebener Professoren bestenfalls unter den moralischen, die Aufarbeitung verdrängenden Wiedergutmachungsgesichtspunkten des „hilflosen Antifaschismus" erfolgt. Wolfgang Abendroth war, nachdem der Reformversuch von Wilhelmshaven, der ersten Station nach seinem Weggang aus der SBZ, kassiert worden war, 1951 nach Marburg berufen worden und vermochte dort zunächst nicht einmal Fuß zu fassen. Wer „der junge Mann eigentlich" sei, „der sich da über die Reling lehnt", fragte mich (übrigens ganz arglos und alles andere als bösartig) ein (freilich älterer, aber keineswegs reaktionärer) Kollege noch während der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (sie hatte schon deswegen damals noch nicht zur heteronomen Beiladung des konkreten politischen Systems degenerieren können, weil dieses sich noch in der Konsolidierungsphase befand) in Marburg im Jahre 1952: der jugendlich wirkende Rhetor Abendroth ruderte gerade mit der ihm eigenen impulsiven Körpersprache treffsicher nach der letzten Kopula einer seiner Schachtelperioden. Aber das änderte sich bald. Sicher war Wolfgang Abendroth nur einer von wenigen, aber nicht der einzige, der damals als dezidierter Demokrat, als Widerständler und Naziverfolgter, der um die Sinnerhaltung des Widerstands auch für die anderen ringt, als Marxist, für den Geschichte nicht erst bei Marx beginnt und niemals endet, als Wissenschaftler, dem die Einheit von Theorie und Praxis und die Einheit der Wissenschaften nicht bloße Phrase sind, in den sog. Geisteswissenschaften (zu denen alles Sozialwissenschaftliche damals noch zählte) die von den Nazis vollbrachten Verschüttungen und Isolierungen aufzubrechen und das Geborgene der in Westdeutschland damals jungen Politikwissenschaft und der zum Bildungsfach verkommenen Staatslehre zu vermitteln suchte. Aber die Reichweite seines mit kontinuierlicher gesellschaftlicher und organisatorischer Arbeit verbundenen Lehrens und Publizierens war mit Abstand die größte.

Es ist nicht von ungefähr, und es hängt eben wieder mit der moralischen Autorität zusammen, für die eine noch so sehr von den Zwängen der selbst in eingebildeten Zwängen befangenen Älteren umstellte Jugend die zuverlässigste Antenne besitzt, daß zu den überregionalen Gruppierungen, die Wolfgang Abendroth nicht bloß eine empfehlenswerte Marburger Adresse bleiben ließen, der alte SDS gehörte, die einzige damals politisch und wissenschaftlich selbständig arbeitende Studentenvereinigung, für deren Förderung die SPD Wolfgang Abendroth und seine Freunde mit dem Ausschluß und dadurch sich selbst mit der progressiven Paralyse ihrer demokratischen Potenz bestraft hat. Gewiß hat auch diese Vereinigung elitäre Karrieristen und Wetterfahnen ins politische Management

entlassen, hat sie den Absturz hitziger Schnellkonvertiten in die Krawallränder der „Studentenrevolte" nicht auffangen können und ist sie selbst schließlich einigermaßen unrühmlich verendet. Aber die Zunft der realitätsblinden Dogmatiker hat sie kaum bereichert. Und sie war – das ist ein unvergänglicher historischer Rang – der erste größere Diskussionszusammenhang, aus dem heraus zahlreiche Themen überhaupt erst gefunden und benannt worden sind, die sich, bei allem fruchtbaren und unfruchtbaren Streit und bei aller organisatorischer Ein- und Zwietracht, die Jugend in diesem Land, und nicht nur die an den Hochschulen, nicht mehr nehmen lassen wird.

Wolfgang Abendroth hat diesen Prozeß gesellschaftlicher Entfaltung von Demokratie gegen ihre Widersacher von Anfang an begleitet, angeregt, aufgenommen, kommentiert, kritisiert, vorangetrieben. Er stand mitten darin. Und er ist darin geblieben, das ist sein Alltag. Am 2. Mai ist Geburtstag – herzliche Glückwünsche für ihn! Vom 3. Mai an ist wieder Alltag – mehr brauchen wir uns von ihm nicht zu wünschen!

Helmut Ridder

Kriegsgefahr in Mittelamerika und der Karibik

Seit Beginn der Offensive der Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional (FMLN) im Januar 1981 spitzen sich die militärischen und politischen Auseinandersetzungen in El Salvador zunehmend zu. Obwohl die Regierungs-Junta unter Napoleon Duarte den Terror intensiviert – jeden Morgen liegen grausam ermordete Zivilisten auf den Straßen – konnten bislang zahlreiche bereits befreite Gebiete des Landes selbst mit Hilfe großangelegter Gegenoffensiven der Regierungstruppen nicht wieder erobert werden. Das Ausmaß des Krieges wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß Anfang März in nur 88 km Entfernung von der Hauptstadt San Salvador FMLN-Verbände in Stärke von 500 Mann Regierungstruppen erfolgreich angegriffen haben, oder daß die Stadt San Lorenzo trotz ständiger Angriffe der Regierungstruppen gehalten werden kann[1]). Nur durch neue Wirtschaftshilfe, Waffenlieferungen und eine immer größer werdende Zahl von Militärberatern aus den USA kann sich die Junta an der Macht halten. So erklärte am 5. 3. 1981 vor dem Kongreß der US-Staatssekretär Bushnell, daß ohne Unterstützung durch die USA die Regierung Duarte sofort fallen würde, da sie keine Unterstützung in der Bevölkerung finde[2]). Duarte hat die zunehmende Schwächung seiner Position selbst in zwei Erklärungen angedeutet: Im Januar verlangte er kategorisch, US-Truppen „müßten gegen den Willen dieser Regierung einmarschieren"[3]) und im März erklärte er gegenüber „Newsweek", daß er die direkte Intervention von US-Verbänden erbitten wird, wenn es nicht gelingt, den Vormarsch (!) der Guerrilla-Verbände aufzuhalten[4]).

Damit dürfte deutlich sein, daß eine militärische Unterdrückung des Volksaufstandes wenigstens zur Zeit nicht möglich ist. Zahlreiche Anzeichen in bezug auf Kampfkraft und Logistik, Ausbildungsstand Kampfmoral und politische Inhomogenität der regulären Armee deuten darauf hin, daß die Militär-Junta (Duarte ist ohnehin nicht viel mehr als eine Galionsfigur) sich nur mit massiver militärischer Hilfe aus den USA an der Macht halten kann. Daher droht die Gefahr einer weiteren Eskalation in El Salvador bis hin zur direkten und massiven Intervention

1) Vgl. „Bohemia" v. 13. 3. 1981.
2) Vgl. „Granma" v. 6. 3. 1981.
3) Zit. nach „Der Spiegel" v. 26. 1. 1981.
4) Nach „Bohemia" v. 13. 3. 1981.

durch US-Armee-Einheiten. Wir dürfen nicht vergessen, daß in einer ähnlichen Weise sich die US-Intervention in Vietnam eskalierte.

Zwei Fragen sind zu stellen: Ist insbesondere angesichts der Stärke und politischen Breite der Befreiungsbewegung, politisch vertreten durch die FDR (Frente Democrátice Revolucionario) und militärisch durch die FMLN, eine Eskalierung bis zu einem direkten Eingreifen von US-Truppen unabwendbar? Und: In welchem Kontext und mit welchen Konsequenzen könnte eine militärisch Intervention der USA erfolgen.

Wir müssen heute davon ausgehen, daß bei einer (sich abzeichnenden) militärischen Niederlage der Duarte-Junta eine Intervention erfolgen wird. Daher kommt den Bemühungen zur Erreichung einer „politischen Lösung" ein hoher Stellenwert zu. Dabei ist weniger an dilletantische Versuche wie die der Bundesregierung zu denken als vielmehr an die Bemühungen der Sozialistischen Internationale und die der Regierung Panamas. Denn sowohl die SI als auch Panama haben ausgezeichnete Beziehungen zur FDR (in der auch eine sozialdemokratische Partei vertreten ist) wie auch genügend fundierte Kontaktmöglichkeiten zur Duarte-Junta und zu den USA. Grundsätzlich erscheint eine „politische Lösung" möglich, da sowohl die FDR wie die Durarte-Junta sie nicht ausschließen, ja gerade in letzter Zeit sich sogar positiv dazu ausgesprochen haben. Allerdings hat die FDR deutlich erklärt, daß sie nicht zu einer Beratung zwischen Duarte und dem FDR-Präsidenten Ungo bereit ist. Eine solche Beratung hätte lediglich die Wirkung einer Propaganda-Show für Duarte und würde zur Lösung der Probleme kaum beitragen, da Duarte über keine eigene Macht-Position verfügt, die ihn als geeigneten Gesprächspartner ausweisen würde[5]).

Ungo machte weiterhin deutlich, daß eine politische Lösung eine revolutionär-demokratische Regierung umfassen müsse, „um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, der auf der Respektierung des Rechtes auf Selbstbestimmung des salvadorianischen Volkes beruht". Der Vertreter der FMLN in Havanna sprach Mitte März von der Möglichkeit einer politischen Lösung durch Präzisierung ihrer Voraussetzungen: Abzug aller US-Berater und Beendigung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen „Hilfe" des US-Imperialismus.

Die andere Seite versteht unter einer „politischen Lösung" z. Z. die Durchführung „freier Wahlen". Nun wurden in El Salvador genügend Wahlen manipuliert und gefälscht, und von daher wäre die Durchführung von Wahlen unter der Regie der Duarte-Junta von Anfang an eine Farce und kein Ansatz für eine politische Lösung. Da jedoch die rechten Kräfte im Militär, die aktuell in der Junta die Führung haben, nicht über den uneingeschränkten Rückhalt in der gesamten Armee verfügen, könnte durch eine Machtverschiebung innerhalb des Militärs eine politische Lösung durchaus im Bereich des möglichen liegen – auch wenn heute die Standpunkte nicht nur sehr unterschiedlich, sondern inkompatibel sind. Entscheidend dürfte jedoch sein, inwieweit die USA eine politische Lösung akzeptieren.

Antworten auf die Frage nach dem Ausmaß einer direkten militärischen Intervention der USA in El Salvador liefert die US-Außenpolitik in Lateinamerika in ausreichendem Maße. Sie ist geprägt durch massive Drohungen und einer Zunahme von Destabilisierungsmaßnahmen gegen Kuba, Nicaragua und Grenada, sowie durch eine Intensivierung der CIA-Aktivitäten auch in anderen Ländern wie beispielsweise Jamaika. Parallel dazu werden die Beziehungen zu den reaktionärsten Regimes des Kontinents verbessert, insbesondere zu Chile. Durch

5) Vgl. die Erklärung von Manuel Guillerno Ungo, in: „IDES" (Westberlin) v. 26. 2. 1981.

die neue aggressive Außenpolitik der USA hat sich die vorsichtige, aber dennoch spürbare Distanzierung einiger Länder – wie Panama, Mexiko und Brasilien – von den USA etwas verstärkt.

Grenada sieht sich Pressionen und Spannungen insbesondere seitens der Regierung von Barbados ausgesetzt, dessen Premierminister lauthals „freie Wahlen in Grenada" sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Grenada und Kuba fordert. Insbesondere droht Tom Adams mit wirtschaftlichen Sanktionen durch die CARICOM (Caribbean Community) und versucht, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Grenada, St. Lucia und Dominica zu torpediren. Gleichzeitig üben die USA Druck auf die EG aus, um geplante Wirtschaftshilfe für Grenada zu verhindern, die im Rahmen des Lomé-2-Abkommens vereinbart worden war[6]).

Massiver ist der Druck gegen Nicaragua. Zu verzeichnen ist eine Intensivierung der innenpolitischen Auseinandersetzungen, insbesondere durch die zunehmende Aggressivität der Opposition gegen die Regierung, wobei besonders die nur noch als Hetze zu bezeichnenden Sendungen der privaten Rundfunkstationen im Lande zu erwähnen wären – flankiert durch eine internationale Kampagne gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen in Nicaragua. Versuche werden unternommen, die Versorgungslage zu verschärfen. Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang die Verweigerung eines bereits zugesagten Kredites in Höhe von 15 Mio. Dollar durch die USA für Weizenkäufe[7]). Begründet wurde diese Maßnahme als „Bestrafung für die Unterstützung der Gewalt in El Salvador"[8]). Am gravierendsten muß jedoch die Vorbereitung von ehemaligen Somoza-Gardisten für eine Invasion in Nicaragua angesehen werden. Diese Verbände wurden in Honduras, Guatemala und Florida aufgestellt, ihre Aktivitäten werden durch Drohungen der Regierung in Tegucigalpa unterstützt. So erklärte der Verteidigungsminister von Honduras noch Anfang März, daß ein Krieg gegen Nicaragua unvermeidlich sei[9]). Wie ernst die Regierung in Managua diese Drohungen nimmt, drückt sich aus in der Wiederbewaffnung der Milizen, die bereits Ende vergangenen Jahres erfolgte. Unmittelbarer Anlaß waren mehr als 30 bewaffnete Überfälle von Honduras aus in den beiden vorangegangenen Monaten. Man befürchtet, daß die über 6000 gutausgerüsteten Somoza-Gardisten in ihren Lagern in Honduras nur noch auf den Behl zur koordinierten Aktion gegen Nicaragua warten[10]).

Das Hauptziel der US-Aktivitäten in dieser Region aber ist Kuba. Bereits während der Carter-Administration verschlechterten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern insbesondere nach den Ereignissen in der Botschaft Perus in Havanna im April 1980. Die als Destabilisierungs-Versuch gestartete Aktion wurde zu einem Bumerang. In der US-Presse wird die Ausreisewelle über Mariel heute als Niederlage und Erniedrigung der USA charakterisiert[11]). Danach kam es zu starken Spannungen insbesondere durch die Ankündigung von Manövern starker US-Verbände um und sogar in Kuba – durch Landungsmanöver in dem von den USA widerrechtlich besetzten Guantanamo. Als Antwort zeigte die kubanische Bevölkerung und Regierung in riesigen Demonstrationen ihre Standhaftigkeit, kubanische Manöver wurden zeitlich und örtlich parallel zu den US-Manövern angekündigt. Letztere wurden daraufhin abgesetzt, wohl aber wurden erneut

6) Vgl. „Tages-Anzeiger" v. 14. 3. 1981.
7) Vgl. „Monitor-Dienst Lateinamerika" v. 25. 3. 1981.
8) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 3. 4. 1981.
9) Vgl. „Bohemia" v. 13. 3. 1981.
10) Vgl. „El Pais" v. 13. 11. 1981.
11) Vgl. u. a. den „Miami Herald" v. 16. 11. 1980.

Spionage-Flüge über Kuba aufgenommen.

Auf diesem Hintergrund konnte Reagan während seiner Kandidatur mit starken Worten gegen Kuba um Stimmen werben. Bereits am 28. Januar 1980 forderte er im CBS-Fernsehen eine See-Blockade Kubas als „Gegenmaßnahme für die sowjetische Invasion Afghanistans". Am 24. April 1980 bekräftigte er seine Forderung nach Blockade Kubas und machte dieses Land für alle Probleme der USA in Lateinamerika verantwortlich. Verbunden wurden diese Angriffe mit der Behauptung, daß es heute in Kuba schlechter um die Menschenrechte stehe als zu den Zeiten Batistas[12]). Was die neue US-Regierung unter „Menschenrechten" versteht, verdeutlichte Außenminister Haig durch seine Äußerung, daß in Chile – selbst heute – größere Freiheit herrsche als in Kuba[13]).

Haig verstärkte und verdeutlichte die Drohungen gegen Kuba. So erklärte er am 27. Februar 1981, daß die Politik Kubas einen für die USA „unerträglichen Höhepunkt" erreicht habe – durch die angeblichen Waffenlieferungen für die FMLN. Die gleiche „Begründung" mußte herhalten für eine internationale Kampagne gegen die „internationalen Terroristen Kuba und Sowjetunion", die in zahlreichen Ländern in den beiden ersten Monaten dieses Jahres inszeniert wurde. Beweise dafür wurden nicht geliefert, abgesehen von einigen Dokumenten, die selbst die FAZ zu einem Artikel mit der Schlagzeile „Salvador-Dokumente gefälscht?" veranlaßte[14]). Am 20. März sprach Stoessel von militärischen Aktonen gegen Kuba, und acht Tage später beantwortete der Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Atlantik, US-Amiral Train, auf die Frage nach einer möglichen Blockade Kubas durch die USA mit dem Hinweis auf einen möglichen „Einsatz amerikanischer Truppen in Kuba"[15]). Dies ist der vorläufige Höhepunkt zahlreicher Äußerungen von US-Politikern und -Militärs, in denen mehr oder weniger unverhüllt militärische Aktionen gegen Kuba angedroht werden.

Verbunden sind diese Drohungen mit verstärkten Aktivitäten der USA in Lateinamerika, um die politische Isolierung Kubas zu erreichen. Große Erfolge konnten bisher allerdings nicht erreicht werden – lediglich Kolumbien konnte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba bewogen werden. Die von Präsident Turbay Ayala gegebene Begründung[16]) wurde in Lateinamerika allerdings kaum ernst genommen. Nicht ganz erfolglos war die vom CIA inszenierte Geiselnahme in der Botschaft Ekuadors in Havanna im Februar 1981[17]). Trotz einer intensiven publizistischen Kampagne in Ekuador kam es jedoch nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. In Zusammenhang mit diesen Versuchen, Kuba zu diskreditieren, müssen auch die Versuche gesehen werden, die 6. UNCTAD-Konferenz 1983 in Havanna zu verhindern[18]).

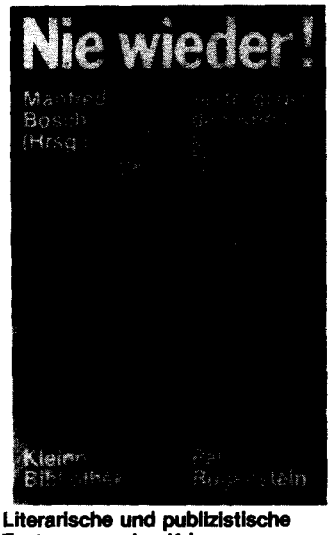
Kuba nimmt die Drohungen der USA sehr ernst. Sichtbarster Ausdruck dafür ist die Anfang des Jahres vollzogene Aufstellung der Territorial-Milizen, durch die praktisch die gesamte Bevölkerung in die Landesverteidigung integriert wird. Die Landesverteidigung ist heute in Kuba ein zentrales Gesprächsthema. Die Schweinebucht ist unvergessen, aber auch die zahllosen kleineren bewaffneten Agressionen gegen Kuba, bei denen Kaufhäuser, Fabriken, Schiffe, Schulen, Alten-

12) Vgl. „Newsweek" v. 22. 12. 1980.
13) Vgl. „Time" v. 16. 3. 1981.
14) Vgl. FAZ v. 2. 4. 1981. Im März milderte die US-Regierung ihren Vorstoß etwas ab, indem sie Haigs Staatssekretär Stoessel vor dem US-Kongreß erklären läßt, „die Waffenlieferungen Kubas und anderer kommunistischer Länder hätten bereits beträchtlich abgenommen" („Stuttgarter Zeitung" v. 20. 3. 1981).
15) UZ v. 28. 3. 1981.
16) Siehe „Monitor-Dienst-Lateinamerika" v. 25. 3. 1981.
17) Vgl. „Granma" v. 20., 21. u. 24. 2. sowie v. 17. 3. 1981.
18) Vgl. FAZ u. „Granma" v. 17. 3. 1981.

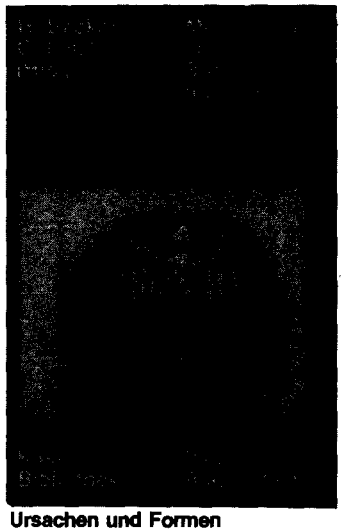
heime . . . in die Luft gesprengt wurden, und bei denen viele Kubaner ihr Leben verloren. Kuba weiß ebenso wie die US-Regierung, daß das zentrale Problem hinter den Drohungen der jüngsten Zeit nicht das Resultat der (oben erwähnten) angeblichen Waffenlieferungen sind, die in jedem kapitalistischen Land ohne Mühe erworben werden können. Das zentrale Problem für die USA ist und bleibt die Ausstrahlungskraft Kubas. Denn hier hat ein kleines Volk bewiesen, daß Hunger, Slums, Arbeitslosigkeit, ungenügende Versorgung im Gesundheits- und Bildungswesen überwindbar sind. Nach offiziellen Angaben sind von den 316 Millionen Einwohnern Lateinamerikas 40% arm, was – anders als in unserem Land – Elend und Unterernährung bedeutet. Von daher ist nicht nur das Modell, sondern auch das Beispiel Kubas für Lateinamerika in der Tat gefährlich, insbesondere aus der Sicht amerikanischer Konzerne. Von ihren in Etwicklungsländern durchgeführten Investitionen sind 64% in Lateinamerika angelegt, und bringen dort ein Drittel mehr Profit als beispielsweise ihre umfangreichen Investitionen in EG-Ländern. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, daß bei einer Entsendung von US-Truppen nach Mittelamerika – womit eine sehr hohe Stufe der Eskalation erreicht wäre – diese ihre Aktionen auf Nicaragua und Kuba ausdehnen. Damit wäre der Weltfrieden aufs äußerste bedroht, denn eine unmittelbare Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR wäre dann ebenso schnell möglich wie bei der Raketen-Krise im Oktober 1962. Es muß als sehr zweifelhaft angesehen werden, daß ein „neues Vietnam" der USA in Mittelamerika und der Karibik lokal begrenzt bliebe.

Horst-Eckart Gross

Krieg und Frieden



Literarische und publizistische Texte gegen den Krieg
Von der Jahrhundertwende bis heute
Mit zahlreichen Fotos und Illustrationen
210 Seiten, DM 12,80



Ursachen und Formen
Mit Abbildungen
140 Seiten, DM 9,—

„Wollt Ihr Euch im Dritten Weltkrieg hinschlachten lassen? Wollt Ihr für Amerika sterben? Ich sage: Wehrt Euch!"

Karl Becherts „Aufruf an alle Bürger Europas" als politisches Vermächtnis

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat einen schweren, unersetzlichen Verlust erlitten. Am 1. April 1981 ist Professor Karl Bechert verstorben, unverhofft herausgerissen aus der Bewegung gegen den Atomtod, an deren Aufschwung er, Mitinitiator des „Krefelder Appells", so lebhaft Anteil nahm. Professor Bechert, Atomphysiker und ehemaliger Vorsitzender des Atomausschusses im Deutschen Bundestag, hat seit langem vor dem Weg in eine atomare Katastrophe gewarnt. Im vergangenen Herbst wandte er sich angesichts des „Nachrüstungs"-Beschlusses der NATO und der neuen US-Atomkriegsstrategie mit einem beschwörenden „Aufruf an alle Bürger Europas: Wehrt Euch!" (in Heft 9/1980 der „Blätter"). Für die Friedensbewegung bleibt dieser Appell, dessen Leitsätze wir nachstehend in Erinnerung rufen, Karl Becherts politisches Vermächtnis. Seine Wirkung hat erst begonnen. D. Red.

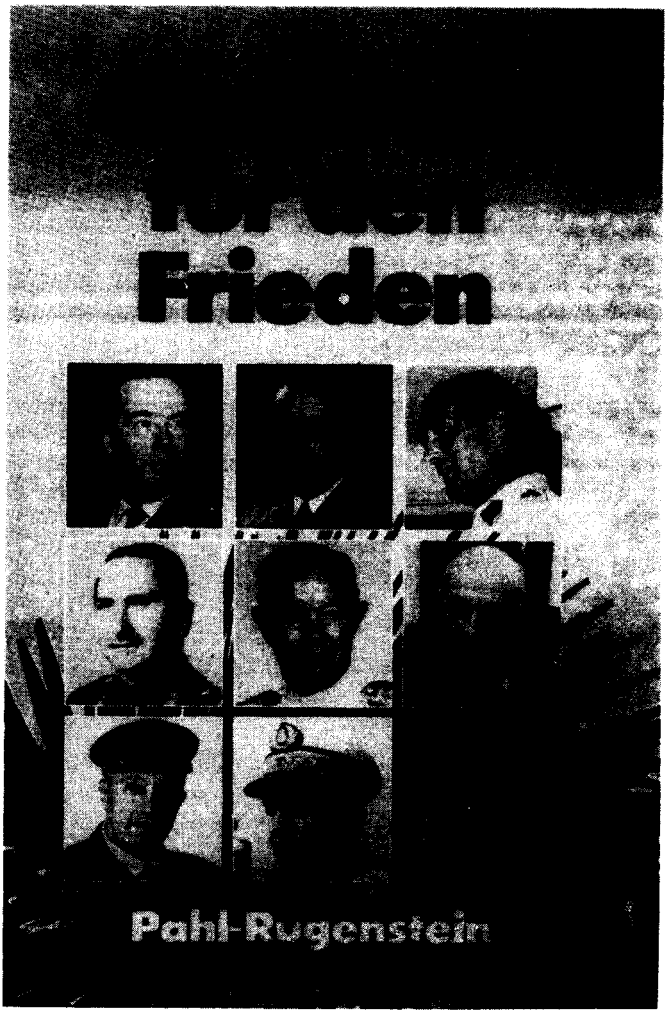
Der frühere Stellvertreter des NATO-Oberkommandierenden in Europa für Kernwaffenfragen, General Pasti, sprach es offen aus: Die Vernichtung Europas ist der Preis für die Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Ich sage: Wehrt Euch! Wollt Ihr Euch im Dritten Weltkrieg hinschlachten lassen? Glaubt Ihr immer noch an den Schutz durch die NATO? Habt Ihr immer noch nicht verstanden, daß Ihr die Ehre haben sollt, für die Vereinigten Staaten von Amerika zu sterben?

Der amerikanische „Schutz" bekommt nebelhafte Umrisse. Sagen wir es offen: Die Verteidigungsplanung der NATO war noch nie imstande, ist es auch heute nicht, auch nur einen einzigen europäischen Staat wirklich zu schützen, schon gar nicht die Bundesrepublik Deutschland, von Berlin gar nicht zu reden. In einem Krieg, sei es mit konventionellen (= nicht-atomaren) Waffen oder mit Atomwaffen, wird Europa durch die „Verteidigung" völlig verwüstet werden. Es ist also höchste Gefahr.

Was erreicht werden muß, ist nicht eine Höchstgrenze für atomare Rüstung, sondern Verschwinden jeglicher Atomrüstung aus Europa, damit wenigstens dieser Krisenherd endgültig ausgeschaltet ist. Andere Gebiete mögen nachfolgen, man kann nicht alles auf einmal erreichen wollen.

Das jetzige Verhalten der führenden Politiker gleicht dem von Geistesgestörten, denen nichts weiter einfällt als Rüsten, Rüsten, und wenn alles, was menschenwürdig ist, dabei zugrunde geht. Wie lange wollen wir das noch dulden, noch mitmachen?



General Wolf Graf von Baudissin, Bundesrepublik
General Francisco da Costa Gomes, Portugal
Brigadegeneral Michael Harbottle, Großbritannien
General Georgios Koumanakos, Griechenland
Admiral a. A. John Marshall Lee, USA
General M. H. von Meyenfeldt, Niederlande
General, Senator Nino Pasti, Italien
Admiral Antoine Sanguinetti, Frankreich.

Mit Porträtfotos, Leinen mit vierfarbigem Schutzumschlag
376 Seiten, DM 36,—

„Es ist die Aufgabe der Europäer, ihre Verbündeten wieder zur Vernunft zu bringen"

Admiral a. D. Antoine Sanguinetti
im Gespräch mit Gerhard Kade

Admiral a. D. Antoine Sanguinetti, ehemaliger Stellvertretender Oberkommandierender der NATO-Seestreitkräfte im Mittelmeer und zuletzt Chef der französischen Mittelmeerflotte, ist einer von acht Offizieren hohen und höchsten Ranges aus acht NATO-Ländern, die unser Mitherausgeber Professor Dr. Gerhard Kade, langjähriger Vizepräsident des Wiener Internationalen Instituts für den Frieden, über Themen wie Kriegsverhütung, Gleichgewicht, „Nachrüstung" und sicherheitspolitische Alternativen befragt hat. Unter dem Titel „Generale für den Frieden" werden die brisanten Äußerungen der acht Militärs Ende April als Buch (im Pahl-Rugenstein Verlag) erscheinen. Zu Wort kommen neben Admiral a. D. Sanguinetti des weiteren General a. D. Wolf Graf von Baudissin, General a. D. Francisco da Costa Gomes (Portugal), General a. D. Michael Harbottle (Großbritannien), General a. D. Georgios Koumanakos (Griechenland), Admiral a. D. John Marshall Lee (USA), General a. D. Michiel Herman von Meyenfeldt (Niederlande) und General a. D. Senator Nino Pasti (Italien). Aus Anlaß der bevorstehenden Veröffentlichung gab Admiral Sanguinetti Gerhard Kade das folgende, außerordentlich aufschlußreiche und umfassende Interview für die „Blätter". D. Red.

Frage: Herr Admiral, Sie haben eine brillante militärische Karriere hinter sich – können Sie mir sagen, welches die entscheidenden Phasen waren und aus welchen Motiven Sie jeweils Ihre Entscheidung getroffen haben?

Antwort: Ich weiß nicht, ob ich eine brillante Karriere gemacht habe. Sagen wir, es war eine ehrenhafte Karriere.

Die entscheidenden Phasen dieser Karriere? Ich möchte sagen, die erste gab es gleich zu Anfang, während des Krieges, als wir den Entschluß zu fassen hatten, dem französischen Staat des Marschalls Pétain, der mit Hitler kollaborierte, den Gehorsam aufzukündigen und mit der Résistance gegen das Nazisystem zu kämpfen. Das ist die große Lehre, die de Gaulle den Militärs meiner Generation vermittelt hat: die Armee hat ausschließlich der Nation zu dienen, und das ist bei uns auch gesetzlich verankert. Sie muß sich also, wenn es notwendig ist, gegen den Staat stellen, wenn der Staat die höheren Interessen verrät oder die moralischen Grundsätze, auf die die Nation sich gründet.

Natürlich habe ich während meiner militärischen Laufbahn auch andere wichtige Augenblicke erlebt wie zum Beispiel die Entkolonisierung Algeriens, aber sie stehen mit unserem heutigen Thema nicht direkt in Verbindung. Schließlich hat es die letzte Phase meiner Karriere gegeben, in der ich zu der Überezugung gelangt bin, daß die zunehmenden Unterschiede zwischen den tatsächlichen Gegebenheiten der Militärpolitik und der Darstellung, die die Regierung davon der Nation gegenüber gibt, es zur Pflicht machen, darüber zu sprechen und sie anzuprangern. Diese Phase war die entscheidende, wenn ich das so sagen darf, da sie schließlich dazu führte, daß man mich per Dekret aus der Armee und der offiziellen Hierarchie entfernt hat.

Frage: Im Gegensatz zu anderen hohen Offizieren, die nach ihrer militärischen Laufbahn in die Industrie, vor allem in die Rüstungsindustrie gegangen sind, haben Sie nach Ihrer Versetzung in den Ruhestand einen anderen Weg eingeschlagen: den der aktiven Teilnahme am Kampf für Frieden und Abrüstung. Könnten Sie etwas zu Ihren gegenwärtigen Aktivitäten sagen und zu den Ideen, die Sie dazu veranlaßt haben?

Antwort: Wissen Sie, wenn man an einer Atomexplosion teilgenommen hat, dann stellt man keine Fragen mehr, man ändert schlagartig seine Denkgewohnheiten. Man begreift ein für allemal, daß man es hier nicht mehr mit Sprengstoff zu tun hat, auch nicht in massiver Dosierung oder riesigen Mengen. Man steht vor einer schrecklichen und unfaßbaren Katastrophe, die der Mensch zwar ausgelöst hat, aber die er dann nicht mehr kontrollieren kann. Unabhängig davon, in welchem Lager man sich befindet, man wird niemals wieder in der gleichen Weise argumentieren wie vorher. Und ich habe an sechs Atomexplosionen teilgenommen.

Wenn man nun weiß, daß die beiden Supermächte auf dem europäischen Kontinent bereits zwölftausend taktische Atomsprengköpfe angehäuft haben, um sich auf einen eventuellen Konflikt vorzubereiten, wie könnte die europäische Bevölkerung da auf ein Überleben hoffen? Welcher Europäer würde sich nicht in Reichweite der unmittelbaren Druckwirkung, des Verbrennens, der Blendung oder Strahlung befinden, die durch mindestens einen der zwölftausend Sprengköpfe verursacht würden? Was würde mit diesem Kontinent geschehen, der übersät wäre von Leichen, von Verbrannten, Blinden und radioaktiv Verseuchten inmitten ausgebrannter Ruinen?

Sollen die Amerikaner oder die Russen meinetwegen die Hoffnung hegen, dank ihrer genaueren Waffen und mit schwächeren Sprengköpfen sich gegenseitig ihre von bewohnten Gebieten isolierten militärischen Einrichtungen zerstören zu können. Mit 23 Einwohnern pro Quadratkilometer in den USA und 11 in der UdSSR gehören diese beiden Länder zu den Ländern mit der geringsten Bevölkerungsdichte auf unserem Planeten, und sie haben zudem noch zahlreiche Wüsten. Schließlich haben die Amerikaner ihre Atomversuche auf eigenem Territorium durchführen können, ohne die Einwohner der nächstgelegenen Stadt in 300 Kilometer Entfernung, Las Vegas, zu gefährden. Und bei den Russen ist es ähnlich.

Aber bei uns in Europa gibt es keine Wüsten. Jeder Atomschlag, wie genau er auch immer sein mag, der angeblich nur auf ein militärisches Ziel gerichtet ist, wird zwangsläufig eine Stadt oder mehrere Dörfer treffen und Zehntausende von Opfern verursachen. Europa ist tatsächlich die am dichtesten besiedelte Bevölkerungszone der Erde: in Frankreich, dem europäischen Land mit der geringsten Bevölkerungsdichte, leben 98 Menschen pro Quadratkilometer gegenüber nur 90 in China; in Italien sind es 190 wie in Indien, aber 247 in der BRD; und in den Benelux-Staaten sind es schließlich 330 gegenüber nur 305 in Japan. Wenn die Hälfte Chinas nur aus Wüste bestände, was im übrigen fast der Fall ist, dann wäre in der übrigen Hälfte die Bevölkerungsdichte immer noch geringer als in Europa. Und außerdem muß man die Sachlage einmal klarstellen: Es gibt keine begrenzten atomaren Explosionen; auch die kleinste Atomexplosion und die größte jemals verwirklichte Explosion klassischen Typs haben nichts miteinander gemeinsam.

Die Wahrheit, die man verarbeiten muß und die die Einstellung eines jeden verantwortlichen Menschen bestimmen muß, besteht darin, daß es für die Europäer im Falle eines nuklearen Konflikts in ihrem Gebiet kein Überleben gibt. Man darf es daher keinesfalls dazu kommen lassen, daß dort eine solche Auseinandersetzung stattfindet. Der einzige Weg, der einem offensteht, ist die Abrüstung – wer könnte das besser wissen als die Techniker dieser Auseinandersetzung.

Frage: Wie sehen Sie als ehemaliger Offizier die gegenwärtige Bedeutung, die der Frage nach Krieg und Frieden zukommt? Welches ist Ihre Analyse der politischen und militärischen Weltlage zu Beginn der 80er Jahre? Was sind nach Ihrer Meinung die Gründe für die Verschlechterung der internationalen Beziehungen, und wie können die gegenwärtigen Spannungen Spannungen überwunden werden?

Antwort: Seit Anfang 1980 verbreiten nahezu sämtliche Massenmedien Kriegsgerüchte. Von 1975 bis 1979 – nach Helsinki – redete man dagegen nur von der Entspannung, bis zur Unterzeichnung der Abkommen von SALT II am 18. Juni 1979. Denn bizarrerweise war die Unterzeichnung dieser SALT-II-Abkommen, die einen neuen Schritt auf dem Wege zur Entspannung hätte markieren sollen, im Gegenteil das Signal für die Verschlechterung der internationalen Beziehungen.

Dieser Vertrag von SALT II schien jedenfalls anzudeuten, daß die Welt begonnen hatte, über die möglichen Gefahren einer wahnsinnigen Anhäufung von Waffen und eines Wettlaufs um die Macht nachzudenken, der auf dem inzwischen erreichten Niveau militärisch nicht mehr zu rechtfertigen ist. Das wird durch den amerikanischen Begriff „Overkill" zum Ausdruck gebracht: es wird niemanden mehr geben, den man noch töten könnte. Dieses Abkommen begünstigte keinen der beiden Gegner. Es wurde im Laufe von zehn Jahren intensiver Diskussion von Experten beider Lager vorbereitet, jeder einzelne Punkt wurde unter ständigem Feilschen bis ins Einzelne ausgehandelt, und beide Seiten wußten, was sie taten, als das Abkommen unterzeichnet wurde.

Der Vertrag legt eine zahlenmäßige Gleichheit atomarer Trägerwaffen fest, die beiden Seiten erlaubt sind, es ist jedoch bezeichnend, daß die Amerikaner nicht die Absicht haben, ihren Rückstand aufzuholen. Unabhängig von der Anzahl der Träger ermöglicht die Technik der MIRV-Raketen, die mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sind – und auf diesem Gebiet sind die Amerikaner die Überlegenen – es ihnen, in Wirklichkeit wesentlich mehr strategische Atomsprengköpfe als die Sowjetunion zur Verfügung zu haben und sie gegen verschiedene Ziele gleichzeitig einzusetzen. Und darin besteht letzten Endes die Schlagkraft. Kurz, für die Sowjetunion beinhaltet der Vertrag nur die Tatsache, daß sie einen Teil ihres Rückstandes gegenüber den USA aufholen kann, aber sie wird trotzdem auch weiterhin im Rückstand bleiben.

Und dennoch ist die Verschlechterung der Entspannungspolitik von den USA ausgegangen: Protest gegen den SALT-II-Vertrag; die Affäre der sowjetischen Brigade in Kuba, die so lange andauerte, bis der Kongreß die Ratifikation des SALT-II-Vertrages aufgeschoben hatte; die Ankündigung, in den USA demnächst neue strategische Interkontinentalraketen vom Typ MX zu installieren; die Weigerung Carters, die von Breschnew am 6. Oktober 1979 in Berlin gemachten Vorschläge zur Rüstungsbeschränkung in Erwägung zu ziehen; der Beschluß, in Europa neue, sogenannte „eurostrategische" Raketen zu stationieren, um „die NATO zu modernisieren". Die Verschlechterung in der internationalen Atmosphäre hat in den USA begonnen, wo sie sich von Affäre zu Affäre das ganze Jahr 1979 hindurch entwickelte. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan Ende Dezember lieferte dann unter diesen Umständen nur noch einen bequemen Ansatzpunkt und eine günstige Rechtfertigung für die Sprache des Kalten Krieges, zu der man bereits seit über sechs Monaten übergegangen war.

Und hier hat die Sowjetunion einen schwerwiegenden Fehler gemacht. Heutzutage ist jede direkte bewaffnete Intervention auf fremdem Territorium unannehmbar und ruft weltweite Verurteilung hervor, selbst wenn eine Regierung darum ersucht und auf diese Weise ihre Schwäche, wenn nicht sogar ihre Illegitimität unter Beweis stellt. Die Sowjets haben es den Amerikanern dadurch ermöglicht, sich von neuem als Beschüt-

zer der schwachen Völker aufzuspielen und ihre eigene Intervention einige Jahre zuvor in Vietnam vergessen zu machen, die von der gleichen Art war und nicht einmal durch die Sicherung der eigenen Grenzen entschuldigt werden konnte.

Übrigens hat diese Intervention in Afghanistan, obwohl klar war, daß sie sich in keinem Fall zu einem Weltkrieg ausweiten konnte, den Kriegstreibern die Möglichkeit gegeben, ohne jedes Risiko offene Kriegshetze zu betreiben und aus dem einfachen Rückschlag in der Entspannungspolitik der Weltöffentlichkeit den Gedanken zu suggerieren, ein Krieg sei möglich und sogar wahrscheinlich geworden. Das muß uns alarmieren: daß solche Reden mit Nachdruck gehalten werden, kann durchaus bedeuten und muß es sogar bedeuten, wenn auch einige daran zweifeln, daß ein Konflikt für die USA wünschenswert geworden sein könnte. Warum? Das ist das Problem, das es zu lösen gilt, bevor es zu spät ist.

Die Welt befindet sich in einer Krise – man versucht jedenfalls, diesen Anschein zu erwecken – und man weiß nicht so richtig, wie sie ihr Gleichgewicht wiederfinden kann, ohne das internationale Wirtschaftssystem radikal zu verändern, was natürlich von den Nutznießern des kapitalistischen Gesellschaftssystems für wenig wünschenswert gehalten wird. Sie würden es auf jeden Fall vorziehen, die unumgängliche Veränderung nach ihren eigenen Plänen und unter ihrer Kontrolle durchzuführen, um ihre Vorteile in maximalem Umfang verewigen zu können. Ein weltweiter Konflikt könnte, weil er die Anwendung von Ausnahmegesetzen begünstigt, zusätzlich zu den üblichen Profiten auch noch die Kontrolle über die betroffenen Völker ermöglichen, solange sie notwendig ist. Natürlich ist das eine Hypothese und damit ungewiß, aber doch so passend, daß es sich lohnt, darüber nachzudenken. Es wäre auch nicht das erste Mal, daß dieses Verfahren angewandt wird.

Ein gravierender Umstand kommt noch hinzu: ein derartiges Manöver würde heute angesichts der amerikanischen Massenpsychologie ein günstiges Feld vorfinden. Die USA sind in einer natürlichen Reaktion auf ihr Mißgeschick in Vietnam inzwischen zutiefst begeistert von ihrer Stellung als erste Macht der Welt, und dies ist etwas, das man in seinen Analysen nicht unberücksichtigt lassen darf. Falscher Nationalstolz, der in Europa unter den nichtigsten Vorwänden so viele Massenmorde ausgelöst hat, ist jetzt bei den Amerikanern anzutreffen. Sie fühlen sich jetzt zu mächtig, um einen anderen als gleichrangig akzeptieren zu können – das ist die Geschichte der SALT-Verhandlungen – oder gegenüber einem Schwächeren nachzugeben – wie in der Iran-Affäre. Und es macht sie noch kriegerischer, daß sie den Krieg niemals wirklich auf ihrem eigenen Territorium kennengelernt haben, den totalen Vernichtungskrieg vom europäischen Typ, wie ihn die UdSSR mit ihren 25 Millionnen Toten erlebt hat und ihn noch immer in schmerzlicher Erinnerung hat.

Keinen Augenblick lang dürfen wir diese gegenwärtige Mentalität der amerikanischen Bevölkerung aus den Augen verlieren. Wir müssen uns daran erinnern, daß diese Mentalität die Wahl Ronald Reagans bewirkt hat, die einem wirklichen Erdrutsch glich, und zwar aufgrund einer kriegstreiberischen Propaganda ohne jede Nuancierung, wie sie seit langem kein einziger großer moderner Staat mehr erlebt hat.

Um die gegenwärtigen Sapnnungen zu überwinden, gibt es nur ein Mittel. Es ist die Aufgabe der Europäer, die die grundlegenden Risiken dieser Situation zu tragen haben, mit großem Nachdruck zu reagieren, um ihre Verbündeten wieder zur Vernunft zu bringen. Einschließlich der Drohung, ein Bündnis zu verlassen, das letzten Endes den Amerikanern mehr Vorteile bietet als ihnen selbst. Unglücklicherweise sieht es so aus, als würden wir diesen Weg nicht beschreiten, obwohl man sich in zunehmender Weise der Problematik bewußt wird.

Die verlogene These von der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion

Frage: Welche Meinung haben Sie zum Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Ost und West? Sie haben in diesem Zusammenhang auf Manipulationen mit Zahlen aufmerksam gemacht, die sowohl die konventionellen Streitkräfte als auch die nuklearen Waffen betreffen. In welchem Maße werden bei diesem Ost-West-Vergleich auch die französischen und britischen Streitkräfte mitberücksichtigt?

Antwort: Eine der verlogensten Thesen, die im Westen im Umlauf sind – sie stehen in direktem Gegensatz zur Wahrheit, aber einer gut aufgezogenen Propaganda ist es gelungen, ihnen den Anschein von Stichaltigkeit zu geben – betrifft die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion, die sie aufgrund gigantischer Anstrenungen erreicht haben soll.

Demgegenüber gibt es eine sehr einfache Argumentation: man muß sich nur daran erinnern, daß Truppenpotential und Geld die beiden ausschlaggebenden Elemente des Krieges darstellen: logischerweise dürfte es dem sowjetischen Block schwerfallen, mit der Gesamtheit des Westens gleichzuziehen, da er nur über die Hälfte der westlichen Bevölkerungszahl und ein Viertel des westlichen Reichtums verfügt. Es ist wahr, daß die Sowjetunion gigantische finanzielle Anstrenungen macht und so weit geht, 12–15 % ihres Bruttosozialprodukts auszugeben, während sich der Westen mit 4–6 % begnügt. Es stimmt, daß der Wehrdienst in den Ländern des Warschauer Paktes länger ist als in denen des Atlantikpaktes. Aber 15 % des sowjetischen Bruttosozialprodukts sind letzten Endes in absoluten Zahlen weit weniger als 4% des westlichen Bruttosozialprodukts. Da die menschlichen Ressourcen im Westen größer und die Wehrdienstzeiten entsprechend kürzer sind, ergeben sich hier bedeutend größere Bestände der bewaffneten Streitkärfte.

Im finanziellen Bereich wiederholt man im Westen zum Beispiel ständig, die Sowjetunion gebe, absolut gerechnet, mehr für ihre Verteidigung aus als die Vereinigten Staaten, und das trifft zu. Man vergißt jedoch hinzuzufügen, daß nach den vom Londoner Institut für Strategische Studien gemachten Angaben zum militärischen Gleichgewicht die Sowjetunion im Jahre 1978 allein bereits 92 % des gesamten Militärbudgets des Warschauer Paktes aufgebracht hat. Die UdSSR zahlt für ihren gesamten Block, wohingegen die USA ihrerseits nur 57 % von den Ausgaben eines Bündnisses übernommen haben, dem außer ihnen selbst noch fünf weitere von den neun reichsten Ländern dieses Planeten angehören. Wenn man also bei der Berechnung von den Gesamtbudgets ausgeht, und zwar auf der Grundlage des erwähnten Dokuments, gegen das die NATO keinerlei Einwände haben dürfte, und sich aller willkürlichen Unterscheidungen und tendenziösen Interpretationen enthält, dann stellt man fest, daß die westliche Welt im Jahre 1978 über 182 Mrd. Dollar für ihre Verteidigung ausgegeben hat, während sich die Verteidigungsausgaben des anderen Blocks auf nur 160 Mrd. Dollar belaufen.

Im Bereich der Truppenstärken ist der Betrug noch einfacher zu entdecken, und zwar auf Grund der Tatsache, daß die NATO nur einen Teil der westlichen Streitkräfte umfaßt. Abgesehen von den Ländern der vordersten Linie – BRD, Italien, Griechenland und Türkei – haben die übrigen verbündeten Länder der ständigen Militärorganisation lediglich einen Teil ihrer Streitkräfte zur Verfügung gestellt, in einigen Fällen sogar nicht einmal das, weil sie ihre eigenen Truppen für nationale Aufgaben einsetzen. Dies trifft für die Länder zu, die früher Kolonien oder weltweite Interessen hatten wie England, Frankreich, Portugal und die USA. Folglich sind die „NATO-Streitkräfte" strenggenommen unter diesen Bedinungen viel kleiner als die wirklich vorhandenen

Truppen, die dem Bündnis im Konfliktfall zur Verfügung stehen, und mit dieser Doppeldeutigkeit arbeitet man, wenn man lediglich Teilbestände zusammenaddiert.

Die Ausgabe der „Military Balance", die vom Londoner Institut für 1978–1979 veröffentlicht wurde, widmet auf diese Weise dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa eine sechsseitige Analyse. Ganz unbefangen wird dort zugegeben, daß dabei alle sowjetischen Divisionen mitberücksichtigt werden, selbst wenn sie weit entfernt vom Kriegsschauplatz stationiert sind, da man vermutet, sie könnten herangeschafft werden und dort eingreifen. Im Gegensatz dazu werden bei der NATO die in Portugal oder in England stehenden Streitkräfte nicht berücksichtigt, weil nicht sicher sei, ob sie in die Kämpfe verwickelt würden. Die französischen Streitkräfte bleiben unberücksichtigt, selbst die in Deutschland stationierten, weil Frankreich die NATO verlassen hat. Man vernachlässigt die spanischen Truppen trotz ihrer bilateralen Abkommen mit den USA, weil sie der NATO niemals beigetreten sind. Schließlich vergißt man die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Streitkräfte, außer der kleinen „achten" Luftlandedivision, die sich in Europa befindet. Und es stimmt, die sieben restlichen „Achten", die sich in den USA oder in anderen Teilen der Welt befinden, sind nicht in die NATO integriert: weder die Marineinfanteristen, deren Aufgabe es ist, sich in Übersee zu schlagen, noch die mächtige 6. amerikanische Flotte, die nicht gerade aus touristischen Gründen seit dreißig Jahren das Mittelmeer befährt, noch die Angriffsstreitkräfte der amerikanischen Luftwaffe, die in der Welt an erster Stelle stehen.

Was die Bodenstreitkräfte anbetrifft, so stimmt es, daß sie in der Sowjetunion sehr stark sind. Die sowjetische Armee hatte 1 825 000 Soldaten im Jahre 1978, während ihr amerikanisches Gegenstück nur über 935 000 Mann verfügte, die Marineinfanterie inbegriffen. Und die Bodenstreitkräfte des Warschauer Paktes erreichten insgesamt die respektable Zahl von 2 617 000 Mann. Allerdings erreicht die gesamte altlantische Allianz ihrerseits die noch beträchtlichere Zahl von 3 122 000 Mann. Und davon stellt Westeuropa, auf dessen Schwäche man uns so gern immer wieder hinweist, allein 2 158 000 Angehörige der Bodenstreitkräfte, die die Aufgabe haben, diesen kleinen Kontinent entlang des kleinen Eisernen Vorhangs zu verteidigen, der seine einzige Landgrenze darstellt.

Das ist bei der Sowjetunion nicht der Fall, die wesentlich längere Grenzen zu sichern hat. Wenn man den Dingen auf den Grund geht und den Iran, China und Japan berücksichtigt, um nur die gegenüber der UdSSR offen feindlich eingestellten Nationen zu erwähnen, dann ergibt sich eine Zahl von 7 162 000 Angehörigen der Bodenstreitkräfte rings um die Grenzen des Warschauer Paktes, zu deren Verteidigung nur die schon erwähnten 2 158 000 Mann bereitstehen.

Tatsächlich spricht man, wenn man uns die von der Sowjetunion ausgehende militärische Gefahr vor Augen führen will, niemals vom globalen Gleichgewicht. Man führt die Panzer an, deren Zahl man auf rund 60 000 schätzt, ohne gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil von ihnen alt genug ist, um als völlig veraltet eingestuft zu werden.

Und man weist auch nicht darauf hin, daß viele Militärs, die sich in ihrem Handwerk auskennen, die Panzer für eine überholte Waffe halten, die noch aus dem letzten Krieg stammt. Genau aus diesem Grunde haben die westlichen Nationen auf diesem Sektor auch keinen Schwerpunkt gesetzt. Die Amerikaner zum Beispiel, die mit Leichtigkeit eine größere Anzahl erreichen könnten, haben ein für allemal festgelegt, daß sie 11 000 Panzer haben werden, und keinen einzigen mehr. Das gleiche gilt für die Franzosen und die Engländer, die sich jeweils mit 1000 begnügen.

Die NATO, die gegenüber der Weltöffentlichkeit gern als Verteidigungsorganisation gelten will, hat sich vor allem für Panzerabwehrwaffen interessiert. Und auf diesem Gebiet haben sich die westlichen Armeen dank einer bedeutend überlegenen Technologie eine erschreckende Sammlung von Waffen aller Art zugelegt, die die Anzahl der sowjetischen Panzer bei weitem übertreffen. Die Wirksamkeit dieser neuen Waffentypen ist in überreichem Maße auf dem Versuchsstand der letzten Konflikte nachgewiesen worden, zum Beispiel im Jom-Kippur-Krieg, in dem bereits in den ersten Tagen die Panzer zu Tausenden vernichtet wurden.

Der Westen besitzt also Zehntausende von Raketengeschossen, „intelligenter" Waffen vermittels einer Informatik, auf deren Gebiet er der Sowjetunion technisch überlegen ist. Diese Waffen vernichten ihr Ziel mit einer Wahrscheinlichkeit von 95%. Davon sprechen die westlichen „Experten" nie. Auch nicht von den Jagdbombern, die speziell zur Bekämpfung gepanzerter und anderer Fahrzeuge entworfen und gebaut wurden, und bei denen der Westen ebenfalls die klare Überlegenheit besitzt. Das alles bedeutet letzten Endes, daß es alles andere als sicher ist, ob die Russen selbst im konventionellen Bereich überlegen sind.

Die Pläne der NATO sehen – seit eh und je – vor, einer eventuellen sowjetischen Überlegenheit im „konventionellen" Bereich mit Kernwaffen entgegenzutreten. Es gibt heute auf der ganzen Welt ungefähr 40000 Atomwaffen, und zwar grob gerechnet 30000 amerikanische und 10000 sowjetische. Das heißt dreimal so viel amerikanische wie sowjetische Atomwaffen. Von diesen 30000 amerikanischen sind 10000 strategische und 20000 taktische Atomwaffen, immer grob gerechnet, während die Sowjetunion über ungefähr 5000 strategische und 5000 taktische Atomwaffen verfügt.

Anders ausgedrückt, im strategischen Bereich stehen sich 10000 und 5000 und auf taktischem Gebiet 20000 und 5000 gegenüber. Und von den letztgenannten sind bereits rund 8000 taktische amerikanische Atomwaffen in Europa stationiert, gegenüber nur 3500 sowjetischen, jedoch mit sehr überlegenen Verstärkungsmöglichkeiten. Alles in allem handelt es sich um eine überwältigende Überlegenheit, aber zugunsten des Westens; es verhält sich also genau umgekehrt zu dem, was ständig behauptet wird, so daß man letzteres als absichtliche Lüge bezeichnen muß!

Von diesen Seiten des Gleichgewichts der Kräfte redet man nie. Ebensowenig von den geopolitischen Faktoren, die ganz offensichtlich die sowjetische Verteidigung behindern und von den Analytikern nie in Rechnung gestellt werden: die Notwendigkeit, seine Streitkräfte auf riesige Grenzen zu verteilen; aber auch die Schwierigkeit, sie im Bedarfsfall über riesige Entfernungen hinweg wieder zusammenzuführen, von einer Grenze zur anderen, weil es quer durch Sibirien keine Verbindungswege gibt, die sich leicht benutzen lassen.

In geographischer Hinsicht müssen die Armeen des Warschauer Paktes ein Gesamtgebiet von 23,5 Mio. Quadratkilometern verteidigen, von denen 22,5 Mio. allein auf die Sowjetunion entfallen, also mehr als die USA, China und Europa zusammengenommen. Demgegenüber haben die atlantischen Armeen nicht mehr zu verteidigen als die zwei Millionen Quadratikometer – elfmal weniger – der kontinentalen Mitgliedsländer der Allianz, die iberische Halbinsel mit eingeschlossen.

Was die Landgrenzen anbetrifft, so haben die meisten der westlichen Verbündeten solche Grenzen nur untereinander, wenn man von den armseligen 1000 Kilometern des Eisernen Vorhangs in Mitteleuropa absieht. Der sowjetische Block andererseits hat verwundbare Grenzen von 65 000 km Länge, und in dieser Zahl sind die Küsten noch nicht enthalten. Das erfordert eine ständige Aufteilung der Streitkräfte, wie sie der

Westen nicht kennt. Die Aufgaben beider Seiten stehen in keinem Verhältnis zueinander. Und dies alles rechtfertigt durchaus die Angst vor der Einkreisung, einen Komplex, der bei den führenden Männern des Warschauer Pakts tatsächlich vorhanden ist und in ihren Reden oft genug durchscheint. Schließlich sind diese Leute aufgrund ihrer Geschichte und ihrer geographischen Lage daran gewöhnt, in Belagerungen zu denken.

Schließlich ist noch die mangelnde Homogenität dieses „geborstenen Imperiums" zu berücksichtigen, um einen Ausdruck des französichen Bestsellers von Hélène Carrère d'Encausse zu gebrauchen. Wenn man das oft gehörte Argument ernsthaft prüft, daß 135 Millionen Russen nur durch Gewalt 125 Millionen fremdstämmiger asiatischer und europäischer Völker innerhalb der Sowjetunion und 100 Millionen Zwangsverbündeter beherrschen, wenn man wirklich glaubt, die UdSSR wäre ohne die Zwangsmaßnahmen und Wachsamkeit der Moskauer Machtzentrale schon längst auseinandergebrochen, und daß die übrigen Nationen des Warschauer Pakts nur durch Zwang im System festgehalten werden, dann muß man daraus auch logische Folgerungen ziehen. Die am weitesten vorgeschobenen Teile der Roten Armee sind dann in der unbequemen Lage von Besatzungstruppen. Und das wäre eine schlechte Ausgangssituation für neue Eroberungen.

In der Berichterstattung über ein am 17. November 1979 in Paris veranstaltetes Kolloquium hat der „Figaro" Äußerungen des amerikanischen Generals Haig wiedergegeben, eines Mannes, den man kaum als Vertreter eines prosowjetischen Standpunktes bezeichnen kann. Er erklärte, er glaube „nicht an einen Vorstoß von Panzern des Warschauer Paktes nach Europa"; denn wenn die Steitkräfte der NATO auch in bestimmten Waffenkategorien unterlegen seien, „so kompensieren sie bei weitem durch Technologie und Feuerkraft" diesen partiellen leichten Nachteil. Man müsse „den zentrifugalen Druck" berücksichtigen, „der sich im Bereich der sowjetischen Hegemonie bemerkbar gemacht hat". Kurz, „an die Stelle eines monolithischen und triumphierenden Rußland sollte man das Bild eines Imperiums setzen, das nicht ohne Schwächen und Schwierigkeiten ist". Das ist auch meine Meinung.

Und das erklärt auch, warum Jahr für Jahr in der bereits erwähnten „Miltary Balance" des Londoner Instituts für Strategische Studien die gleiche Einschätzung wiederholt wird: „Wir sehen keinen Grund, unsere Schlußfolgerung aus den vergangenen Jahren zu modifizieren, nach der das globale Gleichgewicht keinerlei Interesse an einer militärischen Aggression aufkommen läßt. Die Verteidigungseinrichtungen der NATO sind so weitreichend und von einer solchen Qualität, daß jeder Versuch, sie zu durchbrechen, nur auf höchster Angriffsebene unternommen werden könnte, was für den Aggressor unkalkulierbare Folgen nach sich ziehen würde." (S. 113) Das heißt also, die Äußerungen der NATO sind unterschiedlich, je nachdem, ob sie sich an die Masse der westlichen Bevölkerung, die es an die Angst zu gewohnen gilt, oder an die Experten richten, die zu täuschen schwieriger ist.

Die Brüsseler Raketen-Beschlüsse

Frage: Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Brüsseler Beschlüsse zur Stationierung neuer amerikanischer Atomstreitkräfte in Westeuropa?

Antwort: Vor diesem Hintergrund sind die Bürsseler Beschlüsse, neue amerikanische Raketen in Europa zu stationieren, nur schwer durch ein fehlendes Gleichgewicht in der Rüstung zu erklären.

Ich habe bereits die westliche Überlegenheit auf allen atomaren Gebieten unterstrichen, im strategischen ebenso wie im tatischen Bereich. Tatsächlich haben die sowjetischen SS 20, die als Vorwand dienten, keine neue Situation geschaffen. Seit 1959 haben die Russen nach und nach 800 Raketen mittlerer Reichweite vom Typ SS 4 und SS 5 installiert, deren Sprengladung im Megatonnenbereich liegt und mit denen sie bereits praktisch ganz Europa erreichen konnten. Die Einführung der SS 20 im Jahre 1977 leitete lediglich die Ablösung dieser veralteten Systeme ein. Offensichtlich sind die vervollkommnet worden, Reichweite und Zielgenauigkeit wurden verbessert, aber selbst mit drei Sprengköpfen statt einem entspricht jede einzelne Rakete einer um die Hälfte verringerten Explosionskraft.

Angesichts dieser Familie tatkischer Mittelstreckenraketen ist Westeuropa während der vergangenen zwanzig Jahre natürlich nicht untätig geblieben. Es handelt sich um doppelte Gegenmaßnahmen, von amerikanischer und von europäischer Seite. Da es darum geht, sowohl die SS 4 und SS 5 als auch die SS 20 auf sowjetischem Territorium auszuschalten, befinden sich diese Gegenmaßnahmen per Defintiion auf der Skala der strategischen Atomwaffen der Allianz, d.h. derjenigen Waffen, deren Einsatz den Staatsoberhäuptern vorbehalten ist. Sie gehören nicht zum Waffenarsenal der NATO, das aus Gründen elementarer Vorsicht nicht über den Bereich der tatktischen Waffen hinausgeht.

Der Gegenzug besteht also vor allem im Einsatz der spezifisch europäischen strategischen Raketen, also derjenigen Frankreichs und Englands. Tatsächlich sind die rund 150 französischen oder englischen Raketen, die am Boden oder in Unterseeboten stationiert sind – wenn man von den Bombenflugzeugen absieht – bereits ebenso zahlreich und allein schon von stärkerer Wirkung als alle SS 20 zusammen, während die Reichweite etwa gleich ist. Aber zusätzlich gibt es im Mittelmeer drei amerikanische Atom-U-Boote, die für diese Aufgabe mit Poseidon-Raketen ausgerüstet sind. Von der Existenz dieser 400 Poseidon-Köpfe kann man sich anhand sämtlicher Ausgaben der jährlich veröffentlichten „Military Balance" überzeugen, auch der letzten Auflage, die nach der Entscheidung von Brüssel erschienen ist. Und diese Einheit kann ohne Schwierigkeiten aus den umfangreichen Überschußbeständen des strategischen Arsenals der Amerikaner weiter verstärkt werden.

Viele Dinge fallen einem daher bei diesem Vorgang auf. Man ist offensichtlich bemüht, die Existenz eines wirksamen Gegengewichts gegenüber der seit langem eingeführten SS 20 zu verheimlichen. Und dabei ist dieses Gegengewicht von um so größerer Abschreckung als es, auf U-Booten stationiert, völlig unverwundbar durch irgendeinen sowjetischen Schlag ist. Außerdem gibt es enorme Möglichkeiten zur Verstärkung aus den umfangreichen Überschußbeständen des amerikanischen strategischen Arsenals, ohne daß dazu ergänzende Rüstungsproduktionen aufgenommen werden müssen. Schließlich versucht man den Anschein zu erwecken, man wolle stattdessen viel verwundbarere Einrichtungen installieren, da diese sich am Boden in Stellungen befinden, die von allen Aufklärungssatelliten geortet werden können. Die politisch gefährliche Verbissenheit, mit der man diese Waffen den europäischen Ländern aufzuzwingen versucht, obwohl sich einige von ihnen zurückhaltend zeigen, wäre schließlich unerklärlich und unklug, wenn es nur darum ginge, neue Waffen auf einem Gebiet zu stationieren, das sich bereits im Gleichgewicht befindet.

Welchen Namen man nun bei dieser Spiegelfechterei auch immer verwenden mag, „eurostrategische Waffen" oder „Euroraketen", in Wirklichkeit handelt es sich um strategische Waffen, da ihre Aufgabe darin besteht, Ziele in der Sowjetunion zu treffen, wo sich die SS 20 befinden. Übrigens ist auch ganz unverblümt von einer „neuen

strategischen Waffe" gesprochen worden, als ihre Installation zum ersten Mal öffentlich in der Presse erwähnt wurde, nach dem Gipfeltreffen von Guadeloupe im Januar 1979. Folglich hätten diese Raketen mit unter das Abkommen von SALT II fallen müssen, und ihre Herstellung wird zweifellos eine Umgehung des Vertrages bedeuten. In der gleichen Weise wurden sie von General Haig auf dem bereits erwähnten Kolloquium in Paris am 17. November 1979 vorgestellt. Das bedeutet, die amerikanische Überlegenheit im Bereich der atomaren Sprengköpfe bleibt auch im Rahmen des SALT-II-Vertrages erhalten, so daß es unverständlich bleibt, warum man ein wirkliches Interesse an einem Betrugsmanöver dieser Größenordnung haben könnte – es sei denn, daß sich etwas anderes dahinter verbirgt und man ein Ziel verfolgt, das man nicht zugeben kann.

Die einzige vernüftige Erklärung, die allein all diese Widersprüche in Einklang bringt, besteht darin, daß es sich um eine neue Version der alten amerikanischen Bemühung handelt, sich den Konsequenzen eines eventuellen Konflikts in Europa zu entziehen. Dieses Bemühen, das eigene Land „herauszuhalten", lag bereits der Doktrin von der „stufenweisen Vergeltung" zugrunde, wie sie von McNamara in den sechziger Jahren vertreten wurde. Es findet sich wieder in der Schlesinger-Doktrin Mitte der siebziger Jahre und in den sehr deutlichen Erklärungen Kissingers am 1. September 1979 in Brüssel. Die Amerikaner wollen es in keiner Weise riskieren, daß ihr Land durch die Folgen eines europäischen Konflikts zerstört wird. Und sie treffen Vorsichtsmaßnahmen.

Vor allem geht es ihnen darum, so scheint es, die 400 Sprengköpfe des zentralen Systems Poseidon, die in Europa stationiert sind und die USA formell durch eine Entscheidung ihres Präsidenten in den Konflikt hineinziehen würden, durch lokale Systeme zu ersetzen, die zwar verwundbarer sind, aber auch weniger kompromittierend, da es sich um dezentralisierte Einrichtungen handelt. Das ist die einzige logische und zufriedenstellende Erklärung der ganzen Angelegenheit, sowohl im Hinblick auf die Rüstung als auch auf die Sicherheit Amerikas. Und sie ergibt nur dann Sinn, wenn man das Argument bis zu Ende durchdenkt. Dann ergibt sich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten eines Tages den Befehl über diese Waffen und die Verantwortung für ihren Einsatz, den sogenannten Knopf, an die Staatsoberhäupter derjenigen Länder abtreten wird, in denen die Raketen stationiert sind, damit sie und ihre Völker die volle Verantwortung für den Einsatz dieser Waffen und seine Folgen übernehmen.

Wenn man bedenkt, daß alle vorgesehenen ballisitischen Raketen – insgesamt 106 vom Typ Pershing – ohne Ausnahme für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt sind, dann kann man dazu nur sagen, daß hiermit ein schwerwiegender Anlaß für politische Schwierigkeiten mit Rußland gegeben wird. Es wäre ein klarer Bruch des Geistes, wenn nicht sogar des Buchstabens der Pariser Verträge von 1954, nach denen Deutschland keine Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten sollte. Und die Sowjetunion dürfte um so weniger geneigt sein, das zu akzeptieren, als noch immer das Berlinproblem und die Frage einer deutschen Wiedervereinigung offenstehen.

Schließlich muß man sich an diesem Punkt der Argumentation die Frage stellen, was der Grund sein kann für diese neue Eile der Amerikaner, sich den Konsequenzen eines Konflikts in Europa zu entziehen, nachdem sie seit dreißig Jahren mit diesem Risiko gelebt haben. Man muß sich durchaus fragen, ob diese Eile nicht etwas mit dem Gefühl zu tun hat, daß ein solcher Konflikt näherrückt. Ja, man muß sich sogar fragen, ob dieses Manöver nicht sogar den Zweck verfolgt, ihn möglich zu machen. Würde nicht letzten Endes ein europäischer Konflikt – bis hin zur gegenseitigen Vernichtung – zwischen der UdSSR, dem großen politischen Gegenspieler der USA, und Westeuropa, ih-

rem wichtigstem Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiet, in höchstem Maße den amerikanischen Interessen dienen?

Die Direktive '59 und die Atomkriegsstrategie der USA

Frage: Welche Wichtigkeit kann man der Direktive '59 des amerikanischen Präsidenten zur neuen atomaren Strategie der USA beimessen?

Antwort: Die atomare Abschreckung beruht, schon seit ihren Anfängen, auf der Drohung, einen massiven Gegenschlag gegen die Städte zu führen, weil hier die abschreckende Wirkung am größten ist. Aber aus der „New York Times" hat die ganze Welt Anfang August 1980 erfahren, daß Jimmy Carter gerade ein Dokument unterzeichnet hatte, die „Direktive '59 des Präsidenten", in der neue Voraussetzungen für Maßnahmen gegen feindliche Raketenstellungen festgelegt werden, die zumindest für einen Teil der strategischen Waffen der USA Gültigkeit besitzen; es handelt sich offensichtlich um diejenigen Waffen, die dafür die erforderlichen Bedingungen erfüllen, einmal im Hinblick auf die Anzahl angesichts der Menge der möglichen Ziele, und zum anderen im Hinblick auf hinreichende Zielgenauigkeit, die zu ihrer Zerstörung erforderlich ist.

Bei den Amerikanern beweist das keineswegs, daß sie das Konzept eines gegen die Städte gerichteten Gegenschlages völlig aufgegeben haben, falls sie eines Tages auf einen ersten Schlag gegen ihr Territorium zu reagieren haben. Das einzige, was man wirklich daraus folgern kann, ist die Tatsache, daß Waffen, die gegen feindliche Raketenstellungen eingesetzt werden, im Ernstfall auch gegen Städte eingesetzt werden können. Wenn sie ihren Waffen die Kapazität verleihen, die zur Zerstörung feindlicher Raketenstellungen erforderlich ist, dann beweist das, daß sie sich die Mittel für den ersten, präventiven Schlag verschaffen: Schläge gegen feindliche Raketenstellungen haben nur dann einen Sinn, wenn die feindlichen Raketen ihre Abschußbasen noch nicht verlassen haben. Von einer ausschließlich defensiven Orientierung ist das westliche Lager also dazu übergegangen, entschieden offensive Konzepte zu integrieren. Das ist ein Wendepunkt, eine neue Philosophie, die mit den ursprünglichen Zielen der Allianz nicht mehr übereinstimmt.

Es sei hier noch angemerkt, daß in Frankreich, als es zwischen 1974 und 1977 darum ging, die neue Raketengeneration vom Typ M 4 zu definieren, die die gegenwärtig auf unseren Unterseebooten vorhandenen M 20 ablösen soll, die Marine im Rahmen einer orthodoxen Abschreckungskonzeption nur eine Vergrößerung der Reichweite befürwortete, um unsere Streitkräfte wendiger und daher glaubwürdiger zu machen. Demgegenüber wurde jedoch beschlossen, eine Vergrößerung der Reichweite in Grenzen zu halten, um die Möglichkeit zu haben, die Rakete mit sechs Köpfen ausrüsten zu können, die ihrerseits eine geringere Sprengkraft haben und daher, um ihre Wirksamkeit nicht zu verlieren, mit größerer Genauigkeit ins Ziel gebracht werden müssen. Vielleicht ist das nur ein Zufall – wir wissen es nicht, da bei uns alles ohne Beteiligung der Öffentlichkeit möglich ist und auf Grund von Direktiven des Präsidenten geschieht. Sicher ist jedoch, daß im kommenden Jahrzehnt auch sämtliche Raketen auf unseren U-Booten für die neue amerikanische Strategie der nach Europa verlagerten Kriegführung geeignet sind. Das verdient und erfordert jedenfalls unsere Aufmerksamkeit.

Die „sowjetische Bedrohung"

Frage: In der Diskussion über das Gleichgewicht der militärischen Kräfte beider

Blöcke steht immer die sowjetische Bedrohung zur Debatte, unter der man wohlgemerkt die militärische Überlegenheit der Sowjetunion versteht, aber auch ihren „Expansionismus" und ihren „Export der Weltrevolution". Solche Behauptungen haben bereits bei der Entfesselung des Hitlerkrieges gegen die Sowjetunion eine Rolle gespielt. Was halten Sie von diesem Argument der psychologischen Kriegführung?

Antwort: Es ist unbestreitbar, daß der Charakter der Sowjetunion und ihr „Export der Weltrevolution" Themen von besonderer Wichtigkeit im Rahmen des Gegenangriffs sind, den die privaten Eigentümer ausgedehnter Produktionsmittel und den die sich mit dem Begriff „Freiheit des Unternehmertums" tarnende wirtschaftliche Anarchie gegen die UdSSR führen.

Man findet hier wieder eine Situation vor, wie sie ganz analog während der französischen Revolution bestanden hat, die sich damals der bewaffneten Reaktion der europäischen Koalition gegenüber sah. Man muß die westlichen Völker, die es nicht mehr wissen, daran erinnern, daß schon ganz zu Anfang, kurz nach der Oktoberrevolution des Jahres 1917, die Alliierten – Engländer, Franzosen, Amerikaner und Griechen – mit der Intervention auf sowjetischem Territorium begonnen haben, im Norden, im Süden und im Westen, genau wie seinerzeit die europäischen Monarchien im revolutionären Frankreich. Wir Franzosen haben auch nach zweihundert Jahren Valmy und Jemappes nicht vergessen. Wie sollten die Russen vergessen haben, daß der Westen die Teilung der Grenzgebiete, Finnlands und der Länder des Baltikums, befürwortet und die weiße Konterrevolution direkt unterstützt haben. Im Spiel Ost-West ist jedenfalls der Westen ohne jeden Zweifel der erste Aggressor gewesen.

Bis heute ist die Propaganda bei der Rechtfertigung der früheren Aktionen und zur Vorbereitung erneuten Vorgehens immer gegen die neue Ideologie tätig gewesen. Gegenüber den kleinen Eigentümern, die immer schnell bereit sind, sich aufzuregen, hat man die Gefahr einer möglichen Enteignung ihrer armseligen Besitztümer beschworen. Man hat diese Furcht ausgiebig in ein Bild physischer Bedrohung umgemünzt. Ich kenne seit meiner Kindheit die Propaganda, die sich mit erstaunlicher Beständigkeit gegen die UdSSR richtet. Zwischen den beiden Weltkriegen brachte die antisowjetische Psychose ein Plakat hervor, auf dem ein Muschik mit dem Gesicht eines Galgenvogels zu sehen war, der eine Mütze mit einem riesigen roten Stern trug und ein Messer zwischen den Zähnen hatte. Schrecklich einfältig, aber es wirkte!

Heute sind viele Europäer Eigentümer ihrer Wohnung, eines Häuschens auf dem Lande, eines Autos, eines Kühlschranks. Und sie sind der Meinung, sie würden der besitzenden Klasse angehören! Also läuft die Propaganda sogar noch besser, zumal sie inzwischen erheblich perfektioniert worden ist. Die Mittel sind ausgereifter, und audiovisuell oder in gedruckter Form wird den Konsumenten die ungeheure Gefahr erläutert, daß wilde Horden über sie herfallen, die die Männer niedermetzeln, die Frauen vergewaltigen und den kleinen Ladenbesitzern ihre Pfennige wegnehmen wollen.

Es ist ganz normal, daß eine solche Drohung Resonanz findet bei den im wirtschaftlichen Sinne kleinen Leuten, für die der Verlust ihrer oft nur symbolischen Besitztümer, die sie der gegenwärtigen Gesellschaft entreißen konnten, wie ein unerträglicher Rückfall ins Elend empfunden würde, in den Zustand der Ausbeutung und der Unsicherheit, in dem ihre Vorfahren gelebt haben. Deshalb ist das Argument so wirksam, das der offensiven kapitalistischen Propaganda zu Grunde liegt. Früher wurde damit ein allgemeiner Konsensus zuwegegebracht, Truppen zu entsenden, um die Konterrevolution mit Waffen zu unterstützen; dann wurde es dadurch möglich, daß Hitlers Angriff auf die UdSSR als Kreuzzug aufgefaßt wurde, an dem sich zahlreiche Freiwillige

aus allen europäischen Ländern, auch aus Frankreich, beteiligten. Immer war dieses Argument vorherrschend, vom hitlerschen Kreuzzug bis hin zur Gründung der NATO, die zu einem Zeitpunkt erfolgte, als Rußland durch das große Blutbad des Krieges geschwächt war und sich nicht mit einem westlichen Lager messen konnte, das sich im Besitz des Atommonopols befand.

Heute haben sich die Zeiten geändert, und die Motivationen ebenfalls. Die große Angst vor der UdSSR wird jedoch sorgfältig weiter aufrechterhalten, aber die Methode des Kampfes hat sich verändert. Für den Westen kommt das Anzetteln eines neuen Konflikts gegenüber der Sowjetunion nicht mehr in Frage, da die Völker nicht mitmachen würden. Wenn es eines Tages einen bewaffneten Konflikt geben sollte, dann könnte er sich höchstens aus der Handhabung hochdosierter Provokation entwickeln. Im wirtschaftlichem Bereich jedoch ermöglicht das ständige Anprangern der angeblich enormen militärischen Stärke der Sowjetunion dem Westen, dank seines Reichtums den Rüstungswettlauf, der die Gegenseite ruiniert, ständig weiterzutreiben. Dadurch hindert er die andere Seite auch daran, Fortschritte in bezug auf den allgemeinen sozialen Besitzstand zu machen, was unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß sich die jeweilige Bevölkerung der Ideologie des Regierungssystems anschließt; es schließlich auch zu einem Aufbrechen der autoritären Strukturen kömmt, die die Propaganda gleichfalls im Übermaß ausbeutet.

Aber diese Angstpropaganda dient auch, zusätzlich zu der vorrangigen Rolle, die sie in der Offensive gegen den Kommunismus gespielt hat und immer noch spielt, als Mittel zu dem Zweck, den westlichen Völkern gegenüber jenen anderen Imperialismus zu maskieren, dem sie voll ausgesetzt sind: den amerikanischen Imperialismus, das allmählcihe Aufsaugen ihrer Nationen durch das amerikanische Imperium auf dem Umweg über das gigantische Subversionsunternehmen, das die NATO letzten Endes ist.

Man muß sich wirklich darüber im Klaren sein, daß die militärische Integration in der NATO unter dem unangreifbaren Deckmantel einer defensiven Hilfe gegenüber der Roten Armee das Trojanische Pferd ist, das man in die europäische Unabhängigkeit hineingebracht hat; sie hat die ersten Schritte der Unterwanderung ermöglicht, zunächst vor allem in den Köpfen, und sich dann die Zukunft gesichert durch eine Ausdehnung dieser Unterwanderung auf andere Bereiche in den betroffenen Ländern, auf die Forschung, Industrie, Wirtschaft, Kultur etc.

Das Stadium des militärischen Protektorats ist heute weitgehend überholt. Wir haben hier eine politische Gemeinschaftsorganisation vor uns, in der der Stärkste zwangsläufig den Ton angibt. Die in den USA ausgearbeiteten Entscheidungen werden somit direkt den Staatschefs und Ministern übermittelt, die ihrerseits regelmäßig zu Gipfeltreffen, Tagungen des Nordatlantikrates und anderen Konferenzen zusammengerufen werden, wo man ihnen die Direktiven der westlichen Zentralmacht bekanntgibt. Sollten sie Bedenken haben, dann bleibt das ohne Auswirkung, was beispielsweise Belgien und die Niederlande erfahren mußten, als im Dezember 1979 die Entscheidung getroffen wurde, die neuen Euroraketen in Europa zu installieren.

Auf diese Weise können die USA bei den Regierungen der mit ihnen verbündeten Länder sogar von innen heraus darüber wachen, daß sich keine von ihnen von der Wirtschaftsideologie „der Freiheit des Unternehmertums und der freien Handelsbeziehungen" entfernt, die den Reichsten und Skrupellosesten begünstigt und auf der die Macht Amerikas beruht, und daß niemand den Versuch macht, jene Teilung von Jalta in Frage zu stellen, die den Anfang bildete für eine lange Reihe von Aktionen objektiver Komplizenschaft unter den Großmächten.

Man betont gelegentlich, daß die UdSSR ihren Herrschaftsbereich seit 1945 auf einige Länder Europas, Afrikas und Asiens ausgedehnt hat. Das ist zweifellos der Fall. Auf der anderen Seite hat der amerikanische Herrschaftsbereich eine noch viel schlimmere Ausweitung erfahren, der sich mit den Gewinnen der Gegenseite gar nicht vergleichen läßt: fast das gesamte Latienamerika durch die im Namen „nationaler Sicherheit" errichteten Diktaturen; Europa über die NATO; einen großen Teil Afrikas durch die Vermittlung von Mitgliedsländern des Bündnisses wie etwa Frankreich. Und wenn sie auch nicht so deutlich in Erscheinung tritt wie zum Beispiel die militärische Besetzung Afghanistans, die wirtschaftliche und politische Zuchtrute lastet durchaus nicht weniger drückend auf diesen Ländern.

Und jedesmal, wenn eine alte Nation sich über ihr Aufgehen in diesem neuen weltweiten Imperium und über ihren allmählichen Untergang Rechenschaft ablegt und dann den Willen zur Emanzipation erkennen läßt oder auch einfach nur Fragen stellen will, dann setzt eine Pressekampagne ein, die durch opportune Erklärungen einer „über jeden Verdacht erhabenen" Persönlichkeit ausgelöst wird – wenn man nicht einfach einen Staatsstreich macht wie in der Türkei – und knüpft die Bande des Bündnisses im Namen der „furchtbaren Bedrohung" wieder enger, die angeblich durch die sowjetische Überlegenheit im Hinblick auf die Zahl der Panzer oder im Bereich einer zweitrangigen Kategorie von Raketen gegeben ist.

Frage: Es wird oft unterstrichen, daß der militärisch-industrielle Komplex ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege der militärischen Entspannung darstellt. Wie denken Sie darüber, vor allem aus französischer Sicht?

Antwort: Ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege zur Entspannung, im Prozeß der Entspannung ist ganz offensichtlich der parallele Wettlauf zum Überrüsten und die Tatsache, daß er immer wieder von neuem angefacht wird. Daß die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes dabei eine Rolle spielen, ist sicher. Dennoch wäre es zu kurz gedacht, wollte man diesem einzigen Komplex hinreichende Macht zuschreiben, dieses Spiel allein betreiben zu können.

Dieser große Rüstungswettlauf, der nun schon seit über zwanzig Jahren andauert, dient in Wirklichkeit mehreren Zwecken. Allgemein gesehen gibt es natürlich die klassischen Interessen der militärisch-industriellen Lobby: für die Militärs gibt es Ehren und andere Vorteile, die sie dabei gewinnen können und von denen die Rechtfertigung ihrer eigenen Existenz nicht zuletzt eine Rolle spielt; für die Finanziers und Industriellen gibt es beträchtliche Profite zu machen. Wenn man sich jedoch auf diese Aspekte beschränken würde, dann würde man die Dinge nicht umfassend genug sehen und dieser Lobby eine zu weitreichende Macht einräumen. In Wirklichkeit muß es, damit diese Lobby ihre Ziele erreichen kann, die Zustimmung der Politiker geben, und daher ist eine politische oder ideologische Motivierung erforderlich.

Diese Motivierung besteht heute in dem Versuch, den Mißerfolg des sowjetischen politisch-ökonomischen Systems nachzuweisen, um so zu verhindern, daß eventuell Unschlüssige sich ihm anschließen. Die dazugehörige politisch-wirtschaftliche Strategie besteht darin, die Sowjets in eine niemals endende Ausgabenspirale hineinzuziehen, die zwar nutzlos ist, aber deren Zweck es ist, Fortschritte der Sowjetunion in anderen Bereichen zu bremsen oder zu verhindern. Jeses Mal, wenn man sie dazu bringt, ihre Mittel für Kanonen statt für Butter zu verschwenden, verlangsamt man ihr Tempo auf dem Weg zu Wohlstand und sozialem Fortschritt. Und der westlichen Propaganda fällt es dann wiederum leicht, den niedrigeren Lebensstandard der armen Völker, die am-Sozialismus erkrankt sind, denjenigen vor Augen zu halten, die sich in unserem guten kapitalistischen System so frei entfalten können.

Daß der französische militärisch-industrielle Komplex, den es ja wirklich gibt, ein Nutznießer dieser Konstellation ist und aus ihr ein Maximum an Profiten herausholt, sicher, das ist für niemanden ein Geheimnis. Aber er ist auch keinesfalls derjenige, der bei diesem Spiel den Ton angibt. Konzeption und Herstellung finden in allen großen Rüstungskategorien auf amerikanischer Ebene statt und nur dort. Frankreich steht dabei nur an untergeordneter Stelle.

Frage: In der Schlußakte von Helsinki haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, die politische Entspannung durch wesentliche Maßnahmen im Bereich der Abrüstung zu festigen. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die jüngsten Abrüstungsvorschläge, die von den Ländern des Warschauer Paktes unterbreitet worden sind, zum Beispiel den Plan einer europäischen Abrüstungskonferenz?

Antwort: Man könnte hier all die Verträge aufzählen, durch die sich die Unterzeichner, vor allem die USA und die UdSSR, verpflichtet haben, Fortschritte auf dem Wege der Abrüstung zu erzielen. Vor Helsinki hat es bereits den Vertrag über die „Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen" gegeben, der im Jahre 1970 unterzeichnet wurde. Eine Reihe von Ländern hat sich darin verpflichtet, auf die Herstellung von Kernwaffen zu verzichten, aber das geschah nach dem Prinzip der einen Hand, die die andere wäscht. In Artikel 6 haben die beiden Supermächte zugesagt, ihrerseeits „zu einem nahegelgenen Zeitpunkt" mit der atomaren Abrüstung zu beginnen, um zu einer „vollständigen Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle" zu gelangen.

Nur haben sie nichts unternommen. SALT I, das zwei Jahre später (1972) unterzeichnet wurde, war nichts weiter als eine Bestandsaufnahme des Rüstungsniveaus. Sieben weitere Jahre sind vergangen, bevor SALT II im Jahre 1979 unterzeichnet wurde. Inzwischen hatten sie ihre Rüstung verfünffacht, abgesehen davon, daß sich die USA heute weigern, den Vertrag zu ratifizieren und damit die durch ihre Unterschrift eingegangene Verpflichtung einzulösen. In den Abkommen von Helsinki ist jedoch auch die Verpflichtung enthalten, sich für das Abschließen internationaler Verträge einzusetzen. Ich beziehe mich lieber auf diesen Zusammenhang, da er das Problem vollständiger erfaßt als die bloße „Schlußakte von Helsinki".

Verschiedene internationale Gremien befassen sich mit der Abrüstung: die schon erwähnten SALT-Gespräche; der Genfer Abrüstungsausschuß, der von der UNO abhängig ist; die Wiener Konferenz für Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa; und schließlich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren erste Zusammenkunft in Helsinki stattgefunden hat. Es ist eine Tatsache, daß die drei erstgenannten, die unter der Vormundschaft der beiden Großmächte stehen, nichts zuwege gebracht haben. Nur die zuletzt erwähnte Konferenz, auf der die beiden Großmächte nicht die Befehle erteilen, hat einen Fortschritt gebracht, einen Ansatz zur Entspannung, und wir müssen daraus unsere Schlußfolgerungen ziehen.

Es ist zwar traurig, aber vor allem die SALT-Verhandlungen haben die Grenzen bilateraler Gespräche aufgezeigt, die in mehr oder weniger guter Absicht von zwei Protagonisten geführt werden, die mehr damit beschäftigt sind, sich gegenseitig an der Nase herumzuführen, als damit, wirkliche Resultate zu erzielen. Zur Entlastung der UdSSR sei noch angemerkt, daß es die USA sind, die sich heute weigern, SALT II zu ratifizieren; obwohl dieser Vertrag ihnen eine sehr klare Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion läßt und dieser nur die Möglichkeit einräumt, einen Teil ihres Rückstandes aufzuholen.

Es ist jetzt Sache der Europäer, die als Opfer für den größten Teil der atomaren Kampfmittel der beiden Großmächte ausersehen sind, deutlich zu machen, daß sie nicht da-

mit einverstanden sind, eines Tages wie die Schafe zur Schlachtbank geführt zu werden. Es ist jetzt nicht die Zeit für diplomatische Subtilitäten oder dafür, die Leute zu schonen, die uns nicht schonen wollen. Das Problem der Abrüstung betrifft uns, weil wir es sind, die im Falle eines Konflikts sterben sollen. Daher darf man es nicht zulassen, daß über die Abrüstung unter vier Augen oder in geschlossenen Ausschüssen verhandelt wird, von Leuten, die dabei nicht wie wir das Leben aufs Spiel setzen.

Vor allem darf die KSZE-Konferenz sich nicht aus Gründen der Ablenkung spalten lassen. Ich bin der erste, wenn es um die vorrangige Bedeutung der Menschenrechte geht und habe ihnen jenen Hauptteil meiner Aktivität gewidmet. Aber die KSZE ist keine Konferenz zum Thema Menschenrechte. Sie nehmen in der Schlußakte von Helsinki nur einen relativ beschränkten Platz ein, wo sie als eines der zehn Prinzipien der Entspannung angeführt werden; sie bilden dort nur einen Teil des „dritten Korbes", und dieser Teil ist weniger ausführlich als die beiden anderen, die sich mit den politischen und wirtschaftlichen Fragen befassen. Wenn außerdem die Russen auch unbestreitbar im Unrecht sind, so hat doch auch das westliche Lager auf vielen Gebieten keine saubere Weste. Sicherlich ist das Problem der östlichen Dissidenten akut, aber die Probleme der Indianer in Nord- und Südamerika oder der schwarzen und puertoricanischen Minderheiten in den USA sind es auch; ebenso wie das Problem der westlichen Militärdiktaturen; das Problem des Rasismus, den es so ziemlich überall gibt, auch in Frankreich; die Berufsverbote, die es so ziemlich überall gibt, auch in Frankreich; die politischen Gefangenen, die es so ziemlich überall gibt, auch in Frankreich; oder die Ausnahmegerichte, die einen Schandfleck unserer Justiz darstellen.

Das Problem der Abrüstung ist folglich ein weltweites Problem, das nicht scheibchenweise auf Grund von willkürlich ausgewählten Themenstellungen behandelt werden kann. Das Gleichgewicht der Kräfte ist das Ergebnis einer subtilen Dosierung von Waffen der verschiedenen Kategorien und abhängig von den herrschenden Lehrmeinungen; so können zum Beispiel die konventionellen und die taktischen Atomwaffen – beides Kampfwaffen, deren Einsatz streng abgestuft ist – nicht voneinander getrennt werden. Und angesichts der gegenwärtigen Sachlage muß man sehr wohl sehen, daß die jüngsten, von den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes gemachten Abrüstungsvorschläger realistischer sind als beispielsweise der – völlig tendenziöse – französische Vorschlag, die Verhandlungen auf das Thema der konventionellen Rüstung zu beschränken.

Wenn die KSZE eines Tages die Probleme der Abrüstung in Europa aufgreift und von dort aus einen globaleren Vorschlag erarbeitet, dann kann man davon ausgehen, daß ein positiver Schritt getan sein wird. Aber man darf sich nicht täuschen. Je vernüftiger der Vorschlag sein und die Großmächte in die Enge treiben wird, um so stärker wird er auch auf Widerstand stoßen. Die gesamte europäische Diplomatie sollte jedoch, und sei es auch nur aus diesem Grunde, bestrebt sein, dieses Ziel zu erreichen.

Sicherheit durch atomwaffenfreie Zonen?

Von Gerd Greune

Seit über einem Vierteljahrhundert sind immer wieder Vorschläge unterbreitet worden, dichtbesiedelte Gebiete von Atomwaffen frei zu halten. Bis heute ist allerdings erst eine atomwaffenfreie Zone entstanden: der Vertrag von Tlatelolco (1967) verbietet die Lagerung, Produktion und Erprobung jeglicher atomarer Waffen auf dem Gebiet Lateinamerikas[1]). Ähnliche Projekte sind wiederholt für Europa, Afrika, den Nahen Osten, Asien und den südlichen Pazifik sowie den Indischen Ozean vorgelegt worden und Gegenstand zwischenstaatlicher Verhandlungen oder Erörterungen gewesen[2]). Heute sind atomwaffenfreie Zonen erneut ins öffentliche Interesse gerückt, und dies vor allem aufgrund dreier Faktoren:

1. die rasche Ausdehnung und Verbreitung atomarer Technologie, die für militärische Zwecke mißbraucht werden kann;

2. die Erweiterung des atomaren Stützpunktsystems der USA in allen Regionen der Erde;

3. das fortgesetzte ungehemmte atomare Wettrüsten bedroht selbstredend alle Völker und Staaten der Erde, nicht nur die atomwaffenbesitzenden Staaten, so daß die Entnuklearisierung gewisser Regionen einen wichtigen Beitrag zur globalen Abrüstung leisten kann.

Das Schlußdokument der Sondervollversammlung der Vereinten Nationen 1978 zur Abrüstung fordert, „daß solche Zonen in verschiedenen Teilen gefördert werden sollen, wobei das Endziel eine von Kernwaffen völlig freie Welt wäre"[3]). In einem kürzlich vorgelegten Bericht des UNO-Generalsekretärs[4]) wird festgestellt: „Wenn die atomare Abrüstung verwirklicht werden soll, muß das Konzept gegenseitiger Abschreckung durch ein Gleichgewicht des Terrors beseitigt werden. Die Aufrechterhaltung des Weltfriedens, der Stabilität und des Gleichgewichts durch Abschreckung ist möglicherweise die gefährlichste kollektive Fehlleistung, der wir ausgesetzt sind." . . . „Es gibt Regionen, die von Atomwaffen frei geblieben sind, und alle Anstrengungen müssen unternommen werden, um diesen Zustand zu erhalten. Schließlich sollte die Schaffung weiterer atomwaffenfreier Zonen auf regionaler Ebene intensiv vorangebracht werden."

Auch der Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen befaßt sich nach dem Scheitern der 2. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrver-

1) Nuclear Weapons Free Zones, United Nations, New York 1977, S. 15ff.
2) Ebd. sowie „Co-operation for Disarmament", „Action News", 3/1981, Genf.
3) Final Document of the 10th Special Session of the General Assembly, New York 1978, Artikel 61.
4) Comprehensive Study on Nuclear Weapons, United Nations A/35/392, New York 1980.

trag im September 1980 intensiver mit atomwaffenfreien Zonen; eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die die Frage der Sicherheitsgarantien für solche Gebiete oder Staaten durch die atomwaffenbesitzenden Mächte behandelt. Bisher liegen hierzu einseitige Erklärungen der fünf Atommächte vor[5]). Ebenso gibt es Resolutionsempfehlungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen, keine neuen Atomwaffen in Regionen einzuführen, in denen bis heute keine stationiert sind[6]).

Der Rapacki-Plan

Am 2. Oktober 1957 erklärte Polen in der UNO-Vollversammlung, daß es nach Absprache mit anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags bereit sei, einem Verbot der Produktion und Lagerung von nuklearen und thermonuklearen Waffen auf polnischem Gebiet zuzustimmen, vorausgesetzt, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik würden sich zu einem gleichen Schritt auf ihrem Gebiet entschließen. Die Tschechoslowakei erklärte ebenfalls ihre Bereitschaft zu einem solchen Verbot. Nachdem auch die DDR zustimmte, wurde dieser Plan ausgearbeitet und am 14. Februar 1958 veröffentlicht. Er umfaßte eine Zone, die beide deutsche Staaten, Polen und die Tschechoslowakei einschloß. Er sah vor, daß die Staaten in dieser Zone sich verpflichten, die Herstellung, die Verfügung, den Besitz oder die Genehmigung zur Installierung von Atomwaffen oder entsprechenden Einrichtungen zu verbieten. Die vier Atommächte USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien würden sich bereit erklären, keine Atomwaffen auf diesem Gebiet innerhalb ihrer Streitkräfte zu unterhalten, noch irgendwelche damit verbundenen Einrichtungen zu installieren, keine Atomwaffen in dieses Gebiet zu bringen und solche nicht gegen dieses Gebiet zu richten oder einzusetzen. Der Plan sah die Errichtung eines Boden- und Luftkontrollsystems vor, dessen Einzelheiten den nachfolgenden Verhandlungen vorbehalten blieben. Einer politischen Kontrollbehörde sollten Mitglieder der NATO und des Warschauer Vertrages sowie paktungebundene Länder angehören. Um Komplikationen zu vermeiden, die aus der Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in ein völkerrechtlich gültiges Vertragswerk entstehen können, wurde vorgeschlagen, daß auch einseitige Erklärungen der entsprechenden Regierungen ausreichen.

Diese Vorschläge wurden vom Westen mit der Begründung zurückgewiesen, daß sie keine konventionellen Waffen umfaßten. Auch würden politische Folgen für das benannte Gebiet befürchtet. Um einige dieser Vorbehalte auszuräumen, legte Polen eine überarbeitete Fassung seines 58er Plans vor, der in zwei Stufen verwirklicht werden sollte: In der ersten Phase sollte die Atomrüstung in der vorgeschlagenen Zone eingefroren werden; in der zweiten Phase sollten die konventionellen Streitkräfte reduziert werden, einschließlich einer vollständigen Entnuklearisierung der Region unter angemessener Kontrolle. Schließlich erweiterte Polen 1962 seinen Vorschlag, indem es diese

5) Report of the Committee on Disarmament to the 35th General Assembly, United Nations, Geneva 1980.
6) Zuletzt auf der 35. Vollversammlung, Resolution 35/156 v. 12. 12. 1980.

Zone für jedes europäische Land öffnete, das beizutreten wünschte. Der Vorschlag wurde weiterhin vom Westen abgelehnt [7]). Die bundesdeutsche Regierung weigerte sich vor allem, die Regierung der DDR anzuerkennen.

Regionale atomwaffenfreie Zonen in Europa

1957 hatte Rumänien ein ähnliches Projekt zur Denuklearisierung des Balkans unterbreitet, das 1968 und 1972 erneuert wurde. 1959 legte die irische Regierung einen Plan vor, der die Schaffung einer Reihe von atomwaffenfreien Zonen in der Welt vorsah und schrittweise verwirklicht werden sollte. Die NATO zeigte kein Interesse an diesen Vorhaben; lediglich für Vorschläge, die Skandinavien betreffen, zeigten die NATO-Staaten mehr Aufmerksamkeit.

1961 legte die schwedische Regierung den Undén-Plan vor, benannt nach dem damaligen schwedischen Außenminister. Er unterstützte den Gedanken atomwaffenfreier Zonen und eines sogenannten „Non-Atomic Club". Eine Reihe damit verbundener Elemente, die Nichtweiterverbreitung und Erprobung betreffend, wurden von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen [8]). Doch der Undén-Plan blieb unverwirklicht, da die USA und andere zu jener Zeit darauf beharrten, daß atomwaffenfreie Zonen ein ungeeignetes Mittel zur Verwirklichung der Abrüstung seien; diese könne nur durch ein umfassendes Konzept „allgemeiner und vollständiger Abrüstung" erreicht werden. Wiederholt wurde dieses sicherlich wünschenswerte Ziel vorgeschoben, um jegliche praktische Maßnahme zu verhindern, die Schritte in Richtung auf eine weltweite Abrüstung ermöglichen könnte. 1963 rief der finnische Präsident Kekkonen dazu auf, den Undén-Plan erneut zu behandeln. Da Finnland und Schweden neutrale Staaten seien und die NATO-Länder Dänemark und Norwegen über keine eigenen Atomwaffen verfügten sowie keine Atomwaffen ihrer Alliierten auf ihrem Gebiet stationierten, sollte eine gemeinsame Verpflichtung, Skandinavien von Atomwaffen frei zu halten, die gemeinsamen Sicherheitsinteressen festlegen. Norwegens Premierminister reagierte auf diese Demarche, indem er die Einbeziehung von Gebieten der UdSSR in die vorgesehene Zone forderte. Obwohl die UdSSR bereits 1959 eine nordische atomwaffenfreie Zone vorgeschlagen hat, ist tatsächlich zu keinem Zeitpunkt der Gedanke der Einbeziehung von Territorien der UdSSR in dieses Projekt an die sowjetische Regierung herangetragen worden [9]).

Sowjetische Vorschläge zur Entnuklearisierung liegen auch für den Mittelmeerraum vor.

Ist Europa noch zu retten?

Einen Tag nachdem der ehemalige britische Verteidigungsminister Francis

7) Bericht der UN in „Nuclear Weapons Free Zones", New York 1977, S. 19ff.
8) Vgl. Ken Coates, European Nuclear Disarmament, Nottingham 1980.
9) Ebd.

Pym seinen Plan über die Stationierung von 160 Cruise Missiles in Großbritannien bekanntgab, lüfteten sowjetische Quellen das Geheimnis einer aus dem US-Hauptquartier „gestohlenen" Akte. Gestohlen wurde diese Akte bereits vor nahezu zwei Jahrzehnten von einem sowjetischen Spion, dem US-Sergeanten R. L. Johnson, der später gefaßt und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. In einem Bericht über diese ziemlich phantastische Geschichte tauchten in der „Sunday Times" vom 22. Juni 1980 enthüllende Hinweise darüber auf, was US-Generalmajor B. E. Spivy, Befehlshaber der J-3 Division, zur „Verteidigung" seiner europäischen Verbündeten vorgesehen hat. Seine Pläne beinhalteten einen Posten für „präventive Atomschläge gegen Hunderte von Städten in der Sowjetunion" sowie zahlreiche „Angriffsziele in neutralen oder verbündeten Ländern, um diese als Hilfsquellen für sowjetische Truppen auszuschalten". Die Liste enthielt namentlich genannte Städte, davon „69 in Jugoslawien, 36 in Österreich, 13 in der BRD, 21 in Finnland und fünf im Iran". Ein detaillierter Bericht erschien später im „New Statesman" am 27. Juni 1980. Demnach scheinen die Dokumente „2800 Ziele in Europa zu enthalten – vielleicht sogar doppelt so viele. Die Ziele sind nicht strategischer Art und schließen auch keine Raketensilos ein, sondern sie bestehen zum Großteil aus aufgelisteten Flugplätzen oder anderen Anlagen . . . Eisenbahn, Autobahnbrücken, Hauptquartieren und anderen Militäranlagen, Wasserstraßen, Hafenanlagen, kleineren und größeren Flughäfen . . ."

Diese Pläne stammen aus dem Jahre 1962. Zu dieser Zeit war die US-Luftwaffe in der Lage, „18-20 000 Megatonnen Atomwaffen in Europa und der UdSSR innerhalb von 24 Stunden" abzuwerfen. Die westliche Militärdoktrin basierte zu diesem Zeitpunkt auf der „massiven Vergeltung"; dies war soweit auch allgemein bekannt. Nicht bekannt war, daß mit diesen „Vergeltungsschlägen" auch der Möglichkeit zuvorgekommen werden sollte, neutrale oder verbündete Länder zu „verlieren". Von den Amerikanern wurde stets unverblümt die Verwirklichung einer „Erstschlagskapazität" angestrebt; nach den Vorstellungen der amerikanischen Administration ist sie erreicht, wenn mit einem einzigen Atomschlag die Hälfte der sowjetischen Industrie und 25% der Bevölkerung vernichtet werden können. Die offensichtlich einkalkulierten Verluste der Verbündeten wurden nie öffentlich benannt.

Was bis heute bekannt wurde, zeigt, daß Europa zu Beginn der 80er Jahre in einer weitaus schlechteren Lage ist, als es 20 Jahre früher auch nur geahnt werden konnte. Zwar waren schon Mitte der 50er Jahre die sogenannten taktischen Atomwaffen an vielen Stellen Europas stationiert. Ab etwa 1960 hatte die UdSSR ein Gegenschlagspotential mit Zielwaffen, die für europäische Städte bestimmt waren. Ein Jahrzehnt später verfügte die NATO über mehrere tausend „Theater"- oder „taktische" Nuklearwaffen, während die UdSSR nach westlichen Schätzungen 600 Mittelstreckenraketen und 1000 taktische Atomwaffen in ihrem Bereich stationiert. Die UN-Studie vom 12. September 1980, die der Vollversammlung vorgelegt wurde, spricht von 7000 amerikanischen und 3500 sowjetischen Atomsprengköpfen in Mitteleuropa mit einem Vernichtungspotential, welches mindestens 50mal so groß ist wie das aller

Waffen des Zweiten Weltkrieges, des Korea- und Vietnamkrieges zusammengenommen[10]).

Earl Mountbatten, der frühere Chef des britischen Verteidigungsstabes, hat darauf hingewiesen, daß es gar nicht so lange her ist, seit „kleinere Atomwaffen verschiedener Macharten hergestellt und für den Einsatz in einem Krieg weiterverbreitet wurden, der als Theaterkrieg oder als Krieg taktischer Art betrachtet wurde. Man glaubte, wann immer es zu Feindseligkeiten in Westeuropa kommen würde, wären solche Waffen in der Kriegsführung zu Land zu gebrauchen, ohne daß es zu einem allgemeinen nuklearen Schlagabtausch kommen müßte, der zum endgültigen Holocaust führen würde. Ich habe diese Idee nie für glaubhaft gehalten. Ich war niemals fähig, die Gründe für die Annahme zu akzeptieren, daß irgendeine Klasse von Atomwaffen im Sinne ihrer taktischen oder strategischen Zwecke hätte in Kategorien aufgeteilt werden können" [11]).

Die Pläne des NATO-Rates zur Stationierung strategisch bedeutsamer Mittelstreckenraketen in West-Europa, die US-Direktive 59, die auf die Verwirklichung einer „realen" Erstschlagskapazität abzielt, und die Verfeinerung der Technologie weiterer Massenvernichtungswaffen lassen den „regionalen" Einsatz derselben immer wahrscheinlicher werden, verstärkt durch die lebensgefährliche Illusion, die zur Zeit in den USA Verbreitung findet, ein Atomwaffenkrieg sei führbar, ohne daß der eigene Lebensraum betroffen werden könnte.

Insofern kommt der regionalen Betrachtungsweise atomarer Entwaffnung und Entnuklearisierung auch militär-politische Bedeutung zu. Nicht umsonst haben die USA und Frankreich eines der Zusatzprotokolle des obenbenannten Vertrages von Tlatelolco, der Atomwaffen in jeder Beziehung für Lateinamerika ausschließt und auch die mittelamerikanischen Staaten umfaßt, nicht ratifiziert[12]).

Atomwaffenfreie Zonen in Europa: das hieße zugleich neben der unmittelbaren Beseitigung oder Nicht-Lagerung von Atomwaffen auch den Ausschluß ihres Einsatzes über Europa und würde die großen Atommächte praktisch zur Atomabrüstung zwingen. Dies ist nach allgemeiner Ansicht aller Experten der Schlüssel für ein umfassendes Abrüstungsprogramm.

In einer Arbeitsstudie des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Oslo zur „Europäischen Sicherheit in den 80er Jahren" kommt Marek Thee zu der Schlußfolgerung: „Für Europa besteht die dringende Notwendigkeit, alternative Strategien zu entwickeln. Diese sollten nicht auf der fortgesetzten Aufrüstung durch gleichgewichtige Rüstungskontrollmaßnahmen beruhen, sondern auf wirksamen Verringerungen der militärischen Streitkräfte und Arse-

10) Comprehensive Study on Nuclear Weapons, UN A/35/392, New York 1980.
11) Zit. nach: Louis Mountbatten, Über den Atomkrieg, in: Karl D. Bredthauer/Klaus Mannhardt (Hrsg.), Es geht ums Überleben, Köln 1981, S. 107.
12) Vgl. Resolution A/35/143 der Vollversammlung v. 9. 1. 1981, in der die fehlende Ratifizierung des Protokolls 1 durch die USA und Frankreich bedauert wird.

nale. Solche Strategien können mit vertrauensbildenden Maßnahmen im weitesten Sinne beginnen, risikofreie unilaterale Abrüstungsinitiativen umfassen, mit dem Ziel, offensives Potential in defensives umzuwandeln, und Pläne für ein allmähliches militärisches Disengagement und eine Denuklearisierung Mitteleuropas als ersten Schritt zur Befreiung Europas von Atomwaffen. Besonders vordringlich ist die Verhinderung der Stationierung von neuen Atomwaffensystemen in Ost und West." [13])

Initiativen für ein atomwaffenfreies Europa

Seit dem Beschluß der NATO-Ministerrunde am 12. Dezember 1979 und dem vorläufigen Scheitern von SALT II sowie der sichtbaren Vorbereitung der USA auf einen Atomwaffenkrieg in Europa, aus dem sich der amerikanische Kontinent heraushalten kann, sind die Initiativen für ein eigenständiges Vorgehen zur atomaren Abrüstung in Europa gewachsen. Bereits im Herbst 1979 richtete eine Gruppe von Wissenschaftlern aus verschiedenen westeuropäischen Ländern und aus den USA, die über Fragen der europäischen Sicherheit, der Verteidigung, der Rüstungskontrollpolitik und Abrüstung arbeiten, einen „Appell für ein nukleares Waffenmoratorium" an die Öffentlichkeit, in dem es hieß:

„Wir sind besorgt über die ernste Gefahr:
– daß eine neue Phase des nuklearen Rüstungswettlaufs in Europa eintreten kann;
– daß Europa zu einer Abschußbasis für neue und komplexere Atomwaffen wird;
– daß ein begrenzter nuklearer Krieg eher vorstellbar und dadurch wahrscheinlicher werden kann;
– daß dies die Entspannung und die Zusammenarbeit in Europa untergräbt und zu einem neuen Kalten Krieg führt; und
– daß Bemühungen, die soziale Gerechtigkeit zu erweitern, und die Einhaltung der Menschenrechte in Europa dadurch geschwächt werden.

Wir erinnern die betroffenen Regierungen, daß das Russell-Einstein-Manifest vom Juli 1955, das die Gefahren eines Atomkrieges hervorhob, nichts an seiner Dringlichkeit eingebüßt hat . . .

Die betroffenen Regierungen fordern wir nachdrücklich auf:
– sofort die Produktion und Stationierung jener Raketen einzustellen, die als SS-20 bekannt wurden (Produktions- und Stationierungsstopp);
– im Dezember 1979 oder später keine Entscheidung für die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu fällen, solange der Produktionsstopp eingehalten wird (Produktions- und Stationierungsmoratorium);
– umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die bestehenden nuklearen Potentiale nicht zu verbessern und fortschreitend die Gesamtzahl der Nuklearwaffen in Europa zu vermindern.
Amsterdam, den 11. November 1979."

13) Marek Thee, European Security in the Eighties, Oslo 1981, S. 24.

Dieser Aufruf war von verschiedenen Persönlichkeiten wie Dr. Mechtersheimer (CSU), Ex-Admiral Sanguinetti aus Frankreich, Arthur Booth (Internationales Friedensbüro) und William Borm (FDP) unterzeichnet worden, vermochte indes keinen Einfluß auf die Entscheidung des SPD-Parteitages am Vorabend der NATO-Ratstagung zu nehmen[14]).

Im Frühjahr 1980 veröffentlichte die Betrand-Russell-Peace Foundation einen Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa, der großen Widerhall bei den meisten europäischen Antiatomwaffenbewegungen fand. Darin heißt es:

„Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Kriege in der ‚Dritten Welt' bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf. Seit über 25 Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettrüsten ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophalen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue ‚einsatzfähigere' Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines ‚begrenzten' Atomkrieges gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnte. Die zunehmende Verbreitung von Atomwaffen und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung der Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten wie im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, in dem das Wettrüsten von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt: ein tödliches Wechselspiel.

14) Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um Abzurüsten, Reinbek 1980, S. 71ff.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkrieges aufgewachsen und haben sich an die Bedrohung gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht des Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen. Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen. Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20 Mittelstreckenraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (Cruise Missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung." [15])

Dieser Aufruf hat mit dazu beigetragen, nationale und regionale Kampagnen gegen Atomwaffen, von denen in den letzten Monaten zwei neue Bewegungen in Dänemark (Nye Til Atomwaben) und Norwegen (Ny til nye Atowapen) Aufsehen erregten, zusammenzuführen. Anfang März 1981 fand in Frankfurt eine erste umfassende Konsultation der Europäischen Bewegung gegen Atomwaffen (European Nuclear Disarmament – E. N. D.) statt, die eine Reihe grenzüberschreitender Aktionen im Sommer und Herbst dieses Jahres beschloß. Neben den Skandinaviern beteiligten sich die niederländische Bewegung „Stop dem Kernwaffenwettlauf, Stop die Neutronenbombe" sowie die belgischen Aktionsgruppen und die britische Kampagne für Atomabrüstung. Gastgeber war die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner, die im April 1981 eine bundesweite Friedensstafette gegen Atomraketen unter dem Motto „Ich will leben! Kampf dem Atomtod" beginnt.

Andere Initiativen sind in den letzten Wochen laut geworden: So richteten Friedensforscher an die Madrider Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit einen Appell, der als „wesentliches Element bei der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen die Schaffung von Regeln zur Begrenzung des Einsatzes und der Herstellung von konventionellen und nuklea-

15) Zit. nach „VIRUS", antimilitaristisches Monatsmagazin, 2/1981, Zürich.

ren Waffen ansieht und deshalb auf der Tagesordnung der Abrüstung den atomwaffenfreien Zonen in Europa einen hohen Rang einräumt." Mitarbeiter von SIPRI, Friedensforschungsinstituten in Groningen und Frankfurt sowie aus sieben weiteren Ländern hatten diese Empfehlung unterschrieben [16]).

Der Internationale Versöhnungsbund formulierte gemeinsam mit den Friedensnobelpreisträgern Mairead Corrigan und Adolfo Perez Esquivel als „ersten Schritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa (von der sowjetischen Grenze bis zum Atlantik) ein Moratorium zur Stationierung von Atomwaffen und ihrer Trägersysteme auf dem ganzen Kontinent" [17]).

Wo beginnen?

Die Diskussion über ein atomwaffenfreies Europa ist sicher keineswegs abgeschlossen; zu unterschiedlich sind die Konzepte, die einmal auf einen atomwaffenfreien Gürtel von Norwegen bis Griechenland abzielen, nach den Vorstellungen des belgischen Parlamentariers De Smaele, einmal vom Ural bis zum Atlantik, ein andermal von der sowjetischen Grenze bis nach Portugal reichen sollen. Auch wenn allen Projekten das Ziel gemeinsam ist, letztlich alle Atomwaffen aus Europa zu entfernen, wird zunächst den regionalen und nationalen Bewegungen und politischen Initiativen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.

In *Großbritannien* sind die Bemühungen zur Durchsetzung einer atomwaffenfreien Verteidigungspolitik in den letzten Monaten forciert worden. Der Parteitag der Labour Party 1980 beschloß einstimmig: „Alarmiert von der Kriegshysterie, die die Regierungspolitik bestimmt, und beunruhigt von den Vorschlägen, die Nuklearen Polaris-Streitkräfte zu erneuern, die Militärausgaben auf Kosten anderer öffentlicher Mittel zu erhöhen sowie die Stationierung der Cruise und Pershing II zu befürworten, beschließen wir die Durchführung einer öffentlichen Kampagne gegen diese Politik. Die Konferenz beschließt in Anerkennung der Tatsache, daß die Sicherheit aller Völker am besten durch multilaterale Abrüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet gewährleistet ist, daß im Programm der Partei festgeschrieben wird, jegliche Verteiigungspolitik, die auf der Anwendung oder Androhung von Atomwaffen basiert, zu verweigern; alle Atombasen, britische oder amerikanische, auf britischem Boden oder Gewässern werden geschlossen . . . Die Konferenz unterstützt die Europäische Nukleare Abrüstungskampagne (END) und fordert eine künftige Labour-Regierung auf, notwendige Initiativen für ein atomwaffenfreies Europa zu ergreifen." [18])

Diese nationale Kampagne für ein atomwaffenfreies Großbritannien hat ein großes Echo gefunden; am 14. Februar 1981 wurden eine halbe Million Unterschriften gegen die Stationierung neuer Atomwaffen und -träger in London der Regierung übergeben.

16) „European Nuclear Disarmament Bulletin", 2/1980, Nottingham.
17) „Co-operation for Disarmament", „Action News", 2/1981, Genf.
18) „European Nuclear Disarmament Bulletin", 3/1980.

In den *Niederlanden* ist die Kampagne gegen Atomwaffen ebenfalls in der hervorragenden Position, parlamentarischen Einfluß zu gewinnen. Mit der erfolgreichen Bewegung gegen die Neutronenbombe 1977 entstand eine Dachorganisation unter der Bezeichnung „Kongreß gegen Atomwaffen", der Vertreter der sozialdemokratischen Partei der Arbeit, der Christdemokraten, der Liberalen, der Radikalen Partei, der Kommunistischen Partei und der Pazifistisch-Sozialistischen Partei angehören, die 77% aller Parlamentssitze innehaben. Dazu kommen alle kirchlichen Friedensbewegungen sowie der Niederländische Gewerkschaftsbund. Unter dem Druck der bundesdeutschen Regierung hat sich das niederländische Parlament bisher nur für befristete Verweigerungen von neuen Atomwaffen ausgesprochen, doch die Frage der Nuklearrüstung ist eines der wesentlichen Themen des jetzt laufenden Wahlkampfes. Keine der führenden Parteien wagt es, sich offen für den Atomraketenbeschluß auszusprechen. Immerhin hat der Beschluß des niederländischen Parlaments, keine Neutronenbombe in den Niederlanden zu befürworten und gegen die Einführung in den NATO-Streitkräften zu stimmen, im NATO-Hauptquartier Eindruck gemacht. Diese millionenfache Protestbewegung hat sich inzwischen die Beseitigung aller Atomwaffen zur Aufgabe gemacht. Der Interkirchliche Friedensrat formulierte dies mit dem Slogan: „Helft mit bei der Beseitigung der Kernwaffen aus der Welt! Laßt uns damit in den Niederlanden beginnen!"[19])

In *Skandinavien* kommt der Rolle Norwegens eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung einer atomwaffenfreien Zone Nordeuropas zu; immerhin hat vor kurzem der schwedische Außenminister erklärt, daß er im Zweifel auch einen zweiseitigen Vertrag mit Finnland eingehen wird, wenn Norwegen sich an einer solchen Zone nicht beteiligen kann.

Bereits 1960 erklärte die damalige norwegische Regierung zwar, daß Atomwaffen (z. B. Atomsprengköpfe) auf norwegischem Territorium nicht stationiert werden; dennoch ist das Land in dreierlei Hinsicht an der Atomwaffenpolitik der NATO beteiligt:

a) die norwegische Regierung hat sich stets für die strategischen Konzepte der NATO ausgesprochen;
b) Norwegen stellt den Alliierten militärische Einrichtungen zur Verfügung, die der strategischen Atomrüstungspolitik dienen;
c) Pläne und Übungen zur Stationierung und zum Einsatz amerikanischer Atomwaffen auf norwegischem Territorium in Kriegszeiten sind bekannt geworden.
Norwegen beteiligt sich an der Nuklearen Planungsgruppe der NATO.

Durch die regierungsamtlichen Erklärungen in den 60er Jahren hat sich in der Bevölkerung der Eindruck festgemacht, als sei bereits ein Veto gegen jede Atomwaffenbeteiligung ausgesprochen; erst kürzliche Informationen über die Verwicklung des Landes in die strategischen Planungen und Einrichtungen der NATO machten deutlich, daß sich Norwegen am atomaren Rüstungswettlauf beteiligt.

19) „European Nuclear Disarmament Bulletin", 2/1980.

Auf der Sondertagung der Vereinten Nationen zur Abrüstung 1978 schlug die norwegische Delegation sogenannte Negativ-Garantien für atomwaffenfreie Länder und Regionen vor und brachte in das Aktionsprogramm folgenden Abschnitt ein: „Atomwaffenstaaten sollten bei der Verwirklichung von atomwaffenfreien Zonen zusammenarbeiten und bindende Vereinbarungen treffen, niemals Atomwaffen zu stationieren oder mit dem Einsatz solcher Waffen zu drohen gegenüber Staaten, die verbindliche Übereinkommen für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, die ihr Gebiet umfaßt, eingegangen sind."

Die umstrittene Lagerung von schwerem Kriegsgerät in Norwegen, das 155-mm-Kanonen mit einer Reichweite von 30 Kilometern, Raketen und Schwertransporter umfaßte, offensichtlich sehr wohl auch für den Einsatz von Atomgranaten geeignet, führte zu einer massiven Volksbewegung gegen die Militärpolitik der Regierung. Der Norden des Landes hat eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion, und es schien nunmehr möglich, von norwegischem Boden aus die strategischen Einrichtungen auf der Kola-Halbinsel in der UdSSR zu treffen. Damit würde Norwegen zum strategischen Atomziel. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit erneuerten die norwegischen Sozialdemokraten den Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropas, unter Einschluß der Kola-Halbinsel; selbst wenig sowjetfreundliche Friedensforscher wie Johan Galtung kommen zu dem Schluß, daß die Kola-Forderung unrealistisch sei, da sie ausschließlich die strategische Position der UdSSR gegenüber den USA betreffe.

Das Parlament in Oslo hat der amerikanischen Initiative zur Lagerung atomarer Einrichtungen zugestimmt, doch die sozialdemokratische Mehrheit sieht einer schwindenden öffentlichen Zustimmung entgegen, die sich bei den bevorstehenden Wahlen bemerkbar machen kann[20]).

Die Haltung der Atommächte

Anläßlich der 10. Sondertagung der Vereinten Nationen zur Abrüstung 1978 erklärten die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bezüglich des Nichteinsatzes von Atomwaffen gegenüber atomwaffenfreien Staaten folgendes:

USA: „Die Vereinigten Staaten werden keine Atomwaffen gegen eine Partei, die keine Atomwaffen besitzt und Mitglied des Atomwaffensperrvertrages ist, einsetzen, *außer* bei einem Angriff auf die USA, ihr Territorium oder ihre Streitkräfte oder ihre Verbündeten durch einen Staat, der mit einer Atommacht verbündet ist oder bei der Durchführung des Angriffs assoziiert ist."

UdSSR: „Die Sowjetunion erklärt, daß sie niemals Atomwaffen gegen jene Staaten anwendet, die die Herstellung oder Bereitstellung von Atomwaffen ablehnen und keine Atomwaffen auf ihren Territorien haben. Wir sind bereit, besondere Abkommen mit jedem Land abzuschließen, das keine Atomwaffen besitzt. Wir rufen alle anderen Atommächte auf, unserem Beispiel zu folgen und gleiche Verpflichtungen einzugehen."

20) Jon Grepstad, Norway and the Struggle for Nuclear Disarmament, Oslo 1980.

Großbritannien: „Die Regierung erklärt gegenüber Ländern, die keine Atomwaffen besitzen und dem Atomwaffensperrvertrag angehören, . . . keine Atomwaffen gegen sie anzuwenden *außer* im Falle eines Angriffs auf Großbritannien, seine unabhängigen Territorien, seine Streitkräfte oder Verbündeten durch einen Staat, der mit einer Atommacht verbunden oder assoziiert ist."

Frankreich: „Zur Aufrechterhaltung ihrer Sicherheit sollte die Entscheidung von Staaten einer Region, eine atomwaffenfreie Zone zu bilden, mit der Verpflichtung einhergehen für die Atommächte, aus dieser Situation keinen militärischen Vorteil zu ziehen."

China: „Wir haben wiederholt erklärt, daß wir zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Atomwaffen einsetzen werden. Wir halten es für unentbehrlich, daß die Atommächte den Einsatz oder die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen gegenüber atomwaffenfreien Zonen ausschließen."[21])

Die Durchsetzung atomwaffenfreier Zonen in Europa wird also von verschiedenen Faktoren abhängen: Zum einen, ob es in den beteiligten Ländern gelingt, die öffentliche Diskussion über eine realistische Verteidigungspolitik unter Verzicht auf alle Massenvernichtungswaffen zu entwickeln und massiven Druck auf die Parlamente und Regierungen auszuüben. Dies kann in absehbarer Zukunft zu *einseitigen* Beschlüssen in den kleineren NATO-Staaten Holland, Norwegen, Dänemark führen. Zum anderen, ob zwischen mehreren Staaten Übereinstimmung erzielt werden kann, daß der *gemeinsame* Verzicht auf Atomwaffen die Sicherheit in ihrer Region erhöht. Dies gilt sicher zunächst für die Regierungen von Schweden und Finnland, möglicherweise unter Einbeziehung der beiden NATO-Länder in Skandinavien, also Norwegens und Dänemarks. Schließlich wird eine wichtige Rolle spielen, ob die Atommächte im Rahmen des Genfer Abrüstungsausschusses gemeinsame Regeln für Negativ-Garantien gegenüber atomwaffenfreien Regionen finden, d. h. ausreichende Sicherheiten schaffen, die den Einsatz von Atomwaffen gegenüber allen anderen Ländern ausschließen. Bisher hat sich lediglich die Sowjetunion in diesem Sinne erklärt.

Immerhin scheint sich in der internationalen Diskussion der Gedanke zu verbreiten, daß jene Regionen, die unweigerlich zum Atomkriegsschauplatz werden, auch einseitige Abrüstungsmaßnahmen ergreifen müssen, um zumindest jenes völkerrechtliche Prinzip wiederherzustellen, das es jedem souveränen Land ermöglicht, eigenständig die Mittel seiner Verteidigung zu wählen und sich aus der atomaren Geiselnahme zu befreien.

21) Comprehensive Study on Nuclear Weapons, New York 1980, S. 149.

Polen im Visier

Zur Einmischung von Medien, Parteien und Politikern der Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten Polens

Von Georg Herde

Auffällig häufig haben sich Kanzler und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland in den zurückliegenden Monaten gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens gewandt: Die Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates sei eine Verpflichtung aller Länder, die die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet hätten – erklärte Genscher noch Ende März. Dies hinderte Bundeskanzler Schmidt nicht daran, zum gleichen Zeitpunkt die Leistung materieller Hilfe an die polnische Bevölkerung u. a. an den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt von seiten der polnischen Exekutive zu binden. Sein Angebot – Lebensmittel gegen innenpolitisches Wohlverhalten einer souveränen Regierung – demonstriert auf anschauliche Weise eine der vielen Formen von Einmischung, mit denen bundesdeutsche Medien, Parteien und Politiker in zunehmend offenerem Maße Einfluß auf die Ereignisse in der Volksrepublik Polen zu nehmen versuchen. Auf unsere Bitte hin hat sich Georg Herde, der seit Jahrzehnten als Journalist die Politik der deutschen Rechten und insbesondere der Vertriebenenverbände (u. a. gegenüber der Volksrepublik Polen) beschreibt und kommentiert, mit den vom Boden der Bundesrepublik aus betriebenen Einwirkungsversuchen auf die Entwicklung in Polen für die Zeit zwischen August 1980 und Anfang März 1981 befaßt. D. Red.

Es geschieht gewiß nicht allzuoft, daß ein ZK-Sekretär der polnischen KP, den man im Westen noch dazu dem harten Flügel zurechnet, und die „Neue Zürcher Zeitung" zu gleichen Urteilen gelangen. Im vorliegenden Fall aber ist dieses erstaunliche Phänomen zu beobachten, denn beide konstatieren – natürlich mit unterschiedlichen politischen Empfindungen – eine massive Medieneinmischung des Westens auf den Gang der polnischen Dinge seit dem letzten Sommer.

Kenner Osteuropas zweifelten nicht daran, „daß die Ereignisse in Polen einen anderen Verlauf genommen hätten", wenn sie „nicht fortlaufend durch westliche Radiostationen" beeinflußt worden wären, meinte das Schweizer Blatt. „Wer in der fraglichen Zeit in Polen war, konnte bei Gesprächspartnern verschiedenster Bildungsstufe feststellen, daß sie meist nicht nur über die Ereignisse Bescheid wußten, sondern auch über deren Darstellung und Kommentierung in einzelnen westlichen Zeitungen." [1])

1) „Neue Zürcher Zeitung" v. 30. 10. 1980.

Sender wie BBC London oder Radio Free Europe mit seiner neuen, enorm verstärkten Anlage in Garching, wo „auf Grund der günstigen Ortslage das Ost-Programm optimal ausgestrahlt werden" kann[2]), aber auch der Deutschlandfunk und die Deutsche Welle wirkten nicht nur mit Eigenprogrammen auf Polen ein, um die dortigen System-Gegenkräfte zu unterstützen. Sie betätigten sich auch als grenzüberschreitende Transporteure von Pressemeinungen, die zu bestimmtem politischen Handeln rieten.

ZK-Sekretär Tadeusz Grabski beschrieb diesen Tatbestand im Februar 1981 auf der Tagung des Zentralkomitees in Warschau mit der Feststellung, daß die Tätigkeit oppositioneller Kräfte und Gruppierungen in Polen die „leidenschaftliche Unterstützung der antikommunistischen Zentren des Westens findet, die ihnen neben der materiellen, finanziellen und politischen Hilfe ihre Instrumente der Einflußnahme auf dem Gebiet der Ideologie und der Diversion zur Verfügung stellen"[3]).

Das „polnische Fieber" in den westlichen Medien erklärt sich keineswegs nur aus der Chronisten- und Informationspflicht gegenüber dem eigenen Publikum. Es war von Anfang an auf Fernwirkung bedacht und darauf gerichtet, die Kommunisten und die Staatsmacht Polens in die Defensive zu drängen und ideologische, politische und organisatorische Freiräume für jene zu schaffen, die die Machtstrukturen und die Bündnislage des Landes allmählich, aber tiefgreifend verändern wollen.

Wenn die „Frankfurter Allgemeine" unlängst glaubte, die besorgten Stimmen aus Moskau, Prag und Ostberlin zur ökonomisch chaotischen und politisch gespannten Lage in dem verbündeten Nachbarland an Oder und Weichsel als „Papierkrieg gegen Polen"[4]) kennzeichnen zu müssen, so geht der Vorwurf angesichts der Sachlage sicherlich an die falsche Adresse. Dieser „Papierkrieg", begleitet und ergänzt durch den „Ätherkrieg", hat – um bei dem von der „FAZ" gewählten Bild zu bleiben – seine Ausgangsstellungen und Waffenarsenale unter anderen Himmeln, nämlich im Westen, nicht zuletzt in der Bundesrepublik.

I

Umfunktioniert zur politischen Opposition

Kaum hatte im Spätsommer 1980 die Streikwelle die polnische Küstenregion erfaßt, machte man mobil. Obwohl die Streikkomitees einen breitgefächerten Katalog von vornehmlich ökonomisch-sozialen Forderungen aufgestellt hatten, obwohl die Ende August mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen von Danzig und Stettin 21 bzw. 28 Punkte umfaßten[5]), konzentrierte sich die

2) „Münchner Merkur" v. 3. 11. 1980.
3) Zit. nach: „Berliner Zeitung" (Berlin, DDR) v. 11. 2. 1981.
4) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 6. 2. 1981.
5) Texte der Vereinbarungen in: „Der Tagesspiegel" (Westberlin) v. 2. 9. 1980; „Süddeutsche Zeitung" v. 1. 9. 1980.

Aufmerksamkeit unserer Medien sofort und fast ausschließlich auf *einen* Punkt: Die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Dies, so wurde tagtäglich in Richtung Polen suggeriert, sei die eigentliche Kernfrage.

Dabei hatte man weniger eine Gewerkschaft mit ihren traditionellen Funktionen im Sinn (hierzu hätte eine entsprechende Reform der schon bestehenden Organisationen genügt, wozu es bereits Angebote gab), sondern etwas ganz anderes. Während daheim dem DGB politische Abstinenz angeraten und von manchen direkt zur Pflicht gemacht wird, drängte man Walesas „Solidarnosc", sich auf das Feld der Politik zu begeben.

Dadurch könne „der Machtanspruch der Kommunisten in Frage gestellt werden", hieß es am 26. August 1980 im ZDF. Die „Frankfurter Allgemeine" wünschte sich „ein begrenztes Zweiparteiensystem" in Polen. „In diesem System würden die Gewerkschaften weitgehend die Rolle und viele Funktionen und Befugnisse einer Oppositionspartei des parlamentarischen Systems englischer Prägung übernehmen."[6])

Mit Äußerungen dieser und ähnlicher Art wurde die verfassungsmäßige Ordnung Polens frontal angegriffen und in Frage gestellt, die zu achten sich Lech Walesa ausdrücklich verpflichtet hatte. Denn im Punkt I der Danziger Vereinbarung heißt es, die neuen Gewerkschaften „haben nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden" und „sie anerkennen, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei die führende Kraft in Polen ist"[7]).

Doch im Westen wurde man nicht müde, „Solidarnosc" zum Wortbruch zu bewegen, sie auf die Funktion einer antikommunistischen Opposition festzulegen. „Walesas freie Gewerkschaft repariert den Kommunismus nicht, wenn er denn überhaupt zu reparieren ist, sondern eröffnet seine Zerstörung", frohlockte „Der Spiegel"[8]). Und erst jüngst registrierte er zufrieden, die von Walesa geführte Organisation sei „zur politischen Opposition geworden"[9]).

Aber die meisten unserer Medien plädierten nicht nur für eine als Gewerkschaft getarnte Oppositionspartei in Polen. Sie lieferten zudem noch das Rezept, wie am besten gegen die KP-Macht und Regierungsautorität anzugehen sei. Die „Wunderwaffe", zu der man riet und die seit dem Sommer 1980 das Land ins wirtschaftliche Chaos stürzte und an den Rand einer Katastrophe brachte, hieß: Drohung mit und Anwendung von Streik!

Selbst Gegner des DGB loben an ihm, daß er mit diesem Mittel in den zurückliegenden Jahrzehnten sehr sorgsam umging und es nur dosiert, also relativ selten einsetzte. Doch im Fall Polen sind nicht wenige der entgegengesetzten Meinung. Mit erstaunlichem Eifer wurde in den bundesdeutschen Medien registriert, wann und wo zwischen Ostsee und Karpaten Streiks aufflammten. Selbst die kleinsten entgingen nicht der Aufmerksamkeit.

---

6) FAZ v. 28. 8. 1980.
7) Text in: „Der Tagesspiegel" v. 2. 9. 1980.
8) „Der Spiegel", 36/1980.
9) „Der Spiegel", 8/1980.

Die geradezu penible Berichterstattung über die jeweils erhobenen Forderungen ließ bald den Verdacht aufkommen, daß damit eine Flächenwirkung bezweckt wurde, das Übergreifen der Streiks auf andere Betriebe, Orte und Regionen.

Wie rigoros auch für die Zukunft eine Konfliktstrategie bejaht wird, wie bedenkenlos man sich dabei in die inneren Angelegenheiten Polens einmischt und mitlitante Kräfte unterstützt, das erhärten Kommentare westdeutscher Zeitungen aus dem Februar 1981.

Die „Frankfurter Allgemeine" äußerte zur polnischen Situation, „die Gewerkschaft kann der Regierung nur begrenzt entgegenkommen, wenn sie nicht Profil, Anhänger und vor allem Führungsfähigkeit nach innen verlieren will". Sie habe „keine andere Wahl, als die Regierung unter Druck zu halten" [10]).

In der „Frankfurter Rundschau" formulierte es Harry Schleicher am selben Tag noch deutlicher. Auch künftig „kann die Führung der ‚Solidarität' die Waffe des Streiks nicht aus der Hand legen" [11]).

Wie, so bleibt zu fragen, würde man wohl in den Redaktionen der eben zitierten Blätter und nicht nur hier reagieren, wenn Ostblock-Zeitungen den DGB dazu aufriefen, die Bundesregierung in Bonn per Streikdrohung unter Druck zu setzen. Etwa, um die Montanmitbestimmung bei Mannesmann auf Dauer festzuschreiben oder ein neues Arbeitsplatzbeschaffungs-Programm zu verabschieden.

Schützenhilfe für KOR und Kuron

Werden „Solidarnosc" und vor allem ihr radikaler Flügel als Stoßkeil angesehen, der das politische Gefüge Polens erschüttern und eine Erosion kommunistischer Macht bewirken könnte, so machte man im „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR) und seinem Chef Jacek Kuron frühzeitig die eigentlichen Strategen des Angriffs aus.

„Walesa war der Leutnant im Graben, aber mit Sicherheit nicht die Stabszentrale an der Streikfront. Dort saß ein Braintrust von KOR, der das Streikkomitee in jeder Situation beriet", hieß es zu Danzig im August 1980 [12]). Mit „KOR sei das zweite, von der herrschenden kommunistischen Partei unabhängige politische Zentrum in Polen entstanden". Es sei eben diese Gruppierung gewesen, die „die ganze polnische Kommunistische Partei jetzt an den Rand des Abgrunds manöviert hat, in vierjähriger, geduldiger Generalstabsarbeit" [13]).

Diese politische Ortsbestimmung von KOR, von dem die „Süddeutsche Zeitung" am 16. August 1980 schrieb, es empfinde sich „als sozialdemokratisch und linksliberal", seine zweifellos richtige Deutung als Generalstab der Of-

10) FAZ v. 16. 2. 1981.
11) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 16. 2. 1981.
12) „Der Spiegel", 37/1980.
13) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 23. 2. 1980.

fensive gegen die PVAP und den von ihr gelenkten Staat ließen es Medien der Bundesrepublik als geraten erscheinen, ihm alle Unterstützung zu geben.

Man berichtete ausführlich und wohlwollend über die Aktivitäten von KOR, griff bereitwillig seine politischen Formeln und taktischen Losungen auf und half, sie mittels Ätherwellen in Polen zu verbreiten.

Dadurch erhöhte sich der Wirkungsgrad von KOR wesentlich. Die militante, aber zahlenmäßig nicht allzugroße Oppositionsgruppe gewann durch diese Medienhilfe aus dem Westen zusätzliches ideologisches Gewicht und ein merklich größeres Aktionsfeld. Sie konnte nicht nur für Streikkomitees und später für „Solidarnosc" als Berater tätig werden, der Wegmarkierungen setzte und die nächsten Etappen absteckte. Auch das eigentliche politische Programm von KOR ließ sich so besser verdeutlichen.

Bundesdeutsche Zeitungen griffen beispielsweise ein Interview auf, das Kuron der schwedischen „Dagens Nyheter" gegeben und in dem er betont hatte, sein Ziel sei ein Polen nach dem Vorbild Finnlands: „Ein parlamentarisch-demokratisches Land, das mit Rücksicht auf die Interessen der Sowjetunion eine gewisse Begrenzung seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit in Kauf nimmt." [14])

Nun ist Finnland seiner politisch-wirtschaftlichen Verfassung nach aber bekanntlich kein kommunistisches Land. Auch gehört es nicht dem Warschauer Pakt an. Was Kuron will, ist also der Bruch Polens mit seiner jetzigen Gesellschaftsform und Bündnisverpflichtung.

Medien unseres Landes gingen in ihrem Engagement für das oppositionelle KOR, in der offenen Parteinahme für diese systemkonträre und regierungsfeindliche Gruppe sehr weit. Dies wird am auffallendsten dadurch, daß man die Spalten der eigenen Publikationen führenden Vertretern von KOR bereitwillig zur Verfügung stellte, wo diese in Artikeln und Interviews ausführlich ihren Standpunkt darlegten. Besonders oft und umfangreich geschah dies im „Spiegel". Allein zwischen dem September und Dezember 1980 meldeten sich hier u. a. folgende Spitzen-Oppositionelle des KOR zu Wort: Adam Michnik, Ewa Milewicz, Jan Walc und Jacek Kuron.

Letzterer betonte gegenüber dem Hamburger Nachrichtenmagazin, „da, wo wir uns jetzt befinden, dürfen wir gar nicht stehen bleiben . . . Denn das bisherige Machtmonopol der kommunistischen Partei ist bereits zerbrochen und die von der Gesellschaft erstrebten demokratischen Reformen sind noch nicht verwirklicht worden" [15]). Kuron möchte also weiter, ihm genügt das bisherige Ergebnis noch nicht. Die jetzige Phase erscheint ihm nur als Durchgangsstadium. Er will ein Polen, in dem die PVAP an den Rand gedrängt oder völlig entmachtet wird.

Adam Michnik beschrieb an gleicher Stelle in einem politischen Essay die mit der Gründung von „Solidarnosc" entstandene Lage folgendermaßen:

14) FAZ v. 13. 12. 1980.
15) „Der Spiegel", 51/1980.

„Ist das nicht bloß eine Etappe auf dem Weg zu einer totalen Demontage des Systems..."[16]) Entkleidet man diesen Satz seiner Frageform, dann wird erkenntlich, worin KOR das Endziel sieht. Wenn „Der Spiegel" solchen Doktrinen Raum gibt, dann fördert er damit bewußt jene im KOR organisierte polnische Opposition, die der regierenden kommunistischen Partei, der Regierung und dem bestehenden System Polens überhaupt letztlich einen Kampf auf Leben und Tod angesagt hat.

Frontstellung gegen die Partei

Die außergewöhnliche Publizität und einseitige Parteinahme für „Solidarnosc" und ihren Vorsitzenden Lech Walesa, dessen Person man fast ins Mystische hochstilisierte, die vielfältige Unterstützung für KOR und dessen systemfeindliches Programm, die Art der Berichterstattung und Kommentierung, mit der man das Streikfieber anheizte – dies alles sind Indizien für einen Vorgang, den man nicht anders als permanente und gezielte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens charakterisieren kann.

Daß dies gewollt geschah, hat der Bayrische Rundfunk am 15. September 1980 ohne Umschweife zugegeben: „Wir müssen den Völkern des Ostens, wann immer dies möglich ist, unsere Hand reichen, wenn sie beginnen, sich von den Irrungen und Wirrungen der marxistisch-leninistischen Ideologie zu befreien."

Großexport nichtkommunistischer Ideologie, politischer Beistand für systemverändernde Kräfte – ergänzt wurde das im Fall Polen durch taktische Winke, die der jeweiligen Etappe der Auseinandersetzung angepaßt waren.

So schrieb etwa die „Frankfurter Allgemeine" schon in den Tagen von Danzig, es sei richtig, daß „der Frontalangriff nach dem Muster von Ostberlin oder Budapest" vermieden und „die Streikwaffe aus der Deckung von materiellen Forderungen heraus gebraucht wird", während die „politischen Forderungen darin verwoben" sind[17]). Monate später lobte das Blatt noch einmal die von den KOR-Generalstäblern entworfene Taktik. Die Aktivitäten von „Solidarnosc" beschränkten sich auf die Fabriken. „Es gibt keine Straßenunruhen, gegen die eine Staatsgewalt vorgehen könnte."[18])

Ein verdecktes, aber entschlossenes Handeln, um soziale Unzufriedenheit ins Politische zu kanalisieren und zu einem Kampf gegen die in Polen existierende Gesellschaftsform auszuweiten, das ist die Quintessenz jener KOR-Methode, die im Innern angewandt und von außen her unterstützt wird. Eskalieren soll es bis zu einem Grad, wo die KP, ihre durch die Verfassung fixierte Führungsrolle so geschwächt wäre, daß man sie offen in Frage stellen kann.

Es gehört zu den typischsten Erscheinungen der westlichen Einmischung in den innerpolnischen Konflikt, daß man mit ständig zunehmender Wucht An-

16) „Der Spiegel", 38/1980.
17) FAZ v. 26. 8. 1980.
18) FAZ v. 13. 12. 1980.

griffe gegen die PVAP führte, ihre Politik in den schwärzesten Farben malt, ihre unleugbaren Verdienste um den Aufstieg Polens aus den Trümmern von 1945 rundweg negiert und das Land in eine psychologisch-politische Frontstellung gegen die Kommunisten bringen möchte.

Dies geht so weit, daß man die personelle Konstellation in der Partei zu beeinflussen sucht und zu diesem Zweck eine Selektion zwischen ihren Führungskräften vornimmt. Etwa in der Weise, daß man eine „harte Moskau-Fraktion der ZK-Sekretäre Olszowski und Grabski" ausmacht und sie als „Moskaus Eingreifreserve" bschreibt[19]).

Mit solchen Etikettierungen, die in den Medien der Bundesrepublik seit dem Herbst 1980 immer wieder autauchten, vor allem im Zusammenhang mit den ZK-Tagungen vom Oktober, Dezember und Februar, sollen in der polnischen Bevölkerung Abwehrreaktionen gegen bestimmte Politiker ausgelöst und in der KP der Keim der Zwietracht gesät werden. Einen ähnlichen Versuch unternahm man schon 1968 gegen die CSSR, als man Bilak, Indra und andere Spitzenfunktionäre ins Zwielicht rückte.

II

„Die Welt" und ihr Überengagement

Wenn bisher bei der Betrachtung des Medienspektrums, des hier anzutreffenden Wirksamwerdens in der „polnischen Frage" weder der Name Springer noch der Titel einer seiner Zeitungen auftauchte, dann nicht etwa, weil diese Abstinenz geübt oder eine untergeordnete Rolle gespielt hätten. Das Gegenteil ist der Fall und bedarf daher einer gesonderten Untersuchung. Denn die im Springer-Imperium gebündelte Pressemacht bildet das schwere Geschütz, das man gegen Polen, seine politischen Strukturen, seine Staatsautorität, seine regierende kommunistische Partei auffuhr.

Schon von der Funktion der verschiedenen Konzern-Blätter her gab es dabei eine Arbeitsteilung. „Bild", die beispielsweise ab Mitte August 1980 innerhalb eines Monats immerhin 26 Beiträge zu Polen druckte, vermittelte der einheimischen 10-Millionen-Leserschaft ein Bild der Ereignisse, das in seiner antikommunistischen Grundfärbung schwerlich zu übertreffen war. Autoren wie Mathias Walden oder der Frühdissident und professionelle Kreml-Astrologe Wolfgang Leonhardt sicherten die gewünschte Betrachtungsweise.

Grenzüberschreitende, auch in Polen direkt wirksam werdende Aufgaben übernahm hingegen „Die Welt". Sie gelangt auf mancherlei Wegen dorthin, vor allem zu Intellektuellen; außerdem wird sie in Presseschauen und anderen politischen Sendungen unseres Rundfunks oft zitiert, was eine geographisch weitgespannte Brücke bis in die entlegensten Winkel Polens bedeutet. Diese Reichweite und der Kreis der erhofften Adressaten waren es, warum der „Welt" ein Zentralplatz in der Medienoffensive gegen das kommunistische Warschau zugeordnet wurde.

19) „Die Zeit" v. 13. 2. 1981. Siehe dazu auch: FR v. 28. 11. u. 4. 12. 1980.

Eine Vorstellung von der Intensität, mit der man dabei zu Werke ging, vermittelt folgende aufschlußreiche Zahl: Binnen eines einzigen Monats, von Mitte August bis Mitte September 1980, brachte „Die Welt" und ihre Sonntagsausgabe nicht weniger als 130 Beiträge (!) zu Polen. Mit einem solchen Überengagement, mit solcher Quantität wurde natürlich ein qualitativer Effekt angestrebt, nämlich das Voranbringen jener Kräfte in Polen, deren Aktivität auf eine völlige Veränderung der Machtlage hinausläuft.

Es ist nützlich, sich daran zu erinnern, daß das erwähnte Blatt schon 1970 eine „Transformation in Osteuropa" gefordert hatte, eine „Transformation des östlichen Gesellschaftssystems in einen Zustand, der es mit dem westlichen . . . verschmelzbar machen würde"[20]). Und Ende 1976 äußerte es ebenso freimütig die Hoffnung, daß „die polnische Opposition langfristigen und behutsamen Erfolg hat"[21]).

Hier waren das Ziel und das Land, wo es zuerst erreicht werden sollte, offen genannt. Bei Springer wünscht man sich die großflächige Zerstörung der bestehenden politischen Ordnung in Osteuropa, beginnend mit Polen. Die Krise, die dort im vergangenen Sommer ausbrach, schien die Verwirklichung dieses Konzepts in greifbare Nähe zu rücken. Was in Danzig begann, könne – so war vor allem anfangs in Springers Presse zu lesen – leicht als „polnischer Bazillus" auf andere Ostblockstaaten überspringen. Prompt unterstützte man die Gründung von „Solidarnosc", denn dies schaffe „praktisch ein zweites Machtzentrum im Staat"[22]). Und nach deren Registrierung betonte ein anderes Springer-Blatt: „Walesa hat gestern eine Partei geschaffen"[23]). Der Pressekönig der Bundesrepublik, weder ein sonderlicher Freund der Gewerkschaften noch Polens (bis zuletzt hatte er 1970 den Vertrag mit Warschau bekämpft und danach seine Ratifizierung), entdeckte sein Herz plötzlich für beide. Eine innerpolnische Opposition im Gewerkschaftsgewand als starke Gegenmacht zur PVAP, könnte das nicht zu einem kommunistischen Machtverfall führen und schließlich mit einem Polen westlichen Zuschnitts enden? Unter diesem Blickwinkel lieh Springer sofort seine ganze publizistische Kraft Lech Walesa.

KOR, das politische Leitzentrum, partizipierte nicht weniger. Den Grund dafür hatte „Die Welt" genannt, als sie schrieb: „Was Kuron als Endziel für Polen verlangt, ist Pluralismus, ein nichtkommunistisches, jedenfalls aber nichtsowjetisches Gesellschaftssystem."[24]) Wem man solches Zeugnis ausstellt, der darf beim mächtigsten Pressefürsten unseres Landes selbstverständlich auf volle Rückendeckung und Unterstützung rechnen.

Im August 1980 stellte „Die Welt" ihre Spalten dem KOR-Chef zur Verfügung, wo dieser in einem langen Artikel mit arrogantem Unterton erklärte: „Die Machthaber weichen zurück – das genügt vorerst." Kuron versicherte: „Wir

20) „Die Welt", v. 6. 1. 1970.
21) „Die Welt" v. 4. 12. 1976.
22) „Die Welt" v. 2. 9. 1980.
23) „Berliner Morgenpost" (Westberlin) v. 11. 11. 1980.
24) „Die Welt" v. 16. 8. 1980.

verfügen schon heute über einen bestimmten Einfluß auf Betriebsbelegschaften und können ihn jetzt um ein Mehrfaches vergrößern" (hier wurde der politische Mißbrauch von „Solidarnosc" durch KOR offen eingestanden!). Gleichzeitig benutzte er die Gelegenheit, um die taktische Grundlosung von KOR zu wiederholen: „Gründe Komitees, anstatt Feuer zu legen!"[25])

Vier Monate später druckte das gleiche Springer-Blatt einen Artikel Kurons aus der Zeitschrift „Robotnik" nach, in dem es wörtlich hieß: „Einerseits entfalten sich die großen selbständigen und unabhängigen Bewegungen, und andererseits muß notgedrungen die Führungsrolle der Partei, ihre Herrschaft über Verwaltung, Polizei und Militär, noch geduldet werden."[26]) Die Wahl der Vokabeln „*notgedrungen*" und „*noch*" spricht Bände und verrät etwas vom Endziel. KOR arbeitet auf einen Zustand hin, wo Polens Kommunisten ihre Führungsrolle absolut verlieren, auch in den genannten Bereichen.

Einem solchen Angriff auf Polens wichtigste Regierungspartei und ihre verfassungsmäßig garantierte Führungsrolle Raum zu geben, ist ein Akt beispielloser Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen europäischen Staates, eine eklatante Verletzung der KSZE-Schlußakte von Helsinki.

Nummer 1 im Medienkrieg: Carl Gustaf Ströhm

Wenn das Warschauer KP-Organ „Trybuna Ludu" im vergangenen Herbst zu den „Federn der Diversion" vor allem den Springer-Autor C. G. Ströhm rechnete, der zudem über enge Beziehungen zu den KOR-Prominenten Michnik und Kuron verfüge, so war diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen. Beides wurde mit Fakten und Zitaten belegt, wobei man die Spur Ströhms bis 1977 zurückverfolgte[27]).

Carl Gustaf Ströhm sticht in der Tat dadurch hervor, daß er sich seit Jahren in der „Welt" intensiv mit der polnischen Oppositions-Szene beschäftigt. Wann und wo immer sich ein Anlaß bot, unterstützte er KOR und andere Systemkritiker. Man könnte angesichts der Veröffentlichungen Ströhms zu diesem Thema fast von einer ideologischen Patenrolle sprechen, die er für Polens Opposition übernahm. Aber auch taktische Hinweise wie der aus dem Mai 1977, die KOR-Intellektuellen müßten ihre Stimmen „mit den Stimmen der Arbeiter" synchronisieren, also auf diese Einfluß gewinnen, fehlten nicht.

Daß bei einer solchen Interessenlage die Entwicklung der letzten Monate Ströhm in Hochstimmung versetzte und ihn in der Bundesrepublik zur Nummer 1 im Medienkrieg gegen die kommunistische Herrschaft in Polen werden ließ, verwundert kaum.

Schon in der Frühphase der Ereignisse, im August 1980, wurde das deutlich, mit dem Artikel „Der Wandel in Polen". Ströhm versuchte, gegen die PVAP aufzuwiegeln, indem er behauptete, „daß die polnischen Kommunisten nur

25) „Die Welt" v. 18. 8. 1980.
26) „Die Welt" v. 27. 12. 1980.
27) „Trybuna Ludu" (Warschau) v. 15. Oktober 1980.

eine kleine Minderheit der polnischen Nation repräsentieren", nur Moskaus Militärmacht erhalte „die Existenz des kommunistischen Regimes von Warschau". KOR und seine Strategie überschüttete er geradezu mit Lob. Man gehe nicht auf die Straße, die Bewegung in Polen habe „von den Fehlern ihrer Vorläufer gelernt. Sie legt ein großes Maß von Umsicht und poltischer Klugheit an den Tag". Und einmal am Zuge, verlangte Ströhm vom Westen, er solle die polnische Opposition „durch Forderung nach Reform" unterstützen[28]).

Diesem Artikel ließ der „Welt"-Kommentator Dutzende ähnliche folgen, die gesammelt eine Art Hand- und Lehrbuch für systemfeindliche Politik und Aktionen in Polen ergäben. Die ohnehin gespannte Atmosphäre sollte weiter angeheizt, die Opposition zu immer neuen Vorstößen ermutigt werden. Wenn Ströhm am 6. Oktober 1980 „von den vulkanischen Erschütterungen der polnischen Gesellschaft" schrieb, dann haben Journalisten wie er viel dazu beigetragen.

Rückblickend auf die Zeit seit dem letzen Sommer, zog Ströhm unlängst eine Art Zwischenbilanz. Zwei Momente rückte er dabei in den Mittelpunkt: „Endlich ist eine Bresche in die Allmacht des totalitären Apparats geschlagen." Und: „Das Erscheinen der ‚Solidarität' auf der gesellschaftspolitischen Bühne hat in Polen faktisch zu einer Doppelherrschaft geführt."[29])

Wer die Artikel Ströhms seit dem Sommer 1980 nachliest, der wird rasch herausfinden, daß damit zwei von ihm ständig geforderte und geförderte Tatbestände eintraten: Zurückdrängung der Macht der KP und Schaffung immer größerer Aktionsräume für Gegenkräfte durch politisch-organisatorischen Pluralismus.

Aber der Polenexperte der „Welt" erblickt darin nur einen ersten, wenn auch wichtigen Teilsieg. Von hier aus müsse man ein viel weitergestecktes Ziel ansteuern, denn letztlich gehe es in Polen „um eine Befreiung von einem aus Rußland importierten System"[30]). Sturz der jetzigen Ordnung, die simplifiziert und bösartig als „Rußlandimport" abgetan wird, und Ablösung durch ein diametral entgegengesetztes, dem Westen adäquates Modell – das betrachtet Ströhm als den aus seiner Sicht idealen Endpunkt für das Land zwischen Bug und Lausitzer Neiße.

Das Haupthindernis auf dem Weg dorthin, und darin denkt er zweifellos realistisch, bildet natürlich Polens kommunistische Partei. Gegen sie richtet er daher auch den publizistischen Hauptstoß. Zwar betont Ströhm, die PVAP insgesamt befinde sich derzeit in einem desolaten Zustand. Doch dieser Diagnose setzt er sofort Warnzeichen entgegen: „Sicher aber gibt es in der polnischen Partei, vor allem im mittleren Apparat, einen harten Kern, der über die gegenwärtige Entwicklung entsetzt ist und auf ein Signal zum Gegenschlag wartet." Hierzu müßten einige hunderttausend Funktionäre aus Partei, Polizei, Sicherheitsapparat und anderen Bereichen gezählt werden[31]).

28) „Die Welt" v. 18. 8. 1980.
29) „Die Welt" v. 4. 2. 1981.
30) „Die Welt" v. 8. 9. 1980.
31) „Die Welt" v. 11. 12. 1980.

Auf dieses Thema kam Ströhm wiederholt und ausführlich zurück. Das läßt nur den Schluß zu, daß er die Angriffe verstärkt gegen den „harten Parteikern" lenken möchte, dem er auf Politbüroebene u. a. Olszowski, Grabski und Moczar zurechnet. Wenig Sympathie empfindet er auch für den neuen Ministerpräsidenten, General Jaruzelski, „der als Verteidigungsminister ja nicht nur Pole, sondern auch ein Mann des sowjetischen Vertrauens ist"[32]).

Allzugern sähe es Ströhm, „wenn die polnische Partei plötzlich den Weg des Marxismus-Leninismus verlassen und sich in weiten Teilen revisionistisch oder menschewistisch (also sozialdemokratisch) verhalten" würde[33]). Damit, so kalkuliert er, würde der Weg frei zur Demontage des Systems und der Wiederherstellung der politischen Vorkriegsform Polens.

Gleichzeitig gibt Ströhm die Hoffnung nicht auf, daß Polen „erst der Anfang" ist. Gehe hier der Weg „in Richtung auf eine grundlegende Reform, so bedeutet dies die Abschaffung des Parteimonopols in Polen und die Etablierung pluralistischer, und das heißt von der KP unabhängiger Machtzentren. Ein solcher Prozeß würde nicht nur Polen, sondern ganz Osteuropa von Grund auf verändern"[34]).

Damit wird eine umgekehrte Variante der amerikanischen Dominotheorie vertreten, die hinsichtlich Indochinas besagte: Fällt ein Land an die Kommunisten, dann folgen bald andere.

Hier ist nicht der Platz, eingehender zu erörtern, inwiefern Ströhms Denken einem Ausflug ins Land Utopia ähnelt. Von einem Überspringen des „polnischen Funkens" auf benachbarte Staaten des Ostblocks ist jedenfalls nichts zu entdecken, und erst jüngst betonten die PVAP und Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski, der regierende Armeechef Polens, man werde eine Doppelherrschaft nicht dulden, was über den Tag hinaus eine langfristige Entschlossenheit verrät.

Trotzdem bleibt festzuhalten: Im Hause Springer setzt man darauf, Polen als Trojanisches Pferd zu benutzen, mit dessen Hilfe man den gesamten Ostblock aufbrechen und in seiner Gesellschaftsstruktur total verwandeln möchte. Ströhm, der dieser Doktrin am beredtesten Ausdruck verleiht, plädiert also für einen neuen Versuch des „roll-back" kommunistischer Macht. Was Dulles mit Gewaltandrohung von außen bewirken wollte, soll nunmehr auf Umwegen und stilleren Pfaden erreicht werden. Daß darin das Risiko des Kalten Krieges II oder noch größere Gefahr steckt, scheint C. G. Ströhm und seinen obersten Chef wenig zu kümmern.

III

Die von 35 Staaten unterzeichnete KSZE-Schlußakte, diese „Magna Charta" europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit, wie sie nicht selten genannt

32) „Die Welt v. 17. 2. 1981.
33) „Die Welt" v. 3. 12. 1980.
34) „Die Welt" v. 6. 10. 1980.

wurde, enthält im Punkt VI des politischen Prinzipienkatalogs die Verpflichtung zur Nichteinmischung und eine genaue Beschreibung dessen, was darunter zu verstehen ist. Man werde sich, so der Kerngedanke, jeder direkten oder indirekten Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates der KSZE fallen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat durch ihren Regierungschef am 1. August 1975 diese bindende Zusage unterschrieben. Prüft man jedoch, wie gegenüber Polen seit dessen krisenhafter Entwicklung ab Sommer 1980 Wort gehalten wurde, so gelangt man zu einem wenig befriedigenden, um nicht zu sagen bestürzenden Ergebnis. Das Prinzip Nichteinmischung wurde kurzerhand über Bord geworfen, und dies nicht etwa nur durch Publizisten, sondern auch – und dies wiegt noch schwerer – durch Repräsentanten unseres Staates.

Zur Haltung der CDU

Die Unionsparteien haben bekanntlich 1975 im Bundestag verlangt, wir sollten dem KSZE-Abschlußtreffen fernbleiben. Daß dies die totale außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik bedeutet hätte, soll hier nicht weiter analysiert werden. Fakt ist jedoch, daß auch die CDU/CSU trotz ihres Neins von damals an die Regeln der KSZE gebunden ist. Der von der Union immer wieder bekräftigte Grundsatz „Pacta sunt servanda" gilt auch in diesem Fall für sie. Ganz zu schweigen davon, daß schon die UNO-Prinzipien die Pflicht zur Nichteinmischung beinhalten.

Dessen ungeachtet haben beide Unionsparteien in einer Weise auf die polnischen Ereignisse reagiert, die einen völligen Bruch mit den von der UNO und KSZE formulierten Normen bedeutet. Und das, obwohl die Konservativen den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten, die Vorsitzenden vieler Parlamentsausschüsse in Bonn und nicht zuletzt die Ministerpräsidenten in sechs Bundesländern stellen. Man trägt also eine hohe und direkte staatliche Verantwortung, was im Umgang mit anderen Staaten zu entsprechendem Verhalten führen sollte.

Wenn sich beispielsweise das CDU-Präsidium Ende August 1980 und der CSU-Landesvorstand am 1. September mit der Lage in Polen befaßten, öffentliche Erklärungen zugunsten der Streikkomitees abgaben und Helmut Kohl immer wieder Sympathieerklärungen für Streiks in Polen abgab, dann verstieß man mit dieser einseitigen Stellungnahme grob gegen das Prinzip der Nichteinmischung.

Aber auch politisch äußerte sich der CDU-Vorsitzende ohne jede Reserve, etwa am 20. August 1980, als er „Reformen und mehr Freiheit" für Polen verlangte, was in Kohls Sicht eine Zurückdrängung kommunistischer Positionen bedeutet.

35) „Der Spiegel", 44/1980.

Wie dies durch direkte Einflußnahme des Westens unterstützt werden sollte, das verriet der niedersächsische CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht in einem Interview für den „Spiegel". Durch Wirtschafts- und Kredithilfe sowie „allgemeine politische Unterstützung" müsse man Polen in behutsamer Form „helfen, im Verhältnis zur Sowjet-Union und in der inneren Liberalisierung das Maß an Freiheit auszuschöpfen, was möglich ist ohne gravierende Raktionen von außen"[35]). Albrechts Einmischungsdoktrin empfiehlt also dem Westen eine ökonomisch fundierte „stille Taktik", um das politische Gefüge Polens substantiell zu verändern und parallel dazu Warschaus Bündnis mit der UdSSR zu lockern.

Die CDU begnügte sich jedoch nicht mit Pro-Walesa-Stellungnahmen und Taktiküberlegungen. Man dachte daneben an Direkteres.

So war u. a. eine Reise von Norbert Blüm zu Lech Walesa geplant, die allerdings am Einspruch der polnischen Behörden scheiterte. Aber auch sonst machte Blüm von sich reden. So, als er die Gewährung von „Organisationshilfe und technischer Hilfe" aus der Bundesrepublik für „Solidarnosc" verlangte[36]).

Strauß will völlige Änderung des Systems

Selbst Franz Josef Strauß mauserte sich angesichts der polnischen Ereignisse zum Arbeiter- und Gewerkschaftsfreund, wovon allerdings im eigenen Land nichts zu spüren ist. Erst kürzlich lastete der „Bayernkurier" dem neuen DGB-Grundsatzprogramm an, es hole sich „die altbekannten Instrumente aus der marxistischen Mottenkiste. Der DGB gibt sich hier als Klassenkampforganisation"[37]). Draußen dagegen, in Polen, kann es nicht genug Kampf und Konflikt geben; man lobte die Streikwütigen von „Solidarnosc" immer wieder ob ihres Vorgehens.

Mehr noch. Am 11. September vorigen Jahres wurde ein Brief von Strauß an den DGB-Vorsitzenden Vetter publik, in dem der Deutsche Gewerkschaftsbund aufgefordert wurde, „alle nur denkbare organisatorische und materielle Hilfe beim Aufbau freier Gewerkschaften" in Polen zu leisten. Strauß selbst steuerte hierzu eine fünfstellige Summe bei, wie ein CSU-Sprecher hervorhob.

Diese Strauß-Euphorie für Walesa kommt natürlich nicht von ungefähr. Man wähnt in seiner Organisation jene Kraft, die – von KOR politisch gesteuert – Polens marxistisch geprägtes Machtgefüge aus den Angeln heben könnte. Immerhin hatte der Vorsitzende der CSU schon in der TV-Wahlkampfdebatte der vier Parteivorsitzenden am 1. September 1980 erklärt, in Danzig und Stettin sei zunächst ein „begrenzter Sieg" errungen worden, nunmehr müsse in Polen „das Wirtschaftssystem wenigstens schrittweise geändert" werden (sonst dürfe es keine westlichen Kredite an Warschau mehr geben).

36) siehe dazu: FAZ v. 14. 10. 1980.
37) „Bayernkurier" v. 31. 1. 1981.

Strauß plädierte also ungeschminkt für ökonomische Erpressung. Aber es sollte noch ärger kommen.

Auf der gemeinsamen Funktionärstagung von CSU und CDU in Mannheim betonte der bayerische Ministerpräsident: „Geben Sie einmal den Polen freiheitliche Verhältnisse und die Möglichkeit, Soziale Martwirtschaft zu treiben, Polen wird ein Garten Gottes in Europa werden." Ersichtlich sei, „daß ein wirklicher Wandel nur durch eine völlige Änderung des sozio-ökonomisch-politischen Systems herbeigeführt werden könnte". Dem stehe allerdings die „Macht- und Unterdrückungspolitik Moskaus" gegenüber Polen und Osteuropa entgegen[38]).

Soziale Marktwirtschaft, also Übernahme der westlichen Wirtschaftsform, völlige Änderung des Systems, also Abkehr vom kommunistischen Gesellschaftsmodell und Übernahme unseres Typs – das ist die öffentlich verkündete Zielvorstellung des CSU-Vorsitzenden für Polens Zukunft und die benachbarter Länder. Als ob es nicht so etwas wie eine polnische Souveränität und Eigenständigkeit gäbe, maßt sich Strauß an, einen Bruch Polens mit seiner jetzigen Gesellschaftsform und die Rückkehr zur einst dort bestehenden zu fordern. Damit erreicht die bundesdeutsche Einmischungspraxis gegenüber der Volksrepublik Polen zweifellos ihren Gipfel.

Kein Wunder, daß der „Bayernkurier" seit Monaten alles unterstützt, was in Polen zur Schwächung der existierenden Machtstrukturen führte. An der polnischen Ostseeküste habe man „gegen das kommunistische System eine Schlacht gewonnen"[39]). Walesas Gewerkschaft bilde eine „Gegenmacht zur kommunistischen Arbeiterpartei"[40]). Ja, sogar die totale Entmachtung der PVAP erhofft sich das CSU-Blatt, wenn es schreibt: „Die Partei verlor die Unsterblichkeit."[41])

Es ist denn auch blanke Demagogie, wenn die gleiche Zeitung meint, Polen solle einen „eigenen, den polnischen Weg zum Sozialismus" gehen[42]). Wer die Politik der SPD unablässig als sozialistisches Abenteuer verketzert, der tut besser daran, sich nicht in Sachen Polen und Sozialismus als Ratgeber zu betätigen. Er kommt sonst allzuleicht in den Verdacht, dieser Weg Polens solle in eine bestimmte Richtung gelenkt werden – weg von Marx und Moskau.

Die Vertriebenenverbände wittern Morgenluft

Natürlich witterten angesichts der dramatischen Ereignisse in Polen auch jene Kräfte in der Bundesrepublik Morgenluft, die – ungeachtet aller Verträge und Dokumente – stets unverhohlen und aggressiv die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges bzw. der Nachkriegsgrenzen gefordert haben: die breite Palette neonazistischer Organisationen und die nach wie vor staatlich geförderten und einflußreichen Vertriebenenverbände.

38) Wortlaut in: „Bayernkurier" v. 6. 9. 1980.
39) „Bayernkurier" v. 6. 9. 1980.
40) „Bayernkurier" v. 1. 11. 1980.
41) „Bayernkurier" v. 11. 10. 1980.

Hatten die Letztgenannten im vergangenen Jahrzehnt unter dem Eindruck der Entspannungspolitik an Öffentlichkeitswirksamkeit verloren, so reklamieren ihre Führer spätestens seit August 1980 wieder lautstärker ihre Forderungen im Sinne altbekannter großdeutscher Ziele. Im Organ der Landsmannschaft Schlesien hieß es Ende August 1980 unter der Überschrift „Polen am Scheideweg" u. a.: „Wichtig erscheint uns, daß jegliche Wirtschaftshilfen gekoppelt werden sollten an die notwendige Demokratisierung. Anstelle freigiebiger Kreditleistungen wäre noch zu erwägen, ob es nicht möglich sei, unsere ostdeutschen Heimatgebiete von Polen zurückzukaufen . . . Leisten wir doch Entwicklungshilfe an der eigenen Nation."[43]) Die Zeitschrift „Der Westpreuße" lieferte Anfang September die Begründung nach: „Das geraubte Ostdeutschland macht Polen nicht glücklich. Es wird mit dem reichen Land nicht fertig."[44])

Der CDU-MdB und Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, schlußfolgerte aus dem Gesagten: „Warum sollten wir als freie Bürger dieser freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland nur deswegen aufgeben und aufstecken, weil inzwischen 35 Jahre vergangen sind, weil andere Gewalt über Teile von Deutschland ausüben . . . ?"[45]) Er befürwortete daher „eindeutige Stellungnahmen" mit dem Ziel, eine „Destabilisierung der kommunistischen Herrschaft" herbeizuführen[46]). Denn „dem polnischen Volk ist mit einer Hilfe nicht gedient, die letztlich nur dem Regime von Nutzen ist" – so der Chefredakteur von „Pommersche Zeitung" und „Ostpreußenblatt"[47]). Und schließlich sei noch – stellvertretend für die neofaschistische Presse – der „Deutsche Anzeiger" des Dr. Frey zitiert, der ebenfalls von der Bundesregierung eine klare Stellungnahme verlangte, da sich die polnische Streikbewegung „zum größten Teil auf ostdeutschem Boden ab(spielt)" und „also auch eine deutsche Angelegenheit allein aus geographischen Gründen" ist[48]).

Wie ein roter Faden ziehen sich die hier zitierten Überlegungen und Forderungen durch die Publikationen der Vertriebenenverbände und Neofaschisten der vergangenen Monate. Hier wurde und wird vieles von dem formuliert und ausgesprochen, was vor allem in der CDU/CSU aus Opportunitätsgründen nicht mehr (bzw. noch nicht wieder) zum *offiziellen* ostpolitischen Credo gehört.

Genscher, Ehmke und andere

Müssen sich die CDU/CSU und ihr Ex-Kanzlerkandidat den Vorwurf massiver Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens gefallen lassen, so sind auch die Partner der Bonner Regierungskoalition in diesem Punkt beileibe

42) „Bayernkurier" v. 13. 12. 1980.
43) „Der Schlesier" v. 2. 8. 1980.
44) „Der Westpreuße" v. 6. 4. 1980.
45) „Deutschland-Union-Dienst" der CDU v. 9. 9. 1980.
46) Zit. nach „Osmipress" v. 28. 8. 1980.
47) „Pommersche Zeitung" u. „Ostpreußenblatt" v. 30. 8. 1980.
48) „Deutscher Anzeiger" v. 29. 8. 1980.

nicht frei von Schuld. Hier scheint man vergessen zu haben, was Helmut Schmidt 1975 in seiner Rede beim KSZE-Treffen in Helsinki an Beherzigenswertem sagte. Man habe, so der deutsche Kanzler, „gemeinsame Regeln geschaffen für die Art und Weise, wie wir in Europa miteinander umgehen und zusammenleben wollen". Er zog daraus den Schluß: „Die Unterschrift, die wir hier leisten, bedeutet deshalb eine schwerwiegende Verpflichtung für uns alle, den Worten Taten folgen zu lassen. Hier steht die Glaubwürdigkeit eines jeden einzelnen Staats- und Regierungschefs in West und Ost auf dem Spiel."[49])

Wie konnte es dann aber geschehen, daß Politiker aus dem Bonner Regierungslager und sogar Bundesminister Erklärungen zu den Vorgängen in Polen abgaben, die im schroffen Widerspruch zur KSZE-Schlußakte und ihrem Nichteinmischungsgebot stehen?

Man sollte meinen, gerade ein Außenminister habe seine Worte sorgfältig zu wägen, er sei schon von Amts wegen dazu verpflichtet, Vorsicht und äußerste Zurückhaltung zu üben. Hans-Dietrich Genscher verzichtete auf solche Tugenden.

Schon während des ersten Höhepunkts der polnischen Krise erklärte er: „Wir haben nie einen Zweifel gelassen, daß wir in Danzig und Stettin an der Seite der Freiheit stehen"[50]), was eine klare Parteinahme für Walesa und KOR und gegen die Regierung in Warschau meinte. Denselben Standpunkt bezog Genscher am 1. September 1980 als FDP-Chef in der Fernseh-Wahldebatte der Parteivorsitzenden, wo er betonte, in Polen sei „ein Stück mehr Freiheit". Er begrüße diese Entwicklung. Und in der Bundestagsdebatte vom 26. November 1980 meinte Genscher, in Polen handele es sich um eine „von uns mit Leidenschaft verfolgte Entwicklung". Solches per Funk und Fernsehen vor einem Millionenpublikum zu äußern und sich dabei zum ideologischen Schiedsrichter über das Geschehen in Polen aufzuschwingen, der über das dortige Maß an Freiheit befindet, steht einem Außenminister, vor allem dem eines deutschen Staates, schlecht an.

Auch paßt es nicht in die KSZE-Landschaft, wenn führende FDP-Politiker wie der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick oder der Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs über den Deutschlandfunk und andere Medien eine weitere „Liberalisierung" in Polen fordern.

Was den sozialdemokratischen Pol des Bonner Regierungsbündnisses anbelangt, so werden hier ebenfalls Stimmen laut, die die polnische Entwicklung in eine bestimmte Richtung drängen möchten. Hier sei nur auf eine Stellungnahme Horst Ehmkes verwiesen. Seine Amtszeit als Minister liegt zwar schon einige Jahre zurück, aber auch als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender steht er an einer exponierten Stelle der bundesdeutschen Politik. Es ist daher nicht unwichtig, wie er sich zu Polen äußert. Er tat dies mit einem Ar-

49) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (30. Juli 1975): Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt beim KSZE-Treffen in Helsinki.
50) FAZ v. 1. 9. 1980.

tikel unter der bezeichnenden Überschrift „Die Lehren von Danzig". Sein Grundgedanke: Die Entspannungspolitik auf der Basis der Anerkennung des territorialen Status quo habe „die Voraussetzungen dafür verbessert, daß der innere Status quo in jenen Staaten verändert werden kann"[51]).

Was aber heißt das im Klartext? Ehmke will ein anderes Polen – mit veränderter politischer Machtlage, mit geschwächten kommunistischen Positionen, mit einer organisierten Opposition (möglichst sozialdemokratischen Zuschnitts).

Auch der Bonner „Vorwärts" nahm in vielfältiger Form zu den polnischen Ereignissen Stellung. So lobte er nachdrücklich die von KOR und Walesa gewählte Taktik: „In der raffiniert dosierten Selbstbeschränkung auf das, was im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, liegt das Beachtenswerteste an den . . . jüngsten Vorgängen zwischen Oder und Bug." Man habe begriffen, „daß kein Pole mit dem Kopf durch die sowjetische Wand kann"[52]).

Entschlüsselt man solche Texte, dann wird der Erwartungshorizont klar erkennbar: Man hofft, ausgehend von Polen, auf das Entstehen einer starken politischen Opposition in Osteuropa, die das dort bestehende Gesellschaftssystem in seinen Grundstrukturen verändert. Dabei scheut sich der „Vorwärts" nicht vor übelstem antikommunistischem Vokabular, wenn er schreibt, notwendig sei „die Beseitigung der trüben Praktiken jenes ‚Geheimdienstkommunismus', den clevere Agitationssekretäre auch in Polen den Arbeitern 35 Jahre lang als ‚echten Sozialismus' angedreht haben"[53]).

Deutschlandfunk ruft zur Aktion

Ein besonderes Kapitel im Zusammenhang mit Polen ist die Medienverantwortung der Regierung, speziell auf dem Rundfunksektor. Schon daß man unser Territorium für Radio Free Europe zur Verfügung stellt, das die systemfeindlichen Kräfte in Polen ermuntert, ihnen rund um die Uhr Beistand leistet und die Funktion einer ideologischen Regiezentrale im Kampf gegen die Warschauer Regierung ausübt, geht zu Lasten Bonns.

Noch fragwürdiger aber wird es, denkt man an die beiden in Köln beheimateten deutschen Sender, die in den Ostblock hinüberstrahlen. In einer vom Bundespresseamt herausgegebenen Broschüre heißt es wörtlich: „Die Deutsche Welle und der Deutschlandfunk gründen sich auf Bundesgesetze, sind also Anstalten des Bundesrechts."[54]) Der Regierung fällt hier also eine ganz direkte Pflicht und Verantwortung zu.

Um so unverständlicher ist es, daß beide Sender gegenüber Polen und benachbarten Staaten Töne anschlagen dürfen, die dem Prinzip der Nichteinmischung absolut widersprechen. Wir wollen uns hier mit zwei Beispielen begnügen.

51) „Wirtschaftswoche" v. 3. 10. 1980.
52) „Vorwärts" v. 11. 9. 1980.
53) „Vorwärts" v. 5. 2. 1981.
54) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Demokratie als Auftrag – Drei Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage. S. 100.

Im Gegensatz zur Vereinbarung von Danzig unterstützte man Walesas „Solidarnosc" bei ihrem Vordringen auf politisches Terrain. „Die Rolle der Opposition will in Zukunft ersatzweise die neue Gewerkschaftsbewegung ‚Solidarität' übernehmen. Ihr Machtinstrument ist der Generalstreik", betonte der DLF am 8. Oktober 1980 mit Nachdruck.

Einige Wochen zuvor, am 29. August, hatte der gleiche Sender erklärt, die Polen hätten „keine Chance, solange sie allein kämpfen, solange es in der DDR, der CSSR, in den baltischen Republiken der Sowjetunion ruhig bleibt". Und dann dieser Satz: „Von hier, von Oder und Weichsel aus, wird den Werktätigen in der DDR, in der CSSR, in der Sowjetunion gezeigt, wie man es machen muß."

Das war der offene Aufruf zur Aktion, zum Angriff auf die Machtstrukturen und die Gesellschaftsform auch in anderen Ostblockstaaten. Wer so handelt wie der DLF, der macht die KSZE-Schlußakte zu einem wertlosen Fetzen Papier und sich selbst zu einem politischen Unruhestifter ersten Ranges.

Carl Gustaf Ströhm von der „Welt" glaubte die wahre Sachlage vertuschen zu können, indem er schrieb: „Mit Eifer suchen Warschauer und Moskauer Parteipublizisten, unterstützt natürlich durch Ost-Berlin und Prag, nach ‚antisozialistischen Kräften' in Polen, die wiederum angeblich von ‚Imperialisten' sowie ‚Feinden Polens und des Sozialismus' aus dem Ausland angestachelt und dirigiert werden." Es sei ein Unding anzunehmen, daß „Radio Freies Europa, die Deutsche Welle oder die Stimme Amerikas das Sowjetsystem unter dem polnischen ‚realen Sozialismus' aus den Angeln heben" könnten[55]).

Nun hat letzteres auf östlicher Seite niemand behauptet. Aber daß elektronische Medien des Westens den systemfeindlichen Kräften in Polen volle politische Rückendeckung, ideologischen Flankenschutz und taktische Aktionshilfe geben, dürfte bei dem, was an Beweismaterial vorliegt, außer Frage stehen.

Es waren Zeitungen aus der Bundesrepublik, die recht genau beschrieben haben, was man sich von der Berichterstattung westlicher Rundfunksender aus Polen und der entsprechenden Kommentierung versprach. „Mit der tagtäglichen Zurückstrahlung der Vorgänge an der Ostseeküste in alle sozialistischen Staaten geht es nicht mehr nur um den Sozialismus in Polen, sondern um die sowjetische Machtstellung in ganz Europa."[56]) Solche Informationen bedeuteten „in der gegenwärtigen osteuropäischen Situation mehr denn je das Gift der Auflösung"[57]). Die Absichten waren also unverkennbar und die Hoffnungen hochgespannt. Man wollte die Lage in Polen bis zum Systemumbruch verschärfen und außerdem den Funken zum Überspringen auf kommunistische Nachbarländer bringen.

Daß die Deutsche Welle ausgerechnet ab August 1980 ihre Programme verstärkte, mehrere zusätzliche Frequenzen in Betrieb nahm, die Sendungen in

55) „Die Welt" v. 27. 10. 1980.
56) FAZ v. 27. 8. 1980.
57) „Neue Ruhr Zeitung" v. 25. 10. 1980.

russischer Sprache um täglich 35 Minuten verlängerte und den Nachrichtenanteil erhöhte (Anm. vgl. hierzu „Frankfurter Rundschau", 2. Dezember 1980), ist sicher kein Zufall.

IV.

Polen und die europäische Balance

Wie divergierend die Meinungen über Ursache und Verlauf der polnischen Krise auch sein mögen, eines liegt auf der Hand: Schwelt diese Krise fort, eskaliert sie noch, dann könnten die Folgen verheerend sein. Für das Land selbst, wie General Jaruzelski am 12. Februar in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Parlament in Warschau warnte. „Sollte sich dieser zerstörerische Prozeß fortsetzen, drohe nicht nur der wirtschaftliche Ruin, sondern der Riß der gesellschaftlichen Bande, was am Ende das Schrecklichste, ein brudermörderischer Konflikt wäre. ‚Solche Worte spricht man nicht leicht hin, ich bin mir ihrer Bedeutung und Bitterkeit bewußt'."[58])

Aber auch das politische Klima Europas einschließlich des deutsch-deutschen Verhältnisses, ja die Ost/West-Beziehungen insgesamt müßten schweren Schaden nehmen. Die Entspannung, ohnehin merklich abgekühlt, geriete in eine tödliche Gefahrenzone. Die west-östlichen Wortgefechte, die heute um Polen im Gange sind, geben einen Vorgeschmack davon, was dann auf uns zukäme.

Wer also, wie aus unserer Analyse ersichtlich, von außen her Öl ins polnische Feuer gießt, spielt ein äußerst riskantes Spiel. Polen liegt weder an der politischen Peripherie, noch handelt es sich um einen kleinen Staat. Ein Blick auf die politische Landkarte genügt, um seine Bedeutung für unseren Kontinent, im Hinblick auf das hier für den Frieden erforderliche Gleichgewicht zu ermessen.

Die bitteren Lehren der Geschichte geben zusätzliche Erkenntnishilfe. Faktisch auf sich allein gestellt, von der UdSSR durch eine sowjetfeindliche Politik der Selbstisolierung getrennt, ökonomisch schwach und militärisch in keiner Weise dem Angreifer gewachsen, wurde Polen im September 1939 eine leichte Beute Hitlerdeutschlands. Hier war ein Machtvakuum, in das der Aggressor ohne sonderliche Mühe hineinstieß und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste.

Das umgekehrte Bild erlebten wir nach 1945. Nachkriegspolen mit seiner neuen Gesellschaftsstruktur, eingebettet in befreundetes kommunistisches Umfeld, eng verbündet mit Moskau (dessen Rote Armee bei der Befreiung Polens mehr als 600 000 Gefallene verlor) und im Besitz abgesicherter Grenzen wurde zu einem wesentlichen Element der ausgewogenen Machtbalance zwischen Ost und West, die sich in Europa herausbildete. Ohne sie und den Beitrag Polens hätten wir nicht den jetzt bald 36jährigen Frieden in diesem Weltteil. Auch eine KSZE wäre nicht zustandegekommen.

58) Zit. nach: „Berliner Zeitung" v. 13. 2. 1981.

Jeder Versuch, diese Balance dadurch zu zerstören, daß man einen vollzogenen Geschichtsprozeß in Frage stellt und Polen aus dem kommunistischen Machtgefüge des Ostens herausbricht, ist untauglich im Ansatz und gefährlich in der Konsequenz – auch für den Westen. Denn eine Destabilisierung der politischen Strukturen Polens führt zwangsläufig zu einer Destabilisierung des europäischen Friedens.

Für den Warschauer Pakt unverzichtbar

Polen, das zeigt sich bei emotionsfreier Betrachtung der Dinge sehr klar und wird auch von seriösen Analytikern im Westen so gesehen, ist für den Ostblock unverzichtbar. Nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch aus legitimen nationalen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ihrer Bundesgenossen. Einen Warschauer Pakt minus Warschau kann und wird es nicht geben.

Zu viel ist hier tangiert. Polens eigenes Schutzbedürfnis. Und das seiner Verbündeten, vor allem das der drei direkten Nachbarn (Sowjetunion, CSSR, DDR), die mit Polen eine gemeinsame Grenze von über 3000 Kilometer Länge haben.

Die strategische Bedeutung des Weichsel-Landes für den Ostblock ist auch von bundesdeutschen Zeitungen in den letzten Monaten wiederholt hervorgehoben worden, etwa von der „Frankfurter Allgemeinen": „Das böhmische Massiv, die DDR als Glacis haben für die militärischen Planer im Kreml nur Wert, wenn die Verbindungslinien durch Polen gesichert sind." [59]) Die sowjetischen Divisionen in der DDR seien „weder für den Angriff noch für die Verteidigung zu gebrauchen, wenn die Versorgungsstränge durch Polen nicht fest in der Hand Moskaus sind" [60]).

Aber Polen bildet nicht nur in militärischer Hinsicht die geographische Brücke der Sowjetunion zur DDR. Der außerordentlich intensive und weiter zunehmende Warenaustausch zwischen beiden Ländern verläuft, sofern man nicht die Seeroute wählt, über polnisches Territorium, ebenso die Erdöl-Pipeline nach Schwedt an der Oder. Daher wäre „im Fall einer Abdrift Polens" die DDR „abgeschnitten von der Nabelschnur zum Großen Bruder UdSSR", wie der „Spiegel" betonte [61]).

Für die Tschechoslowakei ist neben anderem ein transpolnischer Nord-Süd-Weg von eminenter Bedeutung, denn viele für sie bestimmte Waren werden in Stettin umgeschlagen, wo die CSSR einen Freihafen besitzt, natürlich auch für Exportzwecke.

Die Brückenfunktion Polens allein bestimmt aber noch nicht seinen Wert für den Warschauer Pakt und COMECON. Sein an sich strategisch wichtiges Staatsterritorium von 312 000 Quadratkilometern, die 35 Millionen Bewoh-

59) FAZ v. 22. 8. 1980.
60) FAZ v. 12. 2. 1981.
61) „Der Spiegel", 43/1980.

ner, die Bodenschätze, die Häfen, das Industriepotential (das intakt und effektiv genutzt viel vermag), das Gewicht der polnischen Armee von 400 000 Mann als zweitstärkste des Paktes – das alles sind Faktoren von enormer Bedeutung. Sie auch künftig für das eigene Land und das Bündnis zu nutzen, ist der erklärte Wille der polnischen Kommunisten und der sie unterstützenden Kräfte in allen Schichten.

Die Führungsspitze des Kreml hat denn auch am 4. März 1981 bei ihrem Treffen mit Parteichef Kania und Armeegeneral Jaruzelski die Überzeugung geäußert, Polens KP werde in der Lage sein, den Gang der Ereignisse umzukehren, damit Polen ein zuverlässiges Mitglied des kommunistischen Bündnisses bleibt. Außerdem verwiesen beide Seiten auf die Schutzpflicht der ganzen Warschauer Koalition gegenüber Polen.

Eines steht also außer Zweifel: Einen Bruch Polens mit seiner jetzigen Gesellschaftsform und Bündnislage wird es nicht geben, auch wenn mancher im Westen sowie bei KOR und Gleichgesinnten darauf hofft.

Die moralische Dimension

Die polnische Krise wird im Endeffekt keine Verschiebung der Machtlage in Europa hervorrufen. Aber sie kann sich, vor allem wenn die vielfache politisch-ideologische Einmischung des Westens andauert, noch lange und qualvoll hinziehen oder sogar dramatisch zuspitzen.

Aber hat nicht gerade Polen, dessen Volk wie kein anderes unter dem Zweiten Weltkrieg litt und furchtbare Verluste hinnehmen mußte – sechs Millionen Tote, 65% aller Fabriken zerstört oder beschädigt, ebenso 467000 Bauernhöfe –, ein Recht auf Ruhe und ungestörte Entwicklung? Wer es, wie KOR und seine Parteigänger in der Führung von „Solidarnosc", durch einen geradezu masochistischen Gebrauch von Streiks ins Chaos stürzt, wer von außen das politische Klima noch mehr anheizt, der lädt schwere Verantwortung und Schuld auf sich.

Schon durch die KSZE-Schlußakte sollte sich für Politiker, Parteien und Publizisten in der Bundesrepublik jede Einmischung in die innerpolnischen Angelegenheiten verbieten. Aber zu diesem politischen Gebot kommt ein anderes hinzu. Das Verhalten gegenüber Polen hat auch eine moralische Dimension, gerade für uns.

Von Deutschen wurde bekanntlich ab 1939 Polen das Schlimmste zugefügt, was ihm in seiner langen Geschichte widerfuhr. Seine neue, in Jalta und Potsdam gezogene Westgrenze wurde nach 1945 nur von einem Staat angefeindet, dem unsrigen. Und jene Landsmannschaften, die mit Polen noch immer nicht ihren Frieden geschlossen haben, haben ihren Sitz in der Bundesrepublik.

Die Vergangenheit endlich und endgültig bewältigen, das heißt heute nicht zuletzt, auf den Ätherkrieg gegen Polen und jede andere Form der Einmischung zu verzichten, die verfassungsmäßige Ordnung der Volksrepublik zu respektieren. Polen gehört den Polen. Und uns steht es am allerwenigsten zu,

die einen gegen die anderen aufzuwiegeln, möglicherweise bis zum Bruderkrieg.

Wenn schon nicht politische Klugheit die gebotene Zurückhaltung bewirkt, dann sollte dies wenigstens aus dem Gefühl moralischer Verantwortung heraus geschehen. Noch aber entziehen sich bei uns, wie wir gesehen haben, viele, allzuviele diesem kategorischen Imperativ.

Politische und völkerrechtliche Aspekte der Staatsbürgerschaftsproblematik aus der Sicht der DDR

Von Herbert Kröger

I

Das gegenwärtige Bemühen verantwortungsbewußter politischer Kräfte in Ost und West, trotz aller Schwierigkeiten und direkten Störmanöver den Entspannungsprozeß besonders in Europa aufrechtzuerhalten und weiterzuführen, hat sowohl in der DDR als auch in der BRD zu verstärkten öffentlichen Diskussionen über die Frage geführt, wie in diesem Rahmen unter den komplizierter gewordenen Bedingungen gerade auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eine positive Weiterentwicklung erfahren können. Für die DDR bekräftigte der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Erich Honecker, erst jüngst erneut, daß sie „nach wie vor bereit (ist), entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD weiter zu normalisieren und zu gutnachbarlichen Beziehungen zu kommen"[1]). Er verband dieses klare Bekenntnis zur Verständigungspolitik mit der selbstverständlichen Feststellung, daß die Realisierung der Möglichkeiten, die es in dieser Richtung nach Auffassung der DDR durchaus gibt, natürlich auch davon abhängt, welche Schritte die BRD für gangbar und zu tun bereit ist, um auf dem Wege einer Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der allgemein für zwischenstaatliche Beziehungen geltenden Völkerrechtsprinzipien voranzukommen.

Damit wurde seitens der DDR ein weiteres Mal darauf hingewiesen, daß von einer wirklichen Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur dann die Rede sein kann, wenn auch auf sie die Grundsätze Anwendung finden, die generell für das Verhältnis zwischen selbständigen, souveränen Staaten gelten und die in den „Zielen und Grundsätzen" der UN-Charta

1) Interview mit R. Maxwell in: „Neues Deutschland" v. 13. 2. 1981.

die einen gegen die anderen aufzuwiegeln, möglicherweise bis zum Bruderkrieg.

Wenn schon nicht politische Klugheit die gebotene Zurückhaltung bewirkt, dann sollte dies wenigstens aus dem Gefühl moralischer Verantwortung heraus geschehen. Noch aber entziehen sich bei uns, wie wir gesehen haben, viele, allzuviele diesem kategorischen Imperativ.

Politische und völkerrechtliche Aspekte der Staatsbürgerschaftsproblematik aus der Sicht der DDR

Von Herbert Kröger

I

Das gegenwärtige Bemühen verantwortungsbewußter politischer Kräfte in Ost und West, trotz aller Schwierigkeiten und direkten Störmanöver den Entspannungsprozeß besonders in Europa aufrechtzuerhalten und weiterzuführen, hat sowohl in der DDR als auch in der BRD zu verstärkten öffentlichen Diskussionen über die Frage geführt, wie in diesem Rahmen unter den komplizierter gewordenen Bedingungen gerade auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eine positive Weiterentwicklung erfahren können. Für die DDR bekräftigte der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Erich Honecker, erst jüngst erneut, daß sie „nach wie vor bereit (ist), entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD weiter zu normalisieren und zu gutnachbarlichen Beziehungen zu kommen"[1]). Er verband dieses klare Bekenntnis zur Verständigungspolitik mit der selbstverständlichen Feststellung, daß die Realisierung der Möglichkeiten, die es in dieser Richtung nach Auffassung der DDR durchaus gibt, natürlich auch davon abhängt, welche Schritte die BRD für gangbar und zu tun bereit ist, um auf dem Wege einer Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der allgemein für zwischenstaatliche Beziehungen geltenden Völkerrechtsprinzipien voranzukommen.

Damit wurde seitens der DDR ein weiteres Mal darauf hingewiesen, daß von einer wirklichen Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur dann die Rede sein kann, wenn auch auf sie die Grundsätze Anwendung finden, die generell für das Verhältnis zwischen selbständigen, souveränen Staaten gelten und die in den „Zielen und Grundsätzen" der UN-Charta

1) Interview mit R. Maxwell in: „Neues Deutschland" v. 13. 2. 1981.

(Artikel 1 und 2) ihren universell verbindlichen Ausdruck gefunden und im Prinzipienkodex der Schlußakte von Helsinki ihre multilaterale sowie im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vom 21. Dezember 1972 ihre bilaterale Bekräftigung erfahren haben. Diese an sich selbstverständliche Voraussetzung für korrekte zwischenstaatliche Beziehungen und eine fruchtbare Zusammenarbeit vor allem von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen bedarf leider gegenüber der BRD nach wie vor einer besonderen Hervorhebung, weil es eine unbestreitbare Tatsache ist, daß die BRD bisher in einer Reihe von Fragen im Verhältnis zur DDR nicht einschränkungslos solche fundamentalen Völkerrechtsprinzipen und politischen Verhaltensnormen beachtet und ihrem praktischen Handeln zugrunde legt, wie die Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten und des Verbots der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Sie hält vielmehr immer noch an bestimmten sogenannten „Rechtspositionen" fest, die in krassem Widerspruch zu den heutigen politischen Realitäten, zu allgemein anerkannten und verbindlichen Völkerrechtsprinzipien und zu ihren eigenen vertraglichen Vereinbarungen mit der DDR stehen und die noch zusätzlich zu den in erster Linie von der Konfrontations- und Hochrüstungspolitik der NATO ausgehenden schweren Belastungen ihrer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten Europas weitere ernste Hindernisse für eine positive Weiterentwicklung ihres Verhältnisses besonders zur DDR schaffen.

II

Eine zweifellos besonders gravierende Erscheinungsform dieses Verhaltens der BRD ist ihre Staatsangehörigkeitskonzeption, die in ihrem Kern darauf hinausläuft, sämtliche Staatsbürger der DDR zugleich als Staatsangehörige der BRD in Anspruch zu nehmen und innerhalb des Machtbereichs der BRD auch entsprechend zu behandeln. Diese Position der BRD ist jedoch keineswegs eine isolierte Frage ihres Staatsangehörigkeitsrechts, sondern eine Konsequenz und konkrete Anwendung einer viel umfassenderen und sehr weitreichende politische und rechtliche Auswirkungen nach sich ziehenden staatsrechtlichen Grundthese der BRD, die insbesondere in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD[2]) autoritativ und – nach dem innerstaatlichen Recht der BRD[3]) – sogar mit Gesetzeskraft formuliert worden ist.

Nach diesem und auch früheren Urteilen des BVG geht das Grundgesetz (GG) der BRD davon aus, daß das „Deutsche Reich" weder 1945 noch später untergegangen ist, sondern „fortexistiert" und nach wie vor „Rechtsfähigkeit" besitzt, wenn es auch „mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig" ist. Die BRD verstehe sich daher auch nicht als „Rechtsnachfolger" des „Deutschen Reiches", sondern als mit ihm „identisch", in bezug auf ihre räumliche Ausdehnung allerdings nur „teilidentisch". Sie umfasse dem-

2) BVGE Bd. 36, S. 1ff.
3) Vgl. Gesetz über das Bundesverfassungsgericht v. 12. 3. 1951, § 31.

zufolge zwar, was das Staatsvolk und Staatsgebiete angehe, nicht das „ganze Deutschland", sie anerkenne aber „ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts Deutschland (Deutsches Reich) ... und ein einheitliches Staatsgebiet Deutschland (Deutsches Reich)", zu denen ihre Bevölkerung und ihr Staatsgebiet als „untrennbare Teile" gehören. Von dieser „im GG vorausgesetzten, in ihm verankerten Existenz Gesamtdeutschlands mit einem deutschen (Gesamt-) Staatsvolk und einer (gesamt-) deutschen Staatsgewalt" habe die Rechtsposition jeder Bundesregierung auszugehen[4]).

Entsprechend diesen Ausgangsthesen identifiziert das BVG dann die „deutsche Staatsangehörigkeit" des Artikels 16 GG mit dem Begriff „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes", unter den nach Artikel 116 GG in erster Linie alle Personen fallen, die auf Grund des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, d. h. alle Personen, die zur Zeit der Gründung der BRD „deutsche Staatsangehörige" waren, sowie ihre Abkömmlinge, sofern sie nicht im Einzelfall aus irgendwelchen Gründen diese Staatsangehörigkeit verloren haben. Das bedeutet praktisch, daß auch alle Bürger der DDR nach Auffassung des BVG „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes" und „deutsche Staatsangehörige" nach Artikel 16 GG sind. Die „deutsche Staatsangehörigkeit" des Artikels 16 GG ist aber, wie das BVG feststellt, „zugleich die Staatsangehörigkeit der BRD" und darf nach Absatz 1 des genannten Artikels nicht entzogen werden. Die Schlußfolgerung des BVG lautet daher: „Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Grundgesetzes ist also nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bundesrepublik Deutschland verliert ein Deutscher diese deutsche Staatsangehörigkeit nicht dadurch, daß sie ein anderer Staat aberkennt."[5])

Das BVG bringt auch sehr eindeutig die Konsequenzen zum Ausdruck, die sich aus seinen Auffassungen für die Auslegung und Anwendung des Grundlagenvertrages mit der DDR durch die BRD und insbesondere für deren Haltung zum rechtlichen Status der DDR-Bürger ergeben. Es stellt ausdrücklich fest, der Grundlagenvertrag sei nur dann als „verfassungskonform" anzusehen, wenn er so verstanden und gehandhabt werde, daß die BRD auch weiterhin" – unbeschadet jeder Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts in der DDR – jeden Bürger der DDR, der in den Schutzbereich der Bundesrepublik und ihrer Verfassung gerät, gemäß Artikel 116 Absatz 1 und 16 GG als Deutschen wie jeden Bürger der BRD behandelt"[6]). Das BVG statuiert dementsprechend ein Schutzrecht und eine Schutzpflicht der BRD auch für die Staatsbürger der DDR, und zwar nicht nur innerhalb des Geltungsbereichs des GG, sondern auch durch ihre diplomatischen Vertretungen in Drittländern. Es erklärt, daß es in dieser Hinsicht für die BRD „auch künftig keinen rechtlichen Unterschied zwischen den Bürgern der BRD und ‚den anderen Deutschen'" gebe[7]).

4) Vgl. Abschnitt III des Urteils des BVG vom 31. 7. 1973, a.a.O. (Anm. 2).
5) Vgl. ebd., Abschnitt IV, 5.
6) Ebd.
7) Ebd., Abschnitt IV, 7.

Diese Feststellungen des BVG haben unter Bezugnahme auf ihre innerstaatliche Bindungswirkung alle bisherigen Bundesregierungen als für sie verbindliche Richtlinie anerkannt und demgemäß ihre praktische Politik gegenüber der DDR orientiert[8]). Sie haben daher stets für sich und alle anderen Staatsorgane der BRD „Fürsorge"- bzw. „Obhutsrechte und -pflichten" für alle „Deutschen im Sinne des Grundgesetzes", also auch für DDR-Bürger, in Anspruch genommen und tun dies noch heute[9]). Weitere praktische Konsequenzen der These von der Existenz einer „gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit" zeigen sich u. a. darin, daß Gesetze der BRD ihren personellen Geltungsbereich auf die Staatsbürger der DDR ausdehnen[10]), daß Behörden der BRD DDR-Bürgern, die sich zeitweise in der BRD aufhalten, sogenannte vorläufige Reiseausweise erteilen und Auslandsvertretungen der BRD in Drittländern für Staatsbürger der DDR BRD-Pässe ausstellen. Zu diesen Praktiken gehört es ferner, daß Justizorgane der BRD Bürger der DDR auch für Handlungen, die diese außerhalb der BRD, insbesondere in ihrem Heimatstaat, vorgenommen haben, der Rechtsordnung der BRD unterwerfen, indem sie z. B. gegen sie wegen solcher, nach dem Recht der DDR vollkommen legaler Handlungsweisen durch die eigens zu diesem Zweck geschaffene „Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen" in Salzgitter sogenannte „Ermittlungsverfahren" durchführen (allein im Jahre 1980 waren es nach eigener Angabe dieser Stelle 1060[11]), und daß die hierfür zuständigen BRD-Organe die Auslieferung aus der DDR geflüchteter krimineller Verbrecher verweigern und diese direkt ihrer Bestrafung entziehen.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß derartige Verhaltensweisen der BRD gegenüber der DDR und ihren Bürgern nicht das Geringste mit „normalen" zwischenstaatlichen Beziehungen zu tun haben. Sie stehen vielmehr der Herstellung solcher Beziehungen und erst recht eines gutnachbarlichen Verhältnisses direkt im Wege und errichten praktisch kaum übersteigbare Barrieren für eine Reihe äußerst wünschenswerter und zweifellos im beiderseitigen Interesse liegender Vereinbarungen, z. B. auf den Gebieten der gegenseitigen Rechtshilfe im zivilrechtlichen Bereich, des Konsularwesens, der gemeinsamen Kriminalitätsbekämpfung und der Auslieferung von Straftätern. Es wäre sehr interessant zu erfahren, wie die Politiker und Staatsorgane der BRD reagieren würden, falls ein anderer Staat – noch dazu einer, der sich in einem völkerrechtlichen Vertrag ausdrücklich verpflichtet hat, die bilateralen Beziehungen zu normalisieren und die gleichberechtigte Zusammenarbeit zu fördern (vgl. Artikel 1, 2 und 7 des Grundlagenvertrages) – in derartiger Weise in die Souveränitätsrechte, insbesondere in die Rechtshoheit, die Personalho-

8) Vgl. hierzu z. B. aus jüngerer Zeit: H. Genscher in: Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, VI. Wahlperiode, 28. Sitzung, S. 1234; ders. in: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", 1974, S. 347; H. Schmidt in: „Bulletin . . .", 1975, S. 161; ders., a.a.O., 1978, S. 222; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/255, S. 2; H. Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP 1981 in Stuttgart (dpa-Meldung v. 6. 1. 1981).

9) Vgl. z. B. die Antwort der Bundesregierung . . ., a.a.O., S. 5.

10) So neben zahlreichen anderen Gesetzen insbesondere das Gesetz über das Paßwesen vom 4. 3. 1952 i. d. F. vom 2. 3. 1974 (BGBl. I 1974, S. 469), das Konsulargesetz vom 11. 9. 1974 (BGBl. I 1974, S. 2317), das Strafgesetzbuch i. d. F. vom 2. 1. 1975 (BGBl. I 1975, S. 1).

11) AP-Meldung v. 5. 1. 1981.

heit und die Paß- und Visakompetenzen der BRD sowie in den Rechtsstatus ihrer Staatsbürger eingreifen würde. Selbst die kürzlich von einem bekannten Journalisten der BRD für bestimmte extreme Erscheinungsformen der Position der BRD in der Staatsbürgerschaftsfrage (Zustellung von Wahlbenachrichtigungen oder Aufforderungen zur Musterung für die Bundeswehr an sich dienstlich in der BRD aufhaltende DDR-Bürger) gebrauchte Bezeichnung, daß derartige Maßnahmen „geradezu hirnrissig" seien[12]), charakterisiert die wirkliche Situation nur sehr mangelhaft. Denn einmal wird dieses „Werturteil" lediglich über einzelne Akte unterer Bundesorgane gefällt, die doch in Wirklichkeit nur eine konsequente (wenn auch vielleicht aus taktischen Gründen unerwünschte) Anwendung des offiziellen Staatsangehörigkeitsverständnisses der BRD darstellen. Und zum zweiten handelt es sich bei dem von der BRD vertretenen und praktizierten Begriff der „deutschen Staatsangehörigkeit" mit allen seinen Auswirkungen keineswegs bloß um irgendwelchen Unsinn, sondern um eine prinzipielle Staatsdoktrin, die das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD schwer belastet.

Diese negativen politischen Folgen ergeben sich nicht nur aus der Ausdehnung der Staatsangehörigkeit der BRD auf DDR-Bürger als solcher und den praktischen Konsequenzen, die sie für die Beziehungen dieser Staaten zueinander hat und haben muß. Sie resultieren vor allem auch aus der der Staatsangehörigkeitskonzeption der BRD zugrunde liegenden generellen Position von der angeblichen „Fortexistenz" des ehemaligen Deutschen Reiches und der „staatlichen Identität" der BRD mit ihm, die allein in bezug auf ihren Gebietsbestand als eingeschränkt angesehen wird. Dieses „Selbstverständnis" der BRD als lediglich „neu organisiertes" Deutsches Reich[13]) beinhaltet und erzeugt notwendigerweise politische und rechtliche Ambitionen, die mit der heutigen staatlichen Struktur Mitteleuropas völlig unvereinbar sind, zu deren unbedingter Achtung sich die BRD in ihren Verträgen mit der UdSSR, der VR Polen, der DDR und der CSSR sowie in der Schlußakte von Helsinki eindeutig verpflichtet hat. Es impliziert Ansprüche, die in die Rechte aller Staaten eingreifen, zu denen heute nicht in den Gebietsbestand der BRD eingegangene Teile des ehemaligen Deutschen Reiches gehören, in erster Linie selbstverständlich der DDR. Ihr gegenüber leitet die BRD aus der These vom „Fortbestand" des Deutschen Reiches und seinem – nur gebietlich beschränkten – Weiterleben in der BRD ja bekanntlich keineswegs nur ihre expansive Haltung in der Staatsbürgerschaftsfrage ab, sondern insbesondere auch ihre Versuche, den völkerreichtlichen Charakter ihrer Beziehungen zur DDR und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten in Frage zu stellen. Darüber hinaus tangiert diese Position der BRD aber auch in hier nicht näher zu erörternder Hinsicht Rechte und Interessen der VR Polen, der CSSR und der UdSSR. Deutlicher Ausdruck dieser weiten politisch-rechtlichen Auswirkungen der von der BRD für sich beanspruchten staatlich-rechtlichen Identität mit dem ehemaligen „Deutschen Reich" ist die anmaßende These des BVG, die

12) Theo Sommer, Die Debatte über die DDR-Staatsbürgerschaft: unnötig wie ein Kropf, in: „Die Zeit" v. 9. 1. 1981.

13) So das BVG in seinem Urteil vom 31. 7. 1973, a.a.O. (Anm. 2), Abschn. III, 1.

BRD fühle sich entsprechend ihrem Grundgesetz „verantwortlich für das ganze Deutschland"[14]) und die dementsprechende Inanspruchnahme einer „Sorgepflicht gegenüber allen Deutschen" durch die Bundesregierung[15]).

Angesichts des Festhaltens der BRD an derartigen Illusionen und politischen Wunschvorstellungen und ihrer sich daraus ableitenden Haltung besonders gegenüber der DDR ist es nur zu verständlich, wenn der Staatsratsvorsitzende der DDR sich zu der Feststellung veranlaßt sah: „Selbstverständlich kann jemand, der noch in der Fiktion vom ‚Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937' befangen ist, die Welt nicht so sehen, wie sie heute ist, und die erforderlichen Schlußfolgerungen für die politische Praxis ziehen."[16]) Und in der Tat machen die tatsächliche politische Entwicklung, aber auch Diskussionen in der Öffentlichkeit der BRD immer deutlicher, daß die in ihr Verantwortung tragenden Kräfte sich endlich dazu durchringen müssen, ihre anachronistischen und – mindestens objektiv – auf eine Negierung und Revision der europäischen Nachkriegsordnung hinauslaufenden Vorstellungen und Positionen aufzugeben und sich an den heutigen Realitäten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten zu orientieren, wenn eine positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und eine weitere Verbesserung des gesamten politischen Klimas in Europa erreicht werden soll.

III

Nur eine solche realistische Haltung wird es der BRD auch ermöglichen, die störenden Wirkungen zu beseitigen, die ihre derzeitige Position in der Staatsbürgerschaftsfrage auf die Entwicklung ihrer Beziehungen zur DDR ausübt, und in dieser Hinsicht zu einem völkerrechtsgemäßen Verhalten zur DDR zu gelangen. Denn gerade aus der völlig wirklichkeitsfremden Grundlage dieser Position, der These von der angeblichen rechtlichen Identität der BRD mit dem als Völkerrechtssubjekt weiterbestehend betrachteten „Deutschen Reich" und der daraus abgeleiteten Utopie von einem auch heute noch existierenden „deutschen (Gesamt-) Staatsvolk" resultiert letztlich auch die völlige Unvereinbarkeit der Staatsangehörigkeitsdoktrin der BRD mit dem geltenden Völkerrecht. Vor allem unter diesem Aspekt ist daher auch die „juristische" Begründung, die das BVG für die Staatsangehörigkeitsauffassung der BRD zu entwickeln versucht hat, schon seit seinen ersten Aussprüchen in dieser Richtung und besonders seit seinem Urteil zum Grundlagenvertrag auf scharfe Kritik nicht nur von Politikern, Völkerrechtlern und Journalisten aus der DDR und anderen Ländern, sondern auch von bekannten Rechtswissenschaftlern und Publizisten aus der BRD[17]) gestoßen. Erst jüngst bezeichnete

14) Ebd.

15) Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/255, S. 5.

16) Interview mit R. Maxwell in: „Neues Deutschland" v. 13. 2. 1981, S. 4.

17) Vgl. u.a. G. Ress in: Staats- und völkerrechtliche Aspekte der Deutschland- und Ostpolitik, Frankfurt/Main 1971, S. 52ff., 75; J. Tern in: „Vorwärts" v. 9. 8. 1973; S. Haffner in: „Vorwärts" v. 15. 11. 1973; E. Eisner in: „Blätter", 9/1973, S. 953ff.; H. Ridder, Die „deutsche Staatsangehörigkeit" und die beiden deutschen Staaten, in: Gedächtnisschrift für F. Klein, München 1977, S. 437ff.

sogar ein Verfechter der Position der BRD die für diese gegebenen Begründung wieder als „fiktiv und überholt"[18]).

Die historische, staatstheoretische und staatsrechtliche Unhaltbarkeit der Ausgangsthese der BRD, an der ihre ganze juristische Konstruktion hängt, der These von der „Fortexistenz" des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 als – wenn auch „mangels insitutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähiges" – Völkerrechtssubjekt ist auch in der BRD von zahlreichen namhaften Juristen überzeugend nachgewiesen worden. Sie widerspricht insbesondere der allgemein anerkannten Tatsache, daß es ein Völkerrechtssubjekt Staat ohne eine effektive, d. h. handlungsfähige Staatsgewalt niemals geben kann, wie sowohl in grundlegenden staatstheoretischen Werken als auch in dem breiten Schrifttum zu dem BVG-Urteil vom 31. Juli 1973 vielfach dargelegt worden ist. Auch die realen Verhältnisse widerlegen eindeutig diese Phantasterei; denn es gibt weder irgendwelche „Lebensäußerungen" des angeblich noch existierenden Völkerrechtssubjekts „Deutsches Reich" noch hat dieses irgendeine räumliche Grundlage im heutigen Europa. Es ist daher nur zu verständlich, daß selbst die offiziellen Erklärungen der BRD stets nur von den „zwei deutschen Staaten" bzw. von „zwei Staaten in Deutschland", also ausschließlich von den beiden wirklich existierenden Völkerrechtssubjekten DDR und BRD sprechen. Alles, was von den Erfindern und Vertretern der These vom „Fortbestehen des Deutschen Reiches" aus ihr an praktischen Folgerungen abgeleitet wird, erweist sich bei näherem Hinsehen als Ansprüche der BRD, die in deren eigener effektiver Staatlichkeit und Völkerrechtssubjektivität keine Grundlage finden und finden können. Allein in dem Streben nach einer Begründung dieser nicht begründbaren Ansprüche der BRD auf Wahrnehmung von Hoheitsbefugnissen und Kompetenzen, die ihre rechtmäßige Gebiets- und Personalhoheit überschreiten, liegt ganz offenbar das wahre Motiv für die abstruse Fiktion von dem weiterbestehenden „Deutschen Reich".

Wenn nun aus dieser Konstruktion die Behauptung von der Existenz eines „gesamtdeutschen Staatsvolkes" abgeleitet wird, so scheitert sie im Grunde bereits an der dargelegten Unhaltbarkeit ihrer Voraussetzung. Sie kann aber auch nicht durch eine Berufung auf das Grundgesetz der BRD gerettet werden, in dessen Artikel 116 sie in Gestalt des Begriffs „Deutscher im Sinne des Grundgesetzes" eingegangen ist, der nach der Auslegung des BVG „zugleich die Staatsangehörigkeit der BRD" im Sinne des Artikels 16 GG bezeichnet und auch die Staatsbürger der DDR erfaßt.

Diese Bestimmungen des GG können aus mehreren Gründen niemals die Erstreckung der Staatsangehörigkeit der BRD auf Bürger der DDR rechtfertigen.

Erstens bezogen sie sich bei ihrer Schaffung nicht – und konnten das schon aus rein zeitlichen Gründen auch gar nicht – auf eine Situation, in der sich auf dem Territorium des ehemaligen „Deutschen Reiches" zwei selbständige souveräne Staaten konstituiert hatten. Damit aber war eine grundlegende Verände-

18) Th. Sommer in: „Die Zeit" v. 9. 1. 1981.

rung der politischen und rechtlichen Lage eingetreten, die die BRD – wenn auch erst nach langem Zögern – spätestens im Grundlagenvertrag mit der DDR unmißverständlich anerkannt und akzeptiert hat. In diesem Vertrag bestätigt sie ausdrücklich die tatsächliche Gegebenheit, daß die DDR und die BRD zwei voneinander unabhängige, souveräne Staaten sind, für deren Beziehungen zueinander die universell und damit auch für die DDR und die BRD verbindlichen Prinzipien der Artikel 1 und 2 der UN-Charta bestimmend sind, insbesondere die Prinzipien „der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, des Selbstbestimmungsrechts, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung (Artikel 1 des Grundlagenvertrages). Diese Grundsätze aber schließen, vor allem nach dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten, sowohl das Recht jedes Staates auf ungehinderte Ausübung seiner Souveränitätsrechte als auch seine Pflicht zur strikten Achtung der gleichen Souveränitätsrechte jedes anderen Staates in sich (Prinzipiendeklaration der UNO vom 24. 10. 1970[19]), zu denen in erster Linie die Gebietshoheit, die Personalhoheit und die Rechtshoheit gehören. Zu diesen elementaren Normen zwischenstaatlicher Beziehungen haben sich die BRD wie die DDR ausdrücklich auch im Prinzip I der Prinzipien-Erklärung der Schlußakte von Helsinki bekannt.

Damit ergibt sich aus der objektiven (und von der BRD ausdrücklich anerkannten) Tatsache der Existenz der DDR und der BRD als selbständiger souveräner Staaten und den angeführten Verpflichtungen der BRD aus allgemein geltendem Völkerrecht – dessen Verbindlichkeit auch für ihre Beziehungen zur DDR sie im Grundlagenvertrag noch zusätzlich bekräftigt hat – ihre eindeutige Rechtspflicht, die Gebiets-, Personal- und Rechtshoheit der DDR uneingeschränkt zu respektieren. So wie es zu den Wesensmerkmalen eines Staates gehört, daß er Staatsbürger besitzt – ein Staat ohne eigene Bürger ist schlechterdings unvorstellbar –, so ist seine Personalhoheit über diese Bürger ein ebenso selbstverständliches wie notwendiges Element seiner Souveränität. Sie beinhaltet, wie allgemein anerkannt ist, seine *ausschließliche* Kompetenz, im Rahmen seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen (zu denen eben auch die Pflicht zur Achtung der Soveränitätsrechte, darunter der Personalhoheit, jedes anderen Staates gehört) *seine* Staatsbürgerschaft rechtlich zu regeln, die Rechte und Pflichten *seiner* Staatsbürger zu bestimmen, über ihre Ein- und Ausreisen zu entscheiden, ihren Rechtsschutz im eigenen Lande und ihren diplomatischen Schutz im Ausland zu normieren und zu gewährleisten sowie darüber zu befinden, ob sie Verletzungen seiner Rechtsordnung begangen haben und dafür zur Verantwortung zu ziehen sind. Dies alles ist international ebenso unbestritten wie die diesen Rechten jedes Staates entsprechende Pflicht, die gleichen Rechte jedes anderen Staates strikt zu respektieren.

Diese allgemeine Rechtsauffassung wird auch in der völkerrechtlichen Literatur der BRD geteilt und bestätigt. So spricht z. B. F. Berber in seinem 1975 erschienenen „Lehrbuch des Völkerrechts" von dem „Grundsatz . . ., daß ein

19) UN-Resolution Nr. 2625/XXV.

Staat den Erwerb und den Verlust seiner Staatsangehörigkeit nicht so regeln darf, daß er dadurch in die Rechte eines anderen Staates eingreift oder das allgemeine Völkerreicht verletzt"[20]), und er betont, daß es „zweifelsfrei eine verbotene Intervention" ist, wenn ein Staat sämtliche Angehörigen eines anderen Staates als seine eigenen Staatsangehörigen in Anspruch nimmt"[21]).

Zum Zweiten haben sich die DDR und die BRD im Grundlagenvertrag auch noch gegenseitig verpflichtet, „die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten" zu respektieren (Artikel 6), und anerkannt, daß keiner der beiden Staaten „den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann" (Artikel 4). Auch mit diesen Vereinbarungen ist die Aufrechterhaltung und Praktizierung der expansiven Staatsangehörigkeitskonzeption der BRD völlig unvereinbar.

Daran vermag auch die Protokollerklärung des Delegationsleiters der BRD vom Abschluß des Grundlagenvertrages nicht das Geringste zu ändern, in der festgestellt wird, daß „Staatsangehörigkeitsfragen durch den Vertrag nicht geregelt worden (sind)". In der Tat enthält dieser Vertrag keine derartigen Regelungen, und er konnte sie auch gar nicht enthalten. Denn die rechtliche Regelung und Ausgestaltung der Staatsbürgerschaft eines Staates in völkerrechtsgemäßer Ausübung seiner Personalhoheit ist eine ausschließlich innere Angelegenheit jedes Staates[22]). Über sie kann daher nicht im Wege von Verhandlungen oder Vereinbarungen mit anderen Staaten entschieden werden. Sie ist eine notwendige Ausdrucksform der souveränen Staatlichkeit und als solche von allen anderen Staaten zu respektieren. Dies nicht anerkennen zu wollen oder irgendwelche fremdstaatlichen Eingriffe in die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates stellen schwere Verletzungen der Souveränitätsrechte dieses Staates und eine ernste Einmischung in dessen inneren Angelegenheiten dar.

Völlig abwegig ist die gelegentlich in der BRD aufgestellte Behauptung, durch die erwähnte Protokollerklärung beim Abschluß des Grundlagenvertrges habe die BRD hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsfrage einen „Vorbehalt" geltend gemacht. Denn einmal bringt diese Erklärung inhaltlich überhaupt keinen Vorbehalt zum Ausdruck und zum anderen können „Vorbehalte" bei bilateralen Verträgen grundsätzlich nur dann Einfluß auf den Vertragsinhalt haben, wenn sie vom anderen Partner akzeptiert werden[23]), d. h. praktisch zu einer Vertragsänderung führen. Daß das in diesem Fall nicht geschehen ist, geht völlig eindeutig aus der entsprechenden Protokollerklärung des DDR-Vertreters hervor.

Drittens muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß sich die BRD gegenüber der DDR zur Rechtfertigung ihrer Staatsangehörigkeitsdoktrin und

20) 1. Bd., S. 377.
21) Ebd. S. 187/188; vgl. auch O. Kimminich, Deutschland als Rechtsbegriff und die Anerkennung der DDR, in: „Deutsches Verwaltungsblatt", 1970, S. 441.
22) So z. B. auch F. Berber, a.a.O., (Anm. 20), S. 372.
23) Vgl. hierzu statt vieler ebd., S. 457.

-praxis überdies schon grundsätzlich nicht auf irgendwelche Bestimmungen ihres Grundgesetzes oder auf Rechtsansichten oder -auslegungen durch ihre Gerichte berufen kann und schon gar nicht auf inhaltlich völlig überholte und für die DDR jeder Rechtswirkung ermangelnde innerstaatliche Rechtsnormen des ehemaligen „Deutschen Reiches", wie z. B. das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913. Es ist eine allgemein anerkannte und in der Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 nunmehr auch ausdrücklich formulierte Völkerrechtsregel, daß kein Staat aus seinem innerstaatlichen Recht eine Rechtfertigung für die Nichterfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen herleiten kann (Artikel 27 der Wiener Konvention)[24]).

Schließlich kann die Völkerrechtswidrigkeit der Haltung der BRD in der Staatsangehörigkeitsfrage auch nicht durch verschiedene Bemühungen von Juristen und Publizisten der BRD ausgeräumt werden, die Argumentation des BVG in gewisser Weise auszudeuten oder zu modifizieren, um ihren interventionistischen Charakter abzuschwächen oder zu verschleiern.

Das gilt einmal von der Behauptung, es handele sich bei der Erstreckung der Staatsangehörigkeit der BRD auf alle Bürger der DDR lediglich um eine „offene Tür", um ein „rechtliches Angebot", das erst dann praktisch relevant werde, wenn ein DDR-Bürger in das Gebiet der BRD komme oder eine Auslandsvertretung der BRD aufsuche[25]). Erstens stimmt diese These sachlich nicht, da nach der für die BRD verbindlichen Auslegung des Grundgesetzes durch das BVG jeder Bürger der DDR als „Deutscher" im Sinne von Artikel 116 GG ohne Rücksicht auf seinen Aufenthaltsort und „unbeschadet jeder Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts in der DDR" zugleich die Staatsangehörigkeit der BRD besitzt. Das heißt, daß allen DDR-Bürgern ohne jede Möglichkeit einer eigenen Willensentscheidung und unter Mißachtung des Staatsbürgerschaftsgesetzes der DDR, nach dessen § 3 Absatz 2 ein DDR-Bürger zum Erwerb einer anderen Staatsbürgerschaft der Zustimmung der zuständigen Organe der DDR bedarf, durch die Rechtsordnung der BRD automatisch deren Staatsangehörigkeit zuerkannt und damit der Charakter von Doppelstaatern verliehen wird. Zweitens läge aber auch dann, wenn die BRD wirklich nur die *Möglichkeit* eines Erwerbs ihrer Staatsangehörigkeit durch einen individuellen Akt von DDR-Bürgern geschaffen hätte, eine völkerrechtswidrige Verletzung der Personalhoheit der DDR vor, weil es allein ihrer souveränen Entscheidung unterliegt, die Voraussetzungen rechtlich zu normieren, unter denen ihre Staatsbürger die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates erwerben können, und sie dies in Ausübung ihrer Rechtshoheit an die Zustimmung ihrer zuständigen Staatsorgane gebunden hat.

24) Ebd., S. 106.

25) Vgl. hierzu z. B. R. Bernhardt, Der Begriff des Deutschen und die deutsche Staatsangehörigkeit, in: Staatsangehörigkeit, soziale Grundrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Recht der BRD und der Volksrepublik Polen, (West-) Berlin 1976, S. 29; J. Isensee, Die deutsche Staatsangehörigkeit – rocher de bronce eines gesamtdeutschen Staates oder völkerrechtlich immer angreifbares Fossil? in: Finis Germaniae?, Frankfurt/Main 1977, S. 101; U. Scheuner in: Ostverträge – Berlin-Status – Münchener Abkommen, Hamburg 1971, S. 298; ders., Die staatsrechtliche Stellung der Bundesrepublik in: DÖV 1973, S. 584; ders., Die deutsche Staatsangehörigkeit: ein fortdauerndes Problem der deutschen Teilung, in: „Europa-Archiv" 1979, S. 345ff.; W. Kewenig, Deutschlands Rechtslage heute, in: „Europa-Archiv" 1974, S. 71ff.

Ebenso untaugliche Versuche, die Völkerrechtswidrigkeit und insbesondere den interventionistischen Charakter der Staatsangehörigkeitsregelung der BRD, soweit sie sich nicht auf Bürger der BRD beschränkt, zu verdecken, stellen deren Umdeutung oder Umfunktionierung in eine sogenannte „Inländergleichbehandlung" von DDR-Bürgern dar[26]). Eine Umdeutung der derzeitigen Position der BRD in dieser Richtung ist angesichts ihres dargelegten Inhalts nicht möglich, und ihre Ersetzung durch eine „Inländergleichbehandlung" von DDR-Bürgern in der BRD würde nichts daran ändern, daß die BRD durch eine völkerrechtlich nicht zulässigen einseitigen Eingriff in die ausschließliche Personalhoheit der DDR über ihre Bürger diese bei einem Aufenthalt in der BRD ihres Rechtsstatus entkleidet und wie eigene Staatsangehörige behandelt. Inländergleichbehandlungen werden daher auch üblicherweise zwischen Staaten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit vereinbart.

Lediglich eine Spielart der Bemühungen, die Staatsangehörigkeitskonzeption der BRD angesichts der offenbar erkannten mangelnden rechtlichen Tragfähigkeit ihrer offiziellen Begründung durch ihre Beschönigung als bloße „Inländergleichbehandlung" von DDR-Bürgern zu rechtfertigen, stellten die gelegentlichen Behauptungen dar, daß durch sie ja lediglich eine „Besserstellung" der DDR-Bürger im Vergleich zu Staatsbürgern anderer Staaten in der BRD bewirkt werde, was keinen Eingriff in deren Rechte oder die ihres Heimatstaates bedeuten könne. Aber einmal kann man es wohl wirklich nicht als eine „Besserstellung" von DDR-Bürgern bezeichnen, wenn sie z. B. in der BRD strafrechtlich als deren Staatsangehörige behandelt und damit auch wegen Handlungen, die sie in ihrem Heimatstaat in voller Übereinstimmung mit dessen Rechtsordnung vorgenommen haben, Strafverfahren nach dem Recht der BRD ausgesetzt werden, die die sogenannte „Erfassungsstelle" in Salzgitter systematisch vorbereitet. Zum anderen beeinträchtigt die Tatsache, daß eine einzelne Person es aus ihrem individuellen, mitunter – z. B. bei Kriminellen – sehr fragwürdig motivierten Interesse u. U. als für sich vorteilhaft ansehen kann, von einem anderen als ihrem Heimatstaat als Staatsangehöriger behandelt zu werden, in keiner Weise die eindeutige Völkerrechtswidrigkeit einer durch einen einseitigen Akt eines Staates erfolgenden Ausdehnung seiner Staatsangehörigkeit auf Bürger eines anderen Staates.

Nur der nach Meinung ihrer Urheber „besseren" Begründung der expansiven und der DDR gegenüber interventionistischen Staatsangehörigkeitsdoktrin der BRD, nicht aber ihrer Ersetzung durch ein völkerrechtskonformes Verhalten dienen ferner einige Vorschläge, die Staats- und Völkerrechtler der BRD für eine angebliche „Neuorientierung" in dieser Frage gemacht haben. Das gilt z. B. von der Empfehlung, zwar von der Existenz zweier getrennter Staatsbürgerschaften der DDR und der BRD auszugehen, diese aber dann beide wieder einer sogenannten „überlagernden deutschen Staatsangehörigkeit"

26) Vgl. hierzu G. Ress, a.a.O., S. 73, 77; H. Rumpf, Die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Grundvertrag, in: ZfRP 1974, S. 201 ff.; A. Mattfeld, Modell einer Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten, Düsseldorf 1973, S. 144 f.

ein- und unterzuordnen bzw. neben ihnen den Weiterbestand einer sogenannten „historischen deutschen Staatsangehörigkeit" anzunehmen[27]). Derartige Konstruktionen ändern nichts an dem Zustand und wollen auch nichts an ihm ändern, daß DDR-Bürger, die in die BRD gelangen, auf Grund der „überlagernden" oder „historischen" deutschen Staatsangehörigkeit dann dort doch wieder unter Mißachtung und Verletzung der Staatsbürgerschaftsgesetzgebung der DDR automatisch zu Staatsangehörigen der BRD werden. Auch diese und ähnliche Projekte räumen also nicht das Grundübel aus, nämlich die völkerrechtswidrige Nichtrespektierung der *ausschließlichen* Kompetenz der DDR zur Regelung ihrer Staatsbürgerschaft. Sie halten vielmehr ausdrücklich an der absurden und die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD belastenden Fiktion einer „gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit" fest.

So wenig also alle erwähnten Versuche zur Umdeutung oder Modifizierung der Staatsangehörigkeitskonzeption der BRD geeignet sind, dieser den Charakter der völkerrechtswidrigen Verletzung von Souveränitätsrechten der DDR zu nehmen, so sehr sind sie doch Ausdruck des offenbaren Unbehagens selbst mancher die politischen Ziele dieser Konzeption bejahenden BRD-Juristen über die rechtlich unhaltbare, mit den Realitäten unvereinbare und einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD direkt entgegenwirkende offizielle Argumentation der BRD in dieser Frage.

IV

Die DDR hat – besonders im Zusammenhang mit dem Abschluß des Grundlagenvertrages mit der BRD und im Zuge seiner Verwirklichung – immer wieder im Interesse sowohl der Wahrung ihrer Souveränitätsrechte als auch der Verbesserung der Beziehungen zur BRD und der Förderung der Entspannung in Europa die realitätsfremden, rein fiktiven Ausgangspositionen der BRD für die Bestimmung ihres Verhältnisses zur DDR und ihre daraus abgeleiteten politisch-rechtlichen Schlußfolgerungen entschieden zurückgewiesen und gefordert, daß die BRD sich auch in ihrem Verhalten zur DDR von den für die Beziehungen souveräner, gleichberechtigter Staaten zueinander allgemein geltenden Völkerrechtsprinzipien leiten läßt. Speziell im Hinblick auf die Position der BRD zur Staatsbürgerschaftsfrage brachte die DDR ihre Auffassung, daß sie im Rahmen einer allmählichen Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen dringend einer Veränderung bedürfe, bereits in der Protokollerklärung des Leiters der DDR-Delegation beim Abschluß des Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972 zum Ausdruck, nach der die DDR davon ausgeht, daß dieser Vertrag „eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen ereleichtern wird". Über vier Jahre später mußte der Staatsratsvorsitzende der DDR in seinem Interview mit dem Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung" vom 17. Februar 1977 jedoch die bedauerliche Feststellung treffen, daß „sich

27) Vgl. E.-W. Böckenförde, Die Teilung Deutschlands und die deutsche Staatsangehörigkeit, in: Epirrhosis, Festgabe für C. Schmitt, (West-) Berlin 1968, S. 423 ff.; K. M. Meessen, Das Problem der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Grundvertrag, in: „Europa-Archiv" 1973, S. 524.

hier noch nichts vorwärtsbewegt" habe und daß diese Tatsache selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auch auf andere Bereiche oder Beziehungen zwischen beiden Staaten sei[28]).

Die DDR hat viel Geduld aufgebracht. Wenn sie nunmehr immer nachdrücklicher die endliche Ausräumung dieser schwerwiegenden Hindernisse für die Weiterentwicklung ihrer Beziehungen zur BRD verlangt[29]), so sieht sie sich hierzu besonders veranlaßt, weil es gerade gegenwärtig angesichts der offensichtlichen Zunahme gegen den Entspannungsprozeß gerichteter Aktivitäten bestimmter Kräfte in der NATO und nicht zuletzt auch in der BRD immer dringlicher wird, möglichst viele Faktoren zu beseitigen, die die Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten Europas belasten und der Erweiterung und Vertiefung ihrer gleichberechtigten Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und ihres gegenseitigen Vorteils entgegenwirken. Daß hierbei den beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung und ihren Beziehungen zueinander eine große Bedeutung zukommt, haben ihre führenden Repräsentanten wiederholt in sachlich weitgehend übereinstimmender Weise zum Ausdruck gebracht.

In diesen Umständen liegen die entscheidenden Ursachen dafür, daß die verantwortlichen Politiker der DDR gegenwärtig so zahlreiche und eindringliche Mahnungen an die BRD richten, endlich ihre längst durch die Tatsachen widerlegten und (an ihnen nichts ändernden) noch vom Geist der revanchistischen Alleinvertretungsanmaßung unseligen Angedenkens geprägten Vorstellungen und politischen Verhaltensweisen gegenüber der DDR aufzugeben, die nichts bewirken können außer der Errichtung von Hindernissen für eine positive Entwicklung ihrer Beziehungen zur DDR und eine Immobilität ihrer Politik in dieser Frage.

In der DDR wird mit Aufmerksamkeit verfolgt und als hoffnungsvolles Zeichen gewertet, daß in der letzten Zeit wohl aus ähnlichen Sorgen um die Aufrechterhaltung und Weiterführung der Entspannungspolitik, wie sie in der DDR bestehen, auch in der BRD zunehmend Stimmen laut werden, die mindestens Zweifel an der weiteren politischen Vertretbarkeit der These von der „Fortexistenz des Deutschen Reiches" und ihrer Auswirkungen besonders auf die Staatsangehörigkeitskonzeption der BRD anmelden und zum Teil auch nach Auswegen aus der Selbstfesselung der BRD durch diese unrealistischen Dogmen suchen.

Auch schon früher haben zwar einige Rechtswissenschaftler der BRD, die sich den klaren Blick für die realen Verhältnisse und die unabdingbaren Erfordernisse normaler, dem Völkerrecht entsprechender Beziehungen zwischen der

28) „Neues Deutschland" v. 22. 2. 1977, S. 3.

29) Vgl. hierzu insbesondere E. Honecker, Interview für das Buch „Aus meinem Leben", in: „Außenpolitische Korrespondenz", (hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR), 36/1980, S. 293; ders., Rede zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1980/81 in Gera, in: „Neues Deutschland" v. 14. 10. 1980, S. 4; ders., Interview mit R. Maxwell, in: „Neues Deutschland" v. 13. 2. 1981, S. 3/4; ders., Gespräch mit Y. Moreau (L' Humanitè), in: „Neues Deutschland" v. 14./15. 2. 1981, S. 3/4; Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED in: „Neues Deutschland" v. 12. 12. 1980, S. 3.

DDR und der BRD bewahrt haben, öffentlich den Standpunkt vertreten, daß die BRD nur dann in der ja gerade von ihr immer wieder geforderten weiteren Normalisierung der Beziehungen zur DDR vorankommen könne, wenn sie ihre „gesamtdeutschen" Fiktionen und Ambitionen aufgebe und von der unbestreitbaren Tatsache ausgehe, daß aus der Existenz der zwei selbständigen, gleichberechtigten, souveränen Staaten DDR und BRD zwingend folgt, daß jeder dieser beiden Staaten *seine* Staatsbürger hat und im Rahmen seiner Personalhoheit *allein* befugt ist, deren und *nur* deren Status zu regeln und ihre Rechte und Pflichten zu bestimmen[30]). Es ist aber zweifellos bemerkenswert, daß jetzt auch politische Kreise in der BRD, wenn auch meist noch sehr zurückhaltend und vorsichtig, kritische Auffassungen zur bisherigen Haltung der BRD in der Staatsangehörigkeitsfrage äußern und Überlegungen anstellen, wie man in dieser Hinsicht zu einer realistischen und völkerrechtsgemäßen Position kommen könne[31]). Es kann jedoch selbstverständlich nicht Anliegen eines Autors aus der DDR sein, in die politisch-rechtliche Diskussion in der BRD über die Frage einzugreifen, welche Möglichkeiten und Wege es für die BRD gibt, ein politisch vernünftiges und völkerrechtsgemäßes Verhalten zur DDR in der Staatsbürgerschaftsfrage im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung zu realisieren. Hierzu gibt es jedoch bereits durchaus interessante Vorstellungen und Äußerungen einiger BRD-Autoren.

Für die DDR und ihre Bürger geht es immer nur um eins: Die DDR hat, wie jeder andere soveräne Staat, den unabdingbaren Anspruch, daß ihre Souveränitätsrechte, darunter ihre Personalhoheit, von jedem anderen Staat, einschließlich der BRD, entsprechend den völkerrechtlichen Grundprinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten und des Einmischungsverbots einschränkungslos geachtet werden. Dazu gehört, daß alle Organe der BRD strikt die Staatsbürgerschaft der DDR und deren ausschließliche Kompetenz zu ihrer rechtlichen Regelung, wie sie im Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR vom 20. Februar 1967 und den Ausführungsbestimmungen dazu erfolgt ist, respektieren. Dazu gehört, daß die BRD und ihre Organe Staatsbürger der DDR, gleich, wo sie sich aufhalten, als Staatsbürger der DDR und nur als solche behandeln und sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die in ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten gegenüber ihrem Staat eingreifen. Der Erfüllung dieser sich aus allgemein verbindlichem Völkerrecht und bilateralen völkerrechtlichen Vereinbarungen zwischen der DDR und BRD im Grundlagenvertrag ergebenden Rechtsansprüche der DDR und Verpflichtungen der BRD kann diese sich nicht durch Berufung auf irgendwelche innerstaatlichen Rechtsnormen oder Gerichtsurteile entziehen. Für ihre Beziehungen und ihr Verhalten zur DDR sind vielmehr allein die Prinzipien und Normen des allgemein verbindlichen Völkerrechts und ihre vertraglichen Vereinbarungen mit der DDR bestimmend.

30) So z. B. H. Ridder, a.a.O.; U. Mende, Das Relikt der „gesamtdeutschen" Staatsangehörigkeit, in: „Demokratie und Recht" 1978, S. 23 ff.

31) So z. B. die Jungdemokraten auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz vom 7.–9. 3. 1980 und der FDP-Bundestagsabgeordnete Ronneburger (dpa-Meldungen vom 5. u. 7. 1. 1981). Auch der frühere Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, G. Gaus, hielt in seinem „Zeit"-Interview v. 30. 1. 1981 ausdrücklich seine früheren Bemerkungen zu dieser Frage (in einem Interview mit dem „Spiegel" – Nr. 6/1977, S. 23) aufrecht.

Die DDR fordert die Achtung ihrer unverzichtbaren Rechtspositionen auch durch die BRD jedoch keineswegs nur um der Verwirklichung des Rechts willen. Für sie sind ihr Verlangen nach Respektierung ihrer Souveränitätsrechte auch durch die BRD und ihre Forderung nach deren Verzicht auf die jeder sachlichen und rechtlichen Grundlage entbehrende Doktrin von der „Fortexistenz" des ehemaligen „Deutschen Reiches" sowie die daraus abgeleiteten politischen und rechtlichen „Ansprüche" wesentliche Elemente ihres beharrlichen Bemühens um eine positive Weiterentwicklung ihrer Beziehungen zur BRD zum beiderseitigen Nutzen und um die Fortführung und Vertiefung der Entspannung in Europa. Diese prinzipielle Haltung der DDR ist von ihrem höchsten Repräsentanten, dem Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, erst jüngst wieder völlig eindeutig mit den Worten formuliert worden: „Für uns bleibt es beim Kurs der friedlichen Koexistenz, zu dem es keine annehmbare Alternative gibt. Die Gestaltung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD geht weit über bilaterale Fragen hinaus. Sie ist von wesentlicher Bedeutung für Frieden und Entspannung in Europa. Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Probleme halten wir neue, positive Ergebnisse auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD für möglich, wenn die Prinzipien uneingeschränkt respektiert werden, die für die Beziehungen zwischen souveränen Staaten üblich sind."[32])

32) E. Honecker, Rede zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1980/81 in Gera, a.a.O.

Instandbesetzen statt Kaputtbesitzen

Zur Bewegung gegen die Wohnungsnot

Von Joachim Hetscher

1. Am 28./29. März trafen sich in Münster Hausbesetzer aus der Bundesrepublik und Westberlin, um Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten zur gegenseitigen Information und Koordination zu diskutieren. Die Ergebnisse des Treffens übertrafen die Erwartungen der meisten Teilnehmer. Es fand nicht nur ein konzentrierter Austausch über die verschiedenen Probleme der Instandbesetzerbewegung, Mieterinitiativen und Initiativen für Jugendzentren statt, sondern es wurden außerdem ein gemeinsamer Aufruf zu einem bundesweiten dezentralen Aktionstag „gegen die verfehlte Wohnungspolitik der Bundesregierung und des Senats von Westberlin" für den 26. Mai verabschiedet sowie die Herausgabe einer bundesweiten Besetzerzeitung beschlossen.

Wichtiger noch als diese unmittelbaren Ergebnisse aber waren allein schon das Zustandekommen und der Ablauf des Treffens. Die Vorbereitungsgruppe zum „Kongreß zur Wohnungsnot und Wohnraumpolitik in der BRD" – so der offizielle Titel – hatte gut daran getan, sich ausschließlich organisatorischen Fragen zu widmen und die möglichen Inhalte der Beratung allein den Teilnehmern zu überlassen; es wäre ohnehin nicht möglich gewesen, vereinheitlichende Positionen *vor* diesem Kongreß in einer für alle akzeptablen Form vorzulegen. Denn unter den 600 meist jugendlichen Teilnehmern, die nach Münster kamen, waren alle Strömungen vertreten, die es in der demokratischen und sozialistischen Jugend- und Studentenbewegung der Bundesrepublik zur Zeit gibt.

Auseinandersetzungen, Reibereien, aber auch Provokationen und Mißtrauen aus Berührungsangst waren vorprogrammiert auf diesem Kongreß. Dennoch gelang es, eine fruchtbare und über weite Strecken solidarische Diskussion zwischen Nichtorganisierten, Spontis, Autonomen, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Marxisten, Punks und Freunden, die sich als Anarchisten bezeichneten, zu führen. Möglich wurde dies durch die gemeinsame Absicht, im Kampf gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung, für das Recht auf eigenen Lebensraum und sinnvolle Freizeit Schritte nach vorn zu unternehmen. Sicherlich unbeabsichtigt trugen auch die Herren Strauß und Späth kontraproduktiv zum Erfolg des Treffens bei: die Solidarität mit den Opfern der Überfälle in Freiburg und Nürnberg war ein verbindendes Anliegen aller Teilnehmer des Kongresses.

2. Obwohl der Kampf von Mieterbewegungen gegen die Spekulation mit Wohnraum in der Bundesrepublik eine lange und starke Tradition hat, blieben Hausbesetzungen Anfang der 70er Jahre und danach isolierte Einzelaktionen und auf wenige Städte beschränkt. Erst ab 1977 kam es in verstärktem Maße zur Besetzung von Gebäuden in mehreren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin. Die Klinik in Göttingen, das Dreisameck in Freiburg, Stollwerk in Köln, Kreuzberg in Westberlin sind wohl die bekanntesten Beispiele. Und als zum Jahreswechsel 1980/81 Räumungen in Göttingen und Berlin zu harten Auseinandersetzungen der Polizei mit Jugendlichen führten, bekamen Instandbesetzungen erstmals eine breitere bundesweite Öffentlichkeit.

Den vielfältigen Instandbesetzungen gemeinsam ist vor allem die Aktionsform: die „Inbesitznahme" einer Wohnung, eines Hauses, Gebäudes oder Geländes, um es seinem eigentlichen Zweck – gegen die Zweckentfremdung durch den Eigentümer – zuzuführen. Besetzt wird, um akuter Wohnungsnot abzuhelfen, Wohnraum vor der Vernichtung oder dem Verfall zu bewahren. Besetzt wird aber auch, um Raum für Jugend- und Kommunikationszentren, für Frauenwohngemeinschaften, für Alternativläden, Selbsthilfeprojekte und kulturelle Zwecke zu gewinnen. Die Trennung von Besetzern und Bevölkerung, wie sie in einigen Analyseversuchen unterstellt wird, ist ausgesprochen kurzschlüßig. Besetzungen wurden und werden oft durch wesentlich mehr

Aktive getragen, als unmittelbar von der Besetzung profitieren. Einrichtungsgegenstände besorgen, Heizmaterial heranschaffen, Flugblätter verteilen oder auslegen – dies und auch schon die Unterschrift unter die Liste mit den Forderungen der Besetzer sind Formen der aktiven Solidariät, ohne die die vielen Instandbesetzungen der letzten Monate unmöglich gewesen wären.

Sowohl die Anlässe für Besetzungen als auch die Gründe für die große Sympathie und Solidarität mit den Instandbesetzern sind vielfältig. Zunächst einmal ist in diesem Zusammenhang auf die Verschärfung der Krise der kapitalistischen Städtebau- und Wohnungspolitik hinzuweisen. Die unmittelbare, akute Wohnungsnot wächst. Damit einher geht eine deutliche Verschlechterung der Wohnverhältnisse: für ständig steigende Gesamtmieten wird ein zunehmend geringeres Maß an Wohnqualität bereitgestellt. Wohnstrukturen, die nicht nur für die platzsparende Unterbringung von Arbeitskräften geeignet, sondern auch Raum kultureller Zusammenhänge sind, wurden längst zur Mangelware. Die „soziale Infrastruktur" – Jugendzentren, Bürgerhäuser, etc. – ist vollkommen unzureichend ausgebaut. Zusätzlich wird bei der Wohnungsvergabe über ökonomischen Druck oder spezielle Vorbehalte der Vermieter ein nicht unbedeutender Teil der Mieter besonders benachteiligt – Frauen, Jugendliche, kinderreiche Familien, Studenten.

Diese Probleme erschweren die Verwirklichung eines wachsenden Bedürfnisses nach selbstbestimmtem Lebensraum. Eine steigende Arbeitsintensität und höhere nervliche Anspannung, Konkurrenz- und Leistungsdruck in Schule, Universität und Betrieb machen sinnvolle Freizeitmöglichkeiten geradezu lebenswichtig. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund eines zunehmend sinnentleerten Lernens und Arbeitens. Jugendliche Arbeitslose etwa sind geradezu gezwungen, einen Sinn für ihr Dasein unter den durch die Arbeitslosigkeit deformierten „Freizeit"-Bedingungen dieser Gesellschaft zu finden, das heißt unter Bedingungen, die ungeeignet sind, das Bedürfnis nach Entwicklung der eigenen Persönlichkeit zu befriedigen.

Wenn diese Jugendlichen Häuser besetzen, dann haben solche Aktionen zum ersten eine direkte materielle Bedeutung: vier Wände. Zum zweiten eröffnen sie ungeahnte Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

3. Bundes- und Landesregierungen und die tonangebenden Medien waren nach den Ausschreitungen der Polizei in Göttingen und Westberlin weniger der Sachschäden wegen besorgt, weil Polizeigerät beschädigt und Beamte verletzt worden waren. Besorgniserregend war für sie vielmehr die Tatsache, daß nach den Polizeieinsätzen eine Welle der Hausbesetzungen begann, daß die Knüppeleinsätze nicht zur Einschüchterung beitrugen. Besorgniserregend war, daß Jugendliche in diese Auseinandersetzung einbezogen wurden, die man – wie die Punks – sicher verwahrt im selbstgebauten Käfig ihrer Subkultur wähnte. Besorgniserregend war – exemplarisch dann in Freiburg und Nürnberg –, daß es nicht gelang, durch Pauschalisierungen und Provokationen die Aktionen mit dem Stigma der Gewalttätigkeit zu belegen und so zu isolieren. Im Gegenteil, überwältigende Solidarität aus der Bevökerung z. B.

Freiburgs sorgte dafür, daß weitere Polizeieinsätze gegen die Instandbesetzer fürs erste unterblieben.

Es ist also weniger die spektakuläre Militanz von Teilen der Besetzerbewegung als vielmehr die Entschlossenheit zur Aktion für die eigenen Rechte bei vielen Jugendlichen in einem bestimmten Bereich – der Wohnungs- und Städtebaupolitik –, die so alarmierend für die Oberen war. Denn gerade in diesem Bereich ist die Betroffenheit sehr breit. Zudem gehört die Wohnungspolitik zu den Gebieten, in denen in den nächsten Jahren durch den Abbau des Sozialen Wohnungsbaus und die Ermöglichung wesentlich höherer Mieten Anreize für Investitionen geschaffen werden sollen. Neben der Beschleunigung des Baus von Kernkraftwerken, zusätzlichen Rüstungsprojekten und der Freigabe der Medien für Kabelprojekte, plant der Bundeswirtschaftsminister „die Erhöhung der Wohnungsmieten", „um privaten Kapitalanlegern einen Anreiz zum Mietwohnungsbau zu geben, um den Weg zu Investitionen in außerordentlicher Höhe frei zu machen"[1]).

Die Entschlossenheit zum aktiven Protest gegen die versteinerten Verhältnisse und die zunehmende Solidarität zwischen verschiedenen Teilen der Jugend benannte auch Helmut Schmidt, als er Ende Januar in der Haushaltsdebatte des Bundestags einige Erkenntnisse der „Thesen zu den Jugendunruhen 1980 in der Schweiz" aufgriff: „Das steht zum einen: Die Jugendunruhen in Zürich werden ausgelöst von einer Minderheit, aber die dahinterstehenden Probleme seien die Probleme einer Mehrheit von Jugendlichen. Zwar lehne diese Mehrheit gewalttätige Aktivitäten ab, aber sie teile die Bewertung der Probleme, die dahinterstehen. . . . Der Bericht bestätigt übrigens auch, was wir hier schon gesagt haben – ich in meiner Neujahrsansprache z. B., daß viele Jugendliche tatsächlich neue Formen von Solidarität verwirklichen, von Zusammenarbeit, von Zusammenleben, von Mitmenschlichkeit . . ."[2]).

Die „Thesen", aus denen der Bundeskanzler hier zitiert, sind von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen aus Anlaß der Auseinandersetzungen in Zürich erstellt worden. Schmidt, Vogel, „Der Spiegel" u. a. griffen diese Thesen auf und versuchten, den Ansatz und einzelne Erkenntnisse auf die Vorgänge in der Bundesrepublik zu übertragen. Tatsächlich stellen sie den z. Z. wichtigsten bürgerlichen Erklärungsversuch für den Aufschwung der Jugendbewegung dar.

Nach Auskunft der Verfasser sind die „Thesen" das „Ergebnis eines intensiven Meinungsbildungsprozesses und nicht einer wissenschaftlichen Arbeit"[3]). Im ersten Teil werden der Inhalt und die Ausdrucksformen der Bewegung dargestellt. Richtig wird erkannt, daß die „radikalen Jugendlichen" nicht klar von der Mehrheit der Jugendlichen zu trennen sind, daß die gemeinsamen Probleme sie verbinden. Dann aber wird psychologisierend die Radikalität eines Teils der Jugend erklärt: „. . . Solche, die besonders ausge-

1 „Frankfurter Rundschau" v. 29. 1. 1981.
2) Zit. nach: „Jugendpolitischer Dienst" v. 13. 2. 1981.
3) ebd., auch alle weiteren Zitate.

prägt von allgemeinen Problemen unserer Gesellschaft betroffen und belastet werden und die, weil dies oft bereits in früher Kindheit beginnt, auch weniger belastbar sind als andere – sie haben die Fähigkeit nicht entwickeln können, mit Problemen fertigzuwerden, die andere leichter bewältigen." Charakteristisch für die gesamte Studie ist der hier deutlich werdende Grundzug, die realen Probleme zwar anzuerkennen, andererseits aber eine individuelle Problemlösung unter den vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu favorisieren und dem das System infragestellenden außerparlamentarischen Protest *sozialpathologischen* Charakter zuzuschreiben.

Als Audsrucksformen der Bewegung werden „Ziellosigkeit", „Sprachlosigkeit" und „Gewalt" festgestellt. Bei der Auflistung von Problemkreisen, mit denen Jugendliche zu tun haben, werden tatsächliche Probleme – wie z. B. „Auswirkungen der Wirtschaftsentwicklung" – benannt, im Mittelpunkt steht jedoch auch hier die psychologisierende Betrachtungsweise. „Für die Entwicklung zur ausgeglichenen, selbstständigen und gesellschaftsfähigen Persönlichkeit ist zweierlei notwendig: Einmal ein Klima der Wärme, der gefühlsmäßigen Geborgenheit; zum anderen ein Kreis fester Bezugspersonen . . ."

Im dritten Teil („Gefahren in der weiteren Entwicklung") wird schließlich gegen zwei Tendenzen im Umgang mit der Jugend Front gemacht. Die Verfasser sprechen sich gegen die unflexible Handhabe des „Rechtsstandpunkts", gegen brutale Repression gegen Massen von Jugendlichen ebenso aus wie gegen die bedingungslose Gewährung von Freiräumen und Zugeständnisse ohne den Nebeneffekt der Integration in das bestehende System. Ihnen geht es – wie dann im vierten Teil ausgeführt wird – um einen „langfristigen Dialog", um „Verständnissuche und Erfahrungsaustausch". „Nur so kann wieder Vertrauen aufgebaut werden."

Ziel ist es, „eine Fülle von Engagement und Kreativität" der Jugendbewegung nutzbar zu machen: „Nicht andere Gesetze, eine andere Atmosphäre im Staat ist das Ziel . . ." Dazu paßt die Drohung gegen diejenigen, die sich dieser neuen Atmosphäre, dem Dialog ohne Zugeständnisse, dem Eingehen aufeinander ohne Veränderung des Bestehenden, nicht ausliefern wollen: „Vor Verhärtung muß man allerdings auch jene Jugendliche warnen, die auf der Dialogverweigerung beharren, wo echte Verständnisbereitschaft (nicht *Verständigungs*bereitschaft; d. Verf.) vorhanden ist."

Das scharfe Vorgehen der bayerischen und baden-württembergischen Landesregierungen, die Massenverhaftungen der zurückliegenden Monate und die Belagerung ganzer Stadtteile durch Tausende von Polizisten sind spektakulärer und alarmierender als diese oder ähnliche Integrationsstrategien. Ähnlich wirksam agieren aber auch diejenigen bürgerlichen Kräfte – vor allem führende SPD-Politiker –, die mit kleinen Präsenten, mit Spaltung und Verzögerung es geschafft haben, einen Großteil der Besetzer in Westberlin zu Verhandlungen unter den Bedingungen des Senats zu bringen.

4. Oben wurde bereits angedeutet, daß ein enger Zusammenhang zwischen politischem und kulturellem Protest im Kampf gegen die Wohnungsnot besteht. Bei den Zwangsräumungen besetzter Gebäude wird daher nicht nur brutal gegen bestimmte hier realisierte politische Vorstellungen und Zielsetzungen vorgegangen. Die Polizeiaktionen gefährden zudem den für viele der Instandbesetzer existenziellen Versuch, erstmals lebenswerte soziale Voraussetzungen für die eigene Entwicklung und Entfaltung zu schaffen. Hierin liegt eine der Ursachen für den massiven Widerstand, den viele Hausbesetzer den Räumaktionen leisten.

Diese enge Verzahnung politischer, persönlicher und kultureller Ansprüche geht einher mit einer mehr oder minder ausgeprägten Ablehnung organisierter Formen des politischen Kampfes und mit einer deutlichen Abneigung gegenüber der theoretischen Aufarbeitung der eigenen Probleme. Maßgeblich sind dafür zwei Faktoren: zum einen die Erfahrung der bürgerlichen Politik als Manipulation, als Verklärung und Affirmierung der bestehenden Verhältnisse zu Lasten der eigenen Person. Zum anderen die Erfahrung der Mühseligkeit linker Politik in der Bundesrepublik, die fehlende Verbindung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse, aber zum Teil auch negative Erlebnisse etwa mit Gewerkschaftsfunktionären, die sich eher als Ordnungsmacht denn als Gegenmacht zu diesem System verstehen. Widerstand muß sich bei dieser Sicht der gesellschaftlichen Verhältnisse außerhalb der *Formen* politischer Bewegung entfalten.

Insofern muß auch der Begriff des „Anarchopowers" und seine Variationen nicht als Konzept einer „neuen Jugendbewegung", sondern als Ausdruck von Konzeptionslosigkeit gesehen werden. Tatsächlich hat sich die Orientierung allein auf direkte und gewaltsame Aktionen bereits jetzt in der Instandbesetzerbewegung als unwirksam erwiesen. In Freiburg, Nürnberg, Karlsruhe und Westberlin wurde diese „Strategie" durch die Eskalation der Polizeimittel überholt.

Demgegenüber arbeiten immer mehr Instandbesetzer in Bündnissen mit demokratischen Organisationen zusammen. Dabei werden Vorbehalte praktisch abgelegt; das Mißtrauen gegenüber organisierten Formen des politischen Kampfes besteht aber weiter.

5. Notwendig ist nicht nur die praktische Zusammenarbeit, sondern auch die weitere Verständigung der gesamten progressiven Jugend- und Studentenbewegung über Aktions- und Organisationsformen, über politische Einschätzungen, theoretische Auffassungen und politische Ziele. Denn die Integrationsstrategie maßgeblicher Teile der Herrschenden zielt gerade darauf ab, den integrierbaren Formen des Jugendprotestes soweit wie nötig entgegenzukommen und die radikalen, nicht zu integrierenden *Inhalte* so umfassend wie möglich zu isolieren.

Gerade die organisierten Teile der Jugendbewegung müssen immer wieder den Nachweis führen, daß Engagement im politischen Bereich bei gleichzei-

tiger Ablehnung von Organisation und organisierter politischer Arbeit Wehrlosigkeit gegenüber den Strategien der Vereinnahmung und Befriedung bedeutet. Dabei geht es nicht um Didaktik für die Bewegung. Mitglieder etwa der progressiven Arbeiterjugend- und Studentenverbände führen Instandbesetzungen durch oder unterstützen sie, gehören oft zu den Inhaftierten und Angeklagten. Das Instandbesetzertreffen in Münster hat gezeigt, daß die praktische Solidarität zwischen den Aktiven genügend Voraussetzungen für die politische Auseinandersetzung und Klärung schafft.

Das Lernen voneinander kann sich allerdings nicht auf diejenigen allein beziehen, die sich nicht das theoretische und organisatorische Rückgrat einer Organisation nutzbar machen wollen. Die demokratischen Jugendorganisationen und -verbände stehen angesichts der in den letzten Monaten im wahrsten Sinne des Wortes „in Bewegung geratenen" Jugend ebenfalls vor Fragen, die sie in der Diskussion mit den aktiv gewordenen Jugendlichen klären müssen.

Die Rolle des Staates, seiner politischen Repräsentanten wie seiner judikativen und exekutiven Gewalten, bedarf einer breit angelegten Klärung in der Jugendbewegung. Verschiedene der derzeitigen Auffassungen von Bürokratismus und seiner Bekämpfung bilden nicht zuletzt auch das Fundament für Organisationsfeindlichkeit, verworrene Vorstellungen von Anarchie und für Antikommunismus. Gerade aber an der Frage des Eigentums an Wohnraum sowie Grund und Boden wird die Verquickung von staatlicher Politik und privatkapitalistischem Interesse besonders deutlich. Brutale Polizeieinsätze haben so auch den objektiven Effekt, von den Verursachern der Wohnungsnot und Stadtzerstörung abzulenken und der lähmenden Vorstellung vom allmächtigen, nicht greifbaren Staatsapparat – und damit Resignation und Perspektivlosigkeit – Vorschub zu leisten.

Freiräume – für die verschiedensten Arten selbstbestimmter Tätigkeit – können nicht nur als Teil eines illusionären Konzepts zur Gesellschaftsveränderung eingeschätzt werden. Tatsächlich wird mit dem Kampf um ihre Erhaltung oder Erringung durch die Instandbesetzerbewegung auch der Kampf um soziale und demokratische Rechte im gesamtgesellschaftlichen Maßstab geführt. In der letzten Zeit waren es offene polizeistaatliche Repression und politischer Druck, die eine breite Solidarität und entsprechend angelegte Aktionsformen der Instandbesetzer geradezu erzwangen. Wenn diese Ansätze nicht wieder verlorengehen sollen, bedarf es ihrer gemeinsamen politischen und auch theoretischen Aufarbeitung. Das Erkämpfen von „Inseln" im kapitalistischen System kann letztlich zwar keine Strategie gegen dieses System begründen, steht aber auch nicht notwendig gegen politische Strategien zur Änderung der Kräfte- und Machtverhältnisse im politischen und sozialen Interesse der Mehrheit der Bevölkerung.

Der Streit um die Staatsverschuldung

Von Axel Troost

Vorbemerkung

Nachdem im zurückliegenden Jahr die Frage der Staatsverschuldung zu einem zentralen Wahlkampfthema insbesondere von Seiten der CDU/CSU gemacht worden war, hat sich *nach* den Wahlen in der Diskussion um dieses Thema ein Grundkonsens zwischen der CDU/CSU, der Bundesbank, dem Sachverständigenrat, der Mehrzahl der Wirtschaftsforschungsinstitute, den Arbeitgeberverbänden *und* maßgeblichen Kräften der sozialliberalen Koalition herausgebildet. Mit dem Hinweis auf den „drohenden Staatsbankrott", die „Begünstigung inflationärer Tendenzen" und die „Verdrängung produktiver privater Investitionen" wurde unter dem Eindruck jüngster Krisenerscheinungen die drastische Verringerung staatlicher Verschuldung von der Bundes- sowie allen Länderregierungen zu einer wesentlichen Begründung finanzpolitischer „Konsolidierungs"-Maßnahmen.

Um in der jetzigen Situation die Forderung der Gewerkschaften und fortschrittlicher Wirtschaftswissenschaftler nach einem neuen – mittelfristig angelegten – Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm[1]) durchsetzbar zu machen, bedarf es einer offensiven gesellschaftlichen Diskussion über die Argumente der Gegner einer weiteren Staatsverschuldung. Die von den Massenmedien aufgegriffenen Hinweise auf die „tickende Zeitbombe" und das „Krebsgeschwür" Staatsverschuldung – stets gekoppelt mit der Mahnung, daß „wir seit Jahren über unsere Verhältnisse leben" – zeigt nämlich durchaus Wirkung; verständlich, wenn man bedenkt, daß unser Land bereits zweimal einen fast völligen Bankrott der Staatsfinanzen wie der privaten Guthaben erlebte. Wer lebt zudem schon gerne mit Schulden! Im privaten Bereich gehört sich das Schuldenmachen auch nicht und gilt meist als Zeichen dafür, daß man über seine Verhältnisse lebt.

Zunächst gilt es daher klarzustellen, daß der „gravierendste Irrtum in der öffentlichen Diskussion über die Staatsverschuldung . . . wohl darin (besteht), die Regeln für private Haushaltsführung auf die öffentlichen Haushalte zu übertragen und damit Sparen in jedem Fall als Tugend auch für den Staat zu betrachten"[2]). Die öffentlichen Haushalte stehen im gesamtwirtschaftlichen Güter- und Geldkreislauf. Sie haben – auch gesetzlich entsprechend dem Sta-

1) Siehe dazu insbesondere das Sondermemorandum „Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme – Gefahren der Austeritätspolitik und Alternativen zur Bekämpfung von Rezession und steigender Arbeitslosigkeit", abgedruckt in „Blätter", 12/1980, S. 1514 ff.; die von den „Blättern" auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich zusammengestellten Alternativen zur Arbeitslosigkeit („Blätter", 3/1981, S. 333 ff.) sowie das im Mai erscheinende Memorandum 1981.

2) Manfred Piel/Diethard Simmert, Staatsverschuldung – ein Problemaufriß, in: Simmert (Hrsg.), Wirtschaftspolitik – kontrovers, Köln 1979, S. 353.

bilitätsgesetz – die Aufgabe, die konjunkturellen Schwankungen zumindest abzumildern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Diskussion über die Staatsverschuldung kann daher nur dann emotionslos geführt werden, wenn die eigentlichen politischen und ökonomischen Ziele sowie ihre Bedeutung im Vordergrund der Debatte stehen und damit der instrumentelle Charakter der Staatsverschuldung deutlich gemacht wird.

1. Ursachen der steigenden Staatsverschuldung

Insbesondere drei Faktoren sind für den starken Anstieg der Staatsverschuldung in allen kapitalistischen Ländern seit Anfang der 70er Jahre verantwortlich[3]):

1. Neben der forcierten Aufrüstung und der immensen Steigerung der Rüstungsausgaben gerade in den letzten Jahren, sind für den Staat zusätzliche Aufgaben und damit Ausgaben – insbesondere im Bereich der Aufwendungen für öffentliche Infrastruktureinrichtungen, der Beseitigung der Umweltzerstörung, der Subventionen und der Anforderungen an das System der sozialen Sicherung entstanden. Der ständig steigende Grad der Vergesellschaftung von Produktion und Produktivität weist dem Staat immer neue Funktions- und Aufgabenbereiche im Sinne der Zurverfügungstellung allgemeinster Produktionsbedingungen zu.

Dies zeigte sich deutlich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, als mit der Propagierung der Reformpolitik und dem Anspruch der Beseitigung „der öffentlichen Armut" insbesondere im Gemeindebereich in starkem Maße Investitionen mittels Verschuldung getätigt wurden. Von 1969 bis 1973 war die Nettokreditaufnahme (Neuverschuldung) der Gemeinden immer größer als die des Bundes oder die der Länder; im Durchschnitt lag ihr Anteil in diesen fünf Jahren bei über 53 % der Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte. Der Bund hat dagegen in diesem Zeitraum rund 13 Mrd. an Schulden neu aufgenommen, was verglichen z. B. mit den mehr als 10 Mrd. Schuldenneuaufnahme von 1960 bis 1965 keine bedeutende Steigerung darstellt.

Eine Finanzierung von öffentlichen Investitionen mittels Schuldaufnahme war und ist in der Finanzwissenschaft nicht Ausdruck unsolider Staatsfinanzen, sondern findet ihre Rechtfertigung darin, daß diesen Ausgaben ein gewisser produktiver Charakter zugesprochen wird und es in der Regel durch diese Investitionen zu staatlichen Mehreinnahmen kommt, die den Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) zumindest teilweise finanzieren.

2. Der zweite und wesentlichste Grund für den starken Anstieg der Verschuldung liegt in der zunehmenden Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems begründet, dessen zyklische Ausschläge ab 1974 bis dahin für

3) Vgl. auch Jörg Goldberg, Die Entwicklung der Staatsverschuldung, in: „Blätter", 9/1980, S. 1120ff.; Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik", Memorandum 1980: Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 203f.; Rudolf Hickel, Notwendigkeit und Grenzen der Staatsverschuldung in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), Das Staatsschuldenproblem, Frankfurt 1980, S. 45ff.

die Bundesrepublik ungeahnte Ausmaße annahmen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit über die 1-Millionen-Grenze und der Rückgang von Produktion und Sozialprodukt brachten die öffentlichen Haushalte und nun insbesondere den Bund und die Länder in eine doppelte Bedrängnis: Während die Steuereinnahmen real deutlich zurückgingen, entstand auf der anderen Seite ein enormer konjunkturpolitischer Handlungsbedarf. Die Neuverschuldung stieg allein in den Jahren 1975 und 1976 auf über 100 Mrd. DM an.

Ohne auf die spätestens seit Keynes bekannte und in der BRD auch im Stabilitätsgesetz verankerte Theorie des sog. „deficit spending" näher einzugehen, wird die Aufgabe einer antizyklischen Konjunkturpolitik darin gesehen, die in der Krise stark rückläufige private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen durch eine öffentliche Zusatznachfrage zu kompensieren, um dadurch eine erneute Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums zu erreichen. Die Finanzmittel für diese zusätzlichen Ausgaben können und sollen auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden, der – da die private Kreditnachfrage stark rückläufig ist – die entsprechenden Mittel auch zur Verfügung stellen kann. „Kreislauftheoretisch betrachtet muß der Staat die nicht nachfragewirksam verausgabten liquiden Mittel der Privaten (Unternehmen und Haushalte) mittels Verschuldung bei diesen oder bei der Notenbank in staatliche Nachfrage transformieren, um so von der Nachfrageseite her den Krisenmechanismus zu dämpfen."[4])

3. Der dritte Bestimmungsgrund für die rasch anwachsende Staatsschuld liegt in den langfristig verschlechterten Wachstumsbedingungen und den daraus folgenden Stagnationstendenzen begründet. Es ist in den letzten Jahren zu deutlichen überzyklischen Wachstumsverlangsamungen gekommen, wobei insbesondere die Aufschwünge erheblich geringer als in früheren Jahren ausfielen und keinen entscheidenden Abbau der Arbeitslosigkeit bewirkten. Dieser Bestimmungsgrund kann hier aus Platzgründen nicht weiter verfolgt werden, seine Konsequenz ist jedoch, daß entgegen der klassischen Theorie des „deficit spending", die eine aktive Verschuldungspolitik in der Rezession und einen Schuldenabbau oder zumindest keinen weiteren Anstieg im Aufschwung und Boom vorsieht, in diesem Falle auch im Aufschwung und der Hochkonjunktur (nach Meinung vieler Wirtschaftswissenschaftler hatten

4) Michael Ernst-Pörksen, Aspekte der Staatsverschuldung: Die Position der Memoranden, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2, Argument-Sonderband 52, Berlin(West) 1980, S. 143. Sosehr auch die seit 1975 praktizierte Finanzpolitik insbesondere in den jährlich erschienenen Memoranden der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspoltiik" zu Recht wegen ihrer Gewinnorientierung, ihrer arbeitsmarktpolitischen Abstinenz und des Sozialabbaus kritisiert wurde, hat diese Politik dennoch zum vorübergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Ohne die expansive Verschuldungs- und Ausgabenpolitik hätte es auf dem Arbeitsmarkt noch schlechter ausgesehen. Es ist im Gegenteil zu kritisieren, daß die Verschuldung 1975 und 1976 zu gering ausgefallen ist, daß die Konsolidierungspolitik Ende 1976 und 1977 den labilen Aufschwung „zum kippen brachte", während dagegen nach Berechnungen des DIW die Beschäftigungseffekte der staatlichen Aktivitäten in den Jahren 1978 und 1979 einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung in einer Größenordnung von insgesamt 300 000 Erwerbspersonen zur Folge hatte. Man kann die Exaktheit solcher Modellrechnungen in Frage stellen, es bleibt aber in jedem Fall ein deutlicher Beschäftigungseffekt durch die schuldfinanzierte, expansive Finanzpolitik bestehen, auch wenn man sicherlich durch eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschaftspolitik mit dem gleichen Schulden- und Ausgabenvolumen ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen hätte schaffen können.

wir 1979 und 1980 eine „Hochkonjunktur") wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf zum Abbau der Arbeitslosigkeit besteht.

Insbesondere eine solche – bislang, wenn auch in unzureichendem Maße, von der Regierungskoalition betriebene – Wirtschaftspolitik wird seit Jahren von den Kritikern der Staatsverschuldung heftig attackiert. So spricht die CDU/CSU und der Sachverständigenrat bereits seit längerem von der Schaffung „künstlicher Wachstumsraten" durch den Staat[5]), die „Vollbeschäftigungsgarantie" (die wir der Theorie nach in der Bundesrepublik haben!) solle endlich aufgegeben und den privaten Investitionen, im Augenblick vom Staat geknebelt und durch die Staatsschuld verdrängt, wieder Vorrang gegeben werden.

Bei solchen Argumentationen wird sehr deutlich, daß die konservativen Kräfte, die die staatliche Kreditaufnahme scharf verurteilen, garnicht sosehr die Staatsverschuldung selbst meinen, sondern in Wirklichkeit die Staatsausgaben insgesamt zurückdrängen bzw. in ihrem Sinne umschichten wollen[6]).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es zu der betriebenen und der schon absehbaren zukünftigen Staatsverschuldung zumindest kurzfristig keine politisch durchsetzbare Alternative gibt. Die Dämonisierung der Staatsschulden wird zuvorderst als demagogisches Geschäft betrieben: nicht die Kreditfinanzierung zusätzlicher Staatsausgaben ist als unseriös zu bezeichnen; unseriös ist eine Politik, die unter dem Deckmantel des Kampfes für eine „solide Haushaltspolitik" staatliche Ausgaben im Wirtschafts- und Sozialbereich zurückdrängen will, ohne deutlich zu machen, worum es ihr im Kern wirklich geht: nämlich um den weiteren Abbau des Sozialstaates.

2. *Probleme und Gefahren der praktizierten Verschuldungspolitik*

In der öffentlichen Diskussion werden die folgenden Gefahren oder Probleme mit der Staatsverschuldung unmittelbar in Zusammenhang gebracht:

– die Staatsverschuldung bewirke einen weiteren Anstieg der Inflation und gefährde damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit;
– durch die Staatsverschuldung komme es zu einer Überlastung des Kapitalmarktes, auf dem durch Zinssteigerungen die privaten Investitionen zurückgedrängt würden;
– die Staatsverschuldung führe zu unsozialen Verteilungswirkungen, da die Zinsen den Banken und oberen Einkommensbeziehern zufließen;
– die aus der staatlichen Verschuldung resultierenden Tilgungs- und insbesondere Zinszahlungen führten zu einer immer stärkeren Belastung der öffentlichen Haushalte, die die Handlungsfähigkeit weiter einschränke und letztendlich zum Staatsbankrott führe.

Diese Problemkreise sollen im folgenden näher erläutert werden.

5) Vgl. Biedenkopf/Miegel, Die programmierte Krise – Alternativen zur staatlichen Schuldenpolitik, Bonn 1979, S. 72f.

6) Solche Umschichtungen zugunsten der Rüstungsausgaben und der forcierte Sozialabbau sind auch Kern der sozialliberalen Regierungskoalition; siehe dazu Jörg Huffschmid, Der Großmachtkurs und seine Kosten; in: „Blätter", 11/1980, S. 1312ff., sowie Sondermemorandum, a.a.O.

2.1. Die These von der inflationär wirkenden Staatsverschuldung

Immer wieder ist die These in der öffentlichen Diskussion zu finden, die Staatsverschuldung habe zusätzliche Preissteigerungen verursacht bzw. „die ständig wachsende Staatsverschuldung führe in Kürze zur Inflation"[7]). Insbesondere in der Bundesrepublik fällt eine solche These nach zweimaliger radikaler Geldentwertung und anschließender Währungsreform auf fruchtbaren Boden. Dabei scheuen sich manche Kritiker auch nicht, die zweifelsohne inflationär wirkende Finanzierung zweier Weltkriege mit der augenblicklichen Staatverschuldung gleichzusetzen. Solche Thesen sind völlig unhaltbar: Diese Kriegsfinanzierung, die darauf beruhte, daß sich der Staat in einer Situation, in der die Produktionskapazitäten voll ausgelastet waren, durch die Zentralbank Zahlungsmittel beschaffte, die durch die Güterproduktion nicht gedeckt waren und auch kurzfristig nicht zusätzlich gedeckt werden konnten, führte selbstverständlich zwangsläufig zu Rationierungen oder einem Inflationsprozeß. „Die Kreditfinanzierung von Staatsausgaben mit Hilfe brachliegender Ersparnisse, um in der Wirtschaftskrise eine zu geringe Produktion wieder anzukurbeln, ist damit aber nicht vergleichbar . . ."[8])

Im folgenden soll daher geprüft werden, ob die stark angestiegene Verschuldung auch in einer Situation der unausgelasteten Produktionskapazitäten und hoher Arbeitslosigkeit, wie wir sie seit 1974 in der BRD vorfinden, für die Inflation verantwortlich gemacht werden kann.

Bei der Frage, wie durch die Staatsverschuldung bedingt ein inflationärer Prozeß in einer Situation der nichtausgelasteten Kapazitäten zustande kommen könnte, ergeben sich insbesondere die folgenden drei möglichen Wirkungszusammenhänge:

– Die staatliche Kreditaufnahme bei der Notenbank oder im Geschäftsbankensektor führt zu einer zu starken Ausweitung der Geldmenge und bewirkt damit Preissteigerungen;
– die staatliche Nachfrage wird in solche Bereiche gelenkt, die bereits stark ausgelastete Kapazitäten haben und nun mit Preiserhöhungen reagieren (z. B. Bauwirtschaft) oder trifft direkt auf solche Wirtschaftsbereiche, die so stark monopolisiert sind, daß sie überdurchschnittliche Preissteigerungen durchsetzen können (z. B. Rüstungsindustrie);
– durch die Staatsverschuldung und die expansive Ausgabenpolitik kommt es zu einer stärkeren Auslastung der Kapazitäten insgesamt und damit zu einer wirtschaftlichen Belebung (Aufschwung), in der die Inflationsraten wieder zu steigen beginnen.

Der *erste* (monetäre) Wirkungskreislauf wird damit begründet, daß es durch die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte zu einer übermäßigen Geldmengenausweitung kommen könnte. Eine Geldmengenausweitung kommt direkt durch eine Verschuldung bei der Zentralbank (Deutsche Bundesbank)

7) Kurt Biedenkopf, Staatsverschuldung – Medizin oder Gift für den Arbeitsmarkt?, in: „Frankfurter Rundschau" v. 26. 1. 1980.
8) Wirtschaftspolitische Informationen des DGB, Nr. 6/1980, Argumente zur Staatsverschuldung, S. 11.

in voller Kredithöhe zustande. Diese Verschuldungsform ist aber in der Bundesrepublik bis auf kurzfristige Überbrückungskredite gesetzlich (noch) nicht zulässig und dementsprechend auch nicht ausgenutzt worden.

Allerdings führt auch die Kreditaufnahme bei Geschäftsbanken über den Kredit- und Geldschöpfungsmechanismus zu einer Ausweitung der Geldmenge – hier liegt allerdings kein Unterschied zwischen einer privaten und einer staatlichen Verschuldung. Eine zu starke öffentliche Verschuldung – so die monetaristische These – könne daher den Kreditschöpfungsprozeß so stark ankurbeln, daß die dadurch bedingte Geldmengenausweitung zur Inflation führe. Diese These ist für die BRD für die Zeit der hohen Verschuldung nach 1974 auszuschließen, denn die Empirie zeigt, daß „über die Ausdehnung der Staatsschuld . . . in der Bundesrepublik keine exzessive Ausdehnung der Geldmenge erfolgt (ist). Von Seiten der Staatsschuld sind damit auch keine inflationären Impulse ausgelöst worden"[9]). In den Jahren 1975 bis 1978, in denen die Staatsschuld rapide anstieg, ist die Inflationsrate sogar merklich gesunken. Abweichungen von den Geldmengenzuwachszielen der Bundesbank sind – soweit überhaupt vorhanden – nicht durch die Staatsverschuldung, sondern durch außenwirtschaftliche Einflüsse bedingt. „Inflationsgefahren (sind) zu befürchten, wenn sich der Staat in einer Vollbeschäftigungssituation durch Geldschöpfung verschuldet, d.h. bei ausgelasteten volkswirtschaftlichen Kapazitäten zusätzliche Nachfrage durch Bedienen der Notenpresse produziert. Zur Zeit haben wir andere Sorgen."[10])

Die *zweite* mögliche Wirkung einer expansiven, kreditfinanzierten Ausgabenpolitik des Staates kann darin gesehen werden, daß die Staatsnachfrage auf Wirtschaftsbereiche trifft, die nicht „willens" oder in der Lage sind, diese (zusätzliche) Nachfrage auch real, d.h. mengenmäßig, zu befriedigen, sondern mit starken – überdurchschnittlichen – Preissteigerungen reagieren. Zweifelsohne sind Probleme dadurch vorhanden, daß eine staatliche Nachfrageausweitung durch vermehrte Anlageinvestitionen – davon sind durchschnittlich rund 80% Bauinvestitionen – in großem Umfang einen Wirtschaftssektor (die Bauwirtschaft) traf, der in der Krise auf die Verringerung des Nachfragevolumens zunächst nur mit Kapazitäts- und Beschäftigungsanpassungen und erst viel später mit abgeschwächten Preisforderungen reagiert hatte[11]). Beim Umschalten auf eine expansivere Politik durch das im Frühjahr 1977 verabschiedete „Programm für Zukunftsinvestitionen" (ZIP) und dem Ansteigen der privaten Bautätigkeit kam es zu Kapazitätsengpässen und ausgeprägten Preissteigerungen. Solche Preissteigerungen schlagen natürlich auf die gesamte Inflationsentwicklung durch, sie haben insgesamt aber nur einen geringen Einfluß. Eine kontinuierlichere Auslastung des Bausektors

9) Manfred Willms, Monetäre Wirkungen der Staatsverschuldung, in: „Die Bank", 10/1978, S. 471; zu den gleichen Ergebnissen kommen u. a. auch W. Leibfritz, Maßnahmen zur Überwindung der Wachstumsschwäche und ihre Grenzen – der Beitrag der Fiskalpolitik, in: „IFO-Schnelldienst", 8/1979, S. 8, und Piel/Simmert, Staatsverschuldung . . ., a.a.O., S. 351f.

10) Wilfried Höhnen, Staatsverschuldung im Meinungsstreit, in: „WSI – Mitteilungen", 4/1980, S. 107.

11) Von 1973 bis 1975 gingen in der Bauwirtschaft über 400000 Arbeitsplätze verloren; siehe dazu D. Vesper, Zur Wirkung der Staatsausgaben im Konjunkturverlauf, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2, a.a.O., S. 80.

durch eine stetigere staatliche Nachfrage nach öffentlichen Investitionen sowie eine schärfere Kontrolle der Preisgestaltung könnten hier bereits weitgehende Abhilfe schaffen.

Der *dritte* behauptete Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und den seit 1979 wieder stark angestiegenen Preisen ist der eigentliche Streitpunkt in der Auseinandersetzung. Es ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Tatsache, daß bei einer zusätzlichen Nachfrage des Staates trotz Krise nicht mit einer ausschließlichen Mengenkonjunktur zu rechnen ist. Die – u. a. durch die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik bedingten – konjunkturellen Aufschwünge sind vielmehr in den letzten Jahren aufgrund administrierten Preissetzungsverhaltens durch einen Inflationsanstieg gekennzeichnet, *lange bevor die Produktionskapazitäten auch nur annähernd voll ausgelastet sind.* Die Kritiker der staatlichen Verschuldungspolitik verweisen darauf, daß die Staatsschuld deshalb mit der Inflation zusammenhänge, weil die expansive Politik zum Aufschwung und dieser zur Inflation führe. Die Konsequenz daraus muß man allerdings deutlich vor Augen haben: „Will man Inflation symptomtherapeutisch bekämpfen, dann müßte man überhaupt Wirtschaftsaufschwünge vermeiden und das System im Zustand von Arbeitslosigkeit und Unterauslastung der Kapazitäten halten – und wer will das schon!" [12]) Wie insbesondere mit selektiven Maßnahmen ein Inflationsprozeß trotz expansiver – auf Arbeitslosigkeitsabbau ausgerichteter – Wirtschaftspolitik wirksam verhindert werden könnte, ist ansatzweise im Abschnitt „Inflationspolitik" des Memorandums 1980 entwickelt. Hierbei ist an den selektiven Einsatz von Preiskontrollen, aber auch an die Einführung von Standardpreisempfehlungen und der Ausweitung des Einflusses der Verbraucherverbände zu denken.

Faßt man die Argumente zum Problemkreis Staatsverschuldung und Inflation zusammen, so kann festgehalten werden, daß die stark angestiegene öffentliche Kreditaufnahme seit 1974 zu keiner übermäßigen Geldmengenexpansion geführt hat, daß aber der beabsichtigte und z.T. erreichte Prozeß, durch die Staatsverschuldung den Aufschwung wieder herbeizuführen, die Inflationsentwicklung anheizte. Aus der Sicht der abhängig Beschäftigten kann dies allerdings nur bedeuten, daß zukünftig die monopolistischen Markt- und Preissetzungsmechanismen durchbrochen werden müssen.

2.2. Die These von der Zurückdrängung privater Investitionen

Die zweite immer wieder von den Kritikern der praktizierten Verschuldungspolitik vorgebrachte Behauptung besagt, daß durch die seit 1974 angestiegene öffentliche Kreditaufnahme die private Kreditnachfrage und damit die privaten Investitionen zurückgedrängt worden seien. Diese Verdrängung, in

12) R. Hickel, Notwendigkeit . . ., a.a.O., S. 94; siehe dazu auch Rüdiger Pohl, Bundesbankpolitik in der Krise – Krise der Bundesbankpolitik?, in: Markmann/Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 244ff.; das „englische Modell" radikaler Marktwirtschaft zeigt das Ergebnis einer solchen Politik: Die Inflationsrate geht zwar kaum zurück, dafür steigt die Arbeitslosigkeit und das soziale Elend jedoch rapide an. Zur neuen amerikanischen Wirtschaftspoltik siehe R. Hickel, Reagans „amerikanischer Traum" – ein Alptraum für Europa, in: „Blätter", 3/1981, S. 286ff.

der Fachsprache auch „crowding-out" genannt, führe dazu, daß erstens die auf gesamtwirtschaftliche Nachfrageausweitung ausgerichtete Finanzpolitik deshalb scheitere, weil die private Nachfrage zum Teil oder sogar im gleichen Volumen zurückgehe, und zweitens das gesamtwirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt würde, da an die Stelle produktiver privater Investitionen nun weniger produktive staatliche Ausgaben träten. Aufschwung, Abbau der Arbeitslosigkeit und ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum würden daher durch die Staatsverschuldung verzögert bzw. behindert[13]).

Bei der Prüfung der Crowding-out-These muß aber ebenfalls zunächst die konjunkturelle Ausgangssituation berücksichtigt werden. Natürlich kann es in einer Situation der Vollbeschäftigung bei einer zusätzlichen Staatsverschuldung zu monetären wie güterwirtschaftlichen Verdrängungseffekten kommen. „Wachstumspolitisch können Crowding-out-Effekte durchaus erwünscht sein, auch wenn dies heute in Vergessenheit geraten ist. Will man Ressourcen für die unbedingt notwendigen Infrastrukturinvestitionen freimachen, sind gewisse Crowding-out-Effekte notwendig, wenn man inflationäre Staatsverschuldung vermeiden will."[14]) Man wird daher unter Versorgungs-, Verteilungs- und Wachstumsaspekten nicht generell eine Verdrängung privater durch öffentliche Ausgaben verurteilen können.

Da die öffentliche Verschuldung in der BRD aber bis 1974 sowieso quantitativ keine besondere Rolle gespielt hat, soll dieser Frage nicht weiter nachgegangen werden. Für die Rezession und die Zeit nach 1975 stellt sich die Verdrängungsproblematik jedoch anders dar. Im folgenden sollen die drei Hauptargumente der Anhänger der Verdrängungsthese näher analysiert werden:

1. Die erste zu prüfende Crowding-out-These lautet: Durch den Anstieg der Staatsverschuldung kommt es zu einer Ausweitung der gesamten Kapitalnachfrage, die eine Erhöhung der Zinsen bewirkt. Diese Zinssteigerungen verdrängen potentielle private Investitionen, sodaß letztendlich die zinsrobusten öffentlichen Haushalte ihre Kreditnachfrage lediglich auf Kosten der privaten Kapitalnachfrage befriedigen. Diese Crowding-out-These unterstellt demnach:

– erstens eine durch die Staatsverschuldung bedingte Tendenz zur Zinsniveauerhöhung;
– zweitens eine generelle Kreditmarktabhängigkeit der privaten Investitionsentscheidungen, d.h. die privaten Investoren sind zur Finanzierung ihrer Investitionen überhaupt in starkem Ausmaß auf Kredite angewiesen;
– drittens eine starke Zinsabhängigkeit des Investitionen, d.h. daß Zinssatzveränderungen unmittelbare Auswirkungen auf das Investitionsvolumen haben.

13) „Denn nicht öffentliche Defizite . . . sind Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, sondern entscheidend wichtig sind hohe produktive Investitionen. Ihnen aber wird durch hohe Staatsdefizite die Finanzierungsgrundlage beschnitten." Heinrich Irmler, Staatsverschuldung – ein Holzweg, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 14. 6. 1980.
14) H. J. Krupp, Staatsverschuldung – noch kein Grund zur Sorge, in: „Frankfurter Rundschau" v. 4. 6. 1980.

Diese drei Hypothesen, die alle erfüllt sein müssen, wenn es zu den unterstellten Verdrängungseffekten kommen soll, werden nun für die vergangenen Jahre im einzelnen überprüft.

Die *erste* Hypothese von einer möglichen Überforderung des Kapitalmarktes durch die öffentlichen Haushalte und daraus resultierende Zinssteigerungen wird bereits seit Jahren insbesondere vom „Sachverständigenrat" vorgetragen, ohne daß allerdings solche Äußerungen empirisch näher belegt worden wären. Als Variante dieser These wird häufig die Ansicht vertreten, daß in der Rezession durch die ansteigende Staatsschuld das Zinsniveau nicht schnell und ausgeprägt genug sinke und dadurch die privaten Verwertungsbedingungen nicht so günstig seien wie in einer Situation ohne öffentliche Kredite.

Das Argument, durch die staatliche Kreditaufnahme seien die Zinsen von 1975 bis 1978 nicht ausgeprägt genug gesunken und seit 1979 so rapide angestiegen, ist empirisch jedoch nicht zu belegen. „Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Renditen in der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1978 aufgrund des ansteigenden öffentlichen Schuldenstandes gestiegen sind bzw. daß die stattgefundenen Zinssenkungen hätten stärker ausfallen können, (ist) eher als gering anzusetzen."[15]) Auch der erneute Zinsanstieg seit 1979 kann nicht auf die Staatsverschuldung zurückgeführt und als Indiz für Crowding-out-Effekte interpretiert werden. Er ist im wesentlichen durch internationale Kapitalströme verursacht worden. Die Bundesbank hat es sich seit 1979 sogar explizit zur Aufgabe gestellt, angesichts ihrer Inflationsdiagnose und der Notwendigkeit der außenwirtschaftlichen Absicherung, die Zinsen weiter hochzutreiben. Wollte man jedoch dieser Verdrängungsthese folgen, so hätte die massive Staatsverschuldung selbst zu solchen Zinssteigerungen führen müssen.

Es zeigt sich vielmehr im längerfristigen Trend, insbesondere seit 1974, daß der Unternehmenssektor nicht mehr in der Lage zu sein scheint, die immer größer werdenden Ersparnisse der Privaten (Haushalte und Unternehmen) zu absorbieren. Gesamtwirtschaftlich müssen aber die privaten Finanzierungsüberschüsse, die zunächst einmal einen Nachfrageausfall darstellen, wieder über Kreditaufnahme in den Kreislauf zurückgelenkt werden. Wenn dies nicht durch den Unternehmenssektor geschieht, so wird der Staat, will er nicht krisenverschärfend wirken, in die Verschuldungsposition gedrängt.

Abschließend muß bei dieser Hypothese noch darauf hingewiesen werden, daß die manchmal noch vorzufindende Befürchtung, daß es sich bei Kapitalmarkt um einen begrenzten Kuchen handele und die durch die öffentlichen Kredite herausgeschnittenen Stücke der privaten Kapitalmarktnachfrage demnach nicht mehr zur Verfügung stünden, kreislauftheoretisch unbegründet sind. Verausgabt der Staat diese Mittel, so stehen sie – von geringen Verlusten abgesehen – dem Kapitalmarkt wieder zur Verfügung.

Die unterstellten Zinswirkungen können jedoch, und damit sind wir bei der *zweiten* Hypothese, nur dann auf das Investitionsverhalten des Unterneh-

15) Helmut Kern, Monetäre Wirkungen der Staatsverschuldung, Speyer 1980, S. 160.

menssektors durchschlagen, wenn dieser in entscheidendem Ausmaß auf eine Kreditfinanzierung angewiesen ist. Die Liquiditätsentwicklung der Unternehmen zeigt aber, daß dieser Wirtschaftssektor seit 1976 in bisher ungekanntem Ausmaß selber zur Geldvermögensbildung beigetragen hat. Die Selbstfinanzierungsquote liegt seit dieser Zeit deutlich über den entsprechenden Werten der 60er und frühen 70er Jahre. Das hohe liquide Geldvermögen des Unternehmenssektors (ohne die Bauwirtschaft) dürfte daher auch bei einer Verteuerung der Zinskosten nicht zu Engpässen bei der Investitionsfinanzierung geführt haben[16]).

Sollte es jedoch wirklich durch die Staatsverschuldung zu entscheidenden Zinsniveauveränderungen – sei es nach oben oder nicht genügend nach unten – gekommen sein, so ist die *dritte* Bedingung für monetäre Crowding-out-Effekte, daß dies unmittelbare Auswirkungen auf das private Verschuldungs- und Investitionsverhalten hat. Auch noch stärkere Zinssenkungen hätten aber für sich genommen noch keine zusätzlichen Investitionen gebracht: „Warum sollte ein Unternehmer, dessen Kapazitäten nur zu 80 % – in von der Konjunktur besonders betroffenen Branchen vielleicht nur zu 60 % – ausgelastet sind, mehr investieren, weil die rechnerische Rentabilität der Investition sich um wenige Prozentpunkte verbessert hat, zumal wenn er die weitere wirtschaftliche Entwicklung pessimistisch beurteilt?"[17])

Man wird daher zusammenfassend sagen müssen, daß diese immer wieder vorgetragene Argumentation des Verdrängungswettbewerbs zurückzuweisen ist: alle drei in ihr enthaltenen Hypothesen erweisen sich als äußerst fragwürdig. „Diese ‚Verdrängungsthese' wirft also eher Nebel, als das sie Klarheit schafft. Sie wird durch eine Alternativthese verdrängt: Öffentliche Verschuldung signalisiert den Unternehmungen die staatliche Absicht, durch Ausgabenprogramme die wirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren; dies verdrängt nicht, sondern evoziert privatwirtschaftliche Investitionen."[18])

2. Eine zweite Möglichkeit, daß durch schuldfinanzierte, öffentliche Ausgabenprogramme private Käufer verdrängt werden, liegt im güterwirtschaftlichen Bereich. Durch die Staatsnachfrage kann es in Engpassituationen (voll-

16) Hierbei muß allerdings die strukturelle Komponente der Geldvermögensbildung berücksichtigt werden, denn während die Großkonzerne ihre stark gestiegenen Gewinne fast ausschließlich in liquidem Geldvermögen und sonstigen Finanzinvestitionen gehalten haben, sind die kleinen und mittleren Unternehmen zu einer kreditfinanzierten Investitionspolitik gezwungen. Dieses Strukturphänomen kann jedoch nicht mit einer geringeren Staatsverschuldung, sondern nur mit einer selektiven Kredit- und Geldpolitik, die den Kleinunternehmen zinsgünstigere Kredite zur Verfügung stellt, gelöst werden.

17) Willi Albers, Konjunkturstabilisierung zwischen Geld- und Finanzpolitik, in: Bohly/Tolkemitt (Hrsg.), Wirtschaftswissenschaft als Grundlage staatlichen Handelns, Festschrift für H. Haller, Tübingen 1979, S. 9.

18) R. Hickel, in: „Frankfurter Rundschau" v. 26. 1. 1980, S. 14. Es sei kurz darauf hingewiesen, daß es noch eine weitere Variante der Verdrängungsthese gibt, die besagt, daß wegen der durch die Staatsverschuldung ausgelösten Zinssteigerungen die privaten Investoren nicht mehr bereit seien, ihr Kapital in (risikoreichere) Realinvestitionen anzulegen, sondern statt dessen Staatsschuldtitel kauften, um damit eine sichere Verzinsung ihres Kapitals zu erzielen – mit der Folge geringerer privater Investitionsnachfrage. Wir können diese These aus Platzgründen hier nicht weiter verfolgen, sie erscheint für die Vergangenheit wenig realistisch. Im Hinblick auf die Zukunft kann sie allerdings angesichts zunehmender Stagnations- und Monopolisierungstendenzen sowie den bereits angedeuteten Strukturdifferenzierungen bei der Geldvermögensbildung im Unternehmenssektor nicht gänzlich verworfen werden.

ausgelastete Kapazitäten) zur Konkurrenz mit der privaten Nachfrage kommen, mit der Konsequenz, daß Preissteigerungen die als preisempfindlicher angenommenen privaten Nachfrager zugunsten des Staates zurückdrängen.

So wurden sicherlich im Bausektor 1978/79 private Bauvorhaben wegen der überausgelasteten Kapazitäten durch steigende Preise oder rein mengenmäßig (Aufträge wurden nicht angenommen) verdrängt. Eine solche Verdrängung privater Ausgaben durch zusätzliche Staatsnachfrage ist aber – und hier gilt die Argumentation analog zu den Ausführungen zum Inflationsproblem – in anderen Bereichen weitgehend auszuschließen.

Wenn man die Argumentation der konservativen Staatsschuldenkritiker allerdings zu Ende denkt, so existiert natürlich bereits jetzt eine sehr starke Verdrängung, denn natürlich „verdrängt" die öffentliche Müllabfuhr eine privatwirtschaftliche Lösung, das öffentlich rechtliche Rundfunkmonopol „verdrängt" den privaten Rundfunk etc. Und es sind nicht zufällig die gleichen Kräfte, die einen Abbau der Staatsverschuldung und eine Zurückdrängung der Staatsaktivitäten zugunsten zunehmender Privatisierung fordern.

Zusammenfassend muß daher auch die Crowding-out-These zurückgewiesen werden. Da bisher und aller Vorraussicht nach auch in Zukunft „die Wachstumskräfte im privaten Sektor . . . (nicht ausreichen) um den Wegfall von Arbeitsplätzen infolge neuer Technologien und anderer Rationalisierungsmaßnahmen zu kompensieren", „muß dies in verstärktem Maße der Staat tun"[19]). Die staatliche Nachfrage hat die privaten Investitionen belebt und nicht verdrängt. Für die Vergangenheit und vermutlich auch für die nähere Zukunft muß es angesichts der überdurchschnittlichen Selbstfinanzierungsquoten und der hohen Liquiditätsanlagen des Unternehmenssektors als äußerst unrealistisch angesehen werden, daß dieser die ständig steigenden privaten Ersparnisse durch Kreditnachfrage wieder in den Kreislauf „zurückpumpt".

3. Die These von den unsozialen Verteilungswirkungen der Staatsverschuldung

Der dritte Kritikpunkt an der bisherigen Praxis der Staatsverschuldung ist dagegen weniger umstritten: Es geht um die Frage, ob die staatlichen Zinszahlungen eine Einkommensumverteilung bewirken. Dabei wurde früher vereinfachend argumentiert, daß die „Reichen", von denen angenommen werden kann, daß sie in erster Linie die staatlichen Schuldtitel besitzen und denen entsprechend auch die zu bezahlenden Zinsen zufließen, durch die staatliche Verschuldung noch reicher werden, während die „Armen" überproportional zum Steueraufkommen beitragen, aus dem diese Zinszahlungen bestritten werden müssen.

Ohne auf Einzelheiten der seit Jahrzehnten geführten Debatte über diese These im einzelnen eingehen zu können, lassen sich folgende Tendenzaussagen aus dieser wissenschaftlichen Diskussion herauskristalisieren: Die Beur-

19) Argumente zur Staatsverschuldung, a.a.O., S. 12.

teilung der Verteilungswirkungen hängt zum einen von der konkret zu betrachtenden Einnahmealternative zur Staatsschuld ab. Geht man realistischer weise (entsprechend dem augenblicklichen gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis) davon aus, daß bei einer Reduzierung der öffentlichen Schulden und gleichzeitiger Beibehaltung des Ausgabenniveaus die Mehrwertsteuer erhöht würde, so sind die Verteilungswirkungen der Staatsschuld eher positiv zu bewerten, denn eine solche Steuererhöhung wirkt stark regressiv bzw. belastet die unteren und mittleren Einkommen relativ mehr. Besteht als Einnahmealternative aber z. B. die Wegbesteuerung nichtinvestierter Unternehmensgewinne oder auch die unten aufgezeigten alternativen Formen der Staatsverschuldung, so muß die bisherige Verschuldungspraxis verteilungspolitisch negativ eingeschätzt werden. Außerdem müßten zusätzlich noch die kreditfinanzierten Staatsausgaben auf ihre Einkommenswirkungen untersucht werden, denn die Frage: Wem nützt der Staat mit diesen Ausgaben? stellt sich natürlich bei Sozialausgaben oder auch Konjunkturprogrammen anders als bei Rüstungsaufwendungen.

Tendenziell wird man den bisher praktizierten Formen der staatlichen Kreditaufnahme eher negative Verteilungswirkungen unterstellen müssen. Dies gilt insbesondere auch, weil in der Bundesrepublik die Verschuldung des Staates überwiegend im Bankensystem erfolgt. So wurden 1979 z. B. über 73 % der gesamten Neuverschuldung von über 43 Mrd. DM bei Kreditinstituten aufgenommen; 1978 lag dieser Anteil sogar bei rund 84 %.

Die augenblickliche *Form* der hohen marktmäßigen Verschuldung bei Privaten und dort vor allem bei den Kreditinstituten ist verteilungspolitisch negativ zu beurteilen, sodaß allein schon aus diesem Grunde die unten aufgezeigten alternativen Verschuldungsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung sind.

4. Die These von der zu starken Belastung der öffentlichen Haushalte durch die steigenden Zinszahlungen

Häufig wird in der öffentlichen Diskussion darauf hingewiesen, daß die ständig steigenden Zinszahlungen die Handlungsfähigkeit des Staates weiter einengen. Dies ist sicherlich die stichhaltigste Argumentation gegen eine ständig steigende Staatsverschuldung in der augenblicklich betriebenen Form. Das Gerede vom „Staatsbankrott" und einer zukünftigen „Währungsreform" ist allerdings demagogisches Geschwätz und auch das Herumjonglieren mit Zahlen wie z. B. einer Pro-Kopf-Verschuldung von 7000,– DM dient lediglich der Panikmache und besagt ökonomisch rein garnichts.

Auch die oft vorzufindende (angeheizte) Angst, daß wir im Augenblick über unsere Verhältnisse leben und unseren Kindern nichts als einen hohen Schuldenberg vererben, ist gleich doppelt unbegründet: Zum ersten wird dabei übersehen, „daß die mit den heutigen Krediten finanzierten Staatsinvestitionen Werte schaffen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Kinder verbessern und ihre wirtschaftliche Zukunft sichern helfen"[20]). Zum zweiten

20) Eb., S. 8 f.

muß berücksichtigt werden, „daß auf die spätere Generation ja nicht nur die Tilgungsverpflichtungen übergehen, sondern auch die in den Schuldtiteln verbrieften Forderungen. Staatsschuld ist ja, sofern es sich um eine Inlandsverschuldung handelt, bei makroökonomischer Betrachtung im Gegensatz zur einzelwirtschaftlichen Verschuldung immer eine ‚Schuld an sich selbst'"[21]). Die von den Bürgern bezahlten Steuern, die zur Finanzierung der Kosten der Staatsverschuldung benutzt werden, fließen als Zinszahlungen des Staates letztlich an private Haushalte zurück (auch wenn die Zinszahlungen zunächst zu den Banken fließen) und erhöhen damit potentiell wieder das Steueraufkommen.

Trotz dieser grundsätzlichen Überlegungen ergeben sich aber bereits mittelfristig ständig steigende finanzielle Belastungen. So hat sich seit 1970 der Anteil der Zinsausgaben am gesamten Steueraufkommen verdoppelt. Dies ist zwar aktuell keine besonders dramatische Entwicklung, denn die Bundesrepublik steht im Vergleich zu den anderen kapitalistischen Ländern bekanntlich immer noch sehr günstig dar. Es ist aber auch sicher, daß – unter Beibehaltung der bisherigen Form der Staatsverschuldung – zumindest mittelfristig relative wie absolute Zuwächse der öffentlichen Kredite, wie wir sei seit 1974 erlebt haben, zu erheblichen Steigerungen der Zinsausgaben führen. Hierbei muß allerdings ebenfalls beachtet werden, daß die kreditfinanzierten Ausgaben zu einer Steigerung von Produktion und Wachstum und damit auch zu einem erhöhten Steueraufkommen führen. Wie stark ein solcher „Selbstfinanzierungseffekt" aber im einzelnen ausfallen wird, ist nur schwer vorhersehbar[22]).

Die Auseinandersetzung mit den Positionen der konservativen Kritiker der Staatsverschuldung hat gezeigt, daß die oft geäußerten Befürchtungen über den Zuwachs der Staatsschuld recht vordergründig und wenig stichhaltig sind. Insbesondere die Inflations- und die Verdrängungsthese müssen in diesem Zusammenhang zurückgewiesen bzw. auf ihre wirklichen Ursachen zurückgeführt werden. Es hat sich aber auch gezeigt, daß sowohl unter verteilungspoltischen als auch fiskalischen Gesichtspunkten die bisher praktizierte Form der Kreditaufnahme im Bankensystem mit gewissen negativen Auswirkungen verbunden ist; die gegenwärtige Praxis führt zu höheren Gewinnen bei den Banken und belastet den Staatshaushalt mit steigenden Zinskosten. Wenn aber weiterhin die Staatsverschuldung als zumindest kurzfristig notwendiges Mittel zur Finanzierung von Staatsausgaben und eine zur Verhinderung noch tieferer, zyklischer Einbrüche geforderte expansive Fiskalpolitik für unabdingbar gehalten werden, dann sollten insbesondere wegen dieser negativen Effekte unbedingt auch Veränderungen in der Form der Verschuldung des Staates diskutiert und eingeleitet werden.

21) W. Leibfritz, Maßnahmen . . ., a.a.O., S. 9.

22) Insbesondere das DIW argumentiert in seinem „Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung" sehr stark mit diesem Selbstfinanzierungsefekten; der geschätzte bisherige Selbstfinanzierungseffekt in einer Größenordnung von rund 10 Mrd. DM fällt dagegen jedoch noch relativ gering aus, siehe D. Vesper, Zur Wirkung . . ., a.a.O., S. 90 sowie die dort angegebene Literatur.

3. *Alternative Formen der Staatsverschuldung*[23])

Nicht nur wegen der zu erwartenden erheblichen Neuverschuldung des Staates in den nächsten Jahren, sondern auch wegen des stark angestiegenen ständigen Umschuldungsbedarfes[24]), kommt dem Nachdenken und der politischen Durchsetzung von zinsgünstigeren Verschuldungsmöglichkeiten eine große Bedeutung zu. Im einzelnen stehen dabei die folgenden – sich nicht ausschließenden und auch kombiniert einsetzbaren – Vorschläge zur Debatte.

1. Entgegen der bisherigen Praxis, das ohnehin erforderliche Wachstum der Geldmenge durch Geschäfte zwischen der Notenbank und den Geschäftsbanken herbeizuführen, wird die Vergabe von Krediten der Bundesbank an den Staat empfohlen. Eine Verknüpfung des geplanten und notwendigen jährlichen Geldschöfungsprozesses (Wachstum der Zentralbankgeldmenge) durch die Notenbank mit der staatlichen Kreditaufnahme hat insbesondere den Vorteil, daß sich der Staat langfristig (sinnvollerweise sogar mit unbegrenzter Laufzeit) und zinslos bei der Bundesbank verschulden kann. Diese Möglichkeit kann ungeachtet des jeweiligen Gesamtvolumens der Verschuldung und der konjunkturellen Situation in jedem Fall genutzt werden. Auf diese Weise kann vermieden werden, daß ausschließlich die Banken aus der notwendigen Geldmengenexpansion zusätzliche Gewinne ziehen und der Staat sich eine nicht unerhebliche Finanzquelle entziehen läßt. Dieser Vorschlag ist demnach nicht mit einer geldmengenpolitisch zu begründenden Inflationsgefahr verbunden. Das potentielle Volumen dieser Verschuldungsmöglichkeit hat sich durch den Abbau der Außenhandelsüberschüsse und die augenblicklich negative Zahlungsbilanz in der Bundesrepublik noch erheblich erhöht.

2. Als zweite Verschuldungsalternative sollten die Geschäftsbanken verpflichtet werden, in bestimmten Relationen zu ihren Einlagen oder vergebenen Krediten nicht oder nur niedrig verzinste (z. B. zum Diskontsatz) Staatspapiere zu halten. Die Einführung einer solcher Sekundärreservepflicht (in der Diskussion oft als „Zwangsanleihen" bezeichnet) würde dem Staat Zinskosten ersparen. Es ist nicht einzusehen, warum die zur Sicherung bzw. dem Versuch der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung notwendige expansive Ausgabenpolitik und der mit ihr einhergehende Zwang zur Verschuldung, den Banken zusätzliche Gewinne verschaffen soll.

Diese – auch geldpolitisch interessante – Alternativform der Kreditaufnahme würde aber, da die Banken versuchen werden, ihre Gewinnspanne wieder zu vergrößern, zu erheblichen Senkungen der Sparzinsen führen. Die unteren

23) Die folgenden Ausführungen stellen im wesentlichen lediglich eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen und Überlegungen des entsprechenden Abschnitts des Memorandums 1980 dar, siehe Memorandum 1980, a.a.O., S. 206 ff.; wegen der gebotenen Kürze dieses Aufsatzes können nicht alle Argumentationen ausreichend berücksichtigt werden, dem interessierten Leser sei daher der entsprechende Abschnitt des Memorandums empfohlen.

24) Laut der mittelfristigen Finanzplanung soll die Bruttokreditaufnahme z. B. 1981 57,8 Mrd. DM betragen, von denen lediglich 47%, d. h. 27,2 Mrd. eine Neuverschuldung darstellt, während die restlichen 30,6 Mrd. lediglich der Umschuldung dienen.

und mittelren Einkommensbezieher könnten dann für den Erwerb von besser verzinsten Staatspapieren (z.B. Bundesschatzbriefe) geworben werden, um eine gleichbleibende oder sogar höhere Verzinsung ihrer Ersparnisse zu erlangen. Die Termineinlagen und die anderen liquiden Geldmittel der Unternehmen würden dagegen von den Banken im Vergleich zur jetzigen Form nur geringer verzinst werden können.

3. Der dritte Vorschlag zielt auch gerade darauf, die staatliche Verschuldung verstärkt (unter weitestgehender Umgehung des Bankenapparates) bei den privaten Haushalten direkt unterzubringen. Die starke Ausweitung des Absatzes insbesondere der (kurssicheren) Bundesschatzbriefe deutet bereits jetzt einen Trend in diese Richtung an. Es ist allerdings zu vermuten, daß gegenwärtig vor allem mittlere und obere Einkommensbezieher diese Papiere kaufen und teilweise zur Aufbewahrung ihrer liquiden Mittel verwenden. Zukünftig wäre daher anzustreben, daß je nach Einkommenshöhe der Käufer differenzierte Zinssätze gezahlt werden, sodaß den unteren Einkommensbeziehern (etwas) höhere Zinsen zufließen.

Bei diesem Vorschlag käme es zwar zu keiner einschneidenden Zinskostensenkung für den Staat, die Verteilungswirkungen wären aber in jedem Fall günstiger zu beurteilen. Durchaus sinnvoll erscheint es auch, bestimmte Ausgabenprogramme durch spezifisch darauf zugeschnittene Anleihearten zu finanzieren[25]).

Trotz verstärkter Verschuldung bei den privaten Haushalten wird diese Form der Kreditaufnahme aber auf absehbare Zeit nur eine untergeordnete Rolle spielen, da sie fiskalisch die teuerste der aufgezeigten Alternativen ist und insbesondere in der Rezession kurzfristig nicht in genügendem Ausmaße volumenmäßig zu erhöhen ist. Zur Deckung des Restbedarfes sollte sie aber kontinuierlich ausgebaut werden.

4. Während die bisher dargestellten Alternativen unabhängig von der jeweiligen konjunkturellen Situation eingesetzt werden können, gilt diese letzte bedeutende Alternative nur für die Tiefpunkte der zyklischen Krisen. Im Abschwung und in der Rezession ist die Finanzierung des sprunghaft ansteigenden Kreditbedarfs – auch über die langfristig trendmäßige Geldmengenausweitung hinaus – kurzfristig durch die Notenbank notwendig. Dabei ist die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Notenbankverschuldung in der Rezession seit mehreren Jahrzehnten in nahezu der gesamten finanzwissenschaftlichen Literatur zu finden. Praktische Konsequenzen aus diesen Überlegungen sind allerdings in der Bundesrepublik nicht ausfindig zu machen.

Die praktizierte Geldpolitik läuft zwar auch auf eine „indirekte Notenbankverschuldung" hinaus, denn die Bundesbank alimentiert den Verschuldungsprozeß des Staates bei den Geschäftsbanken in der Regel, indem sie die

25) „Wenn etwa ein umwelt- oder verkehrstechnisch orientiertes ‚Programm für Zukunftsinvestitionen' (ZIP) über mehrere Jahre (mit circa 16 Mrd. DM Volumen), wie 1978 eingeleitet, realisiert wird, dann müßte dies über objektbezogene, sog. ZIP-Anleihen, finanziert werden, um den konkreten Anlaß dieser Verschuldung ins Bewußtsein potentieller Zeichner dieser Anleihe zu rücken." R. Hickel, Notwendigkeit . . ., a.a.O., S. 57.

Bankenliquidität anreichert. Eine direkte Kreditbeziehung zwischen dem Staat und der Notenbank hätte dagegen den Vorteil, daß auf eine Verzinsung verzichtet werden könnte und die Tilgungen ausschließlich unter geld- und konjunkturpolitischen Gesichtspunkten erfolgen würde. Hierzu bedarf es allerdings einer Veränderung des bestehenden Bundesbankgesetzes.

Bei der – insbesondere in der Bundesrepublik verbreiteten – Befürchtung, eine über das Geldmengenziel der Bundesbank hinausgehende Geldmengenausweitung (in Folge einer massiveren Notenbankverschuldung) führe automatisch zu einer zunehmenden Inflationsrate, ist der Kausalzusammenhang zweifelhaft. Denn „bei Unterbeschäftigung (und hohen unausgelasteten Produktionskapazitäten; d. Verf.) gilt die Formel ‚Mehr Geld – Mehr Inflation' nicht mehr. Hier heißt sie: Mehr Geld schafft die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung"[26]). Während in Vollbeschäftigungszeiten und bei der ‚Kriegsfinanzierung durch die Notenpresse' ein Inflationsprozeß zwangsläufige Folge der Notenbankverschuldung ist, gilt dieser Zusammenhang nicht für die Tiefpunkte der zyklischen Krisen. Eventuelle Preissteigerungen liegen dann nicht in der Art der Finanzierung des Staatsdefizites begründet, sondern sind den vermachteten Märkten und der Preissetzungsmacht der Konzerne anzulasten die auf Nachfrageausweitungen nicht mit einem erhöhten Mengenausstoß, sondern mit höheren Preisforderungen reagieren. Damit gelten prinzipiell die gleichen Argumente, die bereits beim Zusammenhang Staatsschuld und Inflation behandelt wurden. Auch hier kann nur mit (selektiven) staatlichen Maßnahmen sinvoll gegen Preissteigerungen vorgegangen werden.

Sollte sich aber herausstellen, daß die Geldmenge und die Bankenliquidität in bestimmten Situationen wirklich zu stark ausgedehnt wurde, besteht jederzeit die Möglichkeit, durch eine geeignete Festsetzung der Mindestreservesätze für die Geschäftsbanken, diese überschüssige Liquidität wieder abzuschöpfen.

Alle gemachten Vorschläge erweitern den finanziellen Handlungsrahmen des Staates, beschneiden aber gleichzeitig die Gewinnchancen der Banken. Als Fazit aus den dargelegten Alternativen kann daher nur gefolgert werden, daß ihre Durchsetzung nur gegen die Interessen und Einflußmöglichkeiten des Bankensystems erfolgen kann. Die zweifelsohne noch bestehenden Unsicherheiten und Ängste in breiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der Staatsverschuldung und insbesondere einer Notenbankverschuldung müssen daher zunächst in umfassenden – politischen und gewerkschaftlichen – Aufklärungsaktionen beseitigt werden.

Dieser Aufsatz hatte sich schwerpunktmäßig zur Aufgabe gestellt, die unterstellten wie die wirklichen Probleme, die mit der stark angestiegenen Staatsverschuldung zusammenhängen, darzustellen und zu entdämonisieren. Diese Ausführungen sind daher der Argumentation der konservativen Kritiker an der Staatsverschuldung und letztlich an Staatseingriffen in den „freien

26) Rüdiger Pohl, Bundesbankpolitik in der Krise . . ., a.a.O., S. 245.

Markt" überhaupt entgegenzusetzen. Es muß jedoch davor gewarnt werden, die Staatsverschuldung als Allheilmittel der Wirtschaftspolitik zu begreifen: Schuldfinanzierte Staatsausgaben sind zwar gegenwärtig ein notwendiges Element einer sozialorientierten Wirtschaftspolitik, die dem Vollbeschäftigungsziel verpflichtet ist. Sie dürfen aber nicht mit einer solchen verwechselt werden. Eine expansive Finanzpolitik „muß mit Maßnahmen einer eigenständigen Politik der Inflationsbekämpfung, die nicht das Vollbeschäftigungsziel, sondern ‚das freie Wirken der Marktkräfte' zur Disposition stellt, einer Antiinflationspolitik, die nicht als Antipode, sondern als notwendiger Flankenschutz der Beschäftigungspolitik fungiert"[27]), gekoppelt werden.

Die staatliche Kreditfinanzierung ersetzt keine konsequente Vollbeschäftigungspolitik, verringert nicht die Notwendigkeit einer Abrüstungspolitik, die eine Umstrukturierung der Staatsausgaben zu Lasten der Rüstungsaufwendungen ermöglicht, und ersetzt auch nicht die Notwendigkeit, in bestimmte (Schlüssel-) Bereiche staatlicherseits direkt einzugreifen (Auflagenpolitik, Investitionslenkung, Verstaatlichung etc.).

27) M. Ernst-Pörksen, Die Position . . ., a.a.O., S. 159.

Atomkraftwerke lösen das Ölproblem nicht

Die Stromwirtschaft betreibt die Ausweitung der Energieverschwendung

Von Dieter Teufel

Vorbemerkung

Das gravierendste kurz- und mittelfristige Energieproblem ist die fast 50%ige Abhängigkeit unserer Energieversorgung von importiertem Erdöl und die daraus entstehenden Folgen wie Leistungsbilanzdefizit und politische Erpreßbarkeit. Alle Seiten in der Energiediskussion stimmen darin überein, daß dieses Problem vorrangig gelöst werden muß. Die entscheidende Frage ist, auf welchem Weg es gelöst werden kann.

Die Befürworter der Kernenergie vertreten vehement die Behauptung, mit dem Bau von Kernkraftwerken könne das Ölproblem reduziert werden. Dieses Argument, zuerst von den Stromversorgungsunternehmen in die Energiediskussion eingebracht, klingt plausibel. Es führte u.a. dazu, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt Anfang Februar erklärte, daß er seine Meinung bezüglich der Kernenergie geändert habe und eine Option für den Ausstieg aus der Kernenergie nicht mehr für sinnvoll hält, da nur der verstärkte Bau von Kernkraftwerken unser Energieproblem lösen könne. Ähnlich sehen es viele andere Politiker.

Markt" überhaupt entgegenzusetzen. Es muß jedoch davor gewarnt werden, die Staatsverschuldung als Allheilmittel der Wirtschaftspolitik zu begreifen: Schuldfinanzierte Staatsausgaben sind zwar gegenwärtig ein notwendiges Element einer sozialorientierten Wirtschaftspolitik, die dem Vollbeschäftigungsziel verpflichtet ist. Sie dürfen aber nicht mit einer solchen verwechselt werden. Eine expansive Finanzpolitik „muß mit Maßnahmen einer eigenständigen Politik der Inflationsbekämpfung, die nicht das Vollbeschäftigungsziel, sondern ‚das freie Wirken der Marktkräfte' zur Disposition stellt, einer Antiinflationspolitik, die nicht als Antipode, sondern als notwendiger Flankenschutz der Beschäftigungspolitik fungiert"[27]), gekoppelt werden.

Die staatliche Kreditfinanzierung ersetzt keine konsequente Vollbeschäftigungspolitik, verringert nicht die Notwendigkeit einer Abrüstungspolitik, die eine Umstrukturierung der Staatsausgaben zu Lasten der Rüstungsaufwendungen ermöglicht, und ersetzt auch nicht die Notwendigkeit, in bestimmte (Schlüssel-) Bereiche staatlicherseits direkt einzugreifen (Auflagenpolitik, Investitionslenkung, Verstaatlichung etc.).

27) M. Ernst-Pörksen, Die Position . . ., a.a.O., S. 159.

Atomkraftwerke lösen das Ölproblem nicht

Die Stromwirtschaft betreibt die Ausweitung der Energieverschwendung

Von Dieter Teufel

Vorbemerkung

Das gravierendste kurz- und mittelfristige Energieproblem ist die fast 50%ige Abhängigkeit unserer Energieversorgung von importiertem Erdöl und die daraus entstehenden Folgen wie Leistungsbilanzdefizit und politische Erpreßbarkeit. Alle Seiten in der Energiediskussion stimmen darin überein, daß dieses Problem vorrangig gelöst werden muß. Die entscheidende Frage ist, auf welchem Weg es gelöst werden kann.

Die Befürworter der Kernenergie vertreten vehement die Behauptung, mit dem Bau von Kernkraftwerken könne das Ölproblem reduziert werden. Dieses Argument, zuerst von den Stromversorgungsunternehmen in die Energiediskussion eingebracht, klingt plausibel. Es führte u.a. dazu, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt Anfang Februar erklärte, daß er seine Meinung bezüglich der Kernenergie geändert habe und eine Option für den Ausstieg aus der Kernenergie nicht mehr für sinnvoll hält, da nur der verstärkte Bau von Kernkraftwerken unser Energieproblem lösen könne. Ähnlich sehen es viele andere Politiker.

Dieses Hauptargument für die Kernenergie jedoch ist, wie sich bei näherer Untersuchung der energiepolitischen Zusammenänge zeigt, falsch. Kernenergie kann die durch das Öl verursachten Probleme in keiner Weise lösen, im Gegenteil, der Bau von Kernkraftwerken verhindert dies geradezu.

Strategien zur Einsparung von Öl

Theoretisch gibt es mindestens fünf verschiedene Möglichkeiten, um Öl zu ersetzen: der Bau von Kernkraftwerken und die Verwendung des erzeugten Atomstroms zur Ersetzung von Ölheizung durch a) elektrische Speicherheizung oder b) elektrische Wärmepumpen.

Das Ersetzen von Öl durch c) Fernwärme aus Wärme-Kraft-gekoppelten Kohlekraftwerken oder durch d) Nahwärme aus gasbetriebenen Blockheizkraftwerken und e) Maßnahmen zu einer besseren Nutzung der Energie. In der folgenden Tabelle ist dargestellt, wieviel Öl sich mit diesen verschiedenen Strategien einsparen läßt. Es handelt sich um Zwischenergebnisse einer Untersuchung des – Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU), Heidelberg, in der die ökologischen und ökonomischen Risiken verschiedener energiepolitischer Strategien miteinander verglichen werden. Dabei wurde jeweils untersucht, wieviel Öl über zwanzig Jahre hinweg eingespart werden kann, wenn jeweils eine Milliarde DM in diese fünf verschiedenen energiepolitischen Strategien investiert wird. Es ergibt sich, daß bei Kernkraftwerken pro 1 Mrd. DM über zwanzig Jahre hinweg zwischen 0,46 Mio. m^3 (elektrische Speicherheizung) und 0,7 Mio. m^3 Öl (elektrische Wärmepumpe) eingespart werden könnte. Das Entscheidende ist der Vergleich dieses Öleinspareffektes mit dem anderer Maßnahmen:

Bewertung von Strategien zur Einsparung von Öl

Kosten	*Strategie*	*Auswirkung: Öleinsparung über 20 Jahre*
	Kernkraftwerke: elektrische Speicherheizung[1])	*458 000 m^3 Öl*
	Kernkraftwerke: elektrische Wärmepumpe[1])	*707 000 m^3 Öl*
Jeweils 1 Mrd. DM	*Kraftwärmekopplung – Fernwärme; Kohle*[2])	*1 410 000 m^3 Öl*
	Blockheizkraftwerke – Nahwärme; Gas[2])	*1 940 000 m^3 Öl*
	Rationellere Energienutzung ohne Einschränkung des Komforts (z.B. Thermostatventile, Innen- und Außenisolierung, Doppelfenster, u.v.a.)	
	Phase I (1981–86)	*13 000 000 m^3 Öl*
	Phase II (1986–95)	*3 000 000 m^3 Öl*
	Phase III (1995–2010)	*1 600 00 m^3 Öl*

1) Ohne Forschungsgelder für Kernforschung (ca. 20 Mrd. DM bis 1980).
2) Ohne Erhöhung des Primärenergieverbrauchs, lediglich durch Nutzung von Abwärme.

Wie die Tabelle zeigt, läßt sich durch den Bau Kraft-Wärme-gekoppelter Kohlekraftwerke (nach dem System der Stadt Flensburg) mit der gleichen Summe mit 1,41 Mio. m^3 Öl doppelt bis dreimal und mit Blockheizkraftwerken nach dem System der Stadt Heidenheim mit 1,94 Mio. m^3 Öl 2,7–4,2fach soviel Öl einsparen wie durch die Kernenergie. (Der Öleinspareffekt ist bei den Strategien der Wärme-Kraft-gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme sogar ohne zusätzlichen Verbrauch von Primärenergie an Kohle oder Gas zu erreichen, da diese Wärme bei der bisherigen Erzeugung von Strom weggeworfen wird.)

Noch erheblich größer ist der Öleinspareffekt bei Investitionen zur rationelleren Energienutzung. In der Untersuchung werden 3 Phasen der Durchführung energiesparender Maßnahmen angenommen, wobei zugrunde gelegt wurde, daß zunächst marktwirtschaftlich diejenigen Vorhaben durchgeführt werden, die sich mit Amortisationszeiten von 1–2 Jahren am schnellsten rentieren (Phase I), während Techniken wie Dachstuhlisolierung oder Außenwanddämmung mit Amortisationszeiten von 6–10 Jahren erst über einen Zeitraum von dreißig Jahren durchgeführt werden (Phase III). Dabei wurden nur solche Maßnahmen berücksichtigt, bei denen der Komfort erhalten bleibt und lediglich durch eine bessere Energienutzung der Primärenergieverbrauch reduziert wird. Es ergibt sich, daß durch Investitionen in solche Strategien innerhalb der nächsten 5 Jahre mit 13 Mio. m^3 pro Milliarde DM rund 20mal soviel Öl eingespart werden kann wie mit Kernenergie (!). Selbst noch in 30 Jahren in der Phase III ist der Öleinsparungseffekt durch rationellere Energienutzung rund 2,5–3mal so groß. Es kommt hinzu, daß bei Investitionen in die Strategie Kernenergie frühestens nach einer Bauzeit von 8–10 Jahren das erste Öl eingespart werden kann, während Maßnahmen zur rationelleren Energieverwendung bereits im nächsten Winter einen spürbaren Öleinspareffekt bringen. Bei der Untersuchung wurden jeweils die gesamten Kosten, wie Bau der Kraftwerke, Brennstoffkosten, Lohnkosten usw., berücksichtigt. Preisstand ist 1978/79.

Die Zahlen sind eindeutig. Mit Kernenergie läßt sich zwar Öl einsparen, aber nur Bruchteile dessen, was sich durch Energiesparstrategien erreichen läßt. Da volkswirtschaftlich nur ein begrenztes Finanzvolumen für Energiemaßnahmen zur Verfügung steht, bedeuten die in den nächsten Jahrzehnten geplanten Investitionen von mehreren hundert Mrd. DM in die Kernenergie, daß dieses Geld für die sinnvolleren Maßnahmen blockiert ist und dadurch gerade eine umfassende Lösung des Ölproblems verhindert wird!

Leistungsbilanzdefizit

Wie vollkommen aussichtslos es ist, mit Kernenergie das ölpreisverursachte Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik Deutschland reduzieren zu wollen, zeigt folgende Rechnung:

Ein Kernkraftwerk von der Größe Biblis (1300 MW) erzeugt bei einer Arbeitsverfügbarkeit von 60% 0,84 Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten) Strom pro Jahr.

Der Mineralölverbrauch der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1979 betrug 207 Mio. t SKE Öl. Mit einem Kernkraftwerk könnten also, wenn der Strom vollständig zum Ersetzen von Ölheizungen verwendet würde, maximal 0,4% des Mineralölverbrauchs unseres Landes ersetzt werden. Überlegen wir uns, wie man mit Kernkraftwerken dieses Ölproblem lösen könnte. Nehmen wir an, es würden ab sofort jedes Jahr 10 neue Kernkraftwerke zu 1300 MW gebaut werden. Nehmen wir weiter an, daß die Hälfte des in diesen Kraftwerken erzeugten Stroms zum Ersetzen von Ölheizungen durch Elektroheizungen verwendet wird. Dann ergäbe sich als Effekt dieses Zubaus von Kernkraftwerken von 13000 MW *pro Jahr* (das ist 50% mehr als die Gesamtleistung aller in den letzten 15 Jahren gebauten Kernkraftwerke) eine Reduzierung unseres Mineralölverbrauchs von lediglich 2% pro Jahr.

Die Steigerung des Ölpreises lag aber in den letzten 5 Jahren im Durchschnitt bei 20% pro Jahr! Wenn wir annehmen, daß der Ölpreis in Zukunft ähnlich stark steigt wie in der Vergangenheit (es gibt keine Anzeichen dafür, daß dies nicht so wäre), würde also selbst bei dem angenommenen massiven Zubau von 10 Kernkraftwerken pro Jahr das ölpreisverursachte Leistungsbilanzdefizit fast genauso stark wie bisher *anwachsen* (Wachstum von 18% statt bisher von 20%).

Man kann noch weiter rechnen: Wenn man lediglich ein weiteres Anwachsen des ölpreisverursachten Leistungsbilanzdefizits durch Kernenergie verhindern wollte, müßten *pro Jahr* 100 Kernkraftwerke in der Bundesrepublik gebaut werden. Dann ließe sich das Leistungsbilanzdefizit auf dem heutigen Level halten. Dazu wären aber allein für den Bau der Kernkraftwerke jedes Jahr ca. 200 Mrd. DM Investitionen notwendig (ohne die Kosten für Uran, Brennstoffkreislauf usw.). Die Kosten für das *gesamte* Öl, welches wir im letzten Jahr importiert haben, lagen aber demgegenüber nur bei 80 Mrd. DM.

Es ergibt sich also eindeutig, daß es völlig aussichtslos ist, mit Kernkraftwerken das Ölproblem lösen zu wollen.

Die Zahlen sind deutlich. Trotzdem wird das Argument, der Hauptgrund für den Bau von Kernkraftwerken sei die Lösung unseres Ölproblems, von der Energiewirtschaft und einigen Politikern, die auf sie hören, vertreten. Wie kommt das? Wie kommt es, daß staatliche Programme zur Förderung der rationelleren Energienutzung gestrichen wurden, daß das Fernwärmeprogramm der Bundesregierung auf fast Null gekürzt wurde, daß fast jeder, von Wirtschaft bis Politik, vom Energiesparen redet, in Wirklichkeit aber fast nichts dafür geschieht? Um das Problem anzugehen, müssen wir zwischen volkswirtschaftlichem und betriebswirtschaftlichem Nutzen unterscheiden. Das, was volkswirtschaftlich den größten Nutzen bringen würde, die Investition von Geld in Maßnahmen zum Energiesparen, widerspricht in höchstem Maße den betriebswirtschaftlichen Interessen der Energiewirtschaft. Die Energiewirtschaft macht, wie jeder andere Wirtschaftszweig, ein Geschäft mit dem Verkauf ihrer Ware, der Energie. Jegliche Verringerung des Umsatzes würde die Gewinne schmälern. Oder anders ausgedrückt: Die Energiewirt-

schaft macht umso mehr Gewinne, je mehr Energie sie verkaufen kann, und dabei ist es völlig egal, ob die verkaufte Energie tatsächlich genutzt oder verschwendet wird. Diese Aussagen sind lapidar, sie müssen jedoch erwähnt werden, da gerade die Energiewirtschaft, aber auch die in weiten Bereichen von ihr gesteuerte Energiepolitik in großen Anzeigen, Broschüren und Werbespots so tut, als stünde Energiesparen an erster Stelle. Bei genauerer Analyse stellt sich heraus, daß dies pure Public Relations ist, die dazu dient, das Interesse der Energiewirtschaft an einem möglichst hohen Absatz ihrer Ware zu verschleiern und davon abzulenken, daß die tatsächlich getroffenen (und von uns, den Verbrauchern, finanzierten) Maßnahmen, die unter dem Deckmantel Energiesparen laufen, in Wirklichkeit in vielen Fällen die Energieverschwendung noch erhöhen. Dies soll im folgenden näher erläutert werden.

Strom und Wärme

Alle Prognosen der Stromwirtschaft über den erwarteten hohen Zuwachs des Stormverbrauchs aus den letzten Jahren haben sich nicht erfüllt. Während die Stromwirtschaft mit einem Wachstum des Stromverbrauchs von etwa 8 % pro Jahr rechnete, lag die tatsächliche Steigerung seit der Ölkrise im Jahr 1973 bis heute im Durchschnitt nur bei 3,3 % pro Jahr. Im letzten Jahr kam es beim Stromverbrauch sogar zu einer Stagnation.

Die Verbraucher sind kritischer geworden, der Markt bietet zunehmend Geräte mit geringerem Stromverbrauch an. Die Bevölkerung nimmt auch nicht mehr zu, und die wirtschaftliche Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg ist vorüber. Die meisten Haushalte haben schon fast alle elektrischen Geräte. Was tun, um den Stromverbrauch dennoch weiter steigen zu lassen?

Die Stromwirtschaft plant, mit großem Aufwand in den nächsten Jahrzehnten in den Wärmemarkt einzudringen. Dies wäre aber energiepolitisch und volkswirtschaftlich eines der unsinnigsten Dinge, die man machen könnte. Strom wird dadurch erzeugt, daß in einem Kraftwerk zunächst heißer Wasserdampf, also Wärme, durch Verbrennung von Brennstoffen oder Spaltung von Uran erzeugt wird. Aus physikalischen Gründen kann aber nur zwischen 30 und 40 % dieser Wärmeenergie in elektrischen Strom umgewandelt werden, der Rest von 60–70 % wird heute als Abwärme über Kühltürme oder über eine Erwärmung von Flüssen in die Umwelt weggeworfen. Was als Stromenergie an der Steckdose des Verbrauchers ankommt, sond nur 29,1 % der Primärenergie, die ursprünglich in die deutschen Kraftwerke hineingesteckt wurde. Wenn man nun mit diesem Strom in den Haushalten oder in der Industrie wieder Wärme machen will, bedeutet dies, daß diese Wärmegewinnung schon von vornherein mit der großen Energieverschwendung in den Kraftwerken belastet ist. Energetisch viel sinnvoller wäre es, die Primärenergie direkt zur Erzeugung von Wärme, ohne den Umweg über Strom, einzusetzen oder die bei der Stromerzeugung bisher weggeworfene Wärme als Nah- oder Fernwärme durch Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen.

Verschiedene Heizungssysteme im Vergleich

Bei jedem der vier im folgenden skizzierten Systeme zur Erzeugung von Raumwärme wird jeweils 100 % Primärenergie investiert, und es wird miteinander verglichen, wieviel Prozent tatsächlicher Nutzenergie beim Verbraucher ankommen.

Bei der Elektrospeicherheizung liegt der Wirkungsgrad aufgrund der hohen Abwärmeverluste unseres Stromversorgungssystems und aufgrund von Leitungs- und Speicherverlusten bei nur 25 %. Demgegenüber liefert eine konventionelle Heizung mit Gas, Öl oder Koks 80 %, bei modernen Brennern über 90 %.

Daneben finden verschiedene Wärmepumpensysteme Verwendung.

Zwischen den einzelnen Arten dieser Pumpen bestehen gewaltige Unterschiede in ihrem Primärenergieverbrauch. Während brennstoffbetriebene Kompressionswärmepumpen einen Wirkungsgrad um 180 %, bei technisch gut optimierten Systemen bis 220 % besitzen, liegt der Wirkungsgrad von Elektrowärmepumpen nur bei 70–120 %.

Die zum Betrieb einer mit Gas oder Diesel betriebenen Wärmepumpe notwendige Primärenergie fließt als Brennstoff in einen Motor, wo sie mit einem technischen Wirkungsgrad von etwa 35 % in mechanische Energie umgewandelt wird. Diese 35% treiben den Kompressor des Wärmepumpenkreislaufs an. Durch den Wärmepumpeneffekt können aus der Umwelt (oder aus Abfallwärme) etwa 90% Energie dazu gewonnen werden, was in der Summe 125 % macht. Die im Brennstoffmotor ungenutzt gebliebene Primärenergie, die in Form von heißem Kühlwasser und Abgas anfällt, kann jedoch zum größten Teil ebenfalls als Wärmeenergie genutzt werden. Von daher fließen noch einmal etwa 60% Heizwärme zu, was einen Gesamtwirkungsgrad von 185 % ermöglicht. Das heiße Kühlwasser und Abgas des Brennstoffmotors hat dazu noch den Vorteil, daß mit der Wärmepumpe nicht die gesamte Temperaturspanne zwischen Umwelttemperatur und Heizungstemperatur überbrückt werden muß. Etwa ein Drittel der notwendigen Temperaturerhöhung wird der Wärmepumpe durch die Abfallwärme des Motors abgenommen. Dadurch ist der reine Wärmepumpenwirkungsgrad, der sich in der Leistungsziffer ausdrückt, bei einer brennstoffbetriebenen Wärmepumpe höher als bei einer Elektrowärmepumpe, die die gesamte Temperaturspanne nur mit der Wärmepumpe überbrücken muß.

Elektro-Wärmepumpe: der große Flop

Elektrowärmepumpen, die in letzter Zeit von Stromversorgungsunternehmen stark empfohlen werden, sind energetisch bei weitem nicht so günstig wie die zuvor beschriebene Art. Sie sind mit zwei Nachteilen behaftet, die ihren Gesamtwirkungsgrad auf nur 70–120 % reduzieren.

Wie schon beschrieben, wird in unseren Kraftwerken die Primärenergie nur zu etwa 30% genutzt. Die Elektrowärmepumpe ist deshalb von Anfang an mit

diesem schlechten Wirkungsgrad behaftet. Da die Elektrowärmepumpe zudem (wie gleichfalls bereits dargestellt) keine heiße Motorabwärme nutzen kann, muß sie die gesamte Temperaturspanne zwischen kalter Umwelttemperatur und Heizungstemperatur voll überbrücken, wodurch ihre Leistungsziffer niedriger liegt.

Nur bei einer Wärmeentnahme aus dem Grundwasser, die in den meisten Fällen nicht möglich sein dürfte, kann mit einem Wirkungsgrad von etwa 120% gerechnet werden. Muß die Umweltwärme, wie es am häufigsten der Fall ist, aus der Luft entnommen werden, liegt der Wirkungsgrad nur bei etwa 70%, d.h. sogar noch unter dem Wirkungsgrad einer normalen konventionellen Heizungsanlage. Es kommt hinzu, daß der Besitzer einer Elektrowärmepumpe diese nur bei Außentemperaturen über 3 Grad C betreiben darf; sinkt die Temperatur unter diesen Wert, muß er eine andere Heizung zuschalten. D.h. gerade für die Zeit, wo Heizen am notwendigsten ist, braucht man ein komplettes zweites Heizungssystem. Verschiedene Rechnungen zeigen, daß die mit den verlockendsten Argumenten angepriesene Elektrowärmepumpe sich für einen Hausbesitzer absolut nicht lohnt. Sie lohnt sich allerdings sowohl für die Hersteller der Elektrowärmepumpen als auch für die Stromverkäufer.

Da für alternative Energietechnologien nur wenige Prozent der Forschungsmittel wie für Kernenergie ausgegeben werden, ist die gas- oder dieselbetriebene Wärmepumpe bisher nur in größeren Aggregaten für Mehrfamilienhäuser und nur von einem Hersteller für Einfamilienhäuser auf dem Markt. Verschiedene Firmen, darunter VW und Fichtel & Sachs, arbeiten jedoch an kleinen Aggregaten, die in zwei bis drei Jahren auf dem Markt sein werden.

Elektroheizungen: die unsinnigste Heizungsart

Vergleicht man die verschiedenen Energiesysteme, dann wird ersichtlich, daß die mit Abstand unsinnigste Art der Wärmeerzeung die Verwendung von Strom in Elektrospeicherheizungen ist. Dennoch wurde gerade diese Heizungsart von Stromversorgungsunternehmen aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen (freie Kapazitäten der Stromerzeugung nachts) propagiert. Dadurch stieg in den letzten Jahren der Anschlußwert von Elektroheizungen in der Bundesrepublik auf 29000 MW im Jahr 1979. Die verfügbare Kapazität öffentlicher Kraftwerke (installierte Kapaziät minus 15% Reserve) liegt demgegenüber bei etwa 63000 MW. Dies bedeutet, daß bei Einschaltung aller Elektroheizungen in einem kalten Winter zu diesem Zeitpunkt fast die Hälfte der gesamten Stromkapazität allein für diese unsinnige Art der Wärmeerzeugung verbraucht wird.

Nach der Studie „Wärme 2000" der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) soll diese Energieverschwendung auch in Zukunft weiter propagiert werden und weiter anwachsen. Die VDEW plant, daß bis zum Jahr 2000 zusätzlich zu den heute bereits existierenden 1,9 Mio. Elektroheizungen weitere 1,7 Mio. installiert werden. Auch die energetisch unsinnige Elektrowärmepumpe soll bis zum Jahr 2000 in 4 Mio. Wohnungen installiert werden.

Kraft-Wärme-Kopplung

Wesentlich sinnvoller wäre es, die bei der Stromerzeugung anfallende Wärme bereitzustellen (Kraft-Wärme-Kopplung). Pionierdienste dazu haben die Stadtwerke Flensburg und Heidenheim geleistet. Durch Kraft-Wärme-Kopplung mit Kohle konnte in Flensburg der Gesamtwirkungsgrad bei der Stromerzeugung von normal unter 30% auf über 70% gesteigert werden. Gleichzeitig konnten die Heizkosten bei den an die Fernwärme angeschlossenen Haushalten im Vergleich zu einer Ölheizung um rund 25% reduziert werden. Ein anderes Beispiel ist Heidenheim, wo heute mehrere Blockheizkraftwerke installiert sind, deren Wirkungsgrad bei 80–90% liegt. Obwohl diese Techniken seit langem bekannt sind, plant die Stromwirtschaft bis 1995 den Bau von insgesamt 26500 MW neuen konventionellen Kraftwerken *ohne* Kraft-Wärme-Kopplung. Wenn diese Planung realisiert würde (wofür alles spricht, das Fernwärmeprogramm der Bundesregierung existiert praktisch nicht mehr), würde dadurch mehr Energie weggeworfen werden, als die im gleichen Zeitraum geplanten Kernkraftwerke erzeugen könnten.

Diese gigantische Energieverschwendung ist möglich, weil auf dem Gebiet der Stromversorgung jeglicher freier Wettbewerb verhindert ist. Das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Dritten Reich sichert den Stromversorgungsunternehmen ein absolutes Monopol der Erzeugung und der Leitung von Strom zu. Das Energiewirtschaftsgesetz verstößt damit eklatant gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, Art. 3 Satz 1, weil die Elektrizitätswirtschaft ohne sachlichen Grund von Kartellverboten freigestellt ist, denen die übrigen Wirtschaftszweige unterworfen sind. Aufgrund dieses Gesetzes geben Gemeinden in sogenannten Konzessionsverträgen einem Elektriziätsversorgungsunternehmen das alle Konkurrenz ausschließende Recht, Leitungen über öffentlichen Grund zu legen, und verzichten in diesen Verträgen in aller Regel darauf, Elektrizität selbst zu erzeugen oder Wärme-Kraft-Kopplung durchzuführen. Als Entgelt für die Gewährung solcher Rechte erhalten die Gemeinden von den Stromverkäufern Konzessionsabgaben in Milliardenhöhe auf Kosten der Verbraucher. Die sonst so gerühmte freie Marktwirtschaft findet nicht statt.

Resümee

1. Kernenergie ist die mit Abstand schlechteste Möglichkeit, Öl zu substituieren. Investitionen in diese Strategie blockieren wertvolles Kapital und verhindern so, daß das Ölproblem gelöst wird.

2. Es ist vollkommen aussichtslos, mit der Kernenergie das ölpreisverursachte Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik verringern zu wollen.

3. Die Stromwirtschaft plant durch Ausweitung der Energieverschwendung („Strom für Wärme") eine Ausweitung ihres Umsatzes und Gewinns. Durch geschickte Täuschung gaukelt sie dem Verbraucher vor, die Erzeugung von Wärme mit Strom sei eine Energieeinsparung.

Medienkritik

BUTTERFLY IM SCHLACHTHAUS

Wenn ein Kameraauge faschistischen KZ-Alltag abfilmt, dann sieht es in der Regel: die ausgemergelten Körper der Häftlinge, die Todeszäune um das Lager, den Rauch aus dem Krematorium, die Brutalitäten der uniformierten Schlächter.

In „Spiel um Zeit" (ZDF 9./10. 3. 1981) war die Perspektive eine besondere. Die Mordfabrik von Auschwitz, eingefangen mit den Augen einer Resistance-Kämpferin, deren Kleidung ein wenig vollständiger, deren Rationen etwas größer, deren Tagesablauf nicht von Zwangsarbeit in Fabrik oder Steinbruch bestimmt war. Fania Fenelon war Mitglied des Mädchenorchesters von Auschwitz.

Das wirkt wie ein ästhetischer Kunstgriff: die Kamera, gestellt auf eine Insel von Privilegierten inmitten des Vernichtungslagers, um von dort die blutige Wirklichkeit aufzunehmen. Es ist aber ein Realitätspartikel, denn diese musizierenden Frauen hat es tatsächlich gegeben. Sie mußten spielen zum Ausmarsch der anderen Lagerinsaßen zur Arbeit, zur Ankunft neuer Transporte, zum puren Vergnügen der Nazi-Schergen.

Die Schreie der Opfer, die Todesschüsse der Bewacher sind verdichtet zu einem permanenten Begleitton im Hintergrund des Films.

KZ im Faschismus bedeutete, auch für die Frauen des Orchesters, ständige Todesangst, völlige Unterwerfung unter die Willkür der Nazis, ein tägliches Vegetieren ohne jeden Sinn, mit dem einzigen Ziel: für das Nachher zu überleben. Das zeigt der Film.

Und „Spiel um Zeit" führt vor, wie tief der Hitlerfaschismus die Menschen in ihrer Substanz zerstörte – so sehr, daß sich auch unter den Häftlingen Streit, Korruption und Mißgunst ausbreiteten. Die Bilder davon sind zahlreich und werden doch nicht gegen die Opfer selbst gerichtet, sondern bleiben Indiz für das Inhumane von Faschismus, der auch dies noch in den Menschen anrichten konnte. Und es gibt in diesem Film auch die andere Seite: Mut, Hilfe, Solidarität unter den Opfern. Als Mala und Edek, Symbolfiguren des Widerstands im Lager, auf der Flucht gefaßt und erhängt werden und alle Häftlinge an ihren Leichen „zur Abschreckung" vorbeimarschieren müssen, nehmen die Geschundenen gegen strikten Befehl die Kopfbedeckungen ab.

Gefährlich dagegen, wie in diesem Film die Faschisten dargestellt sind. Doktor Mengele etwa, einer der berüchtigsten Nazi-Mörder, ist von der Musik der Frauen „tief bewegt" – ohne daß im gesamten Film deutlich wird, welche Verbrechen er im Lager begangen hat. Die Lagerführerin Mandel wird mit hollywoodgerechten Rührszenen ins Bild gebracht. In Fania Fenelons *Buch* bleibt die Unmenschlichkeit der einzelnen Faschisten stets präsent, der *Film* setzt den Akzent einseitig auf deren Anwandlungen von Menschlichkeit. Wo hierzulande große Medien über die Kapplers und Dönitze Krokodilstränen vergießen und an mancher Hauswand „Freiheit für Rudolf Heß" geschmiert steht, wo vor den Gerichten immer noch über ungesühnte Nazi-Morde verhandelt wird, welcher Seite wird es da wohl nützen, wenn derart die ach so menschlichen Seiten von Massenmördern herausgestellt werden?

„Spiel um Zeit" war schon vor der ZDF-Ausstrahlung von vielen zum Medienereignis ernannt worden. In den USA hatte es Rekordeinschaltquoten von rund 40% gegeben. Hier in der BRD sahen und diskutierten viele den Film, aber eine zweite öffentliche „Holocaust"-Sensation fand nicht statt.

Der Film hätte das auch kaum hergegeben, denn verglichen mit „Holocaust" ist sein Ausschnitt noch radikaler eingeschränkt: von der Genesis und den Ursachen des Faschismus kommt gar nichts ins Bild, ebensowenig vom Alltagsleben der Menschen außerhalb der KZs. Aber es kann kein Vorwurf an einen einzelnen Film sein, aufzuzählen, was er *nicht* zeigt, solange das, was er ins Bild rückt, wichtig genug ist für das öffentliche Bewußtsein in einem Staat.

Empirische Untersuchungen über „Holocaust" ergaben, daß über die Bedeutung eines Films nicht allein die einmalige TV-Ausstrahlung entscheidet. Wer antifaschistische Wirkungen erzielen will, muß öffentlich *mit einem Film arbeiten,* muß ihn in Seminare und Diskussionen einbinden, ihn snnvoll vor- und nachbereiten. Das ZDF demonstrierte eindrucksvoll, wie man es nicht machen soll.

Uwe Naumann

Arbeitsmarkt 1981 – eine Zwischenbilanz

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen und haben schon jetzt den Rekordstand von Anfang 1976 wieder erreicht. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Arbeitslosigkeit ein konjunktureller „Spätindikator" ist, d. h. auch dann noch ansteigt, wenn die Konjunktur bereits Besserungstendenzen aufweist. So lag der konjunkturelle Tiefpunkt der Krise 1974/75 im Herbst 1975, die registrierte Arbeitslosigkeit erreichte jedoch erst im Frühjahr 1976 ihren Höhepunkt. Da zur Zeit noch immer konjunkturelle Verschlechterungstendenzen vorherrschen, ist für den weiteren Jahresverlauf eine Fortsetzung der ungünstigen Entwicklung zu erwarten.

Eine Vorausschätzung der möglichen Entwicklungen am Arbeitsmarkt wird jährlich vom „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (IAB) der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit erstellt. Dabei werden verschiedene Varianten der konjunkturellen Entwicklung im Hinblick auf ihre Konsequenzen für den Arbeitsmarkt durchgerechnet. Die wahrscheinlichste Variante für 1981 beinhaltet einen Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um 1%.

Tabelle 1

Arbeitsmarktbilanz[1])

	1970	*1973*	*1974*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*	*1980*	*1981*[2])
Erwerbspersonenpotential	*26719*	*27077*	*26943*	*26820*	*26654*	*26636*	*26765*	*26949*	*27167*	*27337*
darunter: ausländische Erwerbspersonen	*1863*	*2580*	*2533*	*2440*	*2289*	*2215*	*2230*	*2289*	*2368*	*2408*
Erwerbstätige	*26570*	*26648*	*26155*	*25266*	*25033*	*24993*	*25181*	*25494*	*25658*	*25247*
darunter: abhängig Beschäftigte	*22148*	*22500*	*22092*	*21329*	*21233*	*21296*	*21556*	*21924*	*22128*	*21757*
Registrierte Arbeitslose	*149*	*273*	*582*	*1074*	*1060*	*1030*	*993*	*876*	*889*	*1250*
„Stille Reserve"	*0*	*156*	*206*	*480*	*561*	*613*	*591*	*579*	*620*	*840*
Arbeitslose insgesamt	*149*	*429*	*788*	*1554*	*1621*	*1643*	*1584*	*1455*	*1509*	*2090*

1) In 1000 Personen.
2) Vorausschätzung bei einem Rückgang des Bruttosozialprodukt um 1%, einer Verringerung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 1,8 % und einer Zunahme der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde um 2,5 %.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", Heft 1/1981.

Die Arbeitslosigkeit wird demnach im Jahresdurchschnitt 1981 auf über zwei Millionen ansteigen. Während die amtliche Arbeitsmarktstatistik stark von den subjektiven Erwartungen der Betroffenen und von den jeweiligen gesetzlichen Regelungen abhängt, geht die Rechnung des IAB einen anderen Weg. Sie versucht, von „objektiven" Kriterien auszugehen. Sie vergleicht das existierende Erwerbspersonenpotential mit der tatsächlichen Erwerbstätigkeit. Die Differenz zwi-

schen beiden Größen gibt Auskunft über die Zahl der für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehenden Personen ohne Beschäftigung, also über die tatsächliche Arbeitslosigkeit. Die „Stille Reserve" entspricht der Differenz zwischen registrierter und tatsächlicher Arbeitslosigkeit.

Trotzdem sind auch die Kriterien des IAB nur mit Einschränkungen als „objektiv" zu betrachten. Diese Einschränkungen beziehen sich vor allem auf die Berechnung des Erwerbspersonenenpotentials, obwohl auch die Statistik der Erwerbstätigkeit keineswegs so „unanfechtbar" ist, wie auf den ersten Blick angenommen werden kann. Das Erwerbspersonenpotential gibt nach dem Konzept des IAB die Zahl der Personen an, die bei günstiger Wirtschaftslage für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen. Ausgangspunkt der Berechnung ist daher ein Jahr annähernder Vollbeschäftigung, hier das Jahr 1970. Im Idealfall entspricht die Summe der Erwerbstätigen und der registrierten Arbeitslosen dem Erwerbspersonenpotential. Von dieser Situation ausgehend wird das Potential auf der Grundlage demographischer Entwicklungen (Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung) und auf der Grundlage von tendenziellen Veränderungen der Erwerbsgewohnheiten (Frauenerwerbstätigkeit, Verlängerung der Ausbildungszeiten, Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze usw.) fortgeschrieben.

Es ist klar, daß die Berechnungen umso problematischer werden, wie Arbeitslosigkeit zur Dauererscheinung wird. Denn der praktische „Test", wieviele Personen denn bei ausreichendem Arbeitsplatzangebot tatsächlich eine Arbeit suchen würden, kann nicht wiederholt werden. Das Erwerbsverhalten selbst, die Länge der Ausbildungszeiten, die Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze usw. wird von einer Situation dauernder Unterbeschäftigung stark beeinflußt. Gesetzliche Regelungen, die zu einer Verminderung des Arbeitsangebots führen (z. B. Verlängerung der Schulzeiten) lassen sich in Zeiten von Unterbeschäftigung sicher leichter durchsetzen als bei Arbeitskräftemangel. Das Arbeitspotential selbst ist also keine Größe, die von der Wirtschaftslage unabhängig ist. Das Arbeitsangebot selbst ist abhängig vom Arbeitskräftebedarf, die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung schafft sich in gewissen Grenzen selbst das Erwerbstätigenpotential, das benötigt wird. Auch in Perioden starken Wachstums wird eine „Arbeitskraftreserve" benötigt, die die Flexibilität des Produktionsprozesses in saisonaler und struktureller Hinsicht gewährleistet. Insofern ist auch die Annahme des IAB, in Zeiten günstiger Konjunktur – hier im Jahre 1970 – entspräche die tatsächliche Arbeitslosigkeit der registrierten Arbeitslosigkeit anfechtbar. Schon die Tatsache, daß die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt unter dem Einfluß saisonaler Faktoren stark schwankt weist darauf hin, daß es ein Reservoir an Arbeitskräften gibt, das größer ist als die jahresdurchschnittlich registrierte Arbeitslosenzahl.

Trotz dieser kritischen Einwände ist die Potentialrechnung des IAB eine unerläßliche Ergänzung der offiziellen Arbeitsmarktstatistik, vor allem unter langfristigeren Gesichtspunkten. Denn bei anhaltender Unterbeschäftigung wird ein wachsender Teil der Erwerbspersonen vom Arbeitsmarkt verdrängt und erscheint nur noch in der „Stillen Reserve". Zeitweilige konjunkturelle Belebungen – dies zeigt die obenstehende Tabelle – wirken sich daher relativ stark auf den registrierten Teil der Arbeitslosigkeit aus, nur wenig auf die „Stille Reserve". Sie ist in den beiden „Konjunkturjahren" 1978 und 1979 fast unverändert geblieben bzw. gegenüber dem Jahr 1975 sogar noch angestiegen. Dagegen hätte eine isolierte Betrachtung der registrierten Arbeitslosenzahlen den Eindruck erwecken können – und dieser Eindruck ist bewußt erweckt worden – als seien in den Jahren 1976 bis 1979 immerhin bemerkenswerte beschäftigungspolitische Fortschritte gemacht worden. Diese „Erfolge" waren aber weitgehend nur optisch: zwischen 1975 und 1977 ist es lediglich gelungen, einen wachsenden Teil der Erwerbslosen aus der Statistik in die „Stille Reserve" zu verdrängen.

Die „Arbeitsmarktbilanz" des IAB in dieser Form gibt keine Auskunft über eine andere Form der Arbeitslosigkeit: die Unterbeschäftigung in zeitlicher Hinsicht. Vor allem durch Kurzarbeit geht ein erheblicher Teil der Arbeitskapazität verloren. Diese ist zwar für den Betroffenen wesentlich weniger einschneidend als Arbeitslosigkeit, vom Standpunkt der Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen aber gibt es keinen Unterschied zwischen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Daher berechnet das IAB zusätzlich den Auslastungsgrad des Arbeitspotentials in Arbeitsstunden – die Verschwendung von Arbeitszeit durch Kurzarbeit ist hier der Verschwendung durch Arbeitslosigkeit gleichgesetzt.

Tabelle 2

Auslastungsgrad des Arbeitsvolumens[1])

1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
98,3	96,0	94,1	90,8	90,8	90,5	90,5	91,1	90,7	88,0

1) In Prozent
Quelle: ebd.

Während die offizielle Arbeitslosenquote (registrierte Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen) 1980 bei 3,8 % lag, war tatsächlich fast 10% des existierenden Arbeitspotentials nicht genutzt.

Bei allen diesen Rechnungen sind die Auswirkungen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nur teilweise berücksichtigt. Sie entlasten den Arbeitsmarkt und stellen zumindest teilweise ebenfalls verdeckte Arbeitslosigkeit dar.

Tabelle 3

Beschäftigungspolitische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik[1])

	1973	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Kurzarbeit	44	223	96	55	50	29	46	169
Arbeitsbeschaffung	4	41	75	72	90	86	68	82
Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Bildung	101	127	97	65	63	73	86	93

1) In 1000 Beschäftigten
Quelle: ebd.

Demnach wäre die tatsächliche Arbeitslosenzahl z. B. 1980 um etwa 200 000 höher gewesen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit nicht eingegriffen hätte. Allerdings fällt es schwer, die Kurzarbeit als arbeitsmarktpolitische Maßnahme zu bezeichnen, stellt sie doch wesentlich eine staatliche Finanzierung von Unterbeschäftigung dar. Sicher wäre kaum ein Kurzarbeiter entlassen worden, wenn die Bundesanstalt keine Zuschüsse in Form von Kurzarbeitergeld gezahlt hätte. Daher sind die „Erfolge" dieser Art von Beschäftigungspolitik hier sicher weit überzeichnet.

Dies gilt auch für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. In vielen Fällen ist es hier einfach zu einer Verschiebung der Finanzierungslasten auf die Bundesanstalt gekommen, es wurden an sich notwendige Einstellungen unterlassen, weil eine ABM-geförderte Arbeitskraft wesentlich billiger war. Sowohl bei Kurzarbeit als auch bei ABM-Maßnahmen dürfte der „Mitnahmeeffekt" durch die Unternehmer im Vordergrund gestanden haben.

Anders verhält es sich mit den beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Umschulungsmaßnahmen. Hier wurde der Arbeitsmarkt tatsächlich entlastet. In den Rechnungen des IAB wird dieser Personenkreis allerdings nicht in die Berechnung des Erwerbspersonenpotentials einbzeogen und taucht daher auch in der „Stillen Reserve" nicht auf: das IAB geht davon aus, daß es sich hierbei um einen Arbeitsmarktentzug handelt, der von der jeweiligen Beschäftigungslage unabhängig ist. Die Zahlen zeigen allerdings, daß die Umschulungsmaßnahmen in einem gewissen Umfang dazu dienen, die Optik der Arbeitsmarktstatistik zu verbessern. Immerhin waren im Krisenjahr 1975 etwa 60 000 Erwerbspersonen mehr in Umschulungsmaßnahmen untergebracht als in den konjunkturell günstigeren Jahren 1977 bis 1979.

Obwohl die Arbeitsmarktbilanz des IAB in weiten Teilen auf Schätzungen beruht, zeigt sie doch, in welche Dimensionen die Arbeitslosigkeit in der BRD inzwischen gewachsen ist.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Resolutionen sozialdemokratischer Parteitage und Gremien zum „Nachrüstungs"-Beschluß und zur Sicherheitspolitik

Antrag des SPD Landesvorstandes Baden-Württemberg zum „Nachrüstungs"-Beschluß an den Landesparteitag – beschlossen am 20./21. März 1981 (Wortlaut)

Ausgehend vom Berliner Parteitagsbeschluß stellt die SPD Baden-Württemberg fest:

1. Es ist für alle europäischen Staaten von existentiellem Interesse, daß auf dem Wege von Rüstungskontrollverhandlungen ein Ergebnis erreicht wird, das den Verzicht auf die geplante Nachrüstung bei entsprechender Reduzierung der schon aufgestellten SS-20-Raketen zum Inhalt hat. Nur so kann die Gefahr eines auf Europa begrenzten Atomkrieges entscheidend vermindert werden.

2. Die Ereignisse der letzten 18 Monate haben das Erreichen dieser Zielsetzung eher erschwert. Eine Politik, die eine militärische Überlegenheit anstrebt oder das Ost-West-Verhältnis durch sonstige Schritte willkürlich verschlechtert, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

3. Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingungen mündet: Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.

4. Wir erwarten, daß die Verhandlungen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichts auf eine eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage. An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitages entfallen und eine Revision des Beschlusses notwendig ist.

Resolution des Unterbezirksparteitags der SPD Münster vom 27. März 1981 zur „Nachrüstung" und zum „Krefelder Appell" (Wortlaut)

Mut für eine bessere Zukunft – für eine wirkliche Entspannungspolitik

Immer offensichtlicher erweist sich der NATO-„Nachrüstungsbeschluß" als eine Gefährdung des politischen Entspannungsprozesses in Mitteleuropa. Die unbestreitbaren Erfolge der von Willy Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik drohen zu einer bloßen weltpolitisch-historischen Episode zu verkommen.

Die Münsteraner Sozialdemokraten appelieren daher an die Bundesregierung und alle Politiker der SPD, den Weg der Entspannung und Abrüstung konsequent weiterzuentwickeln. Dazu zählen insbesondere die Aufhebung des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses" sowie die an der Erzielung konkreter Ergebnisse orientierte Fortführung der Wiener MBFR-Verhandlungen sowie des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid. Insbesondere fordern wir die Einberufung einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz, auf der konkrete Schritte in Richtung auf vertrauensbildende Maßnahmen und der Schaffung von atomwaffenfreien bzw. militärisch verdünnten Zonen unternommen werden, wie das schon im Godesberger Programm gefordert wird.

Gerade hinsichtlich des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses" haben in den letzten Monaten eine Reihe von Friedensforschern festgestellt, daß zur Stationierung neuer amerikanischer nuklearer

Mittelstreckenraketen keinerlei militärische Notwendigkeit besteht. Vielmehr bringt die NATO, und somit auch die Bundesregierung, immer wieder falsches Zahlenmaterial an die Öffentlichkeit, um so eine weder militärisch noch politsch notwendige Aufrüstung durchzusetzen. So kommt der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom 9. 2. 1981 in einer Analyse des militärischen Kräfteverhältnisses zu dem Ergebnis: „Trotz aller Zahlen – im Wettrüsten liegt Amerika immer noch vorn".

Im Zusammenhang mit dem SS-20-Raketenpotential der Sowjetunion z. B. läßt sich die Informationspolitik der NATO gut studieren. Im SIPRI-Jahrbuch 1980/81 heißt es zu diesem Thema:

„Die SS-20 wurde im Laufe des Jahres 1977 einsatzbereit, ihre Einheiten wurden etwa im Verhältnis 60:40 in der westlichen und östlichen Sowjetunion in Dienst gestellt, wobei der Ural als Grenzlinie gilt. Die geschätzte Produktionsrate beträgt 36–40 Abschußvorrichtungen pro Jahr . . ."

Dies bedeutet, daß die Sowjetunion bis Januar 1981 etwa 130 SS-20-Raketen produziert hat. Wichtig ist, daß von diesen 130 SS-20 40%, also etwa 50 SS-20 östlich des Urals stationiert sind und somit das Territorium der BRD nicht erreichen können. Sie sind auf Ziele in China gerichtet. Diese Tatsache wird noch vom Weißbuch 1979 verschwiegen. Der Westen wird also z. Z. von etwa 80 SS-20-Raketen bedroht.

Man erinnere sich, wie die Politiker im Vorfeld des NATO-Raketenbeschlusses sich in ihren Schätzungen über das SS-20-Potential der Sowjetunion zu überbieten suchten. Und immer wieder wurde die Behauptung in den Raum gestellt, daß es sich bei der SS-20 um eine Mittelstreckenrakete mit drei einzel lenkbaren Sprengköpfen handele (Weißbuch 1980). Inzwischen hat die NATO offiziell mitgeteilt, daß die SS-20 doch nur mit einem Sprengkopf versehen sei . . .

Neben diesen militärischen ist inzwischen eine gerade von den Genossen Schmidt und Apel immer wieder angeführte politische Bedingung des NATO-Beschlusses entfallen. Den Delegierten des Berliner Parteitages der SPD wurde die Zustimmung insbesondere mit dem Argument abgerungen, nur so sei die Regierung der USA bereit, das SALT-II-Vertragswerk zu unterzeichnen. So heißt es im Antrag 11 zur „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" ausdrücklich:

„Bei einem Scheitern von SALT-II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufes gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen."

Diese „neue Lage" ist inzwischen eingetreten. Der neugewählte amerikanische Präsident Ronald Reagan hat mehrfach seine Absicht bekräftigt, SALT-II nicht zu unterzeichnen. Schon allein deshalb muß auf Grund der Beschlußlage der SPD die lediglich bedingte Zustimmung zum „Nachrüstungsbeschluß" neu entschieden werden.

Sollten in Westeuropa tatsächlich die mit dem Raketenbeschluß verbundenen 572 neuen atomaren Mittelstreckenraketen stationiert werden, so würde diese Region damit in unheilvoller Weise in die neue Atomkriegsführungsstrategie der USA einbezogen sein. Denn die „Cruise Missile" – Marschflugkörper und die „Pershing-II-Raketen erfüllen exakt die in der Direktive Nr. 59 genannten Bedingungen. Diese vom damaligen Präsidenten Carter Anfang August 1980 verkündete Strategie legt das Schwergewicht auf den Angriff gegen militärische Ziele in der Sowjetunion, anstatt auf die Zerstörung von Städten und Industrieanlagen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, konzentrieren die USA seit Jahren alle Kräfte auf die Entwicklung weitgehend unverwundbarer präzise lenkbarer Atomraketen, die in einem Überraschungsschlag die sowjetischen Interkontinentalraketen selbst in verbunkerten Startrampen zerstören können. Neben den „Cruise Missiles" und den „Pershing-II" gehören hierzu das bewegliche ballistische Interkontinentalraketensystem MX, ebenso wie die auf den „Trident-U-Booten" stationierten „Trident-I" und „Trident-II"-Rakten sowie die neuartigen „Minuteman-III"-Raketen. Und natürlich die von den USA jüngst wiederholt in die Diskussion gebrachte Neutronenbombe. Mit diesen Waffensystemen ist die Vernichtung des atomaren und konventionellen Waffenpotentials der Sowjetunion bei einem Erstschlag möglich. Die Chance eines Gegenschlages gegen die USA soll genommen bzw. maximal abgeschwächt werden.

Um die immer kleiner werdende Möglichkeit der Sowjetunion zu einem Gegenschlag gegen die USA zu minimieren, werden die für die neue US-Strategie wesentlichen Waffen vom Typ „Pershing-II" und „Cruise Missile" ausschließlich in Westeuropa stationiert. Dahinter verbirgt sich die wahnwitzige Hoffnung der USA, im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten den Konflikt regional auf Mitteleuropa begrenzen zu können.

In dieser Situation fordern die Münsteraner Sozialdemokraten in wohlverstandener Solidarität mit den Schwesterparteien in Dänemark, Belgien und den Niederlanden von der Bundesregierung die Zurücknahme des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses". Wir halten in diesem Zusammenhang den jüngst vom sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew formulierten Moratoriumsvorschlag für einen guten Ansatz, um über Verhandlungen die Verwirklichung des NATO-Raketenbeschlusses zu verhindern.

Die Münsteraner Sozialdemokraten werden in Partei und Öffentlichkeit für die Zurücknahme des NATO-Beschlusses eintreten. Sie bekunden auch in diesem Zusammenhang ihre volle Solidarität mit dem Genossen Karl-Heinz Hansen. Sie teilen dessen Kritik an der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung.

Die Münsteraner SPD wird sich aktiv an den 3. Münsteraner Friedenswochen vom 2.–16. Mai beteiligen. Sie wird zur finanziellen Unterstützung dem Förderkreis der ‚Friedensinitiative Münster' beitreten.

Alle Genossinnen und Genossen des Münsteraner Unterbezirks sind aufgerufen, sich aktiv an der Umsetzung des Appells „Mut für eine bessere Zukunft – für eine wirkliche Friedenspolitik" zu beteiligen (siehe Anlage).

Die Münsteraner SPD mißt der Friedensbewegung große Bedeutung zu. Sie begrüßt deshalb die gerade in den letzten Monaten entstandenen vielfältigen Aktivitäten in diesem Bereich. Sie begrüßt insbesondere den „Krefelder Appell" und fordert die Mitglieder der Partei auf, diesen Appell zu unterschreiben und für eine weitere Verbreitung des „Krefelder Appells" einzutreten.

Resolution des Unterbezirksparteitags der SPD Köln vom 15. März 1981 zu Frieden und Abrüstung (Auszug)

Angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, in Afghanistan, in der Golfregion, in Mittelafrika und in Mittelamerika und der Gefahr einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR, deren Eskalation in eine atomare Auseinandersetzung münden kann, müssen wir jeglicher Kriegsgefahr entschieden entgegentreten. Diese wächst in dem Maße wie die, von Präsident Reagan vertretene, Politik der Stärke und mehr die Politik der NATO bestimmt.

Deshalb halten wir für notwendig:

– unbedingte Fortsetzung und Weiterentwicklung der Entspannungspolitik;
– daß die Friedensforschung nicht nur nicht abgebaut, sondern ausgebaut wird und ihre Ergebnisse in die praktische Politik einfließen;
– gutnachbarliche Beziehungen und Kontakte zu unseren direkten und indirekten Nachbarn in Ost und West;
– Rüstungskontrollvereinbarungen mit dem Ziel, letztlich zu echten Abrüstungsschritten zu kommen;
– vertrauensbildende Maßnahmen, die Überraschungsangriffe für beide Seiten unmöglich machen, eine blockübergreifende Einrichtung, welche diese Maßnahmen registriert und überwacht;
– Unterstützung derjenigen Kräfte, die sich aktiv für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen. Wir fordern von den Industriestaaten, daß sie den Nord-Süd-Konflikt nicht militarisieren und damit die Entwicklung der „Dritten Welt" behindern und nicht fördern;
– Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung einer atomwaffenfreien und entmilitarisierten Zone in ganz Mitteleuropa;

– daß die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing-2-Rakten und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzieht und im Bündnis künftig eine Haltung einnimmt, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden, nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

Mit dem offensichtlichen Scheitern von Salt II sind „die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich gestiegen und es ist eine neue Lage geschaffen" (Beschluß des Berliner Parteitags, Seite 19, Dezember 1979).

Dies hat bereits der Berliner Parteitag festgestellt und für diesen Fall ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme ausdrücklich abgelehnt.

Um ein Signal zu setzen und um zu demonstrieren, daß wir an der Entspannungspolitik festhalten wollen, fordern wir die Bundesregierung auf, eine konkret geplante, bereits laufende Rüstungsmaßnahme als einseitige Vorleistung rückgängig zu machen (hier bietet sich eine Streichung im Bereich des Tornado-Projekts geradezu an).

Darüberhinaus fordern wir den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß

– ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die euro-strategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);
– die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
– keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;
– der Rüstungsetat wird zugunsten von sozialen Investitionen und Maßnahmen um 1 Milliarde gekürzt (soziale Sicherheit statt miltärischem Aufwand);
– schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird;
– jeder Rüstungsexport in Länder, die nicht der NATO angehören, unterbleibt.

. . .

Auszug aus dem Antrag des SPD Unterbezirks Bonn (A 14: Schwerpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik in den 80er Jahren) an den Bezirksparteitag der SPD Mittelrhein am 28. März 1981

I. Den Frieden schaffen

Das Verhältnis zwischen den beiden großen Machtblöcken hat sich so zugespitzt, daß eine unmittelbare Konfrontation nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Eine solche Konfrontation aber würde Weltkrieg und die Vernichtung ganzer Weltregionen, insbesondere Mitteleuropas, bedeuten.

Sozialdemokraten haben durch eine politische Entspannung dazu beigetragen, in Europa Voraussetzungen für eine militärische Entspannung zu schaffen. Sozialdemokraten müssen dazu beitragen, diese Entspannung weltweit zu machen und sie durch Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vervollständigen.

Das bedeutet konkret:

– Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses, keine Stationierung von atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa.
– Unterstützung des polnischen und französischen Vorschlages für eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz mit dem Ziel der Reduzierung der in und für Europa vorgesehen atomaren Waffen.
– Verhinderung der Einführung der Neutronenbombe, die nicht nur, wie oft behauptet, als Defensivwaffe gegen Panzeransammlungen eingesetzt werden kann, sondern auch als Offensivwaffe geeignet ist, weil Strahlung nach kurzer Zeit aufhört und nur geringe Zerstörung verursacht, so daß Truppen nachrücken können.

– Unterstützung von Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen und Schaffung militärisch verdünnter Zonen entlang der Grenzen zwischen den Blöcken und zu den blockfreien Ländern

Resolution des Bezirksparteitages der SPD Mittelrhein vom 28. März 1981 zur Sicherheitspolitik und zur „Nachrüstung" (Wortlaut)

Auf der Grundlage der Beschlüsse des Berliner Parteitages und des Bezirksparteitages Mittelrhein vom September 1979 zur Sicherheitspolitik beschließt der Bezirksparteitag Mittelrhein:

I. Der Bezirk Mittelrhein bekräftigt die sozialdemokratische Auffassung, daß Rüstungskontrollverhandlungen Vorrang vor dem Bau und der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa haben müssen.

Er geht davon aus, daß sich die Bundesregierung innerhalb des westlichen Bündnisses weiter um die Fortsetzung von Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsverminderung bemüht. In diesem Zusammenhang kommt der Forderung nach einer Konferenz über Abrüstung in Europa eine besondere Bedeutung zu.

II. Der Doppelbeschluß der NATO, der den Bau der Mittelstreckenwaffen und das Anstreben von Rüstungskontrollverhandlungen gleichzeitig vorsieht, droht sich zu einem reinen Aufrüstungsbeschluß zu entwickeln.

Die Verschlechterung der internationalen Lage durch die sowjetische Intervention und anhaltende Besetzung in Afghanistan sowie die ungehemmte Einführung des SS 20-Systems einerseits und das angekündigte Bemühen um militärische Überlegenheit durch verantwortliche Sprecher der US-Regierung andererseits, haben die Chancen für Rüstungskontrollverhandlungen über eurostrategische Waffen verschlechtert.

Der Bezierk Mittelrhein unterstreicht demgegenüber die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Verhandlungen, um die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen zu verhindern („Null-Lösung").

Sollten die geforderten Rüstungskontrollverhandlungen innerhalb überschaubarer Zeiträume ohne sichtbaren Erfolg bleiben, so muß die Bundesregierung die Initiative zu einer Überprüfung und gegebenenfalls Revision des NATO-Doppelbeschlusses ergreifen. Eine automatische Stationierung neu entwickelter Mittelstreckenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ist abzulehnen.

Der Bundesparteitag 1982 soll in diesem Sinne beschließen.

Der Bezirk Mittelrhein ist der Auffassung, daß das Breschnjewangebot eines befristeten Stationierungsstopps für Mittelstreckenraketen (Moratorium) als Ansatzpunkt für Verhandlungen aufgegriffen werden muß, in denen dann auch die noch unbefriedigenden Teile des Angebots angegangen werden können.

III. Weiterhin heißt es im Beschluß zur Sicherheitspolitik des Berliner Parteitages von 1979 in Ziffer 26 zutreffend

„Wir setzen uns für eine umgehende Ratifizierung des SALT II Abkommens ein. Bei einem Scheitern von Salt II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen."

Der Bezirk Mittelrhein geht davon aus, daß die Bundesregierung bis zur notwendigen Ratifizierung von SALT II bei den verantwortlichen Partnern auf die weitere faktische Einhaltung der Grundsätze des SALT II Abkommens wie bisher drängen wird, ebenso wie sie auch ihre Interessen an einer baldigen Fortsetzung des SALT-Prozesses deutlich macht.

IV. Der Bezirk Mittelrhein fordert die Bundesregierung darüberhinaus auf, weiterhin in Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß die unverminderte Sicherheit aller auf dem niedrigsten militärischen Niveau, das erreichbar ist, stabilisiert wird.

– Verzicht auf die im NATO-Langzeitprogramm festgelegte jährliche Steigerungsrate des Rüstungshaushaltes, die eine der Friedenspolitik widersprechende Aufrüstungspolitik bedeutet.
– Kein Waffenexport in Länder, die nicht der NATO angehören oder NATO-Staaten gleichgestellt sind oder kein parlamentarisch-demokratisches System haben (z. B. Türkei).
– Einschränkung des Rüstungshaushaltes zugunsten der Entwicklungshilfe entsprechend der Forderungen der UNO und für die Realisierung von Reformpolitik im Inneren.
– Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, um sie aus dem privaten Kapitalverwertungsinteresse herauszunehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Enquete-Kommission einzusetzen, die die Bedeutung des Rüstungssektors in der Bundesrepublik Deutschland prüft und alle etwaigen arbeitspolitischen Konsequenzen untersucht, die sich aus einer Umsetzung von Rüstungskapazitäten in zivile Fertigungs- und Forschungskapazitäten ergeben können.
– Förderung von Forschungsvorhaben, die die Umwandlung von Rüstungsgütern in zivile Güter zum Ziel haben –.

Resolution des Bezirksparteitags der SPD Mittelrhein vom 28. März 1981 zur Sicherheitspolitik und zur „Nachrüstung" (Wortlaut)

Auf der Grundlage der Beschlüsse des Berliner Parteitages und des Bezirksparteitages Mittelrhein vom September 1979 zur Sicherheitspolitik beschließt der Bezirksparteitag Mittelrhein:

I. Der Bezirk Mittelrhein bekräftigt die sozialdemokratische Auffassung, daß Rüstungskontrollverhandlungen Vorrang vor dem Bau und der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa haben müssen.

Er geht davon aus, daß sich die Bundesregierung innerhalb des westlichen Bündnisses weiter um die Fortsetzung von Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsverminderung bemüht. In diesem Zusammenhang kommt der Forderung nach einer Konferenz über Abrüstung in Europa eine besondere Bedeutung zu.

II. Der Doppelbeschluß der NATO, der den Bau der Mittelstreckenwaffen und das Anstreben von Rüstungskontrollverhandlungen gleichzeitig vorsieht, droht sich zu einem reinen Aufrüstungsbeschluß zu entwickeln.

Die Verschlechterung der internationalen Lage durch die sowjetische Intervention und anhaltende Besetzung in Afghanistan sowie die ungehemmte Einführung des SS 20-Systems einerseits und das angekündigte Bemühen um militärische Überlegenheit durch verantwortliche Sprecher der US-Regierung andererseits, haben die Chancen für Rüstungskontrollverhandlungen über eurostrategische Waffen verschlechtert.

Der Bezirk Mittelrhein unterstreicht demgegenüber die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Verhandlungen, um die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen zu verhindern („Null-Lösung").

Sollten die geforderten Rüstungskontrollverhandlungen innerhalb überschaubarer Zeiträume ohne sichtbaren Erfolg bleiben, so muß die Bundesregierung die Initiative zu einer Überprüfung und gegebenenfalls Revision des NATO-Doppelbeschlusses ergreifen. Eine automatische Stationierung neu entwickelter Mittelstreckenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ist abzulehnen.

Der Bundesparteitag 1982 soll in diesem Sinne beschließen.

Der Bezirk Mittelrhein ist der Auffassung, daß das Breschnjewangebot eines befristeten Stationierungsstopps für Mittelstreckenraketen (Moratorium) als Ansatzpunkt für Verhandlungen aufgegriffen werden muß, in denen dann auch die noch unbefriedigenden Teile des Angebots angegangen werden können.

III. Weiterhin heißt es im Beschluß zur Sicherheitspolitik des Berliner Parteitages von 1979 in Ziffer 26 zutreffend

„Wir setzen uns für eine umgehende Ratifizierung des SALT II Abkommens ein. Bei einem Scheitern von Salt II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen."

Der Bezirk Mittelrhein geht davon aus, daß die Bundesregierung bis zur notwendigen Ratifizierung von SALT II bei den verantwortlichen Partnern auf die weitere faktische Einhaltung der Grundsätze des SALT II Abkommens wie bisher drängen wird, ebenso wie sie auch ihre Interessen an einer baldigen Fortsetzung des SALT-Prozesses deutlich macht.

IV. Der Bezirk Mittelrhein fordert die Bundesregierung darüberhinaus auf, weiterhin in Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß die unverminderte Sicherheit aller auf dem niedrigsten militärischen Niveau, das erreichbar ist, stabilisiert wird.

Oberweseler Erklärung der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) vom 21. März 1981 zum „Krefelder Appell" und zur Abrüstung

(Wortlaut)

Auf ihrem Frühjahrsrat am 21. März hat die Bundesleitung der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) zusammen mit den Teilnehmern aus den Diözesen in Oberwesel eine „Erklärung zum Thema Frieden und Abrüstung" verabschiedet. Sie richtet sich an die Bischöfe und an die Mitgliedsverbände des Bundes der Katholischen Jugend, an den Bundeskanzler und die Fraktionen im Bundestag, an den Verteidigungsausschuß, an die 24 SPD-Abgeordneten mit abweichender Meinung zur Rüstungspolitik der SPD/FDP-Regierung sowie an die Initiatoren des „Krefelder Appells". Nachfolgend dokumentieren wir den Wortlaut der Erklärung. D. Red.

Die Katholische Studierende Jugend (KSJ) hat anläßlich ihrer Bundeskonferenz im Dezember 1980 das Thema „Frieden und Abrüstung" als einen Schwerpunkt gesehen, womit sich viele junge Menschen beschäftigen und wovon auch wir uns als katholischer Jugendverband besonders betroffen fühlen.

Auch der Frühjahrsrat der KSJ, eines der höchsten beschlußfassenden Gremien unseres Verbandes, hat sich mit diesem Thema im März 1981 beschäftigt: Wir begrüßen die gegenwärtige Diskussion um den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979. Dieser Beschluß hätte durch die Stationierung einer neuen Generation von Massenvernichtungswaffen ein erneutes Anheizen des weltweiten Aufrüstens zur Folge.

Vor dieser Entwicklung haben wir Angst, denn wir wissen: Diese neuen Waffen bedeuten eine Senkung der Hemmschwelle für einen Atomkrieg, der jetzt mit kalkulierbarem Risiko begrenzt auf Mitteleuropa führbar sein wird. Wir sind der Meinung, daß diese Entwicklung nichts mehr mit dem „Recht auf Notwehr und sittlich erlaubter Verteidigung" zu tun hat.

Bereits 1963 hatte Papst Johannes XXIII, in seiner Enzyklika „Pacem in terris" gefordert, „daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle aufgrund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer gegenseitiger Kontrolle gelangen." (Nr. 112)

Diese klaren und eindeutigen Aussagen sind für uns als verantwortungsbewußt handelnder katholischer Jugendverband moralisch verpflichtend. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf den eindringlichen Appell des Papstes Johannes Paul II. in Hiroshima.

Deshalb fordern wir:

1. Die Bundesregierung hat die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise-Missiles in Mitteleuropa zurückzuziehen.

2. Die Bundesregierung soll auf einer sofortigen Ratifizierung des SALT-II-Abkommens bestehen und um weitere Abrüstungsverhandlungen bemüht sein.

Wir solidarisieren uns mit den Initiatoren des „Krefelder Appells" und fordern die Verantwortlichen in Kirche und Politik auf, der immer größer werdenden Kriegsgefahr entgegenzutreten und uns in unserem Anliegen zu unterstützen.

„Technokratisches Gleichgewichtsdenken als Motor der Aufrüstung" – Interview des „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 24. März 1981 mit Dr. Erhard Eppler

(Auszug)

Frage: Herr Eppler, Sie haben bekanntlich ein kritisches Verhältnis zur Nachrüstung. Glauben Sie, daß es zu Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen wird, und wenn nein: werden die US-Raketen, die dann bei uns installiert würden, die Sicherheit Europas erhöhen oder vermindern?

Antwort: Ich habe beim Parteitag in Berlin im Dezember 1979 gegen den Nachrüstungsbeschluß gestimmt und würde das heute wieder tun. Mein entscheidendes Bedenken war von Anfang an folgendes: Die Ersetzung der zweifellos veralteten SS 4 und SS 5 durch Raketen vom Typ SS 20 gibt der Sowjetunion ein nicht dramatisches, aber erkennbares Übergewicht bei eurostrategischen Waffen. Die Stationierung von 108 Pershing-Raketen und 464 Marschflugkörpern in West- und Zentraleuropa gibt den USA dagegen die Möglichkeit, von nicht amerikanischem Territorium aus bei extrem kurzen Vorwarnzeiten Moskau, Leningrad oder Kiew zu vernichten.

Während durch die SS 20 Verbündete der USA und die bei ihnen stationierten Waffen bedroht werden, würde durch die sogenannte Nachrüstung die Sowjetunion direkt bedroht. Ich habe von Anfang an bezweifelt, daß die USA mehr als bloß pro forma darüber verhandeln würden, wie man Marschflugkörper und SS 20 gegeneinander austarieren kann.

Frage: In Ihrem eben erschienen Buch „Wege aus der Gefahr" werfen Sie die Frage auf, ob der Westen unter der Führung der USA etwa an den Versuch gehen solle, die Sowjetunion totzurüsten. Haben Sie Anhaltspunkte dafür?

Antwort: Es gibt immerhin Berechnungen, nach denen die Sowjetunion 40 Milliarden Dollar aufwenden müßte, um ein System zu installieren, mit dem die „Cruise Missile" abgefangen werden kann. Die Wirksamkeit dieser Systeme ist aber unsicher. Die Frage ist, was die Sowjets tun, ehe sie ökonomisch nicht mehr mithalten können. C. F. von Weizsäcker fragt, was der Bär tut, ehe oder gar wenn er in der Ecke ist.

Grundsätzlich ist meine Position nur von daher zu begreifen, daß ich im Augenblick den Ostblock für ökonomisch, politisch und ideologisch bejammernswert schwach halte. Der Westen mit den USA, Westeuropa und Japan ist sogar militärstrategisch und geopolitisch in der besseren Position, erst recht, wenn man China in die Betrachtung einbezieht. Deshalb sehe ich nicht ein, warum eine übrigens gar nicht neue partielle Überlegenheit der Sowjets in Zentraleuropa ausgerechnet jetzt dramatisiert werden muß, da die globale Schwäche der anderen Seite für jedermann erkennbar ist.

---

*) Wir geben das Interview, das unter dem Titel „Wir dürfen der Jugend nicht mit Moral kommen" erschien, hier gekürzt um die Fragen und Antworten zum Thema Jugend wieder.

Frage: Welchen Sinn können denn Begriffe wie Überlegenheit oder Gleichgewicht angesichts der Overkill-Kapazitäten auf beiden Seiten haben?

Antwort: Carter hat ja schon vor fünf Jahren erklärt, ein einziges Poseidon-U-Boot mit seinen Raketen könne sämtliche sowjetischen Großstädte vernichten. Und allein die europäischem Kommando unterstellten U-Boote der NATO können selbst dann noch der Sowjetunion einen tödlichen Schlag versetzen, wenn alle landgestützten eurostrategischen NATO-Waffen durch einen Erstschlag der Sowjets zerstört sein sollten.

Ein technokratisches Gleichgewichtsdenken ist inzwischen zum Motor einer ungezügelten Aufrüstung geworden. Da jeder aus seinem Blickwindel vom schlimmsten annehmbaren Fall ausgeht, ist jeder davon überzeugt, daß das Gleichgewicht, von dem aus verhandelt werden soll, erst einmal hergestellt werden muß. Mit dem Ergebnis, daß jeder aufrüstet, damit man irgendwann einmal abrüsten kann. Es geht um ein Gleichgewicht der Möglichkeiten, nicht um eines der Waffen.

Frage: Für viele klingt das so unmittelbar einleuchtend, daß es schwerfällt zu verstehen, warum einsichtige Leute wie Helmut Schmidt oder Hans-Dietrich Genscher, denen auch keine unlauteren Motive unterstellt werden können, in der Nachrüstungsfrage zu ganz anderen Schlußfolgerungen gelangen.

Antwort: Ich unterstelle niemandem unlautere Motive. Ich habe zum Beispiel auch nie mit Helmut Schmidt darüber gestritten, wer die bessere oder höhere Moral hat. Mich interessiert, wer die besseren Argumente hat.

Frage: Wenn der Nachrüstungsbeschluß auf dem Münchener SPD-Parteitag im nächsten Jahr korrigiert werden sollte, müssen dann nicht schwerwiegende Folgen für Partei und Koalition eintreten?

Antwort: Entweder das Reden vom Doppelbeschluß war ernst gemeint oder nicht. War es ernst gemeint, müssen wir uns im April 1982 in München fragen, was in den 29 Monaten seit der NATO-Entscheidung geschehen ist. Zwei Drittel der Zeit bis zur vorgesehenen Aufstellung der Raketen werden dann verstrichen sein. Die Frage wird sein, ob die USA wirklich an Verhandlungen gedacht haben oder ob ihr Versprechen nur eine Verzierung zur Beruhigung von Gemütern war, die in diesem Punkt ebenso sensibel sind wie Sozialdemokraten.

Wenn eine vernünftige Anstrengung der Amerikaner sichtbar wird, kann ich mir vorstellen, daß der Parteitag den Berliner Beschluß bloß fortentwickelt. Wenn es aber so weitergeht wie bisher, daß zum Beispiel der Vorschlag Breschnews für ein Raketenmoratorium so eilfertig, so peinlich voreilig abgewiesen wird, ohne daß man auslotet, was da drinstecken könnte, dann fürchte ich, daß gerade die, die in Berlin der Nachrüstung zugestimmt haben, sich an der Nase herumgeführt fühlen.

. . .

„Atomarer Selbstmord auf Raten" – Interview der Illustrierten „stern" vom 26. März 1981 mit Dr. Alfred Mechtersheimer

(Wortlaut)

Frage: Die „Zeit" schreibt: „In Washington ist Entspannung ein Schimpfwort." Sie selbst, Herr Dr. Mechtersheimer, unterstellen dem amerikanischen Präsidenten, daß er nicht das Gleichgewicht der Kräfte, sondern die Überlegenheit der Amerikaner anstrebt, und Sie ziehen daraus den Schluß, daß Europa sich von den USA abkoppeln soll. Sind Sie ein antiamerikanischer Linker?

Antwort: Nein, ich bin ein Konservativer, und zwar ein Wertkonservativer. Das heißt, ich möchte Werte wie Heimat und Frieden erhalten. Deshalb scheint mir das amerikanische Streben nach

waffentechnischer Überlegenheit gefährlich zu sein. Präsident Reagan hat im vergangenen Sommer gefragt: „Wie kann militärische Überlegenheit gefährlich sein?" Er läßt dabei außer aucht, daß eine solche Destabilisierung des Gleichgewichts am ehesten geeignet sein könnte, die sowjetische Führung zu einem Präventivschlag zu verleiten. Immerhin, ich gehe nicht davon aus, daß die sowjetische Führung dies will, denn sonst hätte sie es ja längst tun können.

Frage: Nun haben aber doch Helmut Schmidt, der immer für das Gleichgewicht der Kräfte eintritt, und Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing eben gesagt, daß sie mit der amerikanischen Außenpolitik sehr zufrieden seien.

Antwort: Es wäre nicht das erste Mal, daß unter einer Schutzbehauptung Realitäten oder die Einsicht in Realitäten versteckt würden. Möglicherweise haben sich die beiden Staatsmänner auch dem großen Bruder gebeugt.

Frage: Wie wollen Sie Ihre Wertvorstellungen in Westeuropa erhalten?

Antwort: Das geht nur, wenn die Strukturen, vielleicht sogar die Bedingungen des atlantischen Bündnisses verändert werden. Ich habe es immer als konservativ verstanden, sich an Werten und Zielen zu orientieren und nicht an Sturkturen.

Frage: Was heißt den Zielen treu bleiben? Etwa den ursprünglichen Zielen der NATO und denen der deutschen Verteidigungspolitik?

Antwort: Das ursprüngliche Ziel heißt vor allem Friedensbewahrung: also Kriegsverhütung und damit Gewährleistung der Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland.

Frage: Die Sicherheit in Europa ist bisher nicht von Washington, sondern von Moskau bedroht gewesen. Die Sowjets sind in Afghanistan einmarschiert, sie bedrohen Polen und rüsten auf. Was soll man dagegen unternehmen?

Antwort: Wir wissen aus Einzeluntersuchungen, daß das Rüstungstempo keineswegs so hoch ist, wie oft behauptet wird . . .

Frage: . . . ist die Aufrüstung der Sowjets mit der SS-20-Rakete und den Backfire-Bombern nicht der erste Schritt zu einem neuen Rüstungswettlauf gewesen?

Antwort: Das glaube ich nicht. Die Vorgängermodelle der SS-20-Raketen, die SS 4 und SS 5 waren eurostrategische Waffen, die 20 Jahre alt sind. Nach den amerikanischen Modernisierungs-Maßstäben wären diese Waffen schon in den siebziger Jahren erneuert worden. Weil die Sowjetunion mit der Modernisierung länger als allgemein üblich gewartet hat, wird ihr jetzt Vorrüstung vorgeworfen. Ein merkwürdiger Gedankengang.

Frage: Die Sowjetunion modernisiert nicht nur. Denn: Zum einen soll die SS 20 doch ganz erheblich größere Reichweiten haben, sogar von Abschußrampen hinter dem Ural noch Westeuropa erreichen können. Zum anderen baut Moskau nach neuesten Erkenntnissen die SS-20-Raketen zusätzlich zu der bestehenden Bedrohung aus.

Antwort: In den letzten Jahren wurden die SS 4 und SS 5 durch die SS 20 ersetzt, denn die SS 4 und SS 5 sind so alt, daß sie in absehbarer Zeit schrottreif sind. Dieser Abbau der alten Modelle ist inzwischen gestoppt worden, weil der Westen über diesen Bereich Rüstungskontrollverhandlungen führen will. Denn dadurch sind die alten Raketen für die Sowjets als Tauschobjekte wieder wertvoll geworden. Wir haben vorher mit der sowjetischen Mittelstreckenüberlegenheit 20 Jahre lang leben und sogar Entspannungspolitik betreiben können, weil das militärische Gleichgewicht durch die Interkontinentalraketen insgesamt gesichert war.

Frage: Ein Ungleichgewicht bei den Mittelstreckenwaffen war aber vorhanden?

Antwort: Ja, aber es vertrug sich durchaus mit dem übergeordneten Ziel der Stabilität.

Frage: Wie kann Stabilität entstehen, wenn ein Ungleichgewicht vorhanden ist, und zwar zu Gunsten der Russen?

Antwort: Das Ungleichgewicht besteht doch nur auf den ersten Blick. Denn die Mittelstreckenüberlegenheit muß man vor dem Gesamtgleichgewicht zwischen den beiden Supermächten se-

hen. Die Sowjetunion und die USA können sich global mit ihren Interkontinentalraketen bedrohen.

Frage: Wer ist dabei stärker?

Antwort: Wenn von beiden Seiten ausgeschöpft wird, was nach den SALT-Verträgen erlaubt ist, haben die USA 3600 Sprengköpfe mehr. Auch der heutige Bestand ist entsprechend größer als der sowjetische. Das reicht aus, um das Mittelstreckenpotential der UdSSR aufzuwiegen. Aber jetzt geht es nicht mehr um das Abrechnen, es geht um ganz neue Entwicklungen. Die USA wollen die technische Entwicklung nutzen und neue Waffen entwickeln, mit denen sie einen begrenzten Atomkrieg führen können. Deshalb die Nachrüstung.

Frage: Nachrüsten, um einen begrenzten Atomkrieg führen zu können?

Antwort: So ist es. Und aus diesem Grund ist Entspannung ein Schimpfwort geworden. Die Entspannung, die bisher das Verhältnis der beiden Supermächte bestimmte, kann jetzt nicht mehr in dem gleichen Maße bestehen, in dem strategische Atomwaffen einsetzbar werden. Das ist die eigentliche Revolution.

Frage: Warum waren sie bisher nicht einsetzbar?

Antwort: Weil jeder wußte, wenn ich zuerst schieße, sterbe ich als zweiter. Diese Waffen waren Instrumente zum Selbstmord auf Umwegen. Denn die Abschreckung beruhte auf der Möglichkeit, gegenseitig die Städte zu zerstören. Seit die Raketen jedoch fast auf den Meter genau treffen, sind die militärischen Objekte Hauptziel geworden. Das heißt: Ich kann den Gegner mit einen Überraschungsangriff entwaffnen. Und deshalb fürchten nun beide Seiten: nach diesem Entwaffnungsschlag sei der Angegriffene wehrlos. Dadurch entsteht die neue Situation, daß diese Waffen nur dann zum Sieg führen können, wenn sie rechtzeitig eingesetzt werden.

Frage: Eine Siegeschance hat die Sowjetunion doch wohl auch?

Antwort: Sie unterstellen, daß die moderne SS 20 so gegen militärische Ziele in Westeuropa eingesetzt werden kann, daß der Westen danach wehrlos wäre. Ist die Treffgenauigkeit der SS 20 aber wirklich so gewaltig gesteigert worden, daß dies möglich ist? Alle vorliegenden Daten weisen diese Raketen nicht als Waffen einer ganz neuen Qualität aus, wie das für die Cruise Missile und für die Pershing 2 gilt. In den USA werden die eigenen neuen Systeme den sowjetischen, auch den SS 20 gegenüber, als eindeutig überlegen eingestuft. Mit der SS 20 können noch keine Entwaffnungsschläge gegen Westeuropa geführt werden.

Frage: Die Amerikaner haben also einen Vorsprung?

Antwort: Das ist nicht überraschend. Es wird allgemein akzeptiert, daß die USA auf Grund ihrer hochentwickelten Technologie beim Bau von Raketensystemen einen Vorsprung haben. Waffentechnisch lagen die USA schon immer vorn.

Frage: Sie haben einmal geschrieben, der Zweite Weltkrieg habe mit einem Sieg der Alliierten geendet, aber es sei noch nicht entschieden, welcher der Alliierten – die Sowjetunion oder Amerika – wirklich den Sieg davongetragen habe. Diese offene Frage müsse noch geklärt werden. Glauben Sie, daß das durch einen Krieg geschehen wird?

Antwort: Historisch kann man sagen, daß derartige Rivalitäten immer wieder auf einen Krieg hintendierten und im Regelfall militärisch ausgetragen worden sind. Nur die gewaltigen Zerstörungspotentiale haben dieses Gesetz für einige Jahrzehnte außer Kraft gesetzt.

Frage: Aber nur so lange, wie jeder wußte: Wenn er losschießt, kann der andere zurückschießen.

Antwort: Genau. Doch in dem Augenblick in dem die Chance wieder besteht, durch schnelles Handeln einen Vorteil zu gewinnen, ändert sich das. Und das ist die Situation, in die wir immer stärker hineinrutschen.

Frage: Sie fordern einen Verzicht auf die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen in Europa. Verlangen Sie damit nicht von den Amerikanern, daß sie den bisher gehaltenen Vorsprung aufgeben und abwarten sollen, bis die Sowjetunion waffentechnisch gleichgezogen hat?

Antwort: Das ist doch keine revolutionäre Forderung. Die SALT-Politik der USA war immer das Zugeständnis an die Sowjetunion, stillzuhalten, bis ein Gleichstand erreicht war. Aber jetzt sagt der neue US-Außenminister und frühere NATO-Oberbefehlshaber Haig, die USA müßte überlegen sein. Wenn man siegen will, also stärker und schneller sein will als der andere, ist Gleichstand nicht mehr akzeptabel. Wer allerdings so denkt, der muß Entspannung für ein Schimpfwort halten.

Frage: Nach Ihren Angaben hat der Westen sowieso 3600 Sprengköpfe mehr . . .

Antwort: . . . das geben die USA selbst zu. Beide Supermächte wissen natürlich, daß diese Entwicklung Kriegsgefahr bedeutet. Wie schützt man sich davor? Auf zweierlei Weise: Erstens konzentriert man das militärische Planen auf die militärischen Ziele – also weg von den Städten. Man könnte auch sagen, man schützt die Zivilbevölkerung – das hat ja auch einen positiven Aspekt –, zahlt dafür aber den Preis einer höheren Kriegswahrscheinlichkeit. Und zweitens versucht man die regionale Begrenzung. Wenn schon ein Atomkrieg stattfindet, dann nicht auf dem eigenen Territorium. Das hat ja sogar einen friedenspolitischen Aspekt, weil dadurch vermieden werden kann, daß die ganze Menschheit ausgerottet wird. Die westliche strategische Konzeption basierte bisher darauf, daß beim Versagen der Abschreckung das Ende der Zivilisation mit einkalkuliert wird.

Frage: So bleiben nach dem Atomschlag wenigstens Amerikaner, Inder und Chinesen übrig?

Antwort: Das ist genau die Situation, daß die USA das Risiko eines wahrscheinlicher gewordenen Atomkrieges von Amerika wegverlagern wollen. Aus deren Sicht habe ich dafür volles Verständnis.

Frage: Der sowjetische Breschnjew-Berater Arbatow hat in Bonn allerdings gesagt, daß die UdSSR diese Konzeption auf keinen Fall mitmacht und daß sie bei ihrem Gegenschlag sich nicht auf das Gebiet beschränken würde, von dem die westlichen Waffen abgefeuert würden, sondern daß sie natürlich sofort auch die USA mit einbezieht.

Antwort: Das würde aber nicht erklären, warum die Sowjetunion ein nennenswertes Mittelstreckenraketen-Potential aufgebaut hat. Sie bereitet sich offensichtlich ebenfalls auf eine Regionalisierung der Atomkriegsgefahr vor, indem sie zumindest ihr Mittelstreckenraketen-Potential beibehält. Der Unterschied ist nur: Die Sowjetunion wird bei der Europäisierung eines Atomkrieges weniger gut davonkommen als die USA. Denn der europäische Teil der Sowjetunion wird dann immer betroffen sein. Die Nachrüstungswaffen reichen bis Moskau und teilweise darüber hinaus.

Frage: Halten Sie es für denkbar, daß die Sowjets nervös werden und sich sagen, wenn wir noch ein paar Jahre warten, sind wir mit Sicherheit die Opfer, also greifen wir vorsorglich früher an?

Antwort: Ein Präventivschlag würde das Sicherheitsproblem der Sowjetunion nicht lösen, weil sie ja nie wissen kann, wie sich ein Krieg dann entwickelt. Der Kreml wird nicht ohne Not, nur um eine derartige Bedrohung zu beseitigen, zu diesem gewaltigen Mittel greifen. Er wird andere Wege suchen, um die Stationierung der neuen Waffen in Europa zu verhindern oder zu erschweren. Denn die Sowjetunion befindet sich in der gleichen Lage wie die USA in der Kuba-Krise. Als die Sowjetunion versuchte, vor der Haustür der USA Mittelstreckenraketen zu installieren, haben die USA massiv auf den Übergriff in ihre Interessensphäre reagiert. Huete werden amerikanische Mittelstreckenraketen ganz neuer Zerstörungsfähigkeit vor der Haustür der Sowjetunion aufgestellt.

Frage: Wenn also kein Präventivschlag, welche Mittel haben die Sowjets dann eigentlich, um die Nachrüstung zu verhindern?

Antwort: Die Hebel, an denen die Sowjets ansetzen könnten, sind den Regierungen beider Seiten gut bekannt. Berlin zum Beispiel ist und bleibt ein neuralgischer Punkt. Auch Hoffnungen auf eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen wären dann endgültig vertan. Die große Gefahr darüberhinaus ist, daß die bisher eher bedächtige Reaktion des Kreml auf den neuen amerikanischen Kurs ebenfalls in offene Konfrontationspolitik umschlägt.

Frage: Wenn die Russen immer in der Lage waren, die Ballungszentren in Westeuropa zu zerstören, müssen wir dann nicht nachrüsten, um uns wehren zu können? Ist dann nicht das Gleichgewicht lebensnotwendig?

Antwort: Zur Abschreckung braucht man nicht unbedingt so viel, wie der Gegner hat. Nötig sind nur so viele Waffen, um ihm damit unerträglichen Schaden zufügen zu können. Und dazu reichen die bisher vorhandenen Raketen aus. Bisher hat sogar eine deutliche Unterlegenheit ausgereicht, um dem Gegner glaubhaft zu machen: Wenn du etwas unternimmst, was ich mit meiner Sicherheit nicht vereinbaren kann, dann werde ich diesen Hammer einsetzen.

Frage: Wenn schon eine unterlegene Raketenrüstung ausreicht, um den Gegner vom Angriff abzuhalten, in welchem Maße muß man dann überlegen sein, um einen Angriff wagen zu können?

Antwort: Im konventionellen Waffenbereich gibt es die Faustregel, daß man eine dreifache Überlegenheit braucht. Aber ein wenig zögere ich bei dieser Regel, die für die Rote Armee unter Stalin im Vergleich zur Wehrmacht im Dritten Reich galt. Dieser Vergleich hinkt heute, denn nach dem gegenwärtigen Selbstverständnis der Bundeswehr machen wir ja Heimatverteidigung auf eigenem Territorium, was stets außerordentlich problematisch war. Die Sowjetunion hat mit 20 Millionen Menschen dafür bezahlt, daß sie im Zweiten Weltkrieg Heimatverteidigung auf eigenem Gebiet gemacht hat . . .

Frage: . . .so lautet doch auch der Auftrag der Bundeswehr . . .

Antwort: . . . das Problem heißt: Muß der Auftrag der Bundeswehr nicht ganz neu durchdacht werden. Was wir heute als Bundeswehr vor uns haben, ist natürlich eine Fortschreibung von Wehrmacht und Expeditions-Corps. Es ist schon des Nachdenkens wert, ob so etwas das optimale Instrument für die Heimatverteidigung ist. Will ich die Bundesrepublik im eigenen Land verteidigen, muß ich zur Kenntnis nehmen, daß ich dieses eigene Land mit Atomwaffen nicht verteidigen, sondern nur zerstören kann.

Frage: Was folgt für Sie daraus – lieber rot als tot?

Antwort: Keineswegs. Ich muß mir nur klarmachen, daß ich Heimatverteidigung dann nicht rechtfertigen kann, wenn bei dem Versuch einen Angreifer abzuwehren, alles, was ich schützen will, mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit zerstört wird. Für den Verteidigungsfall müßte eine verantwortlich gesinnte Bundesregierung – das unterstelle ich jeder Regierung, egal von welcher Partei sie gestellt wird – nach dem optimalen Weg suchen, um die Amerikaner daran zu hindern, ihr Versprechen wahrzumachen, die Bundesrepublik zu verteidigen. Denn das würde den Einsatz von Atomwaffen und damit die Zerstörung des Landes bedeuten.

Frage: Heißt das, auf taktische Atomwaffen zu verzichten und im Gegenzug die Bundeswehr auf eine Million Mann aufzustocken?

Antwort: Eine Konsequenz ist der Vezicht auf landgestützte Atomwaffen als Verteidigungsinstrument. Mir ist völlig klar, wie weitreichend diese Forderung ist, aber es gibt ja eine ganze Reihe von Staaten in der NATO, die genau deshalb die Landstationierung von Atomwaffen ablehnen. Auch in den USA hat diese Diskussion begonnen. Denn jedes Land, das Atomraketen stationiert, ist zugleich ein Atomziel. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik, wenn auf derem Gebiet die Nachrüstungswaffen installiert werden. Von denen weiß die Sowjetunion genau, daß sie die zerstören muß, bevor sie abgefeuert werden. Das ist nicht nur eine Frage der Gefährdung des Gebietes, in dem wir wohnen, sondern es ist auch eine Frage, ob eine derartig atomar orientierte Rüstungsstruktur krisenstabil ist.

Frage: Sie zitierten einmal Helmut Schmidt, der vor Jahren gesagt hätte, First-Strike-Waffen, und dazu zählen Sie Pershing II und Cruise Missile, seien eine ausgesprochen aggressive Provokation gegenüber der sowjetischen Führung. Dennoch hat er den Nachrüstungsbeschluß der NATO herbeigeführt, indem er auf die Raketenlücke aufmerksam gemacht hat. Aber ihm kann docn nicht daran gelegen sein, das amerikanische Konzept einer Europäisierung des Atomkriegs zu stützen?

Antwort: Es stimmt. Helmut Schmidt hat dieses Thema als erster öffentlich ausgesprochen. Sein Ansatzpunkt war die Überlegung, ob nicht in Europa bei den Mittelstreckenwaffen ein Ungleich-

gewicht entstehen müsse, wenn sich die Supermächte bei den SALT-Verhandlungen auf eine Begrenzung und Parität der Interkontinentalraketen einigen würden. Man kann darüber streiten, ob das eine richtige Burteilung war. Wichtiger ist, daß Schmidt auch heute noch an der Nachrüstung festhält, obwohl er die damit für die Bundesrepublik verbundenen Kriegsrisiken kennen muß. Ich kann nur feststellen, daß der Kanzler eine Politik macht, die er mit seinem Sachverstand eigentlich nicht machen dürfte. Der Kanzler weiß, daß die „Atomrampe Deutschland" die größte Nukleardichte der Welt hat und er weiß auch, wie gefährlich das ist; deshalb hatte er sich – allerdings erfolglos – darum bemüht, die Nachrüstungswaffen auf See zu stationieren.

Frage: Wollen Sie damit andeuten, daß Helmut Schmidt die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA für so stark hält, daß er meint, wir seien auch zur absoluten militärischen Bündnistreue verpflichtet?

Antwort: Leider wird die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik stärker von den Wünschen der USA beeinflußt und geprägt als vom verteidigungspolitischen Sachverstand. Die Tatsache, daß das Risiko eines künftigen Atomkriegs in einem unverhältnismäßig starken Maß auf die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder verlagert wird, ist so offenkundig, daß sich jede Regierung, die auch nur einen Funken von Patriotismus verspürt, dagegen aufbäumen müßte.

Frage: Sie empfehlen der Bundesregierung damit praktisch ein Aussteigen aus der Atomrüstung. Ist das ein realistischer Gedanke? Kann sich die Bundesrepublik so weit von den USA abkoppeln?

Antwort: Ich denke doch. Die Amerikaner nehmen Stimmungsumschwünge in der Bevölkerung ernst. Die Lage ist heute so: Die Kriegsgefahr ist gestiegen, trotz der guten Absichten, nur Abschreckungspolitik zu machen. In dem gleichen Maße, wie aber der Krieg wahrscheinlicher geworden ist, muß ich alles, was an Vorkehrungen zur Abschreckung getroffen worden ist, prüfen auf die Tauglichkeit dieses Instrumentariums für den Fall, daß der Krieg tatsächlich ausbricht. Das ist die entscheidende Frage, die wir der atomaren Bewaffnung gegenüberstellen müssen. Es kommt ja nicht vom Himmel, daß wir 6000 Atomsprengköpfe auf unserem Gebiet haben, 4000 sozusagen für den Hausgebrauch, weil man sie wegen ihrer kurzen Reichweite nur innerhalb der Bundesrepublik und der DDR einsetzen kann. Das sind Atomwaffen, die nur dann als militärische Instrumente zu rechtfertigen sind, wenn ich das aus weiter Entfernung beurteile. Aber für uns als Betroffene sind atomare Kriegführung und der Anspruch, dieses Land zu verteidigen, unvereinbar. Im Klartext: Mit Atomwaffen können wir keinen Krieg führen. Interessant an der beginnenden Diskussion ist, daß sich inzwischen viele Bürgerinitiativen fragen: Sind wir nicht dem falschen Schwein nachgejagt, der zivilen Nutzung der Atomenergie, statt der militärischen. Die neue kritische Strömung in Westeuropa wird auch in Washington sehr ernst genommen.

Frage: Die Sowjets haben ihrem alten Ziel der Weltherrschaft niemals abgeschworen. Die Amerikaner werden die Welt nich einfach den Russen überlassen. Glauben Sie, daß sich Europa aus diesem Streit heraushalten kann?

Antwort: Generell geht es nicht so sehr um Europa, sondern darum, wie sich 90 Prozent der Erdbevölkerung gegenüber dem Konflikt dieser beiden Supermächte verhalten.

Frage: Sie halten den Konflikt für unausweichlich?

Antwort: Alles läuft auf diesen Konflikt zu. Die Frage ist: Was kann man dagegen tun? Von größter Bedeutung ist dabei, wie sich Europa verhalten soll. Ich halte sehr viel von der Forderung nach einer größeren Emanzipation Westeuropas gegenüber den USA. Nicht, um europäische Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen, sondern um einen Prozeß der Relativierung des Konflikts der beiden Supermächte in Gang zu setzen.

Frage: Heißt das in der Konsequenz nicht auch, daß Europa aus der NATO austreten müßte, um nicht in Konflikte hineingezogen werden zu können, die von den USA ausgehen?

Antwort: Die NATO ist viel flexibler, als wir das im allgemeinen zur Kenntnis nehmen. Frankreich steht militärisch außerhalb der Allianz, ist aber nach wie vor NATO-Mitglied. Und der NATO-Vertrag selbst sieht noch nicht einmal einen automatischen militärischen Beistand vor. Ein Abschreckungsbündnis ist eine ganz schöne Sache, aber Bündnisse sind gefährlich, wenn es zum Krieg kommt, weil sie einen Automatismus zur Ausweitung des Krieges haben. Die NATO

kann ein Dach sein für eine Neuorganisation westeuropäischer Sicherheitspolitik. Aber unterhalb dieses Daches bedarf es einer eigenständigen europäischen Organisation. Das könnte auch dazu führen, daß eben nicht immer ein amerikanischer General mit seinen US-nationalen Interessen Oberbefehlshaber der NATO in Europa ist.

Frage: Aber wie kann die NATO dabei ein gemeinsames Dach über Westeuropa und Nordamerika bleiben?

Antwort: Für mich ist NATO nicht identisch mit dem Westen. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, das im übrigen seine Kompetenzen schon dann überschreitet, wenn es sich bei Entwicklungen in Polen für zuständig erklärt. Ich halte den Westen insgesamt für eine multipolare Konstellation, innerhalb der die USA eine eigene Rolle spielen und innterhalb der die Westeuropäer eine eigene Rolle spielen müssen. Die NATO ist historisch entstanden als Antwort auf die Machtpolitik Stalins. Es wäre sehr merkwürdig, wenn diese so begründete Verteidigungssturktur bis zum heutigen Tage unverändert lebensfähig gehalten werden könnte, denn die Veränderungen in der übrigen Welt sind ja auch sehr stark.

Frage: Sie meinen, die NATO darf kein starres Bündnis sein, das Veränderungen in der Welt leugnet?

Antwort: Jedes Militärbündnis neigt dazu, Althergebrachtes künstlich festzuschreiben. Es wäre nicht das erste Mal, daß wir die Verteidigungs- und Militärstruktur wie eine Klammer draufsetzen und dadurch Spannungen hervorrufen. Deswegen entstehen die regelmäßigen Krisen im Bündnis. Ob es dabei um drei Prozent mehr realer Aufrüstung geht oder um die Nachrüstung. Das liegt daran, daß sich offensichtlich die in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten, insbesondere die westeuropäischen Völker, nicht mehr so mit dieser Art Sicherheitspolitik identifizieren, wie das für ein Verteidigungsbündnis notwendig wäre. Natürlich gibt es gemeinsame Interessen, aber sie müssen neu definiert werden. Es gibt auf jeden Fall nicht die große Identität zwischen der Bundesrepublik und den USA. Das zeigt sich übrigens auch in der Einstellung, wie man sich gegenüber der Sowjetunion verhalten soll. Es ist ja merkwürdig, daß in der Bundesrepublik eine Haltung von Ruhe und Abgewogenheit sehr ausgeprägt ist, ebenso in den anderen westeuropäischen Ländern wie Frankreich. Dagegen setzen die USA ganz auf die harte Gangart.

Frage: Je weiter weg, desto härter . . .

Antwort: . . . ja, das muß nicht nur Schwäche und nicht etwa Angst sein vor der sowjetischen Übermacht, sondern auch das Empfinden, daß es möglicherweise Gemeinsamkeiten in diesem Europa trotz dieser . . .

Frage: . . . ist das ein Plädoyer für eine Neutralitätspolitik der Bundesrepublik?

Antwort: Die Bundesrepublik kann sich nicht mehr für neutral erklären. Sie ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, und die EG ist die größte wirtschaftliche Macht auf Erden. Der Gedanke an Neutralität ist mit diesem ökonomischen Potential nicht vereinbar. Ich bin allerdings überzeugt davon, daß Europa eigenständig sein kann, ohne deswegen neutral sein zu müssen . . .

Frage: . . . Moment! Wie kann Europa eigenständig und dennoch nicht neutral sein?

Antwort: Europa sollte im Konflikt der beiden Supermächte neutral bleiben, aber keineswegs neutral im ökonomischen Sinne, im politischen, im ideologischen. Entscheidend ist, daß wir den Westen nicht gleichsetzen dürfen mit den USA.

Frage: Aus amerikanischer Sicht würde das aber so aussehen, daß wir zwar alle Vorteile des westlichen Verbundes für uns in Anspruch nehmen, aber die Drecksarbeit der Aufrüstung den Amerikanern überlassen.

Antwort: Ich sehe das nicht so. Die Europäer leisten im Vergleich mit den USA militärisch durchaus Vergleichbares. Die Franzosen, obwohl sie sich teilweise von der NATO abgekoppelt haben, bringen innenpolitisch mehr Zustimmung zustande für das, was sie militärisch für notwendig halten. Wenn jemand Tribut-Zahlungen leisten muß wie die Bundesrepublik an die USA, dann wundert es mich nicht, wenn die Tribut-Zahler nicht mit voller Überzeugung bei der angeblich gemeinsamen Sache sind. Nicht ohne Grund hat Kissinger gesagt, zwei Bundeskanzler hätten ihr

Amt verloren, weil sie den Streit um die Stationierungskosten für die US-Truppen in der Bundesrepublik nicht so entschieden hätten, wie die Amerikaner das wollten.

Frage: Aber an dieser Streitfrage ist doch nur Erhard gescheitert.

Antwort: Kissinger hat Adenauer dazugerechnet. Die große Frage ist jetzt, ob nicht Helmut Schmidt der dritte Bundeskanzler ist, der daran scheitert, so daß letzten Endes häufiger die US-Regierung über die Zusammensetzung der Bundesregierung entschieden hat als der deutsche Wähler.

Frage: Das klingt, als seien wir eine Bananenrepublik der USA?

Antwort: Es gibt eine Form von Abhängigkeit, die Nibelungentreue genannt wird. Wenn sich ein Land wie die Bundesrepublik zum Hauptstationierungsort von Atomwaffen macht und die anderen Länder in Westeuropa mit Abstufungen auch, dann wird die Sowjetunion sich gegen die dadurch entstandene Bedrohung durch Gegenrüstung zu wehren versuchen, zum Beispiel durch die SS 20. Dadurch wird die Sicherheit dieser Länder wieder so bedroht, daß sie sich eine Sicherheitspolitik nur noch in Anlehnung an die USA vorstellen können. Das ist ein Zirkel von Bedrohungen, der dann, wenn es zum Krieg kommt, zu einem Selbstvernichtungszirkel wird. Unter diesen Bedingungen eine souveräne Europapolitik machen zu können ist undenkbar. Deswegen meine These, daß mit einer Lockerung der militärischen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland ein erheblicher Teil dessen, was wir als Bedrohung empfinden, abgebaut wird. Gleichzeitig werden die Chancen für eine Neubestimmung westeuropäischer Sicherheitspolitik vergrößert.

Frage: Nach dem Krieg hat die Sowjetunion systematisch ihr Einflußgebiet vergrößert. Die Amerikaner, obwohl damals allein im Besitz der Atombombe und den Russen weit überlegen, haben diese Überlegenheit nicht ausgenutzt, um ihren Machtbereich auszudehnen. Wer würde uns denn schützen, wenn wir den Amerikanern sagen, wir wollen uns ein wenig von euch absetzen und mehr unsere eigenen Interessen verfolgen?

Antwort: Es bleibt eine Restgröße an Bedrohung. Nicht so sehr, weil die Sowjetunion einen wilden Übergriff plant, sondern gerade eine schwache Sowjetunion könnte eine Bedrohung darstellen. Weil sie in die Versuchung geraten könnte, innere Konflikte durch militärische Maßnahmen nach außen lösen zu wollen.

Frage: Die Bedrohung bestünde also Ihrer Meinung nach darin, daß die Sowjetunion bei Konflikten in ihrem Machtbereich wieder den deutschen Teufel an die Wand malen könnte, um so die Warschauer-Pakt-Staaten auf Gedeih und Verderb bei der Stange zu halten?

Antwort: Im Augenblick halte ich das nicht für wahrscheinlich, aber durchaus für möglich angesichts der wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten der Sowjetunion.

Frage: Wie wollen Sie sich gegen die Restgröße an Bedrohung schützen?

Antwort: In der Bundesrepublik muß ein militärisches Defensivpotential vorhanden sein, das es der Sowjetunion unmöglich macht, schnell vollendete Tatsachen zu schaffen. Das Ziel muß sein, Westeuropa für eine Neustruktur seiner Verteidigungspolitik zu gewinnen. Das fällt alles nicht vom Himmel, aber man muß ja ein Ziel haben, wenn man schon größere Distanz zu den USA fordert.

Frage: Wie erklären Sie sich eigentlich, daß keine der Bundestagsparteien von Ihren Gedanken offen Notiz nimmt und daß alle Fraktionen in der Verteidigungspolitik weitgehend dieselbe Konzeption vertreten?

Antwort: Wir haben eine Allparteienregierung in der Sicherheitspolitik. Das hängt wesentlich damit zusammen, daß diese Probleme nicht vom Inahlt her dieskutiert werden, sondern untergeordnet sind der Machtdimension, die da heißt, Regierungsverantwortung behalten und Regierungsverantwortung anstreben.

Frage: Das bedeutet zugleich, daß die Übernahme Ihrer Gedankengänge wie das Abkoppeln von den USA, die Aufkündigung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses und konventionelles statt atomares Rüsten nach Meinung der jeweils Regierenden bei der Bevölkerung als Kapitulation

aufgefaßt wird, die zum Machtverlust führt. Die Bevölkerung unterstützt also die jetzige Sicherheitskonzeption – aus Überzeugung oder aus Mangel an Aufklärung?

Antwort: Die gegenwärtige Sicherheitspolitik ist nur noch durch Unkenntnis und fehlende öffentliche Diskussion zu erklären. Sicherheitspolitische Fragen werden immer noch als „die Angelegenheit des Königs" behandelt. Die Diskussion öffentlich und kontrovers zu führen ist unüblich. Dafür sorgt schon das Totschlag-Argument, es gehe nicht mehr um die Nachrüstung, sondern um den Bestand der Regierung und des NATO-Bündnisses. Unsere heutige Sicherheitspolitik hat vor einer rationalen Diskussion keinen Bestand.

Frage: Haben Sie immer so gedacht? Sie waren doch mal aktiver Offizier der Bundeswehr.

Antwort: Vor fünf Jahren habe ich auch noch das meiste von dem geglaubt, was die Regierung sagte. Ich war sogar überzeugt, die Neutronenbombe sei eine gute Anti-Panzerwaffe. Dann ist mir klargeworden, daß aus dem Abschreckungsdenken ein Kriegsführungsdenken geworden ist. Und ich habe eingesehen, daß wir Atomwaffen bei uns nicht einsetzen dürfen. Ein ähnlicher Lernprozeß findet jetzt in weiten Teilen der Bevölkerung statt. Der SPD-Abgeordnete Horst Ehmke hat recht mit seiner These, die bevorstehende allgemeine Rüstungsdebatte werde viel mehr Bürger mobilisieren als die Anti-Kernkraft-Debatte.

Frage: Wenn Sie solche sicherheitspolitischen Fragen aufwerfen und damit die eigene Bevölkerung in Zweifel stürzen, arbeiten Sie damit nicht den Sowjets in die Hände?

Antwort: Diesen Vorwurf kenne ich, kann ihn aber nicht akzeptieren. enn man eine Europäisierung des Atomkriegsrisikos betreibt, dann bedeutet das, daß man dieses Risiko nicht an der deutsch-deutschen Grenze aufhalten kann. Es geht ganz Europa an und erzeugt deswegen auch gesamteuropäische Betroffenheit. Denn man darf nicht übersehen, daß es eine Interessengleichheit gibt zwischen dem Land, in dem derartige Waffen, die nicht die eigenen sind, stationiert werden, und dem Land, in das sie geschossen werden sollen. Beide sind durch diese Waffen bedroht, die einen, weil sie Standorte für diese Atomwaffen sind und damit zugleich selbst Atomziele für den Gegner, die anderen, weil damit ihr Territorium zerstört wird.

Frage: Also läge es doch nahe, wenn sich beide Seiten um Rüstungskontrolle bemühten.

Antwort: Meine Kritik der Rüstungskontrollpolitik geht sehr weit. Da ist bisher im Grunde gar nichts erreicht worden. Die Kriegsgefahr ist größer, der Rüstungswettlauf schneller geworden. Die bis heute getroffenen Abrüstungsvereinbarungen sind allenfalls ein Strohhalm. Unter den jetzigen Bedingungen ist Rüstungskontrolle nur ein anderes Wort für Wettrüsten.

Frage: War dann der Nachrüstungsbeschluß Ihrer Meinung nach eine Täuschung der Bevölkerung?

Antwort: Der Nachrüstungsbeschluß wird oft als Doppelbeschluß bezeichnet. Das ist Ausdruck einer doppelten Moral. Ich schaffe nicht dadurch eine besonders gute Kombination zwischen Rüstung und Abrüstung, daß ich zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, zeitgleich in dasselbe Papier schreibe. Die eigentliche Begründung für die SS 20 sind die Atomwaffen ringsum an den Grenzen der Sowjetunion. Die Sowjetunion befindet sich – das wird bei uns völlig verkannt – objektiv in einer grundsätzlich schlechteren georgraphischen Lage als die USA, weil sie auch von Westeuropa, von der Türkei und vom Mittelmeer aus atomar beschossen werden kann. Im Bereich der Langstreckenraketen gibt es eine Ausgewogenheit, aber von Europa aus können die USA die westliche Sowjetunion mit Mittelstreckenraketen atomar bedrohen und vernichten, ohne selbst gefährdet zu sein.

Frage: Glaubt man denn in Amerika ernsthaft, daß die USA sich aus einem „begrenzten" Atomkrieg heraushalten könnten?

Antwort: So ist es. Deshalb beharren die USA auf der NATO-Nachrüstung. Und sie werden aus dem gleichen Grund eine Aufweichung des Beschlusses niemals zulassen. Sie werden sogar aus ihrer Interessenlage heraus sagen: Wir müssen das Bündnis auch dadurch zusammenhalten, daß wir die Nachrüstung vorantreiben. Denn diese neuen Mittelstreckenwaffen sind gewaltige Klammern, um widerspenstige Freunde und Abhängige bei der Stange zu halten.

Frage: Gehört zur heutigen Rüstungsstrategie der Amerikaner auch die erneut ins Gespräch gebrachte Neutronenbombe?

Antwort: Wer mit Atomwaffen wieder Krieg führen und gewonnen will, muß neben den Cruise Missiles und Perhings auch die Neutronenbombe in sein Planspiel einbeziehen. Allen diesen Waffen ist gemein: Sie sind leichter einsetzbar, weil die Begleitschäden reduziert werden können. Die Neutronenbombe ist dafür ein gutes Beispiel: Sie vernichtet Panzer, aber nicht mehr den Bauern auf dem nahe gelegenen Feld. Es ist also eine Waffe, die gezielt eingesetzt werden kann. Die große Flächenwirkung der bisherigen Atomwaffen entfällt. Aber es besteht eine andere große Gefahr. Die offene Frage heißt doch: Was macht die Sowjetunion, wenn die erste Neutronenbombe explodiert. Ich bin ganz sicher, daß sie dann keine moralischen Hemmungen mehr hat, selbst Atomwaffen einzusetzen, und zwar die, die sie besitzt, also keine Neutronenbomben, sondern herkömmmliche atomare Gefechtsfeldwaffen. Das bedeutet, daß genau die Schäden bei uns eintreten, die der Westen mit dem Einsatz von Neutronenwaffen vermeiden wollte. Mit dieser Überlegung können Sie Politiker und NATO-Generale in Verlegenheit bringen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 5/1981 der „Blätter" wird am 15. 5. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Horst-Eckart GROSS, geb. 1943 in Wessigerode/Harz, Diplommathematiker, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Antoine SANGUINETTI,* geb. 1917, Admiral a.D., ehemaliger Stellvertretender Oberkommandierender der NATO-Mittelmeerflotte, zuletzt Oberbefehlshaber der französischen Mittelmeerflotte; Mitglied des Nationalen Friedensrates der Französischen Republik. • • • *Gerd GREUNE,* geb. 1949 in Hannover, Studium in Köln und Bonn, Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner; Generalsekretär des Internationalen Friedensbüros, Genf; Exekutiv-Mitglied der War Resisters International (WRI), London; freier Mitarbeiter der UNESCO; Veröffentlichungen zur Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht, zum Waffenhandel und zur Atomexportpolitik. • • • *Georg HERDE,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien; Journalist, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Prof. em. Dr. sc. jur. Herbert KRÖGER,* geb. 1913 in Dortmund, 1948 ord. Professor für Völkerrecht, 1950–1963 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1955–1963 Rektor der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, 1964–1969 Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen (IIB), 1970–1978 Leiter der Abteilung Völkerrecht am IIB, gegenwärtig Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR. • • • *Joachim HETSCHER,* geb. 1958 in Rheine, Studium der Germanistik und Sozialwissenschaften in Münster. • • • *Axel TROOST,* geb. 1954 in Hagen, Studium der Volkswirtschaft in Marburg, Diplomvolkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg, promoviert z. Z. zu Fragen der Staatsverschuldung; Mitarbeiter im Arbeitskreis „Alternative Wirtschaftspolitik" (Memorandum-Gruppe). • • • *Dieter TEUFEL,* geb. 1952 in Ludwigshafen, Studium der Biologie, Physik und Chemie in Heidelberg; Hauptarbeitsgebiete: Ökologie, Systemanalyse, Energieplanung; Vorstandsmitglied des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V. (IFEU), Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.